

LIQUIDITÄTSDISPOSITIONEN EINER SPARKASSE

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Fakultät der

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Vorgelegt von:

Diplom-Kaufmann

WOLFGANG PULCH

aus Bad Kreuznach

1962

1964

LIQUIDITÄTSDISPOSITIONEN EINER SPARKASSE

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Fakultät der

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Vorgelegt von:

Diplom-Kaufmann

WOLFGANG PULCH

aus Bad Kreuznach



Erstgutachter: Prof. Dr. Hagenmüller

Zweitgutachter: Priv.-Doz. Dr. Kasten

Tag der mündlichen Prüfung: 6. und 7. November 1962

Tag der Promotion: 7. November 1962

MEINER MUTTER

GEWIDMET

	Seite
Einleitung	9
 1. Hauptteil:	
DIE LIQUIDITÄTSBESTIMMENDEN FAKTOREN	
I. Das Liquiditätsproblem in wirtschaftstheoretischer Sicht	13
A. Das Mengen- und Zeitproblem der Liquidität	13
B. Der dynamische Charakter der Liquidität	13
II. Das Problem der Liquiditätsmessung	15
A. Die betriebswirtschaftliche Kennzahl Liquidität	15
B. Die Liquiditätsgrade	19
III. Die besonderen Liquiditäts-Aspekte bei Kreditinstituten	22
A. Die aus dem Leistungsprozeß der Kreditinstitute erklärbaren liquiditätsbestimmenden Faktoren	22
1. Das Passivgeschäft	23
2. Das Aktivgeschäft	25
B. Der Einfluß der Marktstellung und der gesetzlichen Regelungen auf die Liquidität	32
IV. Das Liquiditätsproblem bei den Sparkassen	36
A. Die Geschäfte der Sparkasse verglichen mit denen anderer Kreditinstitute	36
B. Die Gliederung der Sparkassenkredite	41
1. Der Real-Kredit	41
2. Der Personalkredit	41
3. Der öffentliche Kredit	42
4. Sonstige Kredite	42
C. Die Grundsätze der Kreditpolitik der Sparkassen	43
1. Der Grundsatz der Liquidität	43
2. Der Grundsatz der Sicherheit	46
3. Der Grundsatz der Ortsverbundenheit	47
4. Der Grundsatz der Gemeinnützigkeit	48

2. Hauptteil:

CHARAKTERISIERUNG VON MARKTGEGEBENHEITEN IM LEISTUNGSPROZESS DER SPARKASSEN IM HINBLICK AUF LIQUIDITÄTSERFORDERNISSE

I. Die einzelnen Arten von Verbindlichkeiten der Sparkassen und ihr Liquiditätsbedarf (Vorsorgebedürftigkeit)	49
A. Einlagen	
1. Spareinlagen	52
2. Befristete Einlagen	75
3. Sichteinlagen	78
B. Aufgenommene Gelder (Nostro-Verpflichtungen)	82
C. Sonstige Verbindlichkeiten	83
II. Die Bedeutung der Aktiven für die Erhaltung der Zahlungsbereitschaft von Sparkassen	87
A. Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, beim Postscheckamt und bei Kreditinstituten	87
B. Wechsel	93
C. Wertpapiere	102
D. Ausleihungen	104
1. Debitoren	111
2. Langfristige Ausleihungen	120
E. Sonstige Aktiva	125
III. Zusammenfassung	127

3. Hauptteil:

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN EINER STETS AUSREICHENDEN LIQUIDITÄTSMESSUNG BEI DEN SPARKASSEN

I. Messung von Liquiditätsanspannungen	129
A. im Ablauf eines ganzen Jahres	
bei	
Spareinlagen	133
Sichteinlagen	140
Debitoren	140
Langfristige Ausleihungen	140
B. im Verlauf der Saison	
bei	
Spareinlagen	141
Sichteinlagen	146
Debitoren	146
Langfristige Ausleihungen	148

C. im Ablauf eines Monats bei	
Spareinlagen	148
Sichteinlagen	149
Debitoren	154
Langfristige Ausleihungen	155
D. Zusammenfassung	156
II. Sonstige liquiditätsdispositionelle Maßnahmen	157
A. Aufstellung eines Dispositions- oder Finanzierungsplanes	157
B. Gegenüberstellung der langfristigen Einlagen mit den lang- fristigen Anlagen	171
C. Ermittlung der nicht ausgenutzten Kreditlinien insbesondere im Kontokorrentverkehr	173
D. Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen Darlehen und Krediten	176
E. Überprüfung der Tilgungssätze im langfristigen Kreditgeschäft	179
F. Ausnutzung der sich bietenden Refinanzierungsquellen	181
G. Beschleunigung des Kreditumschlags	184
III. Zusammenfassung	186
 Schlußbetrachtung:	
Abschließende Zusammenfassung und Ausblick auf die Zukunft	188
Tabellenanhang	192
Literaturverzeichnis	199
Lebenslauf	205

EINLEITUNG

Zweck dieser Arbeit ist es, die arteigenen Besonderheiten des Liquiditätsproblems der Sparkassen darzustellen und die Möglichkeiten einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge aufzuzeigen.

Aus den Erkenntnissen der letzten drei Jahrzehnte stellt sich für die Liquiditätsdispositionen der Sparkassen die Frage, für welche wirtschaftliche Situation eigentlich Vorsorge getroffen werden muß, bzw. noch getroffen werden kann. Größere Krisenerscheinungen, wie etwa die Bankenkrise der 30er Jahre, wird man für eine moderne Wirtschafts- und Geldpolitik kaum als Maßstab heranziehen können, denn die letzte Verantwortung für die makroökonomische Banken- und damit auch Sparkassenliquidität muß nach heutiger Auffassung immer der Zentral-Notenbank obliegen, von der ja – anders als in früheren Zeiten – im modernen Geld- und Kreditsystem alle Liquidität abgeleitet ist.

Es erscheint uns daher ratsam, die folgenden Untersuchungen grundsätzlich auf einen Marktablauf zu beziehen, der weitgehend von krisenhaften, marktbeeinflussenden Geschehnissen frei ist, da wir der Meinung sind, daß Liquiditätsdispositionen in dem Sinne, wie wir sie erarbeiten werden, in ausgesprochenen Krisenzeiten nicht mehr möglich sind.

Daß wir uns nach der einleitenden Untersuchung der liquiditätsbestimmenden Faktoren im allgemeinen und der der Kreditinstitute und hier vor allem der Sparkassen im besonderen im 2. Teil

vielfach der deduktiven Methode bedienen mußten, liegt in der dem Thema innewohnenden Problematik begründet. Wir hielten dieses deduktive Arbeiten jedoch an den Stellen für unerlässlich, wo es galt, trotz Mangels an brauchbarem speziellem Material Erkenntnisse zu gewinnen, die nicht nur theoretische Bedeutung haben, sondern auch der Sparkassenpraxis von Nutzen sein können.

Die späteren Untersuchungen im 3. Teil dieser Arbeit werden, das liegt schon in der Thematik begründet, immer mehr spezieller Art sein. Und schließlich sollen anhand der strukturell bedingten Problematik eines Sparkasseninstituts induktiv die Möglichkeiten und Grenzen einer stets ausreichenden Liquiditätsvorsorge aufgezeigt werden. Als Gerüst dieser Untersuchungen dient uns das Zahlenmaterial der Kreissparkasse Kreuznach, das dem Verfasser in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurde. Nur durch diese bereitwillige Hilfe war es überhaupt möglich, zu wirklichkeitsnahen Ergebnissen zu kommen.

1. HAUPTTEIL:

DIE
LIQUIDITÄTS-
BESTIMMENDEN
FAKTOREN

I. Das Liquiditätsproblem in allgemeiner wirtschaftstheoretischer Sicht

Liquidität, von dem lateinischen liquidus — flüssig ableitbar, bedeutet in der betriebswirtschaftlichen Terminologie Flüssigkeit der Zahlungsmittel. Eine „liquide“ Unternehmung besitzt „genügend Zahlungsmittel, um ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können“ (1).

A. DAS MENGEN- UND ZEITPROBLEM DER LIQUIDITÄT

Die einer Unternehmung zur Verfügung stehenden Geldmittel werden den jeweiligen geldlichen Verpflichtungen gegenübergestellt, um eine Sicherheit darüber zu haben, daß den sich aus dem ständigen Geschäftsablauf ergebenden Zahlungsanforderungen entsprochen werden kann. Da sowohl die Höhe der Zahlungsverpflichtungen als auch die Zahlungstermine zu beachten sind, ist in der Notwendigkeit der Zahlungsbereitschaft (= Liquidität) einerseits ein Mengenproblem und andererseits ein Zeitproblem enthalten. Das Unternehmen muß in der Lage sein, Zahlungsverpflichtungen in ihrem gesamten Umfange nachzukommen. Gleichzeitig hat es diese Verpflichtungen zu ganz bestimmten Terminen und Fristen zu erfüllen.

B. DER DYNAMISCHE CHARAKTER DER LIQUIDITÄT

Die dem Liquiditätsbegriff innewohnende Zeitfrage ist ein Zeitraum- (dynamisches) und nicht ein Zeitpunkt- (statisches) Problem. Die Notwendigkeit der Zahlungsbereitschaft besteht für die Unternehmung ständig, nicht nur an bestimmten Zeitpunkten. Eine zu einem herausgegriffenen Zeitpunkt festgestellte Liquidität hat nur dann einen ökonomischen Aussagewert, insbesondere für ein lebendes Unternehmen, wenn sie ein Ausdruck für eine ständig vorhandene Zahlungsbereitschaft ist. Sie ist damit von allen wirtschaftlichen Bewegungsvorgängen innerhalb der Unternehmung unmittelbar abhängig. Diese rufen ihrerseits wieder eine laufende Veränderung der Markt-

1) Thoms, W., Liquidität — Vorschau und Kontrolle nach den Methoden der funktionalen Kontorechnung, im Taschenbuch für den Betriebswirt, 1960, S. 317.

stellung dieses Unternehmens und nicht zuletzt auch sich immer verändernde Zahlungsmöglichkeiten und Zahlungsmodalitäten, mithin also Variationen in dem Fluß der verschiedenen Geldströme, hervor. Eine ansteigende Zahlungsbereitschaft versetzt somit das Unternehmen in die Lage, zusätzliche Mittel einzusetzen und damit auf erhöhten Gewinn abzielende Dispositionen zu treffen. Eine abnehmende Zahlungsbereitschaft schränkt diese Möglichkeiten ein.

Auf den dynamischen Charakter der Liquidität und die unmittelbar mit dem Umfang der Liquidität zusammenhängenden Erfolgsaussichten weist Strobel hin, wenn er ausführt, daß beispielsweise während einer Hochkonjunktur eine Erhöhung der Liquidität selbst über das notwendige, gegenwärtig optimale Maß hinaus infolge der Konstellation in einer nachfolgende Krise durchaus Erfolge bringen kann (2).

Auch M. Lohmann (3) will die rein statische oder zeitpunktbezogene Betrachtungsweise des Liquiditätsbegriffes ausschließen, wenn er sagt, daß die Dauerexistenz des Unternehmens mindestens in demselben Maße wie von der Gewinnerzielung oder Sicherung der Kostendeckung, von der Einhaltung ständiger Zahlungsbereitschaft, d. h. Liquidität, abhängig ist. In diesem Zusammenhang ist besonders auch W. Rieger (4) beizupflichten, wenn er die Liquidität ebenfalls in eine unmittelbare Beziehung zur Dynamik des Wirtschaftslebens bringt. Er schreibt: „Die Liquidität ist nicht ein Zustand, der nur einmal begründet werden muß, um dann ewig fortzubestehen und für alle Zeiten gesichert zu sein. Sie ist nicht statischer Art, sondern durchaus dynamisch“ (5). Er begründet diese Ansicht ausdrücklich mit der Meinung, daß ein Liquiditätsproblem erst infolge im Wirtschaftsleben auftretender Unregelmäßigkeiten und Störungen, Absatzschwierigkeiten und Krisen usw. entsteht.

Selbst H. Nicklisch (6), der das Problem der Zahlungsfähigkeit gemäß seiner gesamten wissenschaftlichen Konzeption als reines Zeitpunkt-Problem ansieht, verlangt, „daß alle Ereignisse der Zukunft, die von Bedeutung sind, berücksichtigt werden müssen“. Mit der Antizipation noch in der Zukunft liegender Ereignisse und Einflußmöglichkeiten dürfte grundsätzlich der dynamische Charakter der Liquidität auch von Nicklisch anerkannt sein.

2) Strobel, A., Die Liquidität, 2. Auflage, Stuttgart 1953, S. 29.

3) Lohmann, M., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1955, S. 215; vgl. hierzu Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 2. Aufl., Freiburg 1957, S. 106.

4) Rieger, W., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928, S. 264.

5) Rieger, W.: aaO; Seite 278.

6) Nicklisch, H., Die Betriebswirtschaft, 7. Auflage, Stuttgart 1932, Seite 473.

Auch K. F. Hagenmüller (7) weist auf den betont dynamischen Charakter des Liquiditätsproblems hin. „Bei der Realisierbarkeit eines Aktivums handelt es sich z. B. um eine sehr relative Eigenschaft, die sich durch Veränderung der wirtschaftlichen Lage eines Geschäftspartners, einer Branche oder der Gesamtwirtschaft und auf Grund von Maßnahmen der Zentralbank völlig ändern kann; ein einzelner Schuldner oder eine Vielzahl von Schuldnern kann zahlungsunfähig werden, Sachgüter können wertlos oder schwer absetzbar werden“ (7). Mit diesem Hinweis wird besonders der Einfluß der gegenseitigen Verbundenheit eines Unternehmens mit seinen Marktpartnern auf die Liquidität hervorgehoben. Treffend charakterisieren den dynamischen Charakter der Liquidität schließlich Braun (8) und Stucken (9) mit der Formulierung, daß das Liquiditäts-Problem eine „Frage des rechtzeitigen Geldanschlusses“ sei. Die Frage des rechtzeitigen Geldanschlusses spielt nicht nur bei den Kreditinstituten die entscheidende liquiditätspolitische Rolle. Auch bei allen anderen Unternehmen der güterverarbeitenden und güterverteilenden Wirtschaft kann das Liquiditäts-Problem von dieser Sicht aus gesehen werden. Das Erfordernis eines rechtzeitigen Geldanschlusses weist hier auf das Problem der rechtzeitigen Endkonkretisierung der in speziellen Gütern gebundenen Mittel hin.

II. Das Problem der Liquiditätsmessung

A. DIE BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHL LIQUIDITÄT

Mit der Gegenüberstellung der beiden Größen „vorhandene Geldmittel“ und „benötigte Geldmittel“ (Liquidität) wird eine wichtige betriebswirtschaftliche Kennzahl herausgestellt, die die durch die Unternehmung fließenden Geldströme beinhaltet. Der Umfang der vorhandenen und der benötigten Geldmittel wird durch Zahlungsvorgänge bestimmt, durch Einnahmen und Ausgaben. Ein Unternehmen ist nur dann laufend liquide, wenn es mindestens soviele Geldmittel dem Umfang (Mengenproblem) und dem zeitlichen Anfall (Zeitproblem) nach zur Verfügung hat, wie jeweils benötigt werden.

7) Hagenmüller, K. F., Bankbetrieb und Bankpolitik, in „Wirtschaftswissenschaften“, herausgegeben von E. Gutenberg, Wiesbaden 1959, Seite 257.

8) Braun, W., Das Liquiditäts-Problem der Kreditbanken, Stuttgart 1934, Seite 10.

9) Stucken, R., Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957.

$$\begin{aligned}
 \text{Liquidität} &= \frac{\text{Summe der Zahlungsmittel}}{\text{Summe der Zahlungsverpflichtungen}} \\
 &= \frac{\text{Summe (m)} \times \text{Summe (t)}}{\text{Summe (m)} \times \text{Summe (t)}} \\
 &= 1
 \end{aligned}$$

Hierbei sind „m“ der Ausdruck für die benötigten Mengen und „t“ der für die in Anspruch genommene Zeit der Zahlungsmittel (Zahlungsverpflichtungen).

Die nach dem zeitlichen Anfall und der Höhe nach bestimmten Einnahmen und Ausgaben stellen die Untergrenze der Liquidität (10) dar, die im ganzen, wie auch innerhalb bestimmter Zeiteinheitsbereiche (Eingangszeiten auf der Einnahme-, Fristigkeit auf der Ausgabeseite) immer 1 betragen muß. Im Schaubild läßt sich das auch wie in Abb. 1 (11) darstellen. Eine Obergrenze der Liquidität legt die genannte Beziehung nicht fest. Diese dürfte aber ebenso bedeutungsvoll für die Unternehmung sein, wie die soeben festgelegte Untergrenze. Entscheidend für die Liquidität ist der gerade ausreichende Umfang an flüssigen Mitteln, nicht aber ein Überbestand. Andererseits sollte aber auch nicht das Erfordernis einer finanziellen Unternehmensbereitschaft übersehen werden. Das in Abb. 1 im ganzen wie in Zeiteinheitsbereichen dargestellte finanzielle Gleichgewicht (12) läßt sich bekanntlich nicht immer ohne weiteres realisieren, so daß „das Halten von finanziellen Reserven (Liquiditäts-Reserven) im Interesse der Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts erforderlich erscheint“ (13). Eine Liquiditätsobergrenze dürfte sich in der Tendenz jeder langfristigen Unternehmensdisposition finden, um eine optimale Rentabilität zu verwirklichen. Eine zunehmende Liquidität vereitelt den Einsatz höherer freier Geldmittel für Investitionen im Unternehmen und verringert damit die Rentabilität (14). Hierauf hat u. a. auch schon Rieger

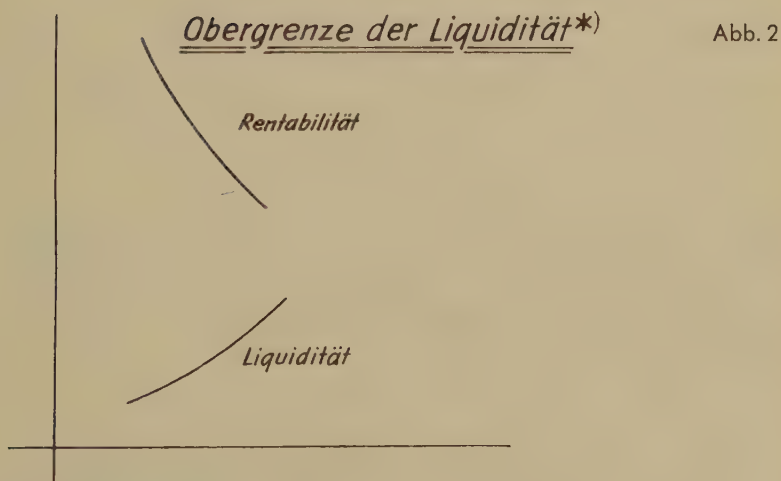
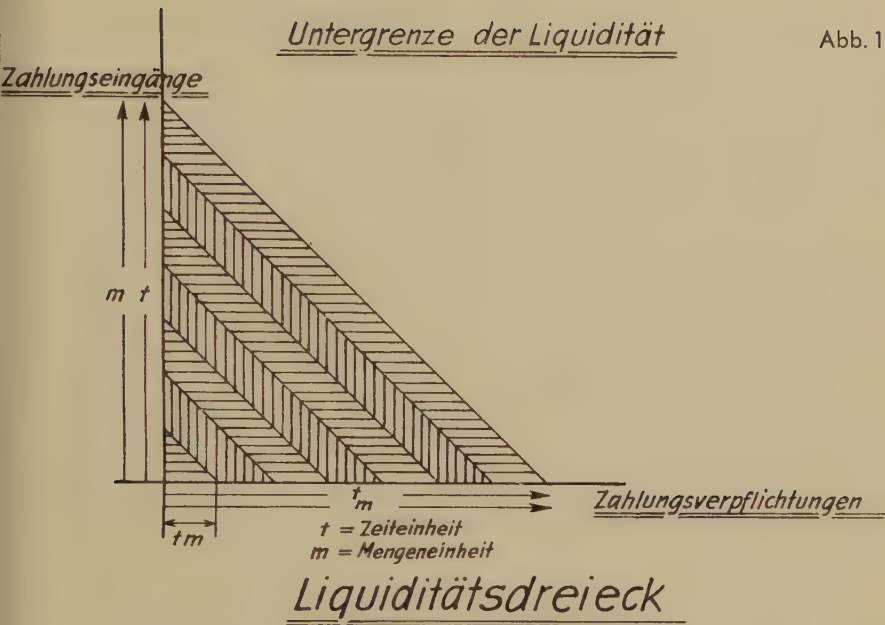
10) So auch Aufermann, E., Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, in „Die Wirtschaftswissenschaften“, herausgegeben von E. Gutenberg, Wiesbaden 1959, Seite 130.

11) Siehe Seite 17.

12) In ähnlicher Weise bezeichnet auch O. Fischer das Liquiditätsproblem vornehmlich bei den Kreditinstituten als ein Gleichgewichts-Problem zwischen den Ein- und Auszahlungsströmen. Vgl. Fischer, O., Bankbilanz-Analysen, Meisenheim/Glan 1956. S. 119.

13) Gutenberg, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, in „Die Wirtschaftswissenschaften“, Wiesbaden 1958, S. 111; Le Coutre, W., Bilanzpolitik, in „Probleme der Betriebsführung“, Festschrift zum 65. Geburtstag von O. R. Schnutenhaus, herausgegeben von C. W. Meyer, Berlin 1959, S. 140 ff., insbesondere Seite 144.

14) vgl. hierzu Abb. 2 auf Seite 17.



*) vgl. Lohmann, m: aaO, Seite 215

hingewiesen. „Jede Liquidität findet ihr Maß und ihr Urteil in der Rentabilität, und eine gesunkene Rentabilität ist nicht zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf eine gehobene Liquidität“ (15).

Die Bedeutung der betriebswirtschaftlichen Kennzahl Liquidität für die vollständige Unternehmensentscheidung ist in den Zeiten der Hochkonjunktur gerade bei den güterverarbeitenden und güterverteilenden Unternehmen gegenüber dem Güter- und Kostendenken in den Hintergrund getreten. Diese Entwicklung ist als negativ anzusehen; ihr muß deshalb entgegengetreten werden, weil kein Güterkreislauf und auch keine Dienstleistungen ohne den ihnen entsprechenden Geldkreislauf existieren können. Anders ausgedrückt, bestehen zwischen den verschiedenen Gütermärkten und den Dienstleistungsmärkten und dem Kapitalmarkt und dem Geldmarkt enge funktionale Verbindungen. Schon in den verschiedenen Beschaffungssektoren wirken sie in einer Kombination zusammen. Ebenso wird die jeweilige Leistungserstellung und nicht zuletzt auch der Vertrieb von ihrem kombinatorischen Zusammenwirken beherrscht. Ohne eine genaue Beobachtung und Kontrolle des durch die Unternehmung fließenden Geldstroms und ohne Sicherung einer ständigen Liquidität ist daher eine alle Risiken berücksichtigende Unternehmensentscheidung nicht durchführbar.

Die Kreditinstitute, und hier besonders die Sparkassen, haben den dargestellten Güterwerdungsprozeß oder die Konkretisierung der Geldwerte in bestimmten Gütern dagegen nicht unmittelbar in ihren Unternehmensdispositionen zu berücksichtigen. Bei ihnen handelt es sich vornehmlich um reine Zahlungsvorgänge. Es darf aber nicht übersehen werden, daß das Denken in Gütern und Kosten bei Banken und Sparkassen zumindest mittelbar eine große Rolle spielt. Die Prüfungen bei der Gewährung von Krediten an gewerbliche Unternehmen wie auch die Kontrolle gewährter Kredite beschäftigen sich vor allem mit den Voraussetzungen, Möglichkeiten und Folgen des Güter- und Kostendenkens und -disponierens.

Der Bedeutung der betriebswirtschaftlichen Kennzahl Liquidität wird bei den Kreditinstituten eher Rechnung getragen, einmal, weil die Beobachtung der Zahlungsvorgänge dominiert und besonders, weil die Aufrechterhaltung der Liquidität der Banken und Sparkassen aus währungs- und wirtschaftspolitischen Gründen gesichert sein muß.

15) Rieger, W.: aaO, S. 330; vgl. hierzu auch Lohmann, M.: aaO, S. 222; Fettel, J., Artikel Liquidität im Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Auflage, Stuttgart 1958–1960, 3. Band, Sp. 3d13; Gutenberg, E.: aaO, S. 11; Riebel, P., Die Elastizität des Betriebes, Köln/Opladen 1954, S. 161.

B. DIE LIQUIDITÄTSGRADE

Die in der Theorie und auch in der Praxis gemeinhin zur Messung der Liquidität angewandten Liquiditätsgrade stützen sich ausschließlich auf Bilanzpositionen. Diese Messungen sind jedoch alles andere als genau und zwar deshalb, weil sie nicht vollständig sind und weil dort unterschiedliche Zahlungsmittelmengen und unterschiedliche Zeiteinheiten gegenübergestellt werden.

Die Ausgabenseite weist immer nur die in der Bilanz festgestellten Verbindlichkeiten aus, ohne auch nur genügend notwendige Differenzierungen in der Fristigkeit festzulegen. Zudem ist nicht gesagt, daß die in der Bilanz als langfristig ausgewiesenen Verbindlichkeiten im Betrachtungszeitpunkt auch wirklich langfristig sind. Eine in wenigen Wochen fällige Hypothek hat vom Zeitpunkt dieser Liquiditätsbetrachtung aus ihren langfristigen Charakter eingebüßt und ist zur kurzfristigen Verbindlichkeit geworden, so wie laufende Kreditoren und Bankverpflichtungen es auch sind. Weiterhin findet eine große Anzahl laufend anfallender kurzfristiger Ausgaben in der Bilanz keinen Niederschlag. Auf der Einnahmeseite werden dagegen mengen- und zeitmäßig unterschiedliche Geld- und Vermögenswerte aufgeführt. Bei der sogenannten Barliquidität sind es die baren Zahlungsmittel, die Postscheckguthaben, die Bankguthaben, soweit es sich um täglich fällige Gelder handelt, und die diskontfähigen Wechsel. Bei der Liquidität zweiten Grades pflegen dazu die voraussichtlich eingehenden Forderungen und Barverkäufe, die Wertpapiere und Teile der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten angeführt zu werden. Die Liquidität dritten Grades erfaßt weiterhin die Waren oder Fertigfabrikate, die noch nicht sofort realisiert werden können, Teile der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, nicht bankfähige Wechsel und nicht marktfähige Wertpapiere.

Mit den drei angeführten Liquiditätsgraden werden demnach den mengenmäßig gleichbleibenden kurzfristigen Verbindlichkeiten immer größer werdende mengenmäßige Geld- und Vermögenswerte gegenübergestellt. Die Einheitlichkeit des Zeitmaßes ist darüberhinaus auch nicht gewahrt. Die bei der Barliquidität angeführten Regulierungsmittel sind sofort zur Verfügung stehende Geldwerte, für die im Sinne des Liquiditätsdreiecks (16) ein Zeiteinheitsbereich von 0 gegeben ist. Für diese Werte (17) fehlt der Gegenwert auf der Passivseite der Bilanz. Zum Zeitpunkt der Bilanzierung gewissermaßen „bare Schulden“ gibt es nicht. Diese sind bereits bezahlt, sind also schon Ausgaben geworden, oder sie sind dank anerkannter Kreditfähigkeit

16) vgl. hierzu Abb. 1, Seite 17.

17) Fettel, J.: aaO, Sp. 3810.

mit oder ohne ausdrückliche Zustimmung der Gläubiger zu einem mehr oder weniger ausgeprägten kurzfristigen Kredit umgewandelt worden. Damit müßten die Verbindlichkeiten einem anderen Zeitbereich (1, 2 und so fort) (18), zugeordnet werden. Demgegenüber sind aber die Geldwerte der Einnahmeseite (Bestände) sofort fälliges Geld. Von Besonderheiten der in der Gründungsphase befindlichen Unternehmen abgesehen, ist jede Unternehmung, die in ihren laufenden Bilanzen keine Unterbilanz aufweist, daher zum Zeitpunkt der Bilanzierung grundsätzlich liquide. Solange Zahlungsmittel in der Bilanz ausgewiesen werden, ist eine Liquidität von mehr als 1 vorhanden. Selbst, wenn in der Bilanz keine Regulierungswerte stehen sollten, bewegt sich die Unternehmung immer noch auf der Liquiditätsuntergrenze von 1 und nicht darunter. Sie ist also nicht illiquide, weil auf der Passivseite keine Ausgabenwerte mit der Valuta der als fehlend angenommenen Aktivwerte vorhanden sein können. Die erst mit späterer Valuta fällig werdenden kurzfristigen Verbindlichkeiten, und um solche Positionen kann es sich auf der Passivseite der Bilanz nur handeln, werden von den als zweiten Liquiditätsgrad benannten Bilanzwerten, wie voraussichtlich eingehende Forderungen usw., gedeckt. Des weiteren wären hier vor allem die laufend zu erwartenden neuen Zahlungseingänge zu nennen, also kurzfristig anfallende Einnahmen, die in einem Finanzplan als Plan für die künftigen Liquiditäten wohl schätzungsweise erfaßbar sind, aber aus einer Bilanz nicht ersichtlich zu sein pflegen.

Die erwähnten Liquiditätsgrade sagen demnach über die tatsächlich vorhandene Liquidität der Unternehmung wenig aus. Zum Zeitpunkt der Bilanzierung ist sie – von Sonderbilanzen, insbesondere Unterbilanzen abgesehen – in Wirklichkeit größer, nämlich immer mehr als 1 oder im Grenzfall mindestens 1 (19).

Über die zukünftige Liquidität, deren Berechnung wohl für die meisten Unternehmerdispositionen einen bedeutend größeren praktischen Wert hat, ist die Bilanz – wie für die Ausgaben- und für die Einnahmeseite gezeigt wurde – allein nicht aussagefähig.

Die erwähnten Liquiditätsgrade sind nichts anderes als Angaben über die Sicherheit und Deckungsmöglichkeiten der im Unternehmen kurzfristig gebundenen Fremdkapitalien zum Bilanzstichtag, die allein im Interesse des Gläubigerschutzes gemacht werden. Es sind rein statistische Aussagewerte. Hier entfällt das für die laufende und auch künftige Liquidität bestimmende Zeitelement, weil allein danach gefragt wird, in welchem Umfange bei ge-

18) vgl. hierzu Abb. 1, Seite 17.

19) vgl. hierzu Abb. 1 auf Seite 17.

nereller Fortführung des Unternehmens die kurzfristigen Verbindlichkeiten erstens mit Hilfe vorhandener Geldbestände und zweitens mit Hilfe von liquidisierbaren Teilen des Um-laufsvermögens abgelöst werden könnten.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß vergleichende Betrachtungen der verschiedenen Liquiditätsgrade nur einen sehr bescheidenen Aussage-wert haben. Die Geldmittel in der Barliquidität und die verschiedenen Ver-mögenswerte in den anderen Liquiditätsgraden sind wegen ihrer andersge-arteten Marktverbindungen völlig unterschiedliche Besitzpositionen der Un-ternehmung und nicht ohne weiteres vergleichbar.

Bei den Geldmitteln handelt es sich um noch nicht oder nicht mehr investier-tes Vermögen. Dieses ist nicht oder noch nicht konkretisiert und unterliegt deshalb den Marktgesetzen des Kapitals.

Die Forderungen sind wohl Rechtsansprüche auf künftige Zahlungen. Hier-bei handelt es sich aber vorwiegend um Preise, die bekanntlich nicht nur das Ergebnis innerbetrieblicher, sondern ebenso auch marktwirtschaftlicher Verhältnisse sind. Gutenberg (20) mißt gerade der Preisstellung eine eigene Bedeutung bei und weist ihr eine besondere Rolle in seinem absatzpolitischen Instrumentarium (21) zu. Von der Höhe des Verkaufspreises hängt nicht nur das Verhalten der Käufer ab, man kann darüberhinaus sogar feststellen, daß auch die Zahlungsweise der Kunden mehr oder weniger davon beein-flußt werden kann. Die Forderungen unterliegen deshalb den güterbedingten, vornehmlich den absatzorientierten Marktgegebenheiten. Entsprechendes gilt für die Lieferantenverpflichtungen.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die Halb- und Fertigfabrikate sind güter-orientierte Vermögenswerte und daher insbesondere jenen Marktbedingun-gen unterworfen. Dank der eingetretenen Konkretisierung weist jener Markt eine verhältnismäßig geringe Elastizität aus. Die Güter können sich ent-sprechend der jeweiligen Phasenstellung des Unternehmens und der Reife-leistung im Produktionsprozeß im allgemeinen von einer eingetretenen Güter-konkretisation nur schwer wieder lösen.

Die kurz charakterisierten verschiedenen Marktgegebenheiten unterscheiden sich grundlegend voneinander. Eine aussagefähige vergleichende Liquiditäts-betrachtung setzt aber gleichbedingte Marktverhältnisse voraus. Dem Ein-wand, daß im Liquidationsfalle alle Vermögensgegenstände wieder zu Geld

20) Gutenberg, E.: aaO, Seite 84.

21) Gutenberg, E., Grundlage des Betriebswirtschaftslehre, 2. Band; Der Absatz, 2. Auflage Berlin/Göttingen/Heidelberg 1956, Seite 15.

geworden und somit untereinander und auch mit den Geldwerten der bisherigen Vermögensgegenstände vergleichbar wären, dürfte entgegenzuhalten sein, daß die bisher im Unternehmen gebundenen Vermögenswerte mit einer liquiditätsbedingten Umwandlung in Zahlungsmittel gerade ihres seitherigen Inhalts und Wertes verlustig gehen, auf die sich die vergleichenden Liquiditätsbetrachtungen stützen. Das kommt auch in der Höhe des bilanziellen Ausweises meistens zum Ausdruck. Liquidität besagt etwas über das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben. Bei den Positionen verschiedener Liquiditätsgrade stehen aber keine Einnahmen zur Verfügung. Vielleicht können hieraus einmal Einnahmen zu erwarten sein. Aber deren Höhe und deren zeitlicher Anfall stehen damit noch nicht fest.

Der Vollständigkeit halber soll jedoch in diesem Zusammenhang noch kurz auf den Begriff der Liquidierbarkeit und dessen Bedeutung für eine Aussage der Zahlungsbereitschaft eingegangen werden. Die in dieser Untersuchung nur am Rande zu betrachtende Liquidierbarkeit sieht die Vermögensteile der Unternehmung unter dem Gesichtspunkt ihrer Verflüssigungsmöglichkeit. Besonders im Konkursfalle, also am Ende der Tätigkeit der betreffenden Unternehmung, werden die Vermögensteile danach beurteilt, inwieweit diese sich in ihrem derzeitigen Zustand auf dem Markte abstoßen und zu Geld machen lassen.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß nach unserer Meinung Liquiditätsüberlegungen auf der Grundlage der in der betriebswirtschaftlichen Theorie und auch in der Praxis gebräuchlichen verschiedenen Liquiditätsgrade einer exakten wissenschaftlichen Kritik nicht standhalten können und keine Aussagekraft über eine bestehende oder nicht bestehende Zahlungsbereitschaft (Liquidität) besitzen.

III. Die besonderen Liquiditätsaspekte bei Kreditinstituten

A. DIE AUS DEM LEISTUNGSPROZESS DER KREDITINSTITUTE ERKLÄRBAREN LIQUIDITÄTSBESTIMMENDEN FAKTOREN

Der Leistungsprozeß der Kreditinstitute beruht in der entgeltlichen Bereitstellung von Geld und Kapital. Die Kreditinstitute sammeln durch Passivgeschäfte die von bestimmten Unternehmen, privaten Haushaltungen oder der öffentlichen Hand nicht sofort benötigten und deshalb nach Anlage suchenden

Gelder. Sie stellen diese, soweit möglich und wirtschaftlich vertretbar, im Rahmen ihrer Aktivgeschäfte im Wege des Kredits den geld- und kapitalsuchenden Unternehmen aller Art zur Verfügung. Darüber hinaus emittieren sie für Dritte Wertpapiere, die sie auch verwalten und mit denen sie handeln. Schließlich übernehmen die Kreditinstitute die Abwicklung des Zahlungsverkehrs (22). Es ist für die Bezeichnung eines Unternehmens als Kreditinstitut nicht erforderlich, daß alle drei genannten speziellen Geschäfte vorgenommen werden (23). Für das Wesen der Kreditinstitute charakteristisch ist die gewerbsmäßige Aufnahme und Gewährung von Krediten (24). Die übrigen Tätigkeiten hängen entweder unmittelbar mit dem Kreditgeschäft zusammen oder lassen sich daraufhin zurückführen. Wenn ein derartiges Unternehmen nicht generell Kredit vermitteln wollte und würde, käme es auch nicht in die Lage, beispielsweise einen mehr oder weniger umfangreichen Zahlungsverkehr abwickeln zu können.

Der Postscheckdienst der Bundespost kann nicht als Gegenargument herangezogen werden. Die Bundespost ist eine Behörde, die außer diesem Postscheckdienst einer ganzen Reihe von anderen Aufgaben nachzugehen hat. Außerdem steht ihr der „Bodensatz“ in Form der Guthaben auf den Postscheckkonten zinslos für anderweitige Zwecke zur Verfügung. Mit der Summe dieser Gelder kann sie also die verschiedensten Geschäfte ihres Ressorts mitfinanzieren und kreditiert sich auf diese Weise selbst.

1. Das Passivgeschäft

Die Passivgeschäfte der Kreditinstitute lassen sich in sogenannte Kunden- und Anpassungsgeschäfte aufteilen. Eine klare Abgrenzung dieser beiden Geschäftsarten ist in der Praxis nicht immer leicht. Als Hauptkriterium dürfte einerseits die entweder vom Kreditgeber (Kunden) und andererseits vom Kreditnehmer (Kreditinstitut) ausgehende Initiative zu werten sein (25).

Das Kundengeschäft wird von Wirtschaftssubjekten (26) getragen, die aus eigener Initiative die flüssigen Mittel bereitstellen, also den Unternehmungen

22) Eisfeld, C., Artikel Bankbetrieb im Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Auflage, Stuttgart 1958—1960, 1. Band, Spalte 402 f.

23) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 11/12.

24) vgl. hierzu R. Stucken: „Banken sind Wirtschaftseinheiten, die regelmäßig als Hauptgeschäft, nicht nur als Nebengeschäft, Kredite nehmen und Kredite geben“; Stucken, R.; aaO, S. 7; Kalveram definiert weiter: „Unternehmungen, die gewerbsmäßig das Kreditgeschäft und die Geschäfte des Geld- und Kapitalverkehrs betreiben“; Kalveram, W.: aaO, S. 3.

25) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 79.

26) Hier im weitesten Sinne aufgefaßt.

der privaten und öffentlichen Hand und den Haushaltungen. Beim privaten Wirtschaftsunternehmen z. B. rufen die dort für kurz- oder langfristige Zeit nicht für den eigentlichen Leistungsprozeß oder auch einen neutralen Aufwand benötigten Mittel ohne eine diesbezügliche Disposition eine Überfinanzierung hervor. Sie realisieren eine übergroße Liquidität und vermindern damit die Rentabilität des betreffenden Unternehmens (27). Die ökonomischen Überlegungen, die dazu führen, diese Gelder ertragbringend bei einem Kreditinstitut anzulegen, können verschiedener Art sein. Man könnte hier hauptsächlich Gesichtspunkte der allgemeinen und speziellen Finanzplanung und Finanzierung, der Marktstellung und der gesellschaftsrechtlichen Organisation anführen.

Dispositionen auf dem Gebiete der Finanzplanung und Finanzierung können zur Überwindung liquiditätskritischer Situationen dienen. Hier seien z. B. besonders Steuer- und Lohnzahlungstermine, bestimmte Teilzahlungsfristen im Anlagegeschäft oder eine kurzfristige überspannte Kapitalfreisetzung- oder Kapazitätserweiterungs-Politik genannt.

Die Dispositionen der mit den Kreditinstituten verbundenen Wirtschaftsunternehmen auf dem Sektor der Marktstellung können z. B. die Sicherung und den Ausbau vorhandener Märkte oder das Eindringen in neue Märkte zum Ziele haben. Die Unternehmungen können ihre flüssigen Mittel dem Institut auch vielleicht deshalb anvertrauen, weil sie auf eine völlig andere Branche mit anderen Marktgegebenheiten überwechseln möchten oder müssen. Sie können sich auch in die ihnen vorgelagerten Märkte der Zulieferungsindustrie oder die der weiterverarbeitenden Industrie oder Güterverteilung (vertikale Verbindungen) ausdehnen oder auch horizontale Verbindungen eingehen. In dem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Kreditinstitute bei ihrem Passivgeschäft heute vielfach stärkeren Marktpartnern gegenüberstehen, was sich auf die individuellen Geschäftsverbindungen auswirkt und das Liquiditätsproblem der Kreditinstitute von einer ganz besonderen Sicht aus zur Beurteilung kommen läßt. So wie die, gemäß dem ansteigenden Konjunkturverlauf der letzten Jahre, angedeutete Entwicklung der Wirtschaft wirkt sich überhaupt jede wirtschaftliche Situation der Unternehmungen auf das Passivgeschäft der Kreditinstitute aus: nicht nur die ansteigende, sondern auch die sinkende Konjunktur in der Depression und auch individuelle Wachstums- und Schrumpfungerscheinungen nur einzelner Unternehmen, Branchen oder Wirtschaftsbereiche.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang auch die Merkmale der gesellschaftsrechtlichen Organisation. Der, z. B. in dem letzten Jahrzehnt, vollzo-

27) vgl. hierzu Ausführungen auf Seite 17/18.

gene Ausbau der zahlreichen Unternehmensverbindungen von losen Absprachen, Zusammenschlüssen und Arbeitsgemeinschaften zu den festen Verbindungen der Kartelle, Konzerne und Fusionen unterstreicht das oben Gesagte. Denn die gewählte Rechtsform und die gewählte Wirtschaftsform bedingen eine mehr oder weniger günstige und umfangreiche Finanzierung. Die Rechtsform z. B. einer Aktiengesellschaft oder auch einer größeren Gesellschaft mit beschränkter Haftung erschließt neben günstigeren Bedingungen für eine Selbstfinanzierung auch eine umfangreichere Möglichkeit zusätzlicher Eigenfinanzierungen und nicht zuletzt auch eine ausgedehntere Fremdfinanzierung. – Auch steht die Wahl der Rechtsform in enger Verbindung mit der jeweiligen steuerlichen Belastung (28). Dem passen sich Finanzierungspläne und Investitionsplanungen an, diesen wiederum ein wachsender Zahlungsverkehr, der im ansteigenden passivischen Kundengeschäft der Kreditinstitute zum Ausdruck kommt.

Im Anpassungsgeschäft versuchen die Kreditinstitute durch Aufnahme fremder Mittel bzw. durch Refinanzierung mittels Wechseln, Effekten und Ausgleichsforderungen Liquiditätsanspannungen, die durch Schwankungen im Aktiv- und insbesondere im zumindest kurzfristig nur wenig beeinflussbaren Einlagen- oder Kundengeschäft entstehen können, auszuweichen.

Die Bedeutung dieser Geschäfte liegt darin, daß die Kreditinstitute z. B. bei den aufgenommenen Mitteln deren Umfang kurzfristig verändern und – von der Seite des Kreditgebers gesehen – kurzfristig freigesetzte Beträge ertragbringend anlegen können. Mittels des anderen Zweigs der Anpassungsgeschäfte, der Refinanzierung, ist eine Überbrückung gerade der liquiditätskritischen Punkte, z. B. am Ultimo oder zu Steuerzahlungsterminen, ohne die sonst notwendige Verminderung ertragbringender Geldanlagen möglich.

Die eigentliche Tätigkeit und Aufgabe der Kreditinstitute besteht demnach im Passivgeschäft darin, um der Kapitalbeschaffung willen Geld und Kapital mit der Verpflichtung hereinzunehmen, dieses zu einem bestimmten Zeitpunkt, der in der Regel vom Kreditgeber bestimmt wird und in einer von diesem gewünschten Geldform und gegen ein bestimmtes Entgelt (Zins) wieder zurückzuzahlen.

2. Das Aktivgeschäft

Durch die Aktivgeschäfte der Kreditinstitute erhalten Unternehmen aller Art Kredite, und zwar nach ganz ähnlichen ökonomischen Überlegungen wie die im Passivgeschäft der Institute kreditgebenden Firmen. Auch hier treten

28) Aufermann, E.: aaO, Seite 86 ff.

die Gesichtspunkte der Finanzierung, der Marktstellung und der gesellschaftsrechtlichen Organisation in den Vordergrund. Die benötigten Geldmittel werden hier nicht im Wege der Selbst- oder Eigenfinanzierung von angesparten oder angelegten Besitzkonten beim Kreditinstitut gedeckt (Passivgeschäft des Kreditinstituts), sondern im Wege der Fremdfinanzierung von dem Kreditinstitut zur Verfügung gestellt. Die Fremdfinanzierung ist hier die Quelle für die Realisierung größerer Finanzplanungen und Finanzierungen, der Veränderung der derzeitigen Marktstellung oder der gesellschaftsrechtlichen Organisation.

Das Kreditinstitut stellt dem kreditnehmenden Unternehmen einen bestimmten Geldbetrag für eine bestimmte Zeit bereit und gewährt damit einen **Kredit**. Für das Ausleihen des Geldes gibt es verschiedene Möglichkeiten, die sich im Laufe der historischen Entwicklung nach den jeweiligen Erfordernissen herausgebildet haben.

Die Kreditgeschäfte lassen sich einteilen in den Kontokorrentkredit, den Lombardkredit, den Diskontkredit, langfristige Kredite, Teilzahlungskredite und Treuhandkredite.

Das Gewähren von Krediten kann aber auch lediglich darin bestehen, daß das betreffende Institut dem Kreditnehmer nur das Versprechen gibt, Zahlung zu leisten, wenn dieser seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das Kreditinstitut verspricht in diesem Falle also keine Geldleistung, sondern gibt lediglich ein **bedingtes Zahlungsversprechen**. Zu dieser Kreditvergabe gehören der Akzept- und der Avalkredit.

Die möglichen Kreditformen können auch nach den folgenden Gesichtspunkten unterschieden werden:

1. nach dem Kreditgeber
2. nach dem Kreditnehmer
3. nach der Kreditsicherheit
4. nach dem Kreditzweck
5. nach der Kreditdauer
6. nach der Kreditform (29)
7. nach der Kredithöhe (30) – (s. Abb. 3 (31)).

29) vgl. hierzu Falter, M., Die Praxis des Kreditgeschäftes bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, 4. Auflage, Stuttgart 1958, Seite 46.

30) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 99.

31) vgl. hierzu Abb. 3 auf Seite 27.

Mit diesen Darlegungen der einzelnen Kreditgeschäfte und den wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Unternehmungen, der öffentlichen Hand und der Haushaltungen an einem Kreditgewähren oder einem Kredit ist die Markstellung des Kreditinstitutes gekennzeichnet. Die oben (32) dargelegte Feststellung, daß der Leistungsprozeß der Kreditinstitute in der entgeltlichen Bereitstellung von Geld und Kapital liege, muß dahingehend ergänzt werden, daß ein Leistungsprozeß im Sinne einer Wertschöpfung erst dann vorliegen kann, wenn das im Aktivgeschäft erzielte Entgelt höher ist als das im Passivgeschäft (Kunden- und Anpassungsgeschäft) an die Kapitalgeber gewährte Entgelt, zuzüglich der eigenen Betriebsausgaben.

Gliederung der Kredite nach

Abb. 3

Kreditgeber	Kreditnehmer	Kreditzweck
Inlandskredit Auslandskredit Sparkassen-Kredit Bankkredit Genossenschaftskredit Konsortialkredit Gemeinschaftskredit Metakredit Privater Kredit Lieferantenkredit Öffentlicher Kredit Staatskredit	Agrarkredit Gewerblicher Kredit Industriekredit Mittelstandskredit Kommunalkredit Kreditgröße Großkredit Mittelkredit Kleinkredit	Anlagekredit Investitionskredit Produktionskredit Betriebskredit Umlaufs-Waren-Kredit Kassenkredit Konsumtionskredit Spekulationskredit Emissionskredit Exportkredit Importkredit
Kreditsicherheit	Kreditdauer	Kreditform
Gedeckter Kredit Ungedeckter Kredit Gesicherter Kredit Offener Kredit Blankokredit Personalkredit Bürgschaftskredit Realkredit Mobiliarkredit Immobiliarkredit Faustpfandkredit Lombardkredit Grundkredit Hypothekarkredit	Kurzfristiger Kredit Mittelfristiger Kredit Langfristiger Kredit Kündbarer Kredit Unkündbarer Kredit Saisonkredit Zwischenkredit	Kontokorrentkredit Überbrückungskredit Buchkredit Darlehen Wechselkredit Diskontkredit Rembourskredit Dokumentenkredit Akzeptkredit Avalkredit Durchlaufender Kredit Weiterleitungskredit

32) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 22/23.

Diese kurz skizzierte Gegenüberstellung muß noch um einige Positionen auf beiden Seiten ergänzt werden. Bei dem Aktivgeschäft sind zu den Einnahmen aus dem eigentlichen Kreditgeschäft noch die aus dem bereits erwähnten Effektingeschäft (Effektenhandel, Emissionsgeschäft, Depotgeschäft), die aus dem Zahlungs- und Inkassoverkehr und noch diejenigen aus dem Außenhandelsgeschäft hinzuzuzählen. Bei dem Passivgeschäft darf neben der Fremdfinanzierung mittels Spar- und Depositengeschäfts die auch bei Kreditinstituten mögliche Finanzierung mit Eigenkapital nicht übersehen werden. Die Eigenfinanzierung der Kreditinstitute unterscheidet sich nicht von den entsprechenden Möglichkeiten bei anderen Branchen (33). Das Gleiche trifft auch für die Selbstfinanzierung zu (34).

Aus der Darstellung des allgemeinen Kreditgeschäftes in Bezug auf das Aktiv- und Passivgeschäft wird auch der am Kreditinstitut entsprechende wirtschaftliche Leistungsprozeß ersichtlich. Dieser unterscheidet sich grundlegend von denen der güterverarbeitenden und güterverteilenden Unternehmen. Da in einem Kreditinstitut nicht ein Güterstrom von der Beschaffung zur Absatzseite fließt, kann bei ihm auch nicht die Liquidität im Schatten des Güterdenkens stehen. Die Liquidität ist hier von anderen Merkmalen abhängig.

Das Kreditinstitut kennt nicht die ein Unternehmen durchfließenden Güterströme, die die Basis des eigentlichen Leistungsprozesses sind. Bei ihm sind lediglich solche des Kostenverzehrs festzustellen, die als Unterscheidungsmerkmale gegenüber den güterverarbeitenden und -verteilenden Unternehmen nicht ins Gewicht fallen und hier nicht interessieren. Damit ändert sich auch der Aussagewert des Liquiditätsbegriffes und der der betriebswirtschaftlichen Kennzahl Liquidität. Beim Kreditinstitut werden die zur Verfügung stehenden flüssigen Mittel nicht in bestimmten Gütern angelegt. Am Beginn des Leistungsprozesses tritt keine Konkretisierung einer mit dem Besitz flüssiger Mittel verbundenen allgemeinen Kaufkraft auf einem individuellen speziellen Gütermarkt ein. Am Ende des Leistungsprozesses vollzieht sich mit der Verwertung der Bankleistung keine Rückverwandlung anderweitiger individueller Güter in Geld. Das Kreditinstitut wird lediglich von Zahlungsströmen in beiden Marktkonstellationen, hier Passivgeschäft und Aktivgeschäft genannt, durchlaufen.

Damit entfallen für das Kreditinstitut die allgemein entwickelbaren Faktoren der Liquidität, nämlich die Dauer der jeweiligen Leistungserstellung. Diese umfaßt die Zeitspanne, die begrenzt ist einmal durch die Umwandlung aus

33) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 55.

34) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 56.

der Einnahmen- und Ausgabenperspektive (Zahlungsstrom, Geldseite) in die der Kosten und Erträge (Güterrechnung) und zum anderen durch die Rückwandlung von der Kosten- und Ertragsphäre in die der Einnahmen und Ausgaben (Geldrechnung).

Desgleichen entfallen beim Kreditinstitut die die Liquidität beeinflussenden Zahlungsmodalitäten für den in Geld leistenden Marktpartner (Voraus- und Kundenanzahlungen, vereinbarte Ziel- und Ratenzahlungen, Skonto).

Beim Kreditinstitut gibt es, wie gesagt, nur durchfließende Geldströme. Im Passivgeschäft strömt mit der Eigen- und Selbstfinanzierung und mit der Fremdfinanzierung aus Spar- und Depositengeschäften, aufgenommenen Geldern (Nostroverpflichtungen), Pfandbriefgeschäften und Refinanzierung mittels Wechseln, Effekten und Ausgleichsforderungen ein Geldstrom in das Institut und fließt aus ihm heraus im Aktivgeschäft in Form gewährter Kredite usw.

In entgegengesetzter Richtung fließen die Rückzahlungen und Entgelte aus dem Aktivgeschäft (gewährte Kredite, Effektengeschäft, Zahlungs- und Inkasoverkehr, Außenhandelsgeschäft) zum Kreditinstitut hin und verlassen es in Gestalt der zu gewährenden Entgelte im Passivgeschäft und der dort erforderlichen Rückzahlungen.

Im güterverarbeitenden und güterverteilenden Unternehmen ist der aus den Produktionsprozessen herleitbare liquiditätsbestimmende Faktor in den als liquiditätskritisch anzusprechenden Punkten der Überführung der Geld- in Güterwerte bzw. der Güter- in Geldwerte zu finden. Die Entfernung dieser beiden Punkte ist abhängig von der Dauer des eigentlichen Produktions- und Absatzprozesses und von den Zahlungsvereinbarungen.

Im Kreditinstitut liegt der, aus dem ihm arteigenen Leistungsprozeß herleitbare, bestimmende Faktor in dem relativ zueinander gehörenden zeitlichen und mengenmäßigen Verhältnis der in entgegengesetzter Richtung fließenden verschiedenen Geldströme. Dieses Verhältnis ist abhängig von dem für die Kreditvermittlung notwendigen Gleichgewicht der Geld- oder Zahlungsströme. Das vom Kreditinstitut aufgenommene Kreditangebot muß der an das Kreditinstitut herangetragenen Nachfrage nach Kredit entsprechen. Dieses Gleichgewicht muß innerhalb beider besprochenen Geldströme bestehen. Auch für den hier charakteristischen Leistungsprozeß gilt die oben entwickelte Liquiditätsuntergrenze, die mindestens 1 betragen muß (35), und grundsätzlich auch die gleiche Obergrenze.

35) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 16.

Der zweite aus dem Leistungsprozeß der Kreditinstitute ableitbare Liquiditätsbestimmende Faktor dürfte in der jeweiligen Terminfestsetzung – im Passiv- wie im Aktivgeschäft – zu finden sein. Grundsätzlich wissen die Banken oder Sparkassen nicht, zu welchem Zeitpunkt die ihnen z. B. im Spar- und Depositengeschäft zur Verfügung gestellten Gelder wieder zurückgerufen werden. In ihren unternehmerischen Gesamtdispositionen, besonders in ihrer Liquiditätspolitik, müssen sie diesen ungewissen Faktor berücksichtigen. Die Kreditinstitute können z. B. mit Hilfe besonderer Vereinbarungen mit ihren Kunden diese Ungewißheit etwas bannen, indem sie ihren Partnern längerfristige Vereinbarungen vorschlagen, so daß sie wenigstens in gewissem Umfange wissen, daß Teile der bereitgestellten Mittel erst an in fernerer Zeit liegenden Terminen wieder von ihr zurückgegeben werden müssen. Das kann durchaus im Interesse der Beteiligten liegen. An dieser Stelle sei nur an das Zwecksparen oder an den stetig wachsenden „Bodensatz“ der Sichteinlagen und besonders der befristeten Einlagen von Kreditinstituten und anderer Unternehmungen und Haushaltungen (z. B. Gehalts- und Lohnkonten) oder an die Möglichkeit verhältnismäßig großzügiger Terminsetzungen bei gewissen Finanz- und Finanzierungsplanungen erinnert. Nach der Dauer der Kapitalüberlassung gestaffelte Zinssätze (36) sollen die Kapitalgeber zum Abschluß länger laufender Verträge anregen. In dieser Hinsicht wirkten auch die vom Fiskus seinerzeit begünstigten Kapitalansamlungsverträge und das Sparprämien-gesetz vom 5. Mai 1959.

Wie noch zu zeigen sein wird, gewähren diese zeitlichen Vereinbarungen keine unbedingte Sicherheit. Selbst bei langfristigen Vereinbarungen muß stets mit früheren Kündigungen gerechnet werden, und das auch dann, wenn diese an und für sich vertragswidrig sind und dementsprechend mit nachträglichen Zinsbelastungen zu rechnen ist.

Grundsätzlich kann jedoch unterstellt werden, daß längere Kreditgewährungen im Passivgeschäft die Liquidität der Kreditinstitute erhöhen und ein entsprechend umfangreicheres Aktivgeschäft ermöglichen. Liquiditätsmäßig gesehen sind insbesondere die Spareinlagen für die Kreditinstitute sehr vorteilhaft. K. F. Hagenmüller vergleicht die Größenverhältnisse der verschiedenen Sparkonten mit der insgesamt angesparten Summe und stellt fest (37): „Einerseits dienen diese Gelder nicht dem Zahlungsverkehr und andererseits unterliegen größere Beträge einer Kündigungsfrist von drei Monaten (38)“.

36) Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist 3 %, mit vereinbarter Kündigungsfrist von 6 Monaten und weniger als 12 Monaten 3 ¼ %, mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber 4 %; vgl. Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 74.

37) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 75.

38) Die Kapitalansamlungsverträge und das heutige Sparprämien-gesetz kennen bedeutend längere Fristen.

Dadurch können die für Spareinlagen zu haltenden Liquiditätsreserven relativ niedrig bemessen werden. Dies gilt, obwohl z. B. bei den Sparkassen rd. 82 % aller Sparkonten Guthaben unter DM 1 000,— aufweisen und daher über diese Gelder täglich verfügt werden kann, weil die Guthaben auf diesen Konten betragsmäßig nur etwa 16 % aller bei den Sparkassen befindlichen Spareinlagen ausmachen.“

Bei dieser Gegenüberstellung darf die Möglichkeit der Vertragsänderung der längerfristigen Abmachungen in wesentlich kurzfristigere Vereinbarungen oder sogar in sofort fällige Gelder nicht übersehen werden.

Der Vollständigkeit halber sind hier auch diejenigen Fristveränderungen zu nennen, die nicht das besprochene kürzere Ziel, sondern ein längerfristiges gewähren. In diesen Fällen hat das Kreditinstitut unnötige Mittel bereitstellen müssen, die in anderen Anlagen – so auch im Aktivgeschäft – in geeigneterer Weise hätten eingesetzt werden können. Liquiditätspolitisch gewinnt das Institut hier nur geringe Dispositionsmöglichkeiten, weil ohne entsprechende Abmachung mit dem täglichen Abruf der Gelder gerechnet werden muß. Dem steht das Interesse des Marktpartners gegenüber, der lieber auf eine höhere Verzinsung des angelegten Geldes verzichtet, um selbst sofort liquide zu sein.

Im Aktivgeschäft verfügt das Kreditinstitut hinsichtlich der Terminsetzung über eine umfangreichere Dispositionsbefugnis. Im Passivgeschäft setzt, wie gesagt, die Termine grundsätzlich der kapitalbeschaffende Marktpartner. Das Institut kann dort lediglich durch gewisse entgegenkommende Vertragsvorschläge ihm günstigere Fristabsprachen realisieren, die es aber nicht davor bewahren können, daß ihm dennoch überraschend neue sehr viel kurzfristigere Rückzahlungstermine genannt werden. Im Aktivgeschäft setzt grundsätzlich das Kreditinstitut die Termine für die Rückzahlungen, ohne deren Anerkenntnis das kreditsuchende Unternehmen den begehrten Kredit überhaupt nicht erhält. Aber auch in der Marktbeziehung des Aktivgeschäftes muß das Institut damit rechnen, daß diese gesetzten Fristen nicht eingehalten werden. Unter Umständen muß mit Prolongationen gerechnet werden, die oft – gerade bei den zwangsweisen Prolongationen – deshalb nützlich erscheinen, um den Anspruch überhaupt in voller Höhe zu erhalten. Die aus diesem Grunde erforderliche längere Bindung der kreditierten Gelder wirkt sich liquiditätspolitisch sehr nachteilig aus, da in solchen Fällen eine anderweitige Anlage der Mittel sicherer und wirtschaftlicher wäre und nicht zuletzt deshalb Liquiditätsschwierigkeiten auf der Kapitalbeschaffungsseite entstehen können.

Die frühere Rückzahlung kreditierter Gelder bringt wohl dem Institut in kürzerer als der versprochenen Frist neue flüssige Mittel für anderweitige Geschäfte.

In jenen Fällen pflegt dem Institut aber auch eine sehr ertragreiche Verbindung verloren zu gehen, die sich nicht zuletzt auf lange Sicht auch liquiditätspolitisch positiv auswirken würde.

Die geschilderten Fristsetzungen im Aktiv- wie im Passivgeschäft ergeben sowohl in ihren jeweiligen Beschleunigungs- als auch in ihren jeweiligen Verzögerungstendenzen erst in ihrem Zusammenwirken und der dispositiven Kombination von Aktiv- und Passivgeschäft den weiteren liquiditätsbestimmenden Faktor aus dem Leistungsprozeß der Kreditinstitute. Dieser zweite, aus den Terminsetzungen ableitbare Faktor sichert erst ein optimales liquiditätspolitisches Gleichgewicht der durch das Kreditinstitut fließenden Geld- und Zahlungsströme (1. Faktor).

Der Leistungsprozeß der Kreditinstitute läßt sich demnach in der ökonomischen Aufgabe erklären, die im Bereich des Aktiv- wie des Passivgeschäftes geschilderten Geld- und Zahlungsströme in einem wirtschaftlich optimalen Gleichgewicht zu halten. Damit tritt die Notwendigkeit ständiger Zahlungsbereitschaft (= Liquidität) als eines der wichtigsten Probleme der Kreditinstitute in Erscheinung.

Unter den geschilderten Voraussetzungen ist das Liquiditäts-Problem der Kreditinstitute allgemein auch ein Gleichgewichtsproblem zwischen den Auszahlungs- und Einzahlungsströmen (39). Das Hauptgewicht liegt hierbei in der gestellten Prämisse „unter den geschilderten Voraussetzungen“, weil ein schlechthin im Gleichgewicht-Halten von Ein- und Auszahlungen das Liquiditätsproblem einer jeden Betriebswirtschaft ist, das von der unterschiedlichen Art der betreffenden Betriebswirtschaft aber völlig verschieden zu betrachten ist.

B. DER EINFLUSS DER MARKTSTELLUNG UND DER GESETZLICHEN REGELUNGEN AUF DIE LIQUIDITÄT.

Zu den aus dem Leistungsprozeß erklärbaren liquiditätsbestimmenden Faktoren treten einmal die aus der Marktstellung (40) und zum anderen die aus gesetzlichen Regelungen sich ergebenden Faktoren hinzu. Hier ist darauf hinzuweisen, daß trotz der notwendigen zusammenwirkenden Einheit von Passiv- und Aktivgeschäft die speziellen Marktverbindungen des Aktiv- wie des Passivgeschäftes selbständige Marktkombinationen darstellen, die von eigenstän-

39) So auch Fischer, O.: aaO, S. 119; F. Hercog bezeichnet als obersten Leitsatz für die Liquiditätspolitik der Kreditinstitute die Synchronisierung zwischen Kasseneingang und Kassenausgang. Vgl. Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 257.

40) Hier ist an die Stellung des Kreditinstituts im Beschaffungs- und Absatzmarkt gedacht.

digen und daher anderweitigen, sich voneinander unterscheidenden Marktgesetzen bestimmt werden. Beide Marktkombinationen müssen deshalb in ihren oben geschilderten zusammenwirkenden unternehmerischen Leistungen als polare Größen angesehen werden. – Darüberhinaus liegt die Festsetzung der Höhe der Zinsen sowohl im Passiv- wie im Aktivgeschäft des Kreditinstituts nicht im freien Ermessen der jeweils vertragschließenden Parteien. Die Zinssätze für Depositeneinlagen und auch alle anderen Haben- und Soll-Zinssätze werden gemäß dem Habenzinsabkommen in Verbindung mit § 23 KWG von den Bankenaufsichtsbehörden festgesetzt. Die Spitzenverbände des Bankgewerbes haben lediglich die Möglichkeit einer vorherigen Rücksprache.

Die Festlegung der Soll- und Habenzinsen ist für das Kreditinstitut eine der einschneidenden Bestimmungen, weil diese den Wettbewerb (41) und das mit ihm verbundene Festsetzen der Höhe des Entgelts (Zins) für individuelle Leistungen außerordentlich einschränken. Auch ist es einem Kreditinstitut nur in bescheidenem Umfange möglich, Preispolitik zu treiben. Unter das Habenzinsabkommen fallen nämlich alle hereingenommenen Gelder, Kündigungs- und Festgelder, soweit sie von der Nichtbanken-Kundschaft stammen und eine Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren haben (42). Die hierfür festgesetzten Zinssätze sind Höchstsätze, die nicht überschritten, wohl aber unterschritten werden dürfen. Den preispolitischen Maßnahmen mit dem Ziel, die Spanne zwischen Erträgen und Aufwendungen zu vergrößern, dadurch den Betriebsgewinn zu erhöhen und daneben auch die liquiditätspolitische Situation zu verbessern, sind somit verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt (43). Das Bestreben der Kreditinstitute wird es deshalb sein, dazu noch Geschäfte durchzuführen, die nicht den Bindungen des Habenzinsabkommens unterliegen, wie z. B. Sammlung von Einlagen der Kreditinstitute oder auch Aufnahme von Geldern, soweit es sich nicht um aufgenommene Kredite beim Zentralbanksystem handelt.

Mit den Bestimmungen des Habenzinsabkommens wird aber auch schon die allgemeine wirtschaftliche (rein makroökonomische) Bedeutung offensichtlich, die die Kreditinstitute neben ihren eigentlichen Geschäften haben.

Des weiteren kann der Kapitalgeber im Passivgeschäft die jeweils von ihm gewünschten Geldformen bestimmen, in der er das Geld wieder zurückerhalten möchte. Sehr häufig wird es Bargeld sein. In diesem Falle kann er sogar die Sortenwahl bestimmen. Dieses ausgedehnte Wahlrecht kann zu Liquiditätsanspannungen führen, gegen die sich das Kreditinstitut durch er-

41) Die Kreditinstitute unterliegen außerdem einem besonderen Wettbewerbsabkommen, vgl. Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 242.

42) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 239.

43) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 240.

höhte Liquidität sichern muß. Der Kunde kann aber auch ein Überführen auf ein offenes Depositenkonto verlangen, um jederzeit über liquide Mittel verfügen zu können.

Letztlich führten die Kreditinstitute gemeinsam neben ihren mikroökonomischen auch makroökonomische Aufgaben durch. Das einzelne Kreditinstitut ist ein Glied des kreditpolitischen Instrumentariums der Zentralbank (44). Fiskus und Bundesbank steuern über den Geld- und Kapitalmarkt die allgemeine Wirtschaft und verfolgen gewisse wirtschaftspolitische Ziele, z. B. die Beeinflussung der Kreditschöpfung der Banken oder die Festsetzung des Geldankaufspreises über den Diskontsatz, an den sich auch die geltenden Sätze im Rahmen des Habenzinsabkommens anlehnen.

Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung interessiert insbesondere die Aufgabe, der Wirtschaft das Vertrauen zur Währung zu erhalten. Das kann aber nur dann geschehen, wenn der Geldkreislauf in der Gesamtwirtschaft und in den Einzelunternehmen, besonders aber in den Kreditinstituten, nicht ins Stocken gerät. Der Staat ist daher aus diesem wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt an der ständigen Zahlungsbereitschaft (= Liquidität) der Banken, Sparkassen usw. sehr interessiert. Die durch den Leistungsprozeß bereits hervorgehobene Vorrangigkeit der Liquidität wird von dieser volkswirtschaftlichen Stellung der Kreditinstitute noch unterstrichen. Daher muß dafür vorgesorgt werden, daß größeren außergewöhnlichen Zahlungsforderungen von den Instituten auf jeden Fall und zu jeder Zeit nachgekommen werden kann. Diese zusätzlichen Anforderungen können z. B. entstehen, wenn Mißtrauen unter den Bankgläubigern aufgekommen ist und Angstabhebungen zur Folge hat (45). Hier liegt das eigentliche öffentliche Liquiditäts-Problem der Kreditinstitute (46).

Auf Grund gesetzlicher Vorschriften (47) werden daher von den Geschäftsbanken besondere Maßnahmen zum weiteren Ausbau und zur Sicherung ihrer Liquidität verlangt. Zum „weiteren“ Ausbau bedeutet hier, daß diese Maßnahmen die von der Einzelwirtschaft des Kreditinstituts gegebenen Entscheidungsmöglichkeiten noch überschreiten.

Die genannten Vorschriften verpflichten die Kreditinstitute, von den Einlagen von Nichtbanken und einem Teil der aufgenommenen Gelder einen bestimmten Prozentsatz auf ihrem Girokonto bei der Deutschen Bundesbank als Mindestreserve zu unterhalten (48). Unter „Mindestreserven“ sind unverzinsliche Guthaben zu verstehen, die auf Grund gesetzlicher Verordnungen bei den Zentralbanken vonseiten der Geschäftsbanken zu halten sind und die

44) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 76.

45) und (46) Eisfeld, C.: aaO, Sp. 411.

47) § 16 Bundesgesetz v. 26. 7. 1957; Mindestreserven.

48) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 75; Falter, M.: aaO, S. 53.

in einem bestimmten prozentualen Verhältnis zu den Einlagen der Kundschaft, sowie den kurz- und mittelfristig aufgenommenen Geldern von nicht mindestreservspflichtigen Instituten stehen (49).

Die mit dieser gesetzlichen Mindestreservpflicht der Kreditinstitute gegebenen Möglichkeiten für eine quantitative Beeinflussung des Geld- und Kreditvolumens seitens der Zentralbank sind offensichtlich. Die Mindestreserven sind für die Kreditinstitute insoweit echte Liquiditätsreserven, als sie kurzfristig für die Beseitigung von Liquiditätsschwierigkeiten eingesetzt werden können (50). Das ist einmal mit der Möglichkeit ihrer Berechnung (51) (monatliches Durchschnittsguthaben) und andererseits auch deshalb erreichbar, weil die Zentralbank in Zeiten allgemeiner Liquiditätsschwierigkeiten die Mindestreserve herabsetzen kann (52).

Die Mindestreservpflicht bedeutet jedoch für die Kreditinstitute längerfristig betrachtet eine umfassende Verfügungsbeschränkung über einen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel. Ihren eigenen normalen Liquiditätsdispositionen sind diese entzogen (53). Das bedeutet, daß ein Institut die eigenen liquiditätspolitischen Maßnahmen nur mit dem restlichen Teil seiner Mittel treffen kann. Daraus folgt, daß der noch zu seiner freien Disposition stehende Teil entsprechend vergrößert werden muß, um überhaupt der liquiditätspolitischen Aufgabe gerecht werden zu können.

Andererseits darf das Kreditinstitut diese Mittel nicht in seinem Unternehmen gewinnbringend im Aktivgeschäft einsetzen. Die Mindestreservpflicht geht damit zu Lasten der Rentabilität des Instituts.

Eine weitere zusätzliche Sicherung der Liquidität wird mit den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes realisiert. Diese betreffen die Haltung weiterer sogenannter Liquiditätsreserven bezüglich der Barliquidität (Kassenbestand, Landeszentralbank- und Postscheckguthaben), der Liquidität zweiten Grades (rediskontfähige Wechsel und Zentralbankklombardfähige Wertpapiere) und das Verhältnis bestimmter Bilanzpositionen zueinander (haftendes Eigenkapital zu den Gesamtverbindlichkeiten) und gewisse Begrenzungen im Aktivgeschäft (54).

Außerdem seien in diesem Zusammenhang auch die Vorschriften der Kreditrichtsätze erwähnt (55). Mit dem Richtsatz III wird das für die Liquidität relevante Verhältnis zwischen liquiden Mitteln und fremden Geldern festgesetzt (56).

49) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 75; Falter, M.: aaO, S. 53

50) und (51) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 259.

52) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 259.

53) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 76.

54) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 258.

55) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 45.

56) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 259.

IV. Das Liquiditätsproblem bei den Sparkassen

A. DIE GESCHÄFTE DER SPARKASSEN VERGlichen MIT DENEN ANDERER KREDITINSTITUTE

Im Vergleich zu den übrigen Kreditinstituten nimmt die Sparkasse eine Sonderstellung ein. Das wird ersichtlich, wenn man sich die Vorbedingungen und Umstände des Leistungsprozesses und die besonderen Marktverhältnisse und Marktkonstellationen der Kreditinstitute im allgemeinen und die der Sparkassen im speziellen vor Augen führt.

Im Grunde genommen läßt sich der Leistungsprozeß der Sparkassen ebenfalls dahingehend beschreiben, daß wirtschaftlich optimal das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Zahlungsströmen hergestellt werden soll. Auch hier spielt das Ineinandergreifen des kapitalbeschaffenden Passivgeschäftes mit dem Aktivgeschäft als Mengen- und Zeitproblem eine entscheidende Rolle. Auch bei den Sparkassen muß mit der Ungewißheit der einzelnen Termine gerechnet werden. Auch die Marktstellung und die gesetzlichen Regelungen stellen die Liquiditätsbestimmenden Faktoren bereit:

1. Polarität der Marktbereiche des Aktiv- und des Passivgeschäftes,
2. von den Vertragsschließenden grundsätzlich nicht beeinflussbare Höhe der Zinssätze,
3. die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Sparkassentätigkeit und schließlich noch
4. die Möglichkeit der Wahl der Geldform für die an die Kapitalgeber zurückzuzahlenden Gelder.

Die besonderen für die Sparkassen eigentümlichen Verhältnisse geben diesen Liquiditätsbestimmenden Faktoren jedoch ein spezielles Gewicht. „Sparkassen sind Kreditinstitute, die unter dem Leitgedanken der Förderung und Pflege des Sparens mit jedermann im Rahmen der satzungsmäßigen Bestimmungen alle Formen von Bankgeschäften betreiben. Diese Definition umfaßt sowohl die kommunalen als auch die sogenannten freien Sparkassen“ (57).

57) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 35.

Der allgemeine und grundlegende Gedanke einer Kreditvermittlung erfährt mit der Konstruktion einer Sparkasse sowohl im Passiv- als auch im Aktivgeschäft einige erhebliche marktverändernde Einschränkungen. Gesetzliche und statutarische Hauptaufgaben der Sparkassen sind:

Förderung des Sparsinns der Bevölkerung,
Annahme von zu verzinsenden Spareinlagen,
Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs,
Kredit- und Darlehensgewährung im örtlichen Bereich nach wirtschaftlichen Grundsätzen ohne Gewinnstreben (58).

Das Passivgeschäft der Sparkasse ist also von der gesellschaftspolitischen Aufgabe beherrscht, die Beteiligung breiter Bevölkerungskreise an der Kapitalbildung entweder zur freien Vorsorge oder zur privaten Eigentumsbildung sicherzustellen.

Unter den Sparmotiven hat in den letzten Jahren gegenüber dem Zwecksparen, z. B. für größere Anschaffungen, das Rücklagen- und Vermögenssparen an Umfang stark zugenommen. Dazu haben auch die höher verzinslichen Kündigungsspareinlagen beigetragen. Die Zahl der kleinen Sparkonten überwiegt aber noch. Auf sie entfällt jedoch nur eine sehr geringe Einlagenquote, wie die nachfolgende Tabelle zum Stichtag 31. 12. 1957 es deutlich macht:

Größenklassengliederung der Sparkonten und Spareinlagen bei den Sparkassen zum 31. 12. 1957 i. v. H. der Gesamtzahlen der Sparkonten und Spareinlagen (59).

Größenklassen DM			Sparkonten i. v. H.	Spareinlagen i. v. H.
	bis unter	100	54,96	2,60
100	bis unter	300	13,06	3,05
300	bis unter	1 000	13,72	10,02
1 000	bis unter	3 000	11,82	24,88
3 000	bis unter	5 000	3,41	16,05
5 000	bis unter	10 000	2,22	18,46
10 000	und darüber		0,81	24,94
			100,00	100,00

58) Krümmel, H. J., Artikel Sparkassen in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958—1960, 3. Band, Sp. 4972.

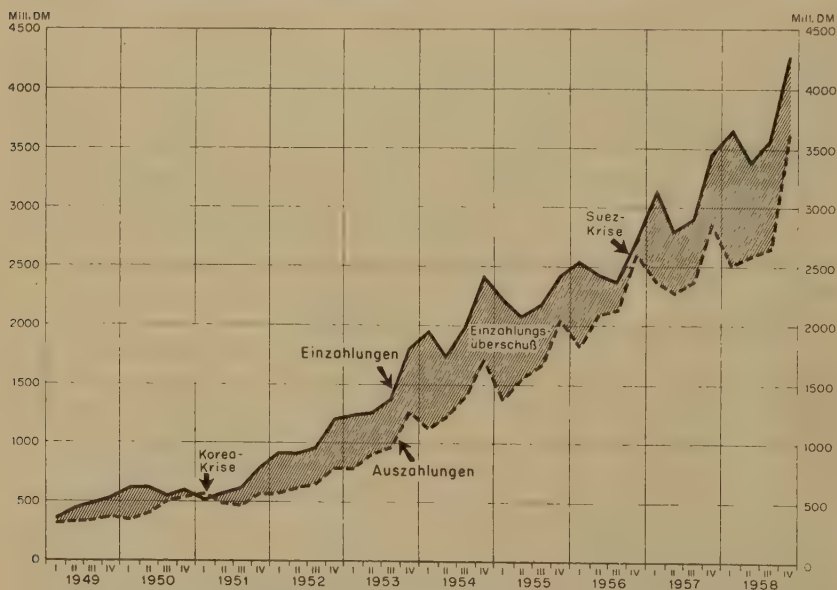
59) Aus: Deutscher Sparkassenkalender 1959, S. 112.

Das Rücklagen- und Vermögenssparen zeigt sich auch in einer verhältnismäßig niedrigen Abhebungsquote: Bei den Sparinstituten insgesamt betrugen die Abhebungen nur 33,6 % des Jahresanfangsbestandes zuzüglich der laufenden Gutschriften und Zinsen (60). Der in Abb. 4 (61) dargestellte Überblick der Ein- und Auszahlungen im Sparverkehr bei den Sparkassen zeigt das gleiche Bild, wobei liquiditätskritische Punkte anlässlich der Korea- und der Suezkrise besonders ins Auge fallen.

Diese kurze Charakterisierung der Marktgegebenheiten im Passivgeschäft weist bereits darauf hin, daß die Sparkassen Kreditinstitute eigener Prägung (62) sind, die ihre wirtschaftspolitischen Aufgaben nach eigens für sie erlassenen Richtlinien zu erfüllen haben.

Ein- und Auszahlungen im Sparverkehr bei den Sparkassen

Abb. 4



vgl. „Blick in die Wirtschaft“, Deutscher Sparkassen und Giroverband, Bonn, Nr. 2/1959, Seite 1.

60) Henze, W., Artikel Spareinlagen in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958—1960, 3. Band, Sp. 4972.

61) vgl. hierzu Abb. 4 auf Seite 38.

62) Falter, M.: aaO, Seite 48.

Die Aufgaben der Sparkassen sind im einzelnen in ihren grundsätzlichen Zügen in Statuten, Gesetzen und sonstigen Verordnungen niedergelegt. Die früher für die Preußischen Sparkassen gültige Mustersatzung umriß in ihrem § 1 die Sparkassen als rechtliche und wirtschaftliche Erscheinungsform wie folgt:

Die Sparkasse ist eine gemeinnützige und mündelsichere Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie ist dem für ihren Gewährsverband zuständigen Sparkassen- und Giroverband als Mitglied angeschlossen. Sie soll den Sparsinn fördern, sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse nach Maßgabe der Satzung (63).

Die neuen Mustersatzungen 1953 (Muster A und B) (64) bestimmen in § 2 die Aufgaben einer Sparkasse im einzelnen wie folgt:

1. Die Sparkasse hat die Aufgabe, den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Zu diesem Zweck hat sie alle erforderlichen und geeigneten Einrichtungen zu treffen, um möglichst weite Kreise der Bevölkerung für den Spargedanken zu gewinnen. Hierzu gehören auch die Pflege des Sparsinns der Jugend durch Belehrung und Schulspareinrichtungen, sowie die Förderung des Bausparwesens. (Passivgeschäft).
2. Die Sparkasse gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs nach Maßgabe der Satzung, pflegt den bargeldlosen Zahlungsverkehr, insbesondere den Spargiro-Verkehr (Sparkassenüberweisungsverkehr) und betreibt die weiteren in der Satzung vorgesehenen Geschäfte (Aktivgeschäfte).
3. Die Spareinlagen sollen unter Berücksichtigung der Liquiditätserfordernisse grundsätzlich lang- und mittelfristig angelegt werden, die sonstigen Einlagen mit keinen längeren Kündigungsfristen, als sie hereingenommen sind. Die Ausleihungen werden entweder als jederzeit kündbare Kredite oder als Darlehen, i. d. R. mit Kündigungsfristen und planmäßiger Tilgung gewährt.
4. Kredite sollen grundsätzlich nur an solche Personen gegeben werden, die im Bezirk des Gewährträgers ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung haben. Beim Realkredit braucht nur das beliehene Grundstück im Bezirk des Gewährträgers gelegen zu sein. Die Personalkredite der Sparkasse sollen dem Mittelstand und den wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreisen im Rahmen der durch diese Zweckbestimmung gezogenen Grenzen zur Verfügung gestellt werden. Kredite zu Spekulations-

63) § 1 Mustersatzung der Preußischen Sparkasse, Abs. 2—4.

64) vgl. Hagenmüller, K. F., aaO, S 37, Krümmel, H. J.: aaO, Sp. 4976.

zwecken sind mit der Aufgabe der Sparkasse nicht vereinbar und darum unzulässig.

5. Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen ohne Gewinnstreben geführt.

Die beiden Mustersatzungen unterscheiden, von verschiedenen Abweichungen in den Einzelheiten abgesehen, zwei Organisationsformen. Die Mustersatzung A setzt zwei Organe ein, nämlich für die Geschäftsführung den aus Fachleuten bestehenden Vorstand und für die Bestimmung und Festsetzung der Richtlinien der Geschäftspolitik und die Kontrolle den Verwaltungs- oder Sparkassenrat. Dazu tritt noch der Kreditausschuß, der generell über die Kreditanträge entscheidet. Die Mustersatzung B kennt nur ein Organ, den Vorstand, dem auch der Sparkassenleiter als vollberechtigtes Mitglied angehört (65). Jene Bestimmungen des § 2 der neuen Mustersatzungen für Sparkassen und die beiden vorgesehenen Organisationsformen drängen die eigentlichen Aufgaben des Kreditinstituts, die gewerbsmäßige Kreditvermittlung, in den Hintergrund. Daran hat sich grundsätzlich auch nichts geändert, seitdem die Sparkassen ihre Geschäftstätigkeit auf alle Bankgeschäfte ausgedehnt haben (66).

Die Marktpartner der Sparkasse beschränken sich sowohl im Passivgeschäft als auch im Aktivgeschäft auf einen ganz bestimmten in der Mustersatzung festgelegten Personenkreis, der sich von dem der allgemeinen Kreditinstitute wegen seiner spezialisierteren und eingeschränkteren wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten grundsätzlich unterscheidet.

Die Sparkasse steht im gewissen Sinne im Dienste dieses Personenkreises und soll mit ihrer gesamten Geschäftstätigkeit dessen wirtschaftliche Belange fördern und unterstützen. Die Kreditvermittlung der Sparkasse ist demnach im Vergleich zu der der übrigen Kreditinstitute betriebswirtschaftlich weniger eine selbständige wirtschaftliche Funktionstätigkeit und -aufgabe, als vielmehr ein von den wirtschaftlichen Funktionstätigkeiten und -aufgaben ihrer Marktpartner abhängiges wirtschaftliches Verhalten. Das bezieht sich sowohl auf die Partner des kapitalbeschaffenden Passivgeschäftes als auch auf die kreditbegehrenden Partner im Aktivgeschäft.

Die selbständige wirtschaftliche Aufgabe der Sparkassen ist mehr makroökonomischer Natur, indem diese Institute mit ihren Liquiditäts- und Sicherheitsgarantien und infolge ihrer Gemeinnützigkeit einer neuen Bevölkerungsschicht den Kapitalmarkt überhaupt erst erschließen.

65) Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 37.

66) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 36.

An dieser Sonderstellung der Sparkassen hat sich auch nichts geändert, seitdem die übrigen Kreditinstitute ihre Tätigkeit auf das Spargeschäft ausgedehnt haben.

Nur die Sparkassen gewähren die bereits kurz erwähnten besonderen Schutzbestimmungen hinsichtlich Liquidität, Sicherheit, Ortsverbundenheit und Gemeinnützigkeit (67).

B. DIE GLIEDERUNG DER SPARKASSENKREDITE

Die Einengung auf dem Sektor des Aktivgeschäftes der Sparkasse zeigt sich in der näheren Gliederung der nach Satzung und KWG erlaubten Sparkassenkredite. Im allgemeinen unterscheidet man nach Real-, Personal- und Kommunalkrediten.

1. **Real-Kredit** im Sinne der Sparkassenpraxis ist der in Form des Darlehens gegen Verpfändung von Grund und Boden (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden) längerfristig gegebene Kredit. Die Hypotheken sind immer nur im ersten Rang einzutragen. Die kreditierten Mittel dienen in der Regel Investitionszwecken. Da, wie noch näher erläutert werden wird, derartige Mittel ausschließlich zur Befriedigung örtlicher Kreditbedürfnisse zur Verfügung gestellt und hierbei noch der Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise bevorzugt werden sollen, sind auch dem Umfang dieser Investitionen gewisse Grenzen gesetzt (68). Damit verteilt sich der im langfristigen Aktivgeschäft der Sparkasse gemäß den Richtlinien der Mustersatzung bereitstehende Betrag auf einen größeren Kreis von Kreditnehmern, was auf das Risiko und auch auf die Gebundenheit der ausgegebenen Gesamtmittel gewisse Rückschlüsse zuläßt. Die Sparkasse kann mit einer derartigen Ausgestaltung des Aktivgeschäftes für einen verhältnismäßig raschen durchschnittlichen Rückfluß der kreditierten Gelder sorgen, was günstige liquiditätspolitische Konsequenzen für die Gesamtentscheidungen der Sparkasse haben dürfte. Überhaupt ist in einem gut gestreuten Aktivgeschäft unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte oft eine größere Chance einer ständigen Zahlungsbereitschaft eines Instituts enthalten, als viele gesetzlichen Bestimmungen es ermöglichen.
2. Als **Personal-Kredite** im Sinne der Sparkassenpraxis gelten alle anderen an Private gegebenen Kredite, wobei es gleichgültig ist, ob diese Kredite mit oder ohne Sicherheit, oder ob sie als Kontokorrentkredit, Schuld-

67) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 43 ff.

68) Der Real-Kredit darf 50 % der Spareinlagen nicht überschreiten (Hypotheken-Kontingent).

scheindarlehen (beide ohne Sicherheit) oder Wechselkredit gegeben werden. Personal-Kredite sind meist kurz- oder auch mittelfristig. Diese kreditierten Mittel dienen in der Regel als Betriebskredite.

Im Personal-Kredit dürfen Kredite an einzelne Kreditnehmer 1% der Gesamteinlagen nicht überschreiten. Für ungesicherte Kredite an Privatpersonen ist ein Gesamt-Kontingent von 10%, für nicht gesicherte Genossenschafts-Kredite ebenfalls von 10% der Gesamteinlagen festgelegt. In der Regel werden als Sicherheiten Grundstückssicherheiten, Verpfändungen oder Abtretungen von Forderungen und Sparguthaben bei öffentlichen Sparkassen, Beleihung von Waren und Wertpapieren, Sicherungsübereignungen, Bürgschaften, Wechseldiskont oder Darlehen gegen Wechsel verlangt.

Auch der Personal-Kredit soll in erster Linie dem Mittelstand und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschicht dienen. Auch die Höhe der zu vergebenden Personal-Kredite werden davon bestimmt und somit eine mengen- und zeitmäßig weite Streuung relativ niedriger Kredite realisiert.

3. **Öffentliche Kredite** sind die an leistungsfähige Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten gegebenen Kredite. Diese sogenannten Kommunkredite dürfen insgesamt 25%, langfristige Kredite sogar nur 12,5% der Gesamteinlagen nicht überschreiten (Kommunal-Kreditkontingent).
4. In § 13 Abs. 1 der neuen Mustersatzung (69) sind noch die weiteren Anlagemöglichkeiten genannt

in Wertpapieren,
bei Geldinstituten,
in Schatzwechseln und Privatdiskonten,
in Grundstücken und
in Beteiligungen.

Zu den von den Sparkassen durchgeführten Dienstleistungsgeschäften gehören demnach das Wertpapier- und Depotgeschäft und ferner noch der Devisen- und Sortenhandel, Dokumenteneinzug und Dokumenten-Akkreditive, Reisekreditbriefe und Reisescheckverkehr und Einzug von Wechseln, Zins- und Dividendenscheinen.

Im Kreditgeschäft der Sparkassen sind demnach im Vergleich zu den übrigen Kreditinstituten besondere liquiditätsrelevante Tendenzen festzustellen, die sich aus der dargelegten besonderen Marktkonstellation ergeben.

69) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 39.

C. DIE GRUNDSÄTZE DER KREDITPOLITIK DER SPARKASSEN

Aus dem unter B. Gesagten läßt sich entnehmen, daß die für Sparkassen geltenden Richtlinien einer Kreditpolitik sich – im Vergleich zu den übrigen Kreditinstituten – maßgeblich auf die Grundsätze der Liquidität, der Sicherheit, der Ortsgebundenheit und der Gemeinnützigkeit stützen. Das wirkt sich auch auf die liquiditätsbestimmenden Faktoren der Sparkassen aus.

1. Der Grundsatz der Liquidität

Die Notverordnung vom 6. 10. 1931, die im Anschluß ergangenen Länderverordnungen, sowie die Satzung der Deutschen Girozentrale stellen für die Sparkassen folgende Liquiditätsgrundsätze auf:

- a) Die Sparkassen sind verpflichtet, 10 % der Spareinlagen und 20 % der sonstigen Einlagen (aus dem Passivgeschäft) als besondere Liquiditätsreserve in dem oben geschilderten Sinne zu unterhalten. Davon sollten 65 % bei der eigenen Girozentrale und 35 % entweder auch bei der eigenen Girozentrale oder bei der jeweiligen Staatsbank hinterlegt werden.
- b) Die Girozentralen sollen ihrerseits von den bei ihnen angelegten Liquiditätsguthaben der Sparkassen mindestens 50 % bei der Deutschen Girozentrale deponieren. Bis zur Hälfte davon, also 25 % der angelegten Liquiditätsguthaben der Sparkassen konnten bei der Reichsbank, den Abrechnungsbanken oder beim Postscheckamt angelegt werden.
- c) Die Deutsche Girozentrale schließlich hatte mindestens 50 % der Liquiditätsguthaben der Girozentralen bei der Reichsbank zu hinterlegen.

Das Kreditwesengesetz (KWG) vom 5. 12. 1934/25. 9. 1939 und von 1961 hat sich ebenfalls die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität zur Aufgabe gestellt. In § 16 befaßt es sich mit der Liquiditätshaltung für Depositengelder, Kontokorrentguthaben im Aktiv- und Passivgeschäft, Nostroverpflichtungen usw. (vgl. Kapitel III).

Die Sparkassen haben danach Liquiditätsreserven verschiedener Art zu unterhalten. Vornehmlich handelt es sich hierbei um eine Bar-Reserve (Kassenbestand, Postscheckguthaben, Guthaben bei der Reichsbank) und um erweiterte Liquiditäts-Reserven (Handelswechsel, die innerhalb 90 Tagen fällig sind, und zum Lombard zugelassene Wertpapiere). Das Aufsichtsamt für das Kreditwesen hat von seiner Ermächtigung, feste Sätze für die Bar-Reserve und für die erweiterte Liquiditäts-Reserve für alle Kreditinstitute zu bestimmen, keinen Gebrauch gemacht. Das Aufsichtsamt hat darüberhinaus auch keine Anordnung für die Höhe der für Sparkassen noch vorgesehenen Liquiditäts-Haltung für Spareinlagen erlassen. § 24 setzt lediglich fest, daß Spareinlagen be-

sonders, d. h. also mit nur beschränkten Dispositionsmöglichkeiten im Aktivgeschäft angelegt werden dürfen. Die sehr liquide Lage aller Kreditinstitute, auch der Sparkassen (70), hat dazu beigetragen, daß auch den Sparkassen eine verhältnismäßig freie Verfügungsbefugnis über ihre Spareinlagen eingeräumt und es ihnen überlassen wurde, nach eigener Verantwortung Vor-sorge für die Sicherheit und Liquidität in dem erforderlichen Umfange zu treffen. Unter Berücksichtigung dieser Verfahrensweise kann demnach eingeräumt werden, daß die Aufsichts- und Kontrollorgane die die allgemeine Geschäftspolitik der Sparkassen an und für sich sehr bindenden liquiditätspolitischen Bestimmungen doch so weit als nur irgend möglich auslegen und den jeweiligen wirtschaftspolitischen Gegebenheiten anpassen. Somit verbleibt den Sparkassen ein größtmöglicher wirtschaftlicher Aktionsradius (71).

Das neue KWG vom Jahre 1961 stellt, unter besonderem Hinweis auf das neu eingerichtete Bundesaufsichtsamt, das Verlangen nach Liquidität in seinem § 11 ganz allgemein wie folgt heraus: „Die Kreditinstitute müssen ihre Mittel so anlegen, daß jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Das Bundesaufsichtsamt stellt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank Grundsätze auf, nach denen es für den Regelfall beurteilt, ob die Liquidität eines Kreditinstitutes ausreicht. Die Spitzenverbände der Kreditinstitute sind vorher anzuhören...“.

Die Einführung der bereits besprochenen Mindestreservesätze (72) (§ 6 des Zweiten Gesetzes zum Geldreform-Emissionsgesetz vom 20. Juni 1948) brachte besonders auch für die Sparkassen eine neue liquiditätspolitische Situation. Die Mindestreservepflicht, deren Umfang lediglich mit oberen Grenzwerten festgelegt wurde, und wonach der vom Hundertsatz für Sichteinlagen nicht mehr als 20 und für Spareinlagen nicht über 10 festzusetzen sind, konkurrierte mit den Liquiditätsbestimmungen der erwähnten Notverordnungen. Das Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 setzte deshalb im § 16 Abs. 5 fest, daß die nach diesem Gesetz zu haltenden Mindestreserven auf die nach anderen Gesetzen zu unterhaltenden Liquiditätsreserven anzurechnen sind.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die Einlagen einer Sparkasse nicht in voller Höhe in Krediten angelegt werden können. Ein mehr oder weniger großer Teil dieser Einlagen muß liquide unterhalten werden. Dieser scheidet also aus den allgemeinen Geschäftsdispositionen der Sparkasse aus, da er als Reserve dafür gelten soll, daß alle eventuelle Zahlungsansprüche der Einleger jederzeit erfüllt werden können. Die schon bei den Kreditinstituten geschilderte Terminabhängigkeit des Kreditinstituts von den kapitalbeschaffenden Einlegern erhält bei den Sparkassen ein ganz besonderes Gewicht.

70) Falter, M.: aaO, Seite 55.

71) vgl. Hagemüller, K. F.: aaO, S. 260 ff.

72) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 34.

Die Liquiditätsvorsorge erschöpft sich daher auch nicht mit der Anlage eines Teils der Einlagen in flüssigen Werten. Auch die Kreditierung der Gelder als Hypotheken, Darlehen und sonstigen langfristigen Krediten muß den besonderen liquiditätspolitischen Verhältnissen der Sparkasse Rechnung tragen. Der Grundsatz, der die gesamte Anlagepolitik der Sparkassen beherrschen muß, schlägt sich in der Forderung nieder, daß sich das Aktivgeschäft nach Art und Fristigkeit der Anlagen und nach dem Charakter und der Fristigkeit der im Passivgeschäft der Sparkassen hereingenommenen Gelder richten muß. Das bedeutet, daß kurzfristige Gelder grundsätzlich kurzfristig angelegt werden dürfen, während sich für eine längerfristige Anlage (Hypothekenkredite usw.) nur die langfristig hereingenommenen Gelder eignen. Das Aufeinanderabstimmen der Fristen im Aktiv- und im Passivgeschäft spielt sich in der sogenannten goldenen Bankregel wider und dürfte überdies die Finanzplanungen und die in der Tat durchgeführten Finanzierungen jeder Betriebswirtschaft beherrschen.

Die Abgewogenheit der Termine des Aktiv- und des Passivgeschäftes erstreckt sich auf die kurz- wie auch die langfristigen Kreditgeschäfte. So ist im § 2 Abs. 3 der neuen Mustersatzung gesagt: „Die Spareinlagen sollen unter Berücksichtigung der Liquiditätserfordernisse grundsätzlich lang- oder mittelfristig angelegt werden, die sonstigen Einlagen mit keinen längeren Kündigungsfristen als sie hereingenommen sind. Die Ausleihungen werden entweder für jederzeit kündbare Kredite oder als Darlehen, i. d. R. mit Kündigungsfristen und planmäßiger Amortisation gewährt.

Dem gleichen Ziel einer Abstimmung des kurzfristigen Kreditgeschäftes auf das Passivgeschäft dienen die Richtsätze, die im Rahmen der Richtlinien der Deutschen Bundesbank auch besonders von den Sparkassen zu beachten sind (73).

Richtsatz I setzt fest, daß die kurz-, mittel- und langfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute und die Beteiligungen eines Kreditinstituts abzüglich der Sammelwertberichtigung das Achtzehnfache der bilanzmäßig ausgewiesenen haftenden Mittel der Sparkassen nicht überschreiten sollen.

Richtsatz II bestimmt, daß die Anlagen eines Kreditinstituts in langfristigen Ausleihungen, in Konsortialbeteiligungen, in Beteiligungen, in nicht börsengängigen Wertpapieren sowie in Grundstücken und Gebäuden die langfristigen Finanzierungsmittel nicht übersteigen sollen.

Richtsatz III begrenzt die Debitoren, Debitorenziehungen und Dividendenerträge nach Verhältnissätzen aus den Sicht- und Termineinlagen sowie den Spareinlagen.

73) vgl. hierzu: Deutsche Sparkassenzeitung, Jahrg. 23/64.

Der Richtsatz IV setzt schließlich die Erweiterung des passiven Obligos über die Einlagenverpflichtung hinaus durch eigene Akzepte, Solawechsel und Debitorenziehungen in ein Verhältnis zum Eigenkapital.

2. Der Grundsatz der Sicherheit

Mündelsicherheit, Sicherheitsrücklage, unbeschränkte Haftung des Gewährträgers und Staatsaufsicht sind die allgemeinen Merkmale für die Sicherheit einer Sparkasse. Auch diese vier Postulate für die Sicherheit einer Sparkasse haben liquiditätspolitische Auswirkungen.

Die Mündelsicherheit ist ein typisches Merkmal der öffentlichen Sparkassen. Den Instituten sind bei der Anlage ihrer Gelder (Aktivgeschäft) ganz bestimmte, unter dem Blickwinkel der Mündelsicherheit erlassenen und daher sehr eng gehaltene Richtlinien zur Beachtung auferlegt worden. Das zeigt sich insbesondere in dem eigentlichen Kreditgeschäft. Hier wird den Sparkassen im Wettbewerb mit anderen Kreditinstituten die Marktstellung dadurch erschwert, daß bei fast jedem Kredit erst geprüft werden muß, ob er mit der Satzung, also den Grundsätzen der mündelsicheren Anlage, in Einklang gebracht werden kann.

Die Sicherheit erhöht sich noch durch die Verpflichtung der Sparkassen, gewisse Rücklagen zu unterhalten. Die erzielten Überschüsse sind nach folgenden Richtlinien (74) zu verwenden:

1. Sie sind der Sicherheitsrücklage zuzuführen, soweit diese weniger als 5 % der gesamten Einlagen beträgt.
2. Sie sind je zur Hälfte der Sicherheitsrücklage und dem Gewährträger zur Verwendung für öffentliche mit dem gemeinnützigen Charakter des Instituts im Einklang stehende Zwecke zuzuführen, wenn die Sicherheitsrücklage 5 % aber noch nicht 10 % der gesamten Einlagen übersteigt.
3. Sie sind zu 1/4 der Sicherheitsrücklage und zu 3/4 dem Gewährträger zur Verfügung zu stellen, wenn die Sicherheitsrücklage 10 % der gesamten Einlagen übersteigt.

Zu beachten ist, daß das Sparkassenrecht einzelner Bundesländer in diesen Punkten Abweichungen aufweist.

Die Haftung des Gewährträgers ist ein sehr wesentliches Merkmal für die Sicherheit der Sparkassen. Die Sparkassen kennen allerdings in ihren Bilanzen kein Grund- oder Stammkapital (75), dafür kann aber die Haftung des Gewährträgers als ein voller Ersatz angesehen werden; denn eine unbeschränkte Haftung ist bei Einzel- und bei Personenunternehmungen wohl zwingend. Danach haften dort die Eigentümer des Unternehmens oder die

74) § 38 Abs. 4 und 5 MuSa der Sparkassen im Lande Rheinland-Pfalz, aaO.

75) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 37.

Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft für die Verbindlichkeiten eines Unternehmens unbeschränkt mit ihrem gesamten Vermögen.

Im Vergleich zu der bei einer Sparkasse seitens des Gewährträgers bestehenden Haftung ist die erwähnte jedoch sehr bescheiden. Denn das Privatvermögen aller unbeschränkt haftenden Personen bei einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft usw. ist letzten Endes begrenzt. Hinter der Haftung des Gewährträgers einer Sparkasse steht jedoch die Steuerkraft aller dem Gewährträger angehörenden Personen bzw. Betriebswirtschaften. Soweit diese nicht ausreichen sollten, tritt letzten Endes die Haftung des Staates.

Ein nicht minder wichtiges Moment für die Sparkassensicherheit darf letztlich in der Sparkassenaufsicht seitens der Regierung gesehen werden.

Sachlich können die Sicherheiten, die in den Satzungen der Sparkassen und auch im KWG enthalten sind wie folgt zusammengefaßt werden:

- a) Die Sicherheiten, die im Kreditgeschäft einer Sparkasse zu beachten sind, sind der Art nach im einzelnen genau festgelegt. Sicherheiten, die in der Satzung nicht vorgesehen sind, gelten als satzungswidrig und dürfen nicht herangezogen werden. Allenfalls können sie zusätzlich als weitere Sicherheit dienen.
- b) Die Satzungen enthalten aus Sicherheitsgründen Bestimmungen darüber, welcher Beleihungswert zugrunde gelegt werden darf.
- c) Die zulässigen Sicherheiten dürfen bis zu einem bestimmten Prozentsatz des Wertes des betreffenden Pfandes der Beleihungsobergrenze beliehen werden.
- d) Der Kreis der Kreditnehmer ist sehr eng begrenzt. Die Kredite dürfen nur an bestimmte Personen oder Personenkreise gegeben werden (76).
- e) Die Satzungen enthalten ferner Bestimmungen über eine Höchstgrenze der erlaubten größeren Kredite an ein- und denselben Kreditnehmer. Das gilt vor allem beim Personal-Kredit.
- f) Letztlich ist das Beschlußorgan der Sparkasse satzungsmäßig und auch nach den Richtlinien des KWG verpflichtet, bei der Beschlußfassung über Kredite oft eine qualifizierte Beschlußfassung herbeizuführen.

3. Der Grundsatz der Ortsgebundenheit

Das Real-Kreditgeschäft und auch das Personal-Kreditgeschäft unterliegen dem Grundsatz der Ortsgebundenheit. Wie bereits erwähnt, soll die Sparkasse der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse dienen. Grundsätzlich sollen die Kredite nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirk

76) vgl. hierzu § 14 MuSa (Rheinland-Pfalz), aaO.

des Gewährträgers ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung haben. Beim Real-Kredit braucht nur das verpfändete Grundstück im Bereich des Gewährträgers zu liegen. Beim Kommunal-Kredit ist allerdings die räumliche Begrenzung fortgefallen (77).

4. Der Grundsatz der Gemeinnützigkeit

Der Grundsatz der Gemeinnützigkeit wirkt sich letztlich auch auf die Liquiditätspolitische Situation der Sparkasse aus. Das Geschäftsgebaren der Sparkassen soll nicht privatwirtschaftlichem Erwerbsstreben sondern ausschließlich dem Allgemeinwohl dienen.

Von den Abmachungen des Habenzinsabkommens abgesehen, schränken diese für die Sparkassen maßgeblichen Richtlinien den Umfang der sonstigen Entgelte ein. Dadurch wird der vom Marktbereich des Aktivgeschäftes her in die Sparkasse einfließende Zahlungsstrom verringert, so daß die Möglichkeiten der Anlage der Gelder in neuen Aktivgeschäften sich ebenfalls verringern. Auch der Grad der Wertschöpfung im Vergleich von Passiv- und Aktivgeschäft schrumpft deshalb zusammen.

Die hiermit geschilderte individuelle Marktsituation im Bereich des Passiv. wie im Aktivgeschäft führt zu der Feststellung, daß die liquiditätsbestimmenden Faktoren bei Sparkassen, wenn sie ihrer Herkunft nach auch denen der allgemeinen Kreditinstitute entsprechen, eine völlig andere Gewichtung aufweisen. Auch bei den Sparkassen läßt sich der Leistungsprozeß mit den in gegenläufiger Richtung verlaufenden Zahlungsströmen und der Ungewißheit, die in der Festsetzung und Einhaltung der einzelnen Termine liegt, charakterisieren. Die näheren Ausführungen zeigen aber, daß die mit Hilfe der Sparkassen angesprochenen anderweitigen Bevölkerungskreise, ihre weniger umfangreichen Mittel und ihre speziellen Zwecksetzungen den Umfang der Zahlungsströme und die Flexibilität der Termine, besonders bei Berücksichtigung der Beschleunigungs- und Verzögerungstendenzen, bedeutend einschränken. Dies wird vor allem auch von den zusätzlichen Liquiditätsauflagen und den verlangten Sicherheiten erreicht.

Auch die von der Marktseite her ableitbaren liquiditätsbestimmenden Faktoren haben bei den Sparkassen ein anderes Gewicht. Die Polarität der Märkte ist wegen der sowohl im Passiv- als auch im Aktivgeschäft mehr oder weniger angesprochenen gleichen Bevölkerungskreise bei weitem nicht so ausgeprägt wie bei den allgemeinen Kreditinstituten.

Letztlich muß noch auf die Verschiedenartigkeit der Wirtschaftspolitik der Sparkassen gegenüber den übrigen Kreditinstituten hingewiesen werden. Diesen obliegen nicht nur die bei den Kreditinstituten erwähnten allgemeinen Aufgaben, sondern zusätzlich die Mobilisierung einer neuen Bevölkerungsschicht für den Kapitalmarkt.

77) Falter, M.: aaO, Seite 73.

2. HAUPTTEIL:

CHARAKTERISIERUNG VON MARKTGEGEBENHEITEN IM LEISTUNGSPROZESS DER SPARKASSEN IM HINBLICK AUF LIQUIDITÄTS- ERFORDERNISSE

Auch bei den Sparkassen spielen, wie weiter oben (1) bereits gesagt, die durchfließenden Geldströme als Mengen- und Zeitproblem eine entscheidende Rolle. Im Passivgeschäft strömt vor allem mit der Fremdfinanzierung aus dem Spar- und Depositengeschäft usw. ein Geldstrom in das Institut und im Aktivgeschäft in Form gewährter Kredite, Darlehen usw. aus ihm heraus. In entgegengesetzter Richtung fließen die Rückzahlungen und Entgelte aus dem Aktivgeschäft zur Sparkasse hin und verlassen sie in Gestalt der zu gewährenden Entgelte im Passivgeschäft und der dort erforderlichen Rückzahlungen wieder. Neben den durch die Marktstellung bereitgestellten Liquiditätsbestimmenden Faktoren (2) muß auch bei der Sparkasse stets damit gerechnet werden, daß die Einhaltung der einzelnen Termine seitens der Geschäftspartner ungewiß sein kann.

In dem vorliegenden Teil der Arbeit soll der Einfluß der verschiedenartigen Marktgegebenheiten auf den Leistungsprozeß der Sparkassen im Hinblick auf die notwendigen Liquiditätserfordernisse untersucht werden. Das heißt: Es sollen einmal die einzelnen Arten von Verbindlichkeiten hinsichtlich ihrer Vorsorgebedürftigkeit und zum anderen die verschiedenen Arten von Aktiven der Sparkassen im Hinblick auf ihre Leistung zur Erhaltung einer steten Zahlungsbereitschaft durchleuchtet werden.

Wenn hier die Untersuchung der Liquiditätsbedürftigkeit der Verbindlichkeiten der des Liquiditätsgehaltes der Aktiven vorangestellt wird, so ist der Grund darin zu suchen, daß die Sparkassen im Gegensatz zu anderen Kreditinstitutgruppen gewissermaßen beschaffungsorientiert sind, d. h., die statutarische Hauptaufgabe liegt bei den Sparkassen auf der Sammlung von Einlagen jeglicher Art.

1) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 36.

2) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 36.

I. Die einzelnen Arten von Verbindlichkeiten der Sparkassen und ihr Liquiditätsbedarf (Vorsorgebedürftigkeit)

A. EINLAGEN

1. Spareinlagen

Nach § 21 des KWG handelt es sich bei Spareinlagen um Einlagen, die durch Ausfertigen einer Urkunde, insbesondere eines Sparbuchs, als solche gekennzeichnet sind und der Ansammlung oder Anlage von Vermögen dienen. Für den Begriff der Spareinlagen ist also unabhängig von Dauer, Herkunft und Zweck maßgeblich, daß sie als solche gekennzeichnet sind und nicht dem kurzfristigen Zahlungsverkehr dienen; d.h. sie sollen auch bei formeller Kurzfristigkeit einen zumindest längerfristigen Charakter haben. Geht man von der Definition des Kreditwesengesetzes aus und versucht in obiger Sicht den Sparvorgang als solchen zu bestimmen, so kann es sich beim „Sparen“ in sparkassenpolitischer Sicht nur um einen freiwilligen Verzicht – von einem Zwangssparen soll abgesehen werden – auf den sofortigen Verbrauch von Geldeinkommen und die Anlage der so gebildeten Ersparnisse auf besonderen Sparkonten handeln.

Bei der Beurteilung der Spareinlagen wird allgemein eine ständige Aufwärtsentwicklung unterstellt. Diese Annahme bestätigt sich immer wieder, wenn man z.B. nur die Größenklassengliederung der Sparkonten und der Spareinlagen im letzten Jahrzehnt untersucht (3). Hier ist ein stetes Wachsen der mittleren und höheren Guthaben zu erkennen. Auch fällt die relative Längerfristigkeit der Spareinlagen ins Auge (4).

Angeichts dieses ständigen Wachstums der Spareinlagen darf man jedoch nicht den Fehler begehen und glauben, aus diesem Grunde sei eine ge-

3) vgl. hierzu die Tabellen auf S. 53 ff.

4) vgl. hierzu Sperr, L., Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin 1956, S. 23 ff.

Größenklassengliederung der Sparkonten Ende 1958 und 1959 (5)

Größenklasse DM	Sparkonten			
	1958 a) 1000 St.	v. H.	1959 a) 1000 St.	v. H.
bis unter 100	12 587,5	53,03	13 191,1	51,02
100 bis unter 300	2 907,0	12,25	3 162,3	12,23
300 bis unter 1 000	3 288,7	13,86	3 622,8	14,01
1 000 bis unter 3 000	3 103,4	13,08	3 586,2	13,87
3 000 bis unter 5 000	946,7	3,99	1 121,1	4,34
5 000 bis unter 10 000	650,4	2,74	830,2	3,21
10 000 und mehr	251,4	1,06	341,4	1,32
Insgesamt	23 735,1	100,00	25 855,2	100,00

Abweichungen durch Runden der Zahlen –

a) Ohne Berlin West, ab 1959 jedoch einschließlich Saarland.

Größenklassengliederung der Sparkonten Ende 1958 und 1959 (5)

DM	Spareinlagen a)			
	1958 b) Mill. DM	v. H.	1959 b) Mill. DM	v. H.
bis unter 100	495,5	2,22	531,9	1,91
100 bis unter 300	553,0	2,48	594,1	2,13
300 bis unter 1 000	1 960,3	8,80	2 168,1	7,78
1 000 bis unter 3 000	5 340,3	23,97	6 184,6	22,18
3 000 bis unter 5 000	3 622,5	16,26	4 312,1	15,47
5 000 bis unter 10 000	4 416,6	19,82	5 655,0	20,28
10 000 und mehr	5 893,7	26,45	8 433,9	30,25
Insgesamt	22 281,8	100,00	27 879,7	100,00

Abweichungen durch Runden der Zahlen – a) Die Abweichungen des Bestandes insgesamt gegenüber den Beständen in anderen Tabellen ist auf die Einbeziehung von nach dem 1. Januar erteilten Zinsgutschriften zurückzuführen –

b) Ohne West-Berlin, ab 1959 jedoch einschließlich Saarland.

5) Entn.: Sparkassen-Fachbuch 1961, Seite 314.

Spareinlagen je Kopf der Bevölkerung und je Sparkassenbuch seit 1913
(M, RM bzw DM) (6)

Stand am Jahresende *	Spareinlagen je	
	Kopf der Bevölkerung	Sparkassenbuch
1913	340,—	825,—
1924	10,—	346,—
1925	27,—	437,—
1929	145,—	574,—
1932	174,—	338,—
1936	216,—	419,—
1939	301,—	600,—
1947	940,—	1 620,—
1949	44,—	153,—
1950	57,—	178,—
1951	67,—	203,—
1952	99,—	274,—
1953	147,—	385,—
1954	214,—	526,—
1955	262,—	619,—
1956	296,—	680,—
1957	352,—	774,—
1958	426,—	914,—
1959	516,—	1 043,—
1960	603,—	1 159,—

*) 1913 bis 1936 Reichsgebiet, ab 1939 Bundesgebiet.

wissenschaftliche Liquiditätsvorsorge nicht erforderlich. Ihlefeld (7) gab dieser Gefahr in einem Vortrag, den er auf der 63. Herbsttagung des Sparkassenverbandes des Staates New-York hielt, mit folgenden Worten Ausdruck: „Es ist wahr, daß die Sparkassen des Staates New-York nur während dreier Jahre dieses Jahrhunderts keine Einzahlungsüberschüsse hatten. Wir können aber einen ungünstigen Zufall nicht ignorieren, weil er sich kaum oder bis heute gar nicht ereignet hat. Viele von uns hatten bisher niemals einen Autounfall oder Brand. Niemand würde jedoch daran denken, keine Haftpflicht- oder Feuerversicherung abzuschließen.“

Auch muß berücksichtigt werden, daß die o. a. günstige Entwicklung der Spareinlagen zu einem großen Teil von stabilen Geldverhältnissen, dem

6) Entn.: Sparkassenfachbuch, Jahrgang 1962, Seite 279.

7) Ihlefeld, A.: Sicherung der Sparkassen-Liquidität, aus Sparwesen der Welt, Jahrgang 1956, Seite 479.

Die Rückzahlungshäufigkeitsziffer der Spareinlagen (8)

Jahr	in v. H.	Jahr	in v. H.
1913	21,4	1934	29,8
1924	56,2	1935	27,1
1925	50,1	1936	25,4
1926	43,0	1937	23,8
1927	41,1	1938	23,3
1928	36,8	1949 (9)	39,8
1929	36,2	1950	39,9
1930	36,0	1951	39,4
1931	42,7	1952	35,8
1932	33,2	1953	35,5
1933	28,8	1954	31,5

Entn.: Sperk, L. - Wilsdorf, M.: aaO, Seite 23.

Berechnungsmethode der Rückzahlungshäufigkeitsziffern der Spareinlagen:

Auszahlungen des betreffenden Jahres (in v. H.) zum Bruttobestand (= Stand am Ende des Vorjahres + Einzahlungen + Zins- oder Aufwertungsgutschriften).

Lohn- und Preisniveau und der wirtschaftlichen Entfaltung der einzelnen Bezirke abhängig ist. Weiterhin fällt bei genauerer Betrachtung auf, daß sich der starke Spareinlagenzuwachs bzw. Einzahlungsüberschuß z. B. im Jahre 1954 zum Teil aus Umbuchungen von Termineinlagen und Nettozugängen im Rahmen der gesetzlichen Entschädigungsaktionen für Vertriebene und Altsparer zusammensetzt und nicht zuletzt aus den vielen steuerbegünstigten Sparverträgen, die noch zu den günstigen alten Bedingungen bis Ende der Jahre 1954 bzw. 1957 abgeschlossen werden konnten.

Selbst dann, wenn man den steten Spareinlagenzuwachs als ständige Erscheinungsform annimmt, kann einem Institut am Schlusse eines Jahres oder eines Vierteljahres aber die Feststellung, daß die Spareinlagen wiederum einen Einzahlungsüberhang, eine Steigerung aufweisen, allein wenig nutzen, wenn nicht gleichzeitig eine tägliche Zahlungsbereitschaft vorherrscht, die eine Möglichkeit bietet, dem am Schalter wartenden Kunden sofort bare Mittel in die Hand geben zu können.

Es ist demnach durchaus erforderlich, sich über den Liquiditätsbedarf selbst der längerfristigen Spareinlagen (10) Gedanken zu machen.

8) Quellen: Verschiedene Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Band 516 und 533; Sparkasse, 8. Jahrgang 1954, Heft 1; Jahresbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1954.

9) Von hier ab Bundesgebiet.

10) vgl. hierzu Rückzahlungshäufigkeitsziffern der Spareinlagen, Seite 55.

Die Frage ist: Lassen sich irgendwelche Aussagen über künftige Auszahlungsüberschüsse machen oder kann man Liquiditätsanspannungen, einen einigermaßen „normalen“ Marktablauf vorausgesetzt, ausweichen, indem man in etwa zu erfahren sucht, wann sie auftreten und von welcher Seite sie zu befürchten sind.

Hier wäre z. B. schon bei Einzahlungen auf bereits bestehende Sparkonten ein Wissen um die Sparmotive (11) von großem Nutzen. Gerade bei den täglich fälligen Sparguthaben haben die ganz aus den persönlichen Gedanken und Gefühlen der Sparer entstehenden Bestimmungsfaktoren ein deutliches Übergewicht. Worauf es also hier ankäme, wäre eine Analyse der in den persönlichen Lebensumständen wurzelnden Sparmotive, denn von ihnen leitet sich ja das tatsächliche Handeln her. Wenn man sie richtig einschätzen könnte, wäre der Liquiditätsbedarf um vieles leichter zu beurteilen. Im allgemeinen bleiben jedoch die Sparmotive und die Sparziele im einzelnen unbekannt, es sei denn, die an den Schaltern tätigen Personen kennen die Kunden persönlich oder entnehmen wenigstens aus den Gesprächen, warum so oder so gehandelt wird. Routinemäßig danach zu fragen, verbietet sich von selbst. Leider steht man in der Bundesrepublik fundierten sozialempirischen Erhebungen zurückhaltend gegenüber. Außer einigen kleineren Untersuchungen, die teils aus kommerziellen, teils aus anders gerichtetem wirtschaftspolitischen Anlaß von privaten Marktforschungsinstituten durchgeführt wurden, liegt für Deutschland aus der Nachkriegszeit praktisch noch kein Material über die Erforschung der Sparmotive vor, was wenigstens auf Grund der Anzahl der Befragten einen Anspruch auf allgemeinere Gültigkeit erheben könnte.

Aus diesem Grunde kann z. B. auch eine so wichtige Frage, wie der nach der Relation zwischen dem sogenannten Zwecksparen und dem „klassischen“ Vorsorgesparen, nur ganz unbestimmt beantwortet werden. Ob das letztere wirklich so weit in den Hintergrund getreten ist, wie manchmal von Außenstehenden behauptet wird, ist ebenso wenig exakt beweisbar wie das Gegenteil. Ein Sparguthaben, das gestern noch für einen konkreten Zweck bestimmt war, kann heute zum Grundstock einer Altersversorgung werden, weil es sich der Sparer anders überlegt hat. Äußerlich, d. h. an der Höhe und der formellen Fristigkeit, ist dem Sparkonto dieser innere Wandel nicht anzusehen. Mit dieser Unsicherheit wird man sich von vorneherein abfinden müssen.

11) Die Erforschung der Sparmotive gehört seit etwa 10 Jahren zu den bevorzugten Gebieten der empirischen Sozialforschung in den Vereinigten Staaten. Die neuen Methoden der Massenbefragung, der elektronischen Rechenverfahren und die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpsychologie machen es heute möglich, wirtschaftstheoretische Hypothesen über das Verhalten der Sparer praktisch nachzuprüfen. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist die Untersuchung von R. W. Goldsmith „A Study of Savings in the United States“ (Vol. I — III; Princeton, N. J. 1955 — 1956), entn. „Sparkasse“, Heft 21/1958, Seite 341.

Trotzdem gibt es bedeutende Erkenntnismöglichkeiten, die sich jedoch nur dann eröffnen, wenn man kleine, leicht überschaubare Gruppen von Sparkonten vor sich hat, deren Analyse durch persönliches Wissen erleichtert wird.

Die Sparkassenstatistik ist seit geraumer Zeit bemüht, durch zahlreiche Erhebungen den Ablauf des Sparprozesses besser auszuleuchten (12). Der Einbau neuer Fragetellungen, die Verfeinerung der bisherigen, sowie die Ergänzung des aus generellen Erhebungen anfallenden Materials durch repräsentative Analysen sind die hauptsächlichen Mittel (13).

Auf der einen Seite stößt jedoch diese Erkenntnissuche auf die Grenze der zumutbaren Arbeitsbelastung, was vor allem für kleinere Sparkassen zutrifft. Andererseits kommt die Statistik nicht mehr zum Zuge, sobald die Untersuchung in den persönlichen Lebensbereich des Sparerers hineingreifen muß. Die Sparer z. B. nach dem ihnen verfügbaren Einkommen zu gliedern, ist zwar sehr aufschlußreich, stößt aber aus psychologischen Gründen auf geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten, jedenfalls soweit es sich um Erhebungen der Sparinstitute selbst handelt (14).

Auch dem Verfasser ist es daher nicht gelungen, in der bereits erwähnten Kreissparkasse Kreuznach eine derartige Statistik zu erstellen.

Wesentlich anders liegen die Dinge bei einer Aufgliederung der Sparer nach Berufsgruppen.

Als Sparkassenkunden kommen für das Spargeschäft bekanntlich in erster Linie die wirtschaftlich Unselbständigen (Arbeiter, Angestellte und Beamte) in Betracht. Ferner zählen hierzu Angehörige des selbständigen Mittelstandes wie Handwerker, Einzelhändler, Gewerbetreibende und Landwirte. Leider lag bis zum Abschluß dieser Arbeit eine allgemeine Berufsstatistik der Sparer

12) vgl. hierzu Sparkassenwerbedienst, Heft 11/1959; Seite 254.

13) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 22/1960, Seite 347 ff.

14) Einer Untersuchung von EMNID-KG, Bielefeld (Die Einstellung der Bevölkerung zu den Möglichkeiten des Pfandbriefsparens, 1955, S. 14) verdanken wir die Kombination von Einkommensgrößen und sozialem Stand:

monatliches Familieneinkommen	Arbeiter	Es sind Sparer (%):		
		Beamte	Angestellte	Selbständige
unter 250 DM	19	24	29	27
250 DM b. u. 400 DM	29	39	34	34
400 DM b. u. 600 DM	38	50	48	50
600 DM oder mehr	43	50	59	63

Allerdings ist bei diesen Ziffern zu bedenken, daß es sich um Stückzahlen (Fälle) und nicht um Beträge handelt. Bei einer Analyse der Sparsummen könnte sich ein anderes Bild ergeben. Solche Angaben stehen indessen nicht zur Verfügung.

auf Bundesebene noch nicht vor. Bei der Größe des Sparverkehrs bei allen Kreditinstitutsgruppen erscheint es auch sehr fraglich, ob eine allgemeine und ständige Erhebung der Kontenspartätigkeit nach Bevölkerungsschichten überhaupt durchführbar ist. Bereits in der Vorkriegszeit waren solche Versuche mit dem Einwand belastet, die Ergebnisse würden im Rahmen der Lohnpolitik zu Ungunsten der Arbeitnehmer ausgewertet. Dazu kamen die Problematik und die Vorbehalte hinsichtlich des methodischen Verfahrens. Da aber das Problem der soziologischen Struktur der Spareinlagen nach Bevölkerungsschichten andererseits von so erheblicher liquiditätspolitischer Bedeutung ist, hat sich der Verfasser bemüht, eine solche Gliederung bei der Kreissparkasse Kreuznach zu erstellen, wobei er sich durchaus der ihr innewohnenden Problematik bewußt ist. (Siehe Seite 59). Aus der Vergangenheit liegen für die Jahre 1927 bis 1930 und 1952 leider nur sehr wenig vergleichbare Angaben über die Berufsgruppen der Sparer vor:

Anteil der Berufe an der Zahl der Sparkonten (in %)

Berufsgruppe	1927/1930 (15)	1952 (16)
Arbeiter	34,58	23,51
Hausangestellte	8,69	4,98
Angestellte	13,03	16,30
Beamte	11,37	11,16
Selbständige Gewerbetreibende	13,88	17,20
Selbständige Landwirte	6,21	12,78
Freie Berufe	2,58	6,67
Rentner	9,66	7,40
	100,00	100,00

Die Zahlen für die Jahre 1927 bis 1930 beziehen sich auf westfälische Sparkassen und dabei nur auf einen Teil der Kassen. Die Angaben für 1952 sind auf repräsentativer Grundlage für das gesamte Bundesgebiet durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Bonn bei der Neuanlage von Sparkonten ermittelt worden. Es handelt sich, also nicht um schon länger bestehende Sparkonten.

Die vom Verfasser Mitte des Jahres 1958 bei der erwähnten Sparkasse erstellte Gliederung der Spareinlagen nach Berufsgruppen hat folgendes Aussehen:

15) vgl. hierzu Reusch, H. Das Sparen bei den Sparkassen, Berlin 1934.

16) Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn 1953.

Anteil der Berufe an der Zahl der Sparkonten (in %)

Berufsgruppe	30. 6. 1958
	%
Arbeiter	14
Angestellte	18
Beamte	11
Hausfrauen	18
Kinder / Schüler	4
Freie Berufe	4
Handwerker	6
Handel	5
Landwirte / Winzer	13
Sonstige / und ohne Berufsangabe	7
	100

Man muß sich darüber im klaren sein, daß bei dieser Erhebung unter der Rubrik „Hausfrauen“ sich ein Teil Konten befinden, die z.B. richtiger unter „Arbeiter“ gehörten, da gerade in Arbeiterkreisen die entsprechenden Sparkonten häufig auf den Namen der Ehefrau lauten (17).

Zum 31. Oktober 1959 wurden im Rahmen einer Repräsentativerhebung von seiten der Sparkassenorganisation (18) die Unterlagen von 10 000 Sparkonten von natürlichen Personen im Bundesgebiet (ohne Saarland und West-Berlin) nach den verschiedensten Gesichtspunkten untersucht. Diese 10 000 Sparkonten sind rd. 0,4 ‰ der Sparkassenbücher und gleichfalls 0,4 ‰ der Spareinlagen. Dabei kam man hinsichtlich der sozialen Gliederung der Kontensparer zu folgenden Ergebnissen:

Berufe a)	Anteil an der Anzahl der Sparkonten (in ‰)	Anteil am privaten Spareinlagenbestand (in ‰)
Arbeiter	28	16
Angestellte	21	19
Beamte	8	9
Selbständige	13	19
Landwirte	6	6
freie Berufe	4	9
ohne Beruf, Rentner, Pensionäre	17	20
Beruf unbekannt	3	2
	100	100

a) Hausfrauen sind dem Beruf des Ehemanns, Kinder dem Beruf des Erziehungsberechtigten zugerechnet.

17) vgl. hierzu Sparkassenwerbedienst, Heft 11/1959, Seite 255.

18) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 22/1960, Seite 347 ff.

Problematisch wird aber bei allen Gruppen die genaue Herkunft der eingeleigten Gelder immer insofern bleiben, als nur sehr schwer festzustellen ist, ob die Einzahlungen aus Vermögen oder laufendem Einkommen stammen.

Einen weiteren, methodisch andersgearteten Versuch, die Sparer nach den einzelnen Berufs- bzw. Branchengruppen zu gliedern, machte die Sparkasse Köln mit drei ihrer Zweigstellen. Die Zweigstellen waren so gewählt worden, daß sie hinsichtlich der sozialen Struktur der Stadtteile ein ungefähres Spiegel-Bild der Gesamtstruktur der Stadt darstellten. Man untersuchte hier 2832 Einzahlungsposten mit insgesamt DM 593 100,— auf ihre Herkunft (19). Dabei ergab sich folgendes Bild:

Berufsgruppe	Postenzahl Stück	Ø Betrag je Einzahlung DM	Einzahlungen insgesamt DM
Arbeiter	227	165,—	37 500,—
Angestellte	511	185,—	94 600,—
Beamte	319	160,—	50 900,—
Freie Berufe	231	323,—	74 700,—
Handwerker	219	255,—	55 800,—
Einzelhändler	120	409,—	49 100,—
Großhändler	15	1 367,—	20 500,—
Landwirte	6	483,—	2 900,—
Unternehmer und Fabrikanten	25	804,—	20 100,—
Körperschaften	126	112,—	14 100,—
Hausfrauen	692	164,—	113 600,—
Kinder	79	80,—	6 300,—
Schüler	164	83,—	13 600,—
Sparvereine	33	127,—	4 200,—
Erbengemeinschaften	2	50,—	100,—
Ohne Beruf	63	240,—	15 100,—
	2 832	209,—	593 100,—

19) vgl. Sparkassenwerbedienst, Heft 2/1952.

Eine ähnliche Untersuchung führte der Verfasser bei der Kreissparkasse Kreuznach (20) in den Monaten Februar bis Mai 1958 durch und kam dabei zu folgenden Ergebnissen:

Berufsgruppe	Postenzahl Stück	Ø Betrag je Einzahlung DM	Einzahlungen insgesamt DM
Arbeiter	201	312,—	62 800,—
Angestellte	484	278,—	134 600,—
Beamte	192	394,—	75 600,—
Hausfrauen	487	356,—	173 600,—
Kinder / Schüler	430	115,—	49 500,—
Freie Berufe	130	455,—	59 200,—
Handwerker	173	389,—	67 300,—
Handel	116	439,—	50 900,—
Landwirte / Winzer	92	730,—	67 200,—
Industrie	4	3 250,—	13 000,—
Ohne Berufsangabe	262	937,—	245 500,—
	2 571	390,—	999 400,—

Bei einem Vergleich dieser beiden Aufstellungen fällt auf, daß der Durchschnittsbetrag je Einzahlungsposten bei der Erhebung der Stadtparkasse Köln im Jahre 1952 mit rd 210,— DM errechnet wurde, bei der Kreissparkasse Kreuznach im Jahre 1958 jedoch schon rd. 390,— DM betrug. Ganz gewiß kann diese Steigerung nicht nur auf das allgemein gestiegene Netto-Einkommen zurückgeführt werden. Hier spielen auch strukturelle Unterschiede der Geschäftsbereiche beider Sparkassen eine gewisse Rolle. Da jedoch die Unterteilungen nicht genügend spezifiziert sind, sagen diese Aufstellungen noch nicht allzu viel. So müßten z. B. bei der Gruppe der „Arbeiter“ zumindest Unterscheidungen gemacht werden nach den Industriezweigen, in denen sie beschäftigt sind. Es sei an dieser Stelle nur auf die Problematik hingewiesen, die sichtbar wird, sobald man die Masse der Arbeiter beispielsweise in „Bauarbeiter“ und „sonstige Arbeiter“ aufteilt. Ebenso fehlt bei manchen anderen Gruppen, wie „Handel“ und „Industrie“, die Angabe der Branchen, denen sie angehören und die konjunkturpolitisch gesehen bestimmt einige Rückschlüsse auf etwaige Ein- und Auszahlungen zulassen.

20) Hauptstelle.

Brauchbar ist dagegen die Gruppe der „Beamten“ (21). Ein hoher Prozentsatz dieses Kundenkreises ist jedem Kreditinstitut vom liquiditätspolitischen Standpunkte aus betrachtet, immer wertvoll, was übrigens auch bei der späteren Untersuchung der Sichteinlagen noch deutlich erkennbar wird.

Zweckmäßig erscheint weiterhin der Umstand, daß man in den obigen Statistiken die Einzahlungen von Kindern und Schülern dank ihres besonderen Anlagecharakters in besonderen Gruppen zusammengefaßt hat.

Bei den Spareinlagen der wirtschaftlich Selbständigen (freie Berufe, Handwerk, Handel und Gewerbe) überraschen die größeren Sparbeträge wegen der funktionell grundsätzlich anderen Einkommensverhältnisse und Einkommensdispositionen nicht. In diesem Zusammenhang taucht jedoch die Frage auf, inwieweit es sich bei den Sparguthaben der Selbständigen tatsächlich um Haushaltersparnisse handelt und ob nicht vielmehr ein großer Teil dieser privaten Ersparnis volkswirtschaftlich der Unternehmenssphäre zuzurechnen ist. Aber daß gerade die letztgenannten Berufsgruppen mit ihrem gegenüber dem der Unselbständigen wesentlich höheren durchschnittlichen Jahreseinkommen (22), relativ gesehen doch wenig bei den Sparkassen sparen, liegt vielleicht zu einem guten Teil an der u. E. nicht mehr ganz zeitgemäßen Legitimationspflicht bei Sparkonten; denn der Wunsch dieser Kreise geht dahin, entgegen der vom Finanzminister vertretenen Auffassung, namenlose Sparkonten zuzulassen.

Es muß dazu gesagt werden, daß die im § 163 der Abgabenordnung enthaltene Legitimationspflicht im Jahre 1919 in einer durch Steuer- und Kapi-

21) Arbeitseinkommen und Sparguthaben sowie Jahresersparnis von Arbeitnehmern auf Sparkonten bei den Sparkassen (31. Dezember 1959)

	Anteil am gesamten Netto-Arbeitseinkommen 1959 * in %	Anteil an den Spargut- haben der Arbeitnehmer bei Sparkassen in %	Jährliche Ersparnis 1958/59 in %
Arbeiter	61	36	42
Angestellte	30	43	41
Beamte	9	21	17
Arbeitnehmer	100	100	100

*) Nach Föhl, C, Ursachen und Beeinflußbarkeit der Vermögenskonzentration, Vortrag bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik, Bad Kissingen, 20. 9. 1960, als Manuskript vervielfältigt.

Entn.: Blick auf die Wirtschaft, Nr. 5/1960, Seite 3.

- 22) Im Jahre 1959 lag das durchschnittliche Jahreseinkommen der Selbständigen (ohne Rentner usw.) bei rd. 17 000 DM, das der Unselbständigen bei 5 600 DM.

Entn.: Blick auf die Wirtschaft, Nr. 5/1960, Seite 3.

Freilich können diese Durchschnittsbeträge nicht uneingeschränkt für die Beurteilung der Spartätigkeit auf Sparkonten bei Sparkassen herangezogen werden, weil sich deren Kundschaft bei den Selbständigen ganz überwiegend aus dem sog. „selbständigen Mittelstand“ zusammensetzt. Die höheren Einkommensklassen der Selbständigen scheiden dagegen aus.

talflucht gekennzeichneten Ausnahmesituation als ausgesprochene Notmaßnahme eingeführt wurde. Von solchen außergewöhnlichen Umständen, die eine Beibehaltung des Verbots angeraten erscheinen lassen, kann heute keine Rede mehr sein. Zwar würde eine Aufhebung der Legitimationspflicht u. E. keine schlagartige Wirkung auslösen, wohl aber über einen gewissen Zeitraum hinweg einen beträchtlichen Zustrom zumindest von längerfristigen Sparkapitalien bewirken.

Bemerkenswert ist, daß nach der von Reusch für die Jahre 1927 bis 1930 vorgenommenen Untersuchung (23) rd. 77 % aller Sparkonten auf wirtschaftlich Unselbständige entfallen. Die Resultate der auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Erhebungen zum 31. Oktober 1959 (24) bestätigen in etwa diesen von Reusch ermittelten Anteil.

Auch aus dem Wachstum der Anzahl der Sparkonten ergibt sich die zunehmende Bedeutung des längerfristigen Sparens der „Unselbständigen“.

In der Größenklassengliederung der Spareinlagen bilden von jeher die Guthaben im Einzelbetrage bis zu 100,— DM der Stückzahl nach die weitaus stärkste Gruppe. Es ist jedoch bemerkenswert, daß der Gesamtzuwachs an Sparkonten in den vergangenen Jahren nur zu einem sehr geringen Teil dieser Mehrheitsgruppe der Kleinsparguthaben zugute gekommen ist. Die unterste Größenklasse hat beinahe soviel Konten an die höheren Größenklassen abgegeben, wie sie in den letzten sieben Jahren durch den Überschuß der neu eröffneten über die aufgelösten Sparkonten gewann (25). Diese Feststellung ist deswegen gerechtfertigt, weil nur in sehr seltenen Fällen Sparkonten durch Einzahlung eines größeren Betrages eröffnet werden.

Insgesamt nahm von 1950 bis 1957 die Zahl der Sparkonten um 7,1 Millionen oder 45 % des Bestandes von Ende 1950 zu (26). Die Größenklasse unter 100,— DM erweiterte sich nur um 0,8 Millionen Konten oder 6,6 % und die von 100,— DM bis unter 300,— DM um 0,9 Millionen oder 46 %. In der Gruppe von 300,— DM bis unter 1 000,— DM trat durch den Zuwachs von 1,8 Millionen Sparkonten mehr als eine Verdoppelung ein. In der Größenklasse von 1 000,— DM bis unter 3 000,— DM hat sich der Anfangsbestand vom Jahre 1950 bis Ende 1957 fast versechsfacht.

Im Ganzen ist also die Pyramide auf nur wenig verbreiteter Basis schlanker geworden, weil sich die mittleren Lagen erheblich verstärkt haben; eine Entwicklung, die neben der sparpolitischen Seite auch aus der Sicht der Liquiditätsdispositionen der Sparinstitute durchaus zu begrüßen ist. Diese

23) vgl. hierzu Tabelle auf Seite 58.

24) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 59.

25) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 10/1958, Seite 150.

26) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 10/1958, Seite 150, Spalte 2.

Tendenz bestätigt auch die Richtigkeit der Annahme, daß bei der Beurteilung der Position „Spareinlagen“ allgemein ein stetes Wachstum unterstellt werden kann; eine Erscheinung, die die Liquiditätsdispositionen außerordentlich erleichtert.

In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist auch, daß rd. 99 % der Sparkonten einen Bestand bis 10 000,— DM aufweisen — das sind jedoch nur rd. 74 % der gesamten Spareinlagen — während rd. 1 % der Konten, aber rd. 26 % der Guthaben, auf die sogenannten Großeinleger entfallen. Vom Kostengesichtspunkt abgesehen, ist den Instituten eine große Anzahl kleiner und mittlerer Sparguthaben lieber als die einiger weniger Großeinleger; denn erfahrungsgemäß liquidieren die letztgenannten, zu deren Gewohnheit es in der Regel gehören dürfte, ständig kaufmännische und finanzielle Dispositionen zu treffen, schon allein aus Gründen einer größeren Zinsempfindlichkeit ihre Guthaben eher als die Masse der kleinen und mittleren Sparer. Dazu kommt noch, daß auch die Durchschnittsguthaben der in diesen 99 % vertretenen Berufsgruppen im allgemeinen nicht allzu hoch sind. Zur Erläuterung können hier statistische Erhebungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes dienen, die auf repräsentativer Grundlage für das gesamte Bundesgebiet im Jahre 1952 bei der Neuanlage von Sparkonten und zum 31. Oktober 1959 auf allgemeiner Basis für sämtliche Sparkonten ermittelt wurden. Im Jahre 1952 handelte es sich also nicht um bereits bestehende Sparkonten. Daher kommt es auch, daß der hier errechnete Gesamtdurchschnitt mit 630,— DM über dem amtlichen in der offiziellen Sparkassenstatistik des Jahres 1952 liegt.

1952 betrugen die Durchschnittssätze je Konto nach Berufsgruppen (27) bei

Arbeitern	
in Gewerbe und Industrie	354,— DM
in der Landwirtschaft	439,— DM
Hausangestellten	391,— DM
Angestellten	492,— DM
Beamten	745,— DM
selbständigen Gewerbetreibenden	
Handwerkern	721,— DM
Händlern und sonstigen	1 268,— DM
selbständigen Landwirten	1 007,— DM
freien Berufen	989,— DM
Rentnern	531,— DM
Hausfrauen	498,— DM

27) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 9/1958, Seite 137.

Am 31. Oktober 1959 betrugen die entsprechenden Durchschnittssätze (Gesamtdurchschnitt 940,— DM) (28) bei

Arbeitern	548,— DM
Angestellten	827,— DM
Beamten	1 025,— DM
selbständig in Handwerk, Handel und Gewerbe	1 346,— DM
Landwirten	856,— DM
freien Berufen	1 906,— DM

Obwohl sich diese Zahlen in den letzten Jahren bis zum 31. Oktober 1959 stark verändert haben, was auch aus der Statistik der Sparkassenorganisation über die durchschnittliche Einlage je Sparkassenbuch 1913 bis 1958 (29) hervorgeht, so kann dennoch behauptet werden, daß sich an der Struktur des bei den Sparkassen sparenden Teils der Bevölkerung wenig geändert hat.

Von liquiditätspolitischen Interesse erscheint auch die auf der nächsten Seite aufgeführte Statistik (Durchschnittsguthaben am 31. Oktober 1959 und Ersparnis je Sparkonto vom 1. Januar 1958 bis 31. Oktober 1959 nach Geschlecht und Alter der Sparer bei den Sparkassen). Beachtenswert, wenn auch nicht ohne weiteres verständlich ist es, daß zunächst von und für Jungen bis zum 14. Lebensjahr mehr gespart wird als von und für die gleichaltrigen Mädchen. Dann verändert sich das Bild. In den beiden folgenden Gruppen (15 bis 20 Jahre) sind Ersparnis und Durchschnittsguthaben der weiblichen Sparer wesentlich höher als die der männlichen. Das Bestreben, aus eigener Kraft eine Aussteuer zu ersparen, wird in vielen Fällen der Grund sein, wobei der Entschluß zum Sparen wohl häufig durch die kürzere Berufsausbildung der Mädchen unterstützt wird. Das bestätigen die Ziffern bei der folgenden Gruppe der 21- bis 24jährigen; dort liegen die höhere Ersparnis und das größere Durchschnittsguthaben wieder bei den männlichen Sparern. In den Lebensaltersgruppen steigen die Guthaben weiter an, doch sinkt bei beiden Geschlechtern die Höhe der im Berichtsjahr gesparten Beträge. (Heirat, Gründung des Hausstandes und Erziehung der Kinder dürften das Einkommen beanspruchen). Bei den männlichen Sparern ist der gesparte Betrag bis in die Gruppe der 45. bis 54jährigen hinein relativ gering, während die weiblichen Sparer bereits in der Gruppe „35 bis 44 Jahre“ schon wieder eine gute Steigerung nachweisen können und im folgenden Lebensjahrzehnt ihre absolute größte Sparleistung vollbringen. Es dürfte sich hier um die Jahre handeln, in denen viele Frauen wieder (oder noch) berufstätig sind, ihr Einkommen aber nur teilweise für den Haushalt gebraucht wird, im übrigen der Reservebildung dient. Ab dem 55. Lebensjahr kommt dann anscheinend der Zeitpunkt, an dem viele Frauen aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden;

28) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 22/1960, Seite 350 ff

29) Die Sparkassen in Zahlen, 3. Auflage, Stuttgart 1959.

Durchschnittsguthaben am 31. 10. 1959 und Ersparnis je Sparkonto vom 1. 11. 1958 bis 31. 10. 1959

nach Geschlecht und Alter der Sparer bei den Sparkassen

— in DM —

Alter des Kontoinhabers	männlich		weiblich		insgesamt
	Durchschnitts- guthaben	jährliche Ersparnis	Durchschnitts- guthaben	jährliche Ersparnis	Durchschnitts- guthaben
0 bis 9 Jahre	80,—	24,—	106,—	16,—	92,—
10 bis 14 Jahre	148,—	22,—	133,—	3,—	141,—
15 bis 17 Jahre	162,—	36,—	284,—	56,—	222,—
18 bis 20 Jahre	289,—	24,—	309,—	100,—	299,—
21 bis 24 Jahre	641,—	220,—	547,—	162,—	596,—
25 bis 34 Jahre	830,—	128,—	612,—	111,—	742,—
35 bis 44 Jahre	877,—	50,—	979,—	227,—	920,—
45 bis 54 Jahre	1 305,—	99,—	1 472,—	397,—	1 372,—
55 bis 65 Jahre	1 807,—	374,—	1 264,—	205,—	1 574,—
65 Jahre und älter	2 111,—	420,—	1 306,—	271,—	1 743,—
insgesamt	1 025,—	163,—	831,—	182,—	940,—
					171,—

die durchschnittliche Sparrate vermindert sich stark und steigt erst wieder in der letzten Altersgruppe an. Bei den Männern ist die Sparrate der 55- bis 64jährigen fast viermal so hoch wie im vorausgegangenen Jahrzehnt und steigt noch im zunehmenden Alter. Die Steigerung tritt offenbar dann ein, wenn nicht mehr für die Kinder finanziell zu sorgen ist, eigene Anschaffungen sich in engen Grenzen halten und somit zusätzliche Mittel für die Rücklagenbildung frei werden.

Läßt man die Unterschiede außer Betracht, die sich aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse „männlich“ und „weiblich“ ergeben, und beurteilt man nur die Spalten „insgesamt“, so kommt man wiederum zu der bekannten und erklärlichen Feststellung, daß das Durchschnittsguthaben ständig – wenn auch nicht gleichmäßig – wächst.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß allein die Aufteilung des gesamten, umfangreichen Sparverkehrs in kleine, leicht überschaubare Gruppen Erkenntnisse vermitteln kann, die es ermöglichen, zukünftige Liquiditätsanspannungen kleinerer Art vorauszusehen. Daß dabei die bisher angeführten Ergebnisse der zumeist allgemein gehaltenen Untersuchungen immer nur bedingt richtig und nicht ohne weiteres für jede Sparkasse anwendbar sind, dürfte u. a. in der strukturell verschiedenen Beschaffenheit der einzelnen Sparkassengeschäftsbereiche begründet sein.

Ein Einzahlungsüberschuß kann z. B. bei der einen Sparkasse an bestimmten Tagen der Woche durch Lohnzahlungen an Arbeiter, bei einer anderen am Anfange des Monats durch Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte erwartet werden. Während sich dieses Bild bei der erstgenannten Sparkasse bereits zu Ende der Woche in das Gegenteil verkehren kann, ist bei dem anderen Institut vielleicht erst zu Ende eines Monats mit Auszahlungsüberschüssen zu rechnen.

Grundsätzlich kann man beispielsweise eine gewisse Regelmäßigkeit, den sogenannten jahreszeitlichen Trend, in dem Ansparen auf bestimmte „Projekte“ feststellen (Festtage, Reisezeit, Winter- und Sommerschlußverkäufe usw.).

Der Dezember bringt z. B. für einen Großteil der Einzelhandelszweige den Höhepunkt der jährlichen Umsatzkurve. Manche Bereiche, wie z. B. der Spielwarenhandel, leben geradezu vom Weihnachtsgeschäft. Aber auch bei den Glas- und Porzellangeschäften, den Buchsortimentern, dem Textileinzelhandel und anderen pflegt der Dezemberumsatz den Monatsdurchschnitt des Jahres um das Doppelte und mehr zu übertreffen.

Diese weihnachtliche Kauffreudigkeit der Bevölkerung ist nicht ohne Einfluß auf die Spareinlagenentwicklung. Hierüber gibt ein Statistik der Gut- und Lastschriften bei den Sparkassen in den einzelnen Monaten „Dezember“ der Jahre 1954 bis 1959 näheren Aufschluß (siehe nächste Seite).

Anders dagegen wird der Rhythmus bei Sparkassen sein, die in Fremdenverkehrszentren ihren Standort haben, während wiederum in land- und weinbauwirtschaftlichen Bezirken der Ernteausschlag eine entscheidende Rolle spielt. – Wiederum völlig anders dürften die Verhältnisse in den Zonengrenz- und Notstandsgebieten liegen.

Gut- u. Lastschriften der Dezembermonate 1954 – 1959 bei den Sparkassen (30).

Dezember	Gut- schriften	Last- schriften	Saldo	darunter Zinsgut- schriften	Monatsdurch- schnitt (Jan.-Dez.)
	Mill DM	Mill DM	Mill DM	Mill DM	Mill DM
1954	1 055,1	838,2	+ 216,9	250,8	+ 264,8
1955	965,9	923,3	+ 42,6	344,0	+ 183,2
1956	1 156,0	1 137,3	+ 18,7	476,4	+ 119,4
1957	1 367,9	1 265,7	+ 102,2	617,5	+ 207,6
1958	1 740,1	1 685,6	+ 54,5	687,6	+ 290,5
1959	1 878,7	1 789,7	+ 89,0	782,4	+ 365,1

Wirkliche Regelmäßigkeiten sind jedoch nur sehr schwer im Spareinlagengeschäft der Sparkassen zu erkennen. Obwohl es daher ratsam erscheint, auf eine unerwartete Entwicklung vorbereitet zu sein, so ist doch zu bemerken, daß der Liquiditätsbedarf – relativ gesehen – gerade bei der Masse der kleinen und mittleren Sparguthaben nicht allzu groß ist und sich hier eine ausreichende Liquiditätsvorsorge verhältnismäßig leicht bewerkstelligen läßt.

Liquiditätspolitisch betrachtet sind dagegen die sogenannten „Großeinleger“ erheblich gefährlicher, welche die restlichen 1 % der Sparkonten und betragsmäßig rd. ein Viertel der gesamten Spareinlagen auf sich vereinen. Eine Sparkasse darf sich durch den Abruf derartiger Großeinlagen nicht überraschen lassen. Die Sparkassen sind zwar gesetzlich nicht verpflichtet, Auszahlungen von 1 000,— DM und mehr ohne vorherige kündigungsähnliche Anmeldung innerhalb eines Monats zu leisten (31). Ob es jedoch schon allein aus Gründen der Werbung zweckmäßig erscheint – von einer Vertrauenskrise, die durch die Auszahlungsweigerung des Instituts entstehen könnte ganz abgesehen – größere Auszahlungswünsche von Kunden zurückzuweisen, ist zu bezweifeln (32).

Für die Leitung einer Sparkasse dürfte es es demnach ratsam sein, genauestens über die Großeinlagen privater Einleger und die sonstigen „heißen“ Gelder, vor allem die Guthaben öffentlicher Stellen, unterrichtet zu sein.

30) Entn.: „Die Sparkassen in Zahlen“, 3. Auflage, Stuttgart 1959.

31) § 22 Abs. 1 KWG.

32) § 22 Abs. 3 KWG.

Zu den Spareinlagen der gesamten Sparkassen des Bundesgebietes in Beziehung gesetzt, sah z. B. das Bild der Spareinlagen der öffentlichen Hand zum 31. Dezember 1957 folgendermaßen aus (33):

	1957	
	Mill. DM	in %
Spareinlagen 1957 insgesamt: 18 154,0		
darunter:		
Gemeinden	996,3	5,5
Sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften	537,6	2,9
Öffentlich-rechtliche Körperschaften zusammen:	1 533,9	8,4

Zur weiteren Erläuterung soll hier noch eine Statistik der Spareinlagen der öffentlichen Hand nach Einlegergruppen (1954 / 1957) angeführt werden (34):

Öffentliche Einleger	Ende 1954		Ende 1957	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Gemeinden und Gemeindeverbände	682,6	60,6	996,3	65,0
Sozialversicherungsträger (insbes. Krankenkassen) und Arbeits- losenversicherung	288,0	25,6	299,5	19,5
Kirchen, karitative Verbände, Stiftungen	115,2	10,2	167,7	10,9
Wirtschaftsunternehmen der öffent- lichen Hand ohne eig. Rechtspers- önlichkeit	19,8	1,8	18,4	1,2
Sonstige öffentliche rechtliche Körperschaften	21,1	1,9	52,0	3,4
Insgesamt:	1 126,7	100 %	1 533,9	100 %

Von den 1,5 Milliarden DM an öffentlichen Spareinlagen entfällt demzufolge der überwiegende Teil auf Gemeinden und Gemeindeverbände, die ihre Rücklagen auf Grund von haushaltsrechtlichen Bestimmungen teilweise auf Sparkonten anlegen.

Wie schon erwähnt, schreibt die Rücklagenverordnung der Gemeinden diesen bindend vor, Fonds zu bilden, sobald sich z. B. die Finanzierung von Investitionsvorhaben über mehrere Haushaltsjahre erstreckt. Bei den Kirchengemeinden, karitativen Verbänden und Stiftungen handelt es sich vielfach um die gleichen Tatbestände hinsichtlich der Rücklagenbildung in entsprechender Abwandlung der konkreten Zwecke.

33) und 34) Entn.: Sparkasse, Heft 10/1958, Seite 154.

Es ist also bei der allgemeinen Größe der Konten für die Sparkassen sehr wichtig, in etwa über den Verwendungszweck dieser Einlagen unterrichtet zu sein, um dadurch die eventuelle Abhebung schon genau in ihren Liquiditätsdispositionen berücksichtigen zu können. Auch dürfte es den Instituten möglich sein, durch besondere terminliche Vereinbarungen die diesen Geldern anhaftende liquiditätspolitische Ungewißheit zu bannen, indem sie ihren Partnern längerfristige Sparverträge oder ganz allgemein langfristige Vereinbarungen vorschlagen. Das kann durchaus im Interesse der Beteiligten liegen.

Bei der Untersuchung der „Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist“ fällt auf, daß heute nur rd. 35 % aller Spareinlagen befristet (35), der große Rest jedoch unbefristet angelegt wird und ist. Diese Erscheinung dürfte u. a. psychologische Ursachen haben. Der Sparer von heute, „gebrannt“ einerseits durch zwei Währungsreformen und durch den gerade in der letzten Zeit zum Teil gedankenlosen Umgang mit dem Wort „Inflation“ und andererseits aus der eigenen, unbefangenen, kritischen Beobachtung der Preis- und Lohnspirale heraus, möchte sich seine Unabhängigkeit nicht durch selbstgewählte Fristen einengen. Er ist aus diesem Grunde auch bereit, den Zinsverlust zu tragen. Daraus kann abgeleitet werden, daß sich selbst unter den formell täglich fälligen Spareinlagen Gelder befinden, die normalerweise zu der Gruppe der halb- bzw. jährlich kündbaren Sparguthaben gehören. —

Die folgenden Untersuchungen befassen sich mit den anderen Arten von Spareinlagen, die ebenfalls in den vielfältigsten Formen geeignet sind, in die Ein- und Auszahlungsströme der Institute einen gewissen Ausgleich zu bringen und damit die Liquiditätsdispositionen zu erleichtern.

Hier ist vor allem das „steuerbegünstigte Sparen“ zu nennen, das gegen Ende der Jahre 1954 und 1958 im Ergebnis rd. 10 % (36) der gesamten Spareinlagen bei den Sparkassen ausmachte.

Dank der Längerfristigkeit und der Kenntnis der genauen Fälligkeiten konnten die Institute bei diesen Spareinlagen fast auf jegliche Liquiditätsvorsorge verzichten. Wir sagen bewußt, „fast auf jegliche Liquiditätsvorsorge“, da nach dem Auslaufen dieser Verträge der größte Teil der Einlagen entweder zum Abschluß neuer Verträge verwandt oder aber auf normale Sparkonten umgebucht wurde. In den seltensten Fällen wurden die Gelder als bare Mittel von den Sparinstituten abgezogen. Die steuerbegünstigten Sparverträge (37) überbrückten vielmehr, und darin lag ihr liquiditätspolitischer Wert, Zeiten allgemeiner Auszahlungsüberschüsse wie während der Vorweihnachtszeit, der Reisezeit (Mitte des Jahres). Verständlicherweise kon-

35) Die Sparkassen in Zahlen, 3. Auflage, Stuttgart 1959.

36) vgl. hierzu Die Sparkassen in Zahlen, 3. Auflage, Stuttgart 1959.

37) Insbesondere allgemeine Sparverträge.

zentrierte sich die Mehrzahl der Vertragsabschlüsse und die damit verbundenen Einzahlungen auf das Jahresende, da es erst dann dem sparenden Kunden möglich war, die steuerlichen Auswirkungen einigermaßen klar zu übersehen. Daneben wählte man bewußt einen möglichst späten Termin, da es für die zeitliche Bindung und die Steuerbegünstigung keinen Unterschied machte, zu welchem Zeitpunkt der zweiten Jahreshälfte die Beträge eingezahlt wurden.

Zwangsläufig mußte die quantitative Bedeutung des steuerbegünstigten Sparens zurückgehen, nachdem mit Wirkung vom 1. Januar 1958 die Bestimmungen des § 10 des Einkommensteuergesetzes über steuerbegünstigte Kapitalansammlungsverträge neu gefaßt wurden. So bestimmte das 1. Einkommensteuer-Änderungsgesetz vom 5. Oktober 1956, daß der Abschluß von Sparverträgen mit festgelegten Sparraten nur noch bis zum 31. 12. 1957 möglich sein sollte, während allgemeine Sparverträge, denen eine einmalige Einzahlungsverpflichtung zugrunde lag, noch bis zum Jahresende 1958 abgeschlossen werden durften. Die bezüglich des möglichen Abschlußdatums so unterschiedlichen Verordnungen sind wohl nur deshalb erlassen worden, weil die gesetzlich vorgeschriebene Sperrfrist für die Sparguthaben, von der ersten Einzahlung an gerechnet, bei den Ratensparverträgen vier Jahre und bei den allgemeinen Sparverträgen nur drei Jahre beträgt, dementsprechend also für beide Vertragstypen das definitive Ende aller Verträge und Sperrfristen gleichzeitig im Jahre 1961 eintreten sollte.

Am 9. Mai 1959 (38) trat an die Stelle des auslaufenden steuerbegünstigten Sparens das sogenannte „prämienbegünstigte Vertragssparen“.

Auch hier werden, ähnlich dem bereits besprochenen steuerbegünstigten Sparen, Beträge auf Grund allgemeiner oder Ratensparverträge auf fünf bis sechs Jahre festgelegt (39).

Dadurch behalten die Kreditinstitute auf die Dauer Mittel, deren Liquiditätsbedarf sehr gering ist, da sie drei wertvolle Eigenschaften besitzen:

1. Die einkommenden Mittel liegen schon rein formal längerfristig fest.
2. Der Zufluß kann vorausberechnet werden – was auch für die Kreditgewährung wesentlich ist –.
3. Der Vertragsbestand ergänzt sich, wie die Praxis zeigt, laufend durch neue prämienbegünstigte Sparverträge, so daß der monatliche Eingang trotz ständigen Abgangs von steuerbegünstigten Verträgen (Fälligwerden) in etwa konstant bleibt.
(vgl. hierzu Tabellen auf Seite 73).

Bedauerlicherweise ist, anders als im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehen, die Prämienbegünstigung mit der Begründung, „Mißbräuchen“ er-

38) Am 9. Mai 1959 wurde im Bundesgesetzblatt I, Seite 241, das Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (SpPG) verkündet.

39) vgl. hierzu Schmidt, H., Prämienbegünstigtes Vertragssparen, 2. Aufl., Stuttgart 1959.

forderlichenfalls begegnen zu können, zeitlich begrenzt worden (letzter Termin für den Abschluß von Ratensparverträgen: 31. Dezember 1962, von allgemeinen Sparverträgen und für den Erwerb von Wertpapieren: 31. Dezember 1963 (40).

Eine weitere Abart des Kontensparens ist das „Prämiensparen“ (PS-Sparen und Gewinnen), das mit seinem dem Spieltrieb entgegenkommenden Gewinnreiz als Vorstufe zum normalen, regelmäßigen Sparen gedacht ist. Ihm liegt also der Gedanke zugrunde, „daß eine Sparergemeinschaft über den Sparbetrag hinaus einen gegenüber dem Sparkapital wesentlich geringeren Spielbetrag aufbringt, dessen Aufkommen den einzelnen Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet, einen Gewinn zu machen“ (41).

Die Spielbedingungen sind in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes nicht einheitlich. In der Mehrzahl ist eine Losgemeinschaft mit 5 000 Losen üblich.

Auf sie entfallen in den Monatsauslosungen als Hauptgewinn 1 000,— DM, außerdem eine Reihe von Gewinnen (etwa 600 Stück) zu 100,—, 50,—, 20,—, 10,—, 5,— und 2,— DM. Dazu kommt mit einem Hauptgewinn von 5 000,— DM und kleineren Gewinnen zusätzlich die sogenannte Jahresauslosung, an der alle diejenigen Sparer ohne weiteren Einsatz teilnehmen können, die für ihre Jahressparkarte insgesamt 12 Monatsmarken erstanden haben.

Im Verbandsgebiet der hanseatischen Sparkassen sind bei den Monatsauslosungen Gruppen zu 60 000 Losen zu finden, auf die je ein Gewinn in Höhe von 10 000,—, 5 000,—, 1 000,— und 500,— DM sowie kleinere Gewinne entfallen. Hier beträgt der Hauptgewinn bei der Jahresauslosung sogar 25 000,— DM. — Der Staat knüpft an die Genehmigung des Prämiensparens gewöhnlich

1. Die Abführung der Lotteriesteuern und
2. die Abführung des sogenannten Zweckertrages, eines Gewinnanteils, der für allgemeine Wohlfahrtszwecke abgezweigt werden muß.

Hinsichtlich des Zweckertrages sind die Bestimmungen in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes verschieden. Während Rheinland-Pfalz von einer solchen Auflage ganz absieht, werden in Niedersachsen, Hamburg und Bremen 10 % des Gewinnes als Zweckertrag erhoben.

Mitte des Jahres 1958 entfielen etwa 2 % der gesamten Spareinlagen auf derartige Prämienspareinlagen. Vom Standpunkt der Liquidität aus gesehen, sind den Sparkassen diese Gelder willkommen, da sie ihnen in der Regel mindestens ein Jahr fest zur Verfügung stehen und nach Ablauf der Spar-

40) vgl. hierzu Schmidt, H., aaO, Seite 9.

41) Weidner, A., Prämiensparen, aus Sparwesen der Welt, 1956/1957, Seite 87.

Steuerbegünstigte Spareinlagen in den Jahren 1958 und 1959 (42)

Bestand am Monatsende *	Mill. DM	in v. H. der Spar-einlagen	Mill. DM	in v. H. der Spar-einlagen
	1958		1959	
Januar	1 945,9	10,2	2 137,2	9,1
Februar	1 966,3	10,1	2 139,3	8,9
März	1 990,8	10,0	2 152,9	8,8
April	2 013,3	10,0	2 169,8	8,8
Mai	2 037,8	10,0	2 189,0	8,7
Juni	2 080,6	10,1	2 209,2 **	8,7 ***
Juli	2 099,6	10,0	2 086,3	8,0
August	2 120,4	10,0	2 077,0	7,8
September	2 140,9	9,9	2 082,9	7,7
Oktober	2 161,6	9,8	2 098,0	7,7
November	2 046,4	9,2	2 106,8	7,6
Dezember	2 156,5	9,4	2 153,5	7,6

*) ab Juli 1959 einschl. Saarland.

**) einschl. Saarland 2 213,1 Mill. DM.

***) einschl. Saarland 8,6 %.

Prämienbegünstigtes Vertragssparen seit dem Jahre 1959 (42)

Bestand am Monatsende *	Mill. DM	in v. H. der Spar-einlagen	Mill. DM	in v. H. der Spar-einlagen
	1959		1960	
Januar	—		436,5	1,5
Februar	—		468,5	1,6
März	—		499,7	1,7
April	—		526,9	1,7
Mai	—		555,1	1,8
Juni	50,3	0,2	611,5	2,0
Juli	76,9	0,3	644,8	2,1
August	95,8	0,4	669,8	2,1
September	117,5	0,4	697,8	2,2
Oktober	151,1	0,6	739,3	2,3
November	192,5	0,7	777,3	2,4
Dezember	378,2	1,3	974,1	2,9

*) ab Juli 1959 einschl. Saarland.

42) Entn.: Sparkassenfachbuch, aaO, Seite 280 und 281.

periode etwa die Hälfte von ihnen in ordentliche Sparguthaben umgewandelt werden. Ferner lassen sich die Eingänge auf den Prämiensparkonten der Sparkassen oft sehr genau aus den „Daueraufträgen“ ersehen, die viele Kunden gerade bei diesem Sparzweig der Einfachheit halber den Sparkassen geben.

Ein Teil der Prämienspareinlagen ist kurzfristiger Natur und wird, wie die Praxis zeigt, gewöhnlich zum Weihnachtsfest oder zur Urlaubsreise abgehoben.

Da es sich jedoch bei diesem Sparzweig um nicht allzu große Beträge handelt und der jahreszeitliche Trend der Prämiensparguthaben ziemlich genau bekannt sein dürfte, ist der Liquiditätsbedarf dieses Sparzweigs als sehr gering anzusehen. Manche Sparkassen, besonders solche mit umfangreichen Prämienspareinlagen, erachten es allerdings im Interesse ihrer Liquiditätsvorsorge für zweckmäßig, eine Aufgliederung des Prämiensparsammelkontos nach Sparzeiten vorzunehmen, um auf diese Weise eine Kontrolle über den Zeitpunkt des Ablaufs des Spieljahres zu erhalten.

Von den sonstigen Maßnahmen zur Förderung der Spartätigkeit ist noch das Kleinsparwesen in seinen verschiedenen Formen zu erwähnen, dessen Einfluß auf die Zahlungsströme und damit die Liquidität jedoch wenig bedeutsam ist.

Der Vollständigkeit halber sei das „Schulsparen“ genannt, bei dem die hohen Aufwendungen vielfach in keinem Verhältnis zu dem unmittelbar erzielbaren Nutzen aus den daraus entstandenen Spareinlagen stehen (43). Es geht den Sparkassen dabei lediglich um die Erziehung der Schuljugend zum Sparen (44) und in diesem Sinne bedarf das Schulsparen, ebenso wie die anderen Kleinsparformen (Vereins- und Betriebssparen, Sparen mit Versicherungsschutz, Junghandwerkersparen, Heiratssparen usw.) dank der relativ kleinen angesparten Beträge im Ergebnis kaum einer Liquiditätsvorsorge.

Der Liquiditätsbedarf ist also bei dieser Einlagenart, abgesehen von den hier häufig zu findenden Großeinlagen aller Art, nicht sehr groß. Hat die Sparkasse einmal die Struktur dieser Einlagen analysiert, untersucht sie von Zeit zu Zeit in Teil- oder Totalerhebungen, wie sie sich nach Beruf, Branche, Alter und Geschlecht des Kunden und Kündigungsfristen zusammensetzen, kombiniert sie die verschiedenen Ergebnisse miteinander und beachtet dabei noch den jahreszeitlichen bzw. saisonalen Trend im Spargeschäft, so dürften – einen „normalen“ Marktablauf vorausgesetzt – Liquiditätspositionen in ausreichendem Umfange durchaus im Rahmen des Möglichen liegen.

43) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 75.

44) Amerikanische Statistiken besagen: Von 100 Jungsparern werden rd. 75 spätere Sparkassenkunden. vgl. hierzu Weisinger, M., Moderne Bank auf Kundenfang, aus Banking, entn. Readers Digest Nr. 12/1957, Seiten 75 ff.

Diese relativ geringe Liquiditätsvorsorge sollte jedoch unter allen Umständen getroffen werden, da es oberstes Gebot der Sparkassen sein muß, gerade das Vertrauen der Bevölkerungskreise, die man als Kleinsparer bezeichnet, zu erhalten. Eine Zahlungsstockung seitens der Sparkasse könnte die Vertrauensgrundlage, auf der die Hergabe von Spargeldern an das Institut nun einmal beruht, bei den Sparern nachhaltig zerstören und damit den Sinn aller Sparkassenarbeit zunichte machen. Der Leiter eines Instituts sollte sich daher nicht damit begnügen, lediglich erfreut ein stetes Wachstum der Spareinlagen festzustellen und mit dem Hinweis auf die allgemeine „Ungefährlichkeit“ der Spareinlagen jegliche Liquiditätsüberlegungen hinsichtlich des Bargeldbedarfs zu unterlassen, sondern vielmehr, schon allein aus dem Grundsatz der steten Zahlungsbereitschaft seinen Kunden gegenüber, unbedingt die erörterten Maßnahmen wie Kundenstammanalysen usw. treffen. —

2. Befristete Einlagen

Unter befristeten Einlagen i. w. S. sind solche Gelder zu verstehen, die aus freiem Entschluß und eigenem Antrieb den Sparkassen von seiten ihrer Geschäfts- und Privatkundschaft und anderen Kreditinstituten zu vereinbarten Fristen gegen Gewährung eines Zinses zufließen (45).

Nach der Fälligkeit kann unterschieden werden:

- a) Feste Gelder, die der Sparkasse für bestimmt vereinbarte Fristen überlassen und nach Ablauf der Frist fällig werden, falls keine Prolongation erfolgt.
- b) Kündigungsgelder, die mit einer vereinbarten bestimmten Kündigungsfrist angelegt werden. Falls der Einleger die Kündigung ausspricht, sind sie nach Ablauf der vereinbarten Frist fällig.

Sehr wichtig und nicht immer ganz leicht ist die Abgrenzung der befristeten Einlagen von den Sichteinlagen (46). Nach K. F. Hagenmüller verbindet sich mit den Sichteinlagen der Begriff der Gelddisposition, währenddessen die befristeten Einlagen vielfach als Instrumente der Kapitaldisposition bezeichnet werden. Dabei wird der Begriff „Kapital“ einer längerfristigen Bindung und der Begriff „Geld“ einer kurzen Bindung zugeordnet (47).

Von der Spareinlage unterscheidet sich die befristete Einlage einmal dadurch, daß für letztere kein Sparkassenbuch ausgestellt wird und zum anderen, daß sie ihrem Charakter nach nicht langfristig, sondern kurzfristig

45) Kalveram, W., aaO, S. 19; Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 62.

46) vgl. hierzu Ausführungen Seite 78.

47) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 67 ff.

ist. Sicherlich regt diese Feststellung zum Widerspruch an; denn es mag sein, daß sich die befristeten Einlagen in den Dispositionen der Deponenten als dauernd entbehrlieh erweisen und so eines Tages zu effektiv ersparten Mittel werden. Das bedeutet in der Regel für die Sparkassen, daß diese Gelder durch den geringeren Zinsanreiz bei einer Anlage auf Sparkonten meist „abwandern“ und anderweitig, wie zum Kauf von höherverzinslichen Effekten, verwandt werden. Dafür muß sich aber die Sparkasse ebenso zahlungsbereit halten wie für irgendeine andere Zahlung.

Im Regelfall wird es sich jedoch hierbei um Mittel handeln, über deren tägliche Verfügbarkeit der Deponent verzichten zu können glaubt, obgleich, wie Gestrich (48) behauptet, sich dies später meist als Irrtum herausstellt.

Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, daß befristete Einlagen nicht dem Zahlungsverkehr dienen und vom Einleger nicht sehr häufig vorzeitig abgerufen werden (49). Man könnte zwar argumentieren, daß einer vorzeitigen Abhebung die festgelegten Fristen im Wege ständen. Die Praxis zeigt jedoch, daß sich die Sparkassen trotz der Kündigungsvereinbarungen aus Gründen der Kulanz kaum gegen eine vorzeitige Verfügung über termingebundene Depositen sträuben können. Der Kontoinhaber hat dann lediglich die Berechnung der gegenüber den „Normal“-Zinsen etwas höheren „Vorverfügungszinsen“ in Kauf zu nehmen, die aber zum Teil nichts anderes darstellen als eine Rückbelastung der Zinsgutschrift, in deren Genuß der Depositentinhaber durch seine Bereitschaft zur längerfristigen Bindung gelangt war und die nun durch seine vorzeitige, nicht fristgerechte Abhebung ihre Berechtigung verloren hat.

Allgemein gesehen bedürfen die befristeten Einlagen nur dann keiner besonderen Liquiditätsvorsorge, wenn der Kunde, und das ist von Fall zu Fall verschieden, daran gewöhnt ist, die Fristen einzuhalten (50).

Ein bestimmter Rhythmus ist in den Bestandsschwankungen der befristeten Gelder nicht zu erkennen. Da es jedoch bekannt sein dürfte, daß diese Mittel gerade in Zeiten einer allgemeinen finanziellen Anspannung oder durch Zinsverhältnisse bedingt zu den sogenannten „heißen“ Geldern zu zählen sind, also restlos abgerufen werden können (51), erscheint es bedenklich, in größerem Umfange über diese Mittel im Rahmen der Ausleihpolitik zu verfügen. Hier sollte die „Goldene Bankregel“ möglichst in ihrer ursprünglichen Form im Sinne ihres Schöpfers Otto Hübner (52) angewandt werden, d. h. Belegung in gleichen Fälligkeiten bei der zuständigen Girozentrale.

48) vgl. hierzu Gestrich, H., Kredit und Sparen, Bad Godesberg 1947, 2. Aufl., Seite 98.

49) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 68.

50) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 68.

51) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 68.

52) vgl. hierzu Hübner, O., Die Banken, Leipzig 1854, S. 59.

Ein Wort noch zu den „öffentlichen“ Einlagen, die gerade innerhalb der befristeten Einlagen der Sparkassen häufig eine besondere Rolle spielen. Der Charakter der öffentlichen Einlagen ist nicht immer klar zu erkennen. Auch hier wird es Guthaben mit einwandfrei langfristigem Charakter (bestimmte Rücklagen) geben, doch hat der größere Teil ohne Zweifel kürzerfristig zu verwirklichenden Zielen zu dienen. Diesem Tatbestand muß Liquiditätspolitisch Rechnung getragen werden.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch auf die Einlagen hingewiesen, die den Sparkassen von anderen Kreditinstituten zufließen können. Diese werden sich für die Anlage freigesetzter Mittel als befristete Einlagen meist nur dann entschließen, wenn aus Liquiditätsgründen nur sehr kurzfristig über die Gelder disponiert werden kann (53). Allerdings ist gerade bei den befristeten Einlagen von Kreditinstituten lediglich in Ausnahmefällen mit vorzeitigen Rückforderungen zu rechnen, weil Banken einmal mehr Möglichkeiten zur Überbrückung liquiditätskritischer Punkte zur Verfügung stehen und zum anderen, weil diese Institute häufig genauer disponieren als andere Betriebswirtschaften (54).

Abschließend sei noch auf den bereits angedeuteten Einfluß des allgemeinen Zinsniveaus hingewiesen. Ein Sinken des Zinssatzes – die Sparkassen sind gegenüber der Nichtbankierkundschaft an das Habenzinsabkommen (55) gebunden – wird voraussichtlich einen Abfluß eines Teils der Gelder in andere rentablere Anlagearten verursachen. Es besteht z. B. die Gefahr, daß Kapitalgeber disponible Mittel, die bisher als befristete Einlagen gehalten wurden oder die normalerweise den Depositeneinlagen zugeflossen wären, in stärkerem Umfange direkt an die Investoren ausleihen, um auf diese Weise eine höhere Verzinsung zu erzielen, als sie die Sparkassen gewähren dürfen. Neben dem unerlaubten Weg der Vergütung sogenannter „grauer“ Habenzinsen (über den offiziellen Höchstsätzen liegende Zinssätze) gibt es wenig Möglichkeiten, das Abwandern zu verhindern. –

Im allgemeinen dürfte jedoch der Liquiditätsbedarf nicht sehr groß sein und die befristeten Einlagen gestatten den Sparkassen dadurch, daß sie nicht den Charakter von Giralgeld haben, wesentlich genauere Liquiditätsdispositionen.

53) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 70.

54) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 71.

55) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 69. Das „Abkommen über die Festsetzung von Höchstzinssätzen für hereingenommene Gelder“ (Habenzinsabkommen) vom 22. 12. 1936 wurde auf Grund von § 1 des „Mantelvertrages zwischen den Spitzenverbänden, Wirtschaftsgruppen und Fachgruppen der Kreditinstitute“ vom 22. 12. 1936 abgeschlossen. Abgedruckt bei Consbruch-Möller, Gesetz über das Kreditwesen, 2. Auflage, München und Berlin 1956, Seiten 105 ff.

In Zeiten finanzieller Anspannungen bzw. eines niedrigen Zinsniveaus sollte jedoch die Liquiditätsvorsorgè, durch das Vorhandensein umfangreicher sogenannter „heißer“ Mittel, höher bemessen sein, als dies nach den vertraglichen Vereinbarungen notwendig erscheint. Es ist demnach gerade bei dieser Einlagenart dringend erforderlich, nicht nur die genauen Fristen und Fälligkeiten der eingelegten Gelder zu beachten, sondern darüber hinaus auch um die allgemeinen und arteigenen Entwicklungstendenzen innerhalb der Branchen der Deponenten zu wissen.

3. Sichteinlagen

Sichteinlagen sind jederzeit abdisponierbare Geldbeträge, die der Kunde der Sparkasse gegen Gewährung eines Zinses überläßt und die zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs gehalten werden (56).

Die Sichteinlagen bedürfen u. a. infolge ihrer gegenüber den Spareinlagen größeren Umschlagshäufigkeit sorgfältiger Liquiditätsdispositionen. Die Untersuchungen des Verfassers bei der Kreissparkasse Kreuznach (57) haben gezeigt, daß der durchschnittliche Sichteinlagenbestand ca. alle 12 Tage vollständig abgerufen würde, wenn nicht immer wieder Neuzugänge zu verzeichnen wären. Das entspräche einer Umschlagshäufigkeit von 28 bis 30 mal im Jahr.

Die ständigen Schwankungen auf diesen Konten infolge der Zu- und Abbuchungen sind liquiditätspolitisch betrachtet recht gefährlich, und es ist für eine Sparkasse wichtig zu wissen, inwieweit und in welchem Umfange man Liquiditätsanspannungen voraussehen kann (58).

Wenn weiter oben gesagt wurde, daß die Sichteinlagen ca. alle zwölf Tage vollständig abgerufen würden, wenn nicht immer wieder Neuzugänge zu verzeichnen wären, so könnte das leicht mißverstanden werden. Auch bei den Sichteinlagen gibt es einen „Bodensatz“, wie Kalveram (59) ihn nennt, der de jure zwar täglich kündbare, de facto aber dem Institut auf unbestimmte Zeit überlassene Gelder beinhaltet. Floss sagt dazu: „Da die Volkswirtschaft zur Erfüllung ihrer Produktions- und Verteilungsaufgaben ein bestimmtes Volumen an zirkulierenden Mitteln benötigt, Giroeinlagen (Sichteinlagen, der Verfasser) aber Zirkulationsmittel darstellen, so werden der Kreditwirtschaft in bestimmtem Umfange Giralgeldeinlagen langfristig, per-

56) Hagehmüller, K. F.: aaO, Seite 62.

57) Hauptstelle

58) Die Sichteinlagen betrugen Ende 1957 rd. 30 % der Gesamteinlagen der Sparkassen. vgl. hierzu: Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation, Stuttgart 1957, Seite 67.

59) vgl. hierzu Kalveram, W : aaO, Seite 19.

manent verbleiben" (60). Auch Hohlfeld macht auf diese Erscheinung wie folgt aufmerksam: „Da Zu- und Abgänge sich zwar nicht auf dem einzelnen Konto in vollem Umfange, wohl aber insgesamt und im Großen und Ganzen ausgleichen, gehört dieser Block zu den zwar theoretisch täglich kündbaren, de facto aber dem Kreditinstitut auf unabsehbare Zeit belassenen Geldern" (61). Domes weist auf den gleichen Tatbestand hin, wenn er ausführt: „Tatsache ist, daß sich die Giroeinlagen gegenüber Währungsgerüchten und dem tatsächlichen Währungsverfall in ihrer Summe als äußerst widerstandsfähig gehalten haben" (62). K. F. Hagenmüller führt diese Erscheinung darauf zurück, daß die Geschäftspartner der Sparkassen (Nichtbankbetriebswirtschaften) neben einem bestimmten Bargeldbestand stets einen gewissen Mindestbetrag an Sichteinlagen benötigen, da sie sonst den zur Durchführung ihrer Geschäfte notwendigen Zahlungsverkehr nicht abwickeln können (63). In diesem Zusammenhang muß außerdem berücksichtigt werden, daß in normalen Zeiten der Einlagenbestand durchschnittlich ohnedies ständig wächst, weil im allgemeinen mehr Ein- als Auszahlungen erfolgen, eine Tatsache, die sich auf das wirtschaftliche Wachstum zurückführen läßt (64).

Bei vielen Sparkassen ist jedoch bei der Entwicklung der Sichteinlagen in den letzten Jahren eine merkliche Verlangsamung zu beobachten, die den Schluß zuläßt, daß in der Zukunft mit größeren Zuwachsraten kaum mehr zu rechnen ist.

Im Rahmen dieser Untersuchung dürfte es daher zweckmäßig sein, sich auf die saisonbedingten und monatlichen Schwankungen bei dieser Einlagenart zu beschränken, die, wie bereits weiter oben angedeutet, ganz besondere Liquiditätsüberlegungen erfordern.

Auch hier kann man aufgrund der Struktur der Einlagen und des einlegenden Kundenkreises bzw. durch eine Aufgliederung der Kontoinhaber nach Berufen bzw. Branchen zu wertvollen Schlüssen kommen. Gerade das Wissen um artgleiche Berufsgruppen wie Beamte und Angestellte, Wirtschaftskreise mit ähnlicher Entwicklung im Saison- und Konjunkturverlauf (Textil- und Sportartikelgeschäfte, Fremdenverkehrsbetriebe, Landwirtschaft usw.; im Herbst Zuckerfabriken, Weinbau treibende Firmen; an Weihnachten Spielwaren-, Zucker- und Süßwarengeschäfte usw.) wird schon im voraus etwaige Liquiditätsbrennpunkte erkennen lassen und somit zur jederzeitigen Zahlungsbereit-

60) Floss, E., Auswirkungen der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Berlin 1956, Seite 184.

61) Hohlfeld, H., Die Systematik des Kreditmarkts, in Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge, 7. Jahrgang 1955, Heft 1, Seite 24.

62) Domes, R., Die Liquidität im Sparkassenwesen, in Österreichische Sparkassenzeitung, 42. Jahrgang, Folge 23 v. 15. 12. 1955, S. 228.

63) und 64) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 65.

schaft erheblich beitragen. Daß dazu noch im Interesse möglichst genauer Liquiditätsdispositionen bestimmte Termine (Steuern, Löhne) beachtet werden müssen, ist selbstverständlich (65).

Liquiditätsschwankungen, denen ja jedes Institut, je nach Struktur seines Kundenkreises, gerade bei dieser Einlagenart mehr oder weniger ausgesetzt ist, sind u. a. zunächst einmal abhängig von dem Anteil der Gehalts- bzw. Lohnkonten am Gesamtbestand. Durch die Überweisung der Gehälter der Beamten und Angestellten steigt kurz vor Beginn eines neuen Monats der Stand der Nostroguthaben (Bundesbank-, Postscheckamt-, Girozentralguthaben) des Instituts und damit die Liquidität vorübergehend an. Erfahrungsgemäß haben jedoch die genannten Berufsgruppen spätestens zum 10. des laufenden Monats ihre Einlagen weitgehend wieder abgehoben. Nach Untersuchungen des niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes soll allerdings der Bodensatz bei den Gehaltskonten höher sein als allgemein angenommen wird. Überraschenderweise sinkt er, wie dort angegeben wird, nur auf 60 % des Höchstbestandes ab (66). Wir neigen jedoch zu der Auffassung, daß dieser Prozentsatz etwas zu hoch ist. Andererseits liegt auf der Hand, daß wohl jede Sparkasse die Höhe des Bodensatzes irgendwie beeinflussen kann; denn, wie die Praxis zeigt, veranlaßt z. B. eine langsame und umständliche oder sogar wenig freundliche Kundenbedienung die Konteninhaber meist dazu, ihren Geldbedarf in einem Betrag abzuheben, während bei schneller und ausgesprochen höflicher Bedienung Verfügungen über die Guthaben oft ratenweise erfolgen, namentlich dann, wenn noch ein kleiner Zinsanreiz und vielleicht Gebührenfreiheit hinzukommen.

Günstig wirkt sich weiterhin auf die Höhe des Bodensatzes das Überschneiden der Fälligkeiten der Gehälter von Beamten und Angestellten im Laufe eines Monats aus und auch nicht zuletzt der Umstand, daß die Fälligkeitstermine von Daueraufträgen und Gutschriften der Beamten und Angestellten voneinander abweichen und eine Reihe von Gehaltsempfängern (z. B. Beamte im höheren Dienst) nicht unerhebliche Beträge auf ihren Konten stehen lassen.

Daraus läßt sich ableiten: Je höher der Prozentsatz von Gehaltsempfängern innerhalb des Kundenkreises eines Instituts bei den Sichteinlagen ist, desto leichter wird eine Liquiditätsvorsorge sein. Die Sparkasse wird bei dieser Gruppe kaum große unerwartete Liquiditätsanspannungen befürchten müssen, da sie relativ genau um den monatlichen Trend weiß.

Bei den kreditorisch geführten Geschäftskonten werden dagegen die Bewegungen unregelmäßiger und stark durch Lohnzahlungs- und Steuertermine bestimmt sein. Bei einer Sparkasse, die durchschnittlich etwa 5 Mill. DM

65) vgl. hierzu Tabelle nächste Seite.

66) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 17/1956, Seite 270.

Monatliche Entwicklung der Sicht- und Termineinlagen seit 1949^{a)}
in Mill. DM (67) (Anfangsbestand Januar 1949: 2 202,1 Mill. DM)

Monat	Veränderung gegen Vormonat	Veränderung gegen Vormonat	Veränderung gegen Vormonat	Veränderung gegen Vormonat	Veränderung gegen Vormonat
	1949 ^{b)}	1950	1951	1952	1953
Januar	+ 89,7	+ 30,0	+ 86,7	+ 118,8	+ 73,2
Februar	+ 101,1	+ 87,7	+ 47,6	+ 150,6	+ 269,2
März	+ 87,3	+ 40,6	- 7,5	+ 119,1	+ 94,0
April	+ 7,4	+ 106,2	+ 44,7	+ 68,4	+ 31,8
Mai	+ 167,7	+ 163,1	+ 125,2	+ 77,1	+ 238,1
Juni	+ 256,5	- 11,9	+ 9,4	+ 40,9	- 39,6
Juli	+ 4,6	+ 94,8	+ 49,7	+ 29,8	- 33,1
August	+ 73,3	+ 149,3	+ 179,0	+ 183,8	+ 286,7
September	+ 78,4	- 21,9	+ 37,1	+ 6,8	- 63,8
Oktober	- 41,2	+ 40,4	+ 109,9	- 5,2	- 57,1
November	+ 10,0	+ 62,8	+ 118,6	+ 125,9	+ 187,0
Dezember	- 37,7	- 117,2	- 67,2	- 112,1	- 352,0
	1954	1955	1956	1957	1958
Januar	- 62,9 ^{c)}	+ 3,7	- 16,7	+ 13,0	+ 65,2
Februar	+ 275,4	+ 333,9	+ 224,3	+ 422,5	+ 519,4
März	+ 48,8	+ 10,4	+ 111,5	+ 20,2	+ 145,2
April	- 60,6	+ 54,3	+ 140,5	+ 117,3	+ 56,9
Mai	+ 189,1	+ 253,5	+ 268,1	+ 324,3	+ 450,8
Juni	- 102,8	- 61,0	- 233,1	- 91,6	- 106,3
Juli	- 67,4	- 11,6	+ 90,2	+ 221,6	+ 98,5
August	+ 334,3	+ 365,0	+ 318,0	+ 476,6	+ 416,0
September	- 52,1	- 155,5	- 112,2	- 77,6	- 103,4
Oktober	- 90,5	- 107,9	- 8,4	- 25,3	- 77,3
November	+ 248,6	+ 230,6	+ 236,0	+ 459,6	+ 477,4
Dezember	- 308,7	- 375,2	- 291,5	- 309,6	- 457,6

a) ohne Einlagen von Kreditinstituten;

b) bis Mai 1949 nur Freikonten, ab Juni einschl. Anlagekonten, die am 30. 6. 1949 rd. 215,6 Mill. DM betrugten; außerdem bis einschl. August ohne Berlin West, bis einschl. 1951 ohne Uraltguthaben;

c) darunter Abgang von 106,5 Mill. DM durch Umbuchung von Anlagekontoguthaben auf Sparkonten.

Kontokorrentdebitoren und 7 Mill. DM Sichteinlagen verwaltete, zeigten sich durch terminbedingte stärkere Verfügungen monatliche Bestandsschwankungen, die mindestens 0,5 Mill. DM und im Extrem 1,7 Mill. DM ausmachten. Die Spitze lag dabei im Zeitraum des Dezember-Steuertermins und der zeitlich damit fast gleichzeitig zu zahlenden Weihnachtsgratifikationen. Daß die Höhe dieses Betrages auch zu einem Teil rein strukturell bedingt ist, beweist die Tatsache, daß bei einer anderen Sparkasse mit ländlichem Kundenkreis die „Ausschläge“ bei noch höheren Beständen erheblich geringer waren.

Sind diese Marktgegebenheiten jedoch einer Sparkassenleitung bekannt, so werden sich die notwendigen Liquiditätsdispositionen wesentlich leichter treffen lassen, zumal der Liquiditätsbedarf an sich auch bei dieser Einlagenart, relativ betrachtet und einen normalen Marktablauf vorausgesetzt, nicht allzu groß ist.

B. AUFGENOMMENE GELDER (Nostro-Verpflichtungen)

Unter „aufgenommenen Geldern“ (Nostro-Verpflichtungen) sind die von Sparkassen bei anderen Instituten zum Zwecke der Geschäftsausweitung oder aus Liquiditätsgründen aufgenommenen Mittel zu verstehen. Diese Gelder haben keinen Depositencharakter und sind in den Bilanzen gesondert auszuweisen. Eine genaue Abgrenzung der aufgenommenen Gelder von sonstigen Bank-einlagen (68) – von anderen Kreditinstituten aus freier Initiative derselben überlassene Gelder – ist bei dem lebhaften Verkehr zwischen den Kreditinstituten recht schwierig, im Rahmen dieses Themas auch nicht erforderlich. Den Sparkassen ist es grundsätzlich verboten, durch Aufnahme von Darlehen ihre Betriebsmittel zu verstärken. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen sie bei anderen Kreditinstituten – meist begrenzt auf öffentlich-rechtliche – kurzfristige Kredite aufnehmen, jedoch bedarf es hierzu eines Verwaltungsratsbeschlusses (69).

Daraus ist bereits zu ersehen, daß derartige kurzfristige Kredite in den Bilanzen der Sparkassen eine relativ kleine Rolle spielen. Trotzdem enthalten diese Positionen manche Unsicherheitsfaktoren. So können einmal darin Liquiditätsreserven anderer Institute vorhanden sein. Zum anderen sind sie vielleicht als Salden aus dem Verrechnungsverkehr mit der zuständigen Girozentrale entstanden, die baldmöglichst abgedeckt werden, da sie für die

68) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, S. 79 f.

69) § 22 MuSa (aaO) bestimmt, daß es den Sparkassen nunmehr nur noch bei den folgenden Geldinstituten gestattet ist, „zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs entsprechend kurzfristige Kredite mit Zustimmung des Verwaltungsrates aufzunehmen: Girozentralen, sonstige öffentl. rechtl. Kreditinstitute und Landeszentralbanken.“

Praxis vielfach ein Zeichen sind, daß die Liquiditätsvorsorge nicht ganz in Ordnung war oder daß Fehldispositionen irgendwelcher Art vorliegen. — Liquiditätsdispositionell nicht so gravierend sind Nostroverbindlichkeiten z. B. aus der Umwandlung eines Teils der ursprünglich kurzfristigen Verpflichtungen bei der zuständigen Girozentrale in mittel- oder langfristige Darlehen mit monatlichen Rückzahlungsraten; sie zeigen jedoch an, daß in der Vergangenheit eine liquiditätsmäßige Sanierung notwendig war.

Schließlich können zu dieser Position auch Posten gehören, die liquiditätspolitisch keine Gefahr bedeuten. Dazu sind z. B. größere Einlagen, die mit bestimmten Krediten gekoppelt sind (Kaufkredite) oder sonstige, liquiditätsmäßig unschädliche Refinanzierungsbeträge zu rechnen.

Trotz der weiter oben angedeuteten Unsicherheiten werden diese Mittel von den Sparkassen jedoch gerne angenommen, da sie nicht den Beschränkungen der Habenzinsregelung unterliegen und somit einer freien Manipulation im Hinblick auf die Zahlungsströme und daher auch der Liquidität Raum lassen.

Abschließend bleibt festzustellen, daß es sich bei den aufgenommenen Geldern zum größten Teil um Mittel handelt, die vom Liquiditätsstandpunkt aus betrachtet mit großen Unsicherheitsfaktoren behaftet sind. Sie wandern vielfach gerade in den Augenblicken ab, in denen es der Sparkasse am unangenehmsten ist, nämlich in Zeiten allgemeiner Liquiditätsanspannungen.

Diese Mittel sind daher zum Einsatz im aktiven Kreditgeschäft zu unsicher. Die Sparkasse tut gut daran, den Gefahren einer Zahlungsschwierigkeit bei unerwartetem Abruf dieser aufgenommenen Gelder durch möglichst liquide Anlage der Mittel vorzubeugen.

C. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Die übrigen Arten von Verbindlichkeiten der Sparkassen sind hinsichtlich ihres Liquiditätsbedarfs wenig problematisch. Im Rahmen dieser Untersuchung gesehen heißt das: Die Anforderungen an die Liquiditätspositionen sind sehr gering, eine ausgesprochene Liquiditätsvorsorge ist vielfach unnötig.

Unter „aufgenommenen langfristigen Darlehen“ sind Nostroverpflichtungen der Kreditinstitute zu verstehen, deren Laufzeit oder regelmäßige Tilgung sich über mindestens vier Jahre erstreckt (70), und die von den verschiedenen Stellen (71) zur Weiterleitung an bestimmte Bevölkerungskreise mit ganz bestimmten Zwecksetzungen auf Initiative der Sparkasse gegeben werden.

70) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 82.

71) Girozentralen, Versicherungsgesellschaften, Treuhandfonds für Grundpfandrechte, Lastenausgleichsbank u. a. m.

Von den weiter unten besprochenen reinen „durchlaufenden Krediten“ unterscheiden sich diese Gelder nur insofern, als das Institut neben der Verpflichtung für die ordnungsgemäße Rückzahlung bzw. Abwicklung der Kredite eine gewisse Teilhaftung – ausgedrückt in Prozentsätzen zur Kreditsumme – übernehmen muß. Jedoch sind diese Prozentsätze in der Regel recht gering (10 bis 20 % der Kreditsumme), so daß der aus der Haftung entstehende Liquiditätsbedarf im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Endkreditnehmers nicht allzu groß sein kann. Auch ist festzustellen, daß die Hergabe solcher Kredite an scharfe Bedingungen geknüpft ist.

Kreditnehmer sind, was durchaus der Zielsetzung der Sparkassen entspricht, Angehörige mittelständischer Erwerbszweige, so z.B. Landwirte (zinsverbilligte Agrarkredite aus Bundeskassenmitteln, Gelder aus dem „Grünen Plan“, Kredite zur Bekämpfung der Rinder-Tuberkulose, Besitzfestigungskredite, Mittel zum Aufbau zerstörter Höfe, Wiederaufforstungskredite usw.), Handwerker und Kleingewerbetreibende (Investitionskredite für Handwerk und Kleingewerbe usw.), Fremdenverkehrsbetriebe (Investitionskredite), Flüchtlinge (E. C. A.-Mittel für den sozialen Wohnungsbau, Kredite für Sowjetzonenflüchtlinge usw.) und viele andere mehr.

Diese aufgenommenen langfristigen Darlehen ermöglichen den Sparkassen u. a. die Erfüllung der oft dringenden Wünsche ihrer Kunden nach Krediten, ohne Gefahr zu laufen, daß Liquiditätsanspannungen infolge Fristunterschieden im aktiven und passiven Kreditgeschäft eintreten.

Liquiditätspolitisch völlig unproblematisch sind die reinen „durchlaufenden Kredite“, bei denen das Institut keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich der ordnungsgemäßen Rückführung übernimmt, also nur als Vermittler auftritt zwischen dem Geldgeber und dem Kreditnehmer. Hier könnte man im Hinblick auf eine Liquiditätsvorsorge allenfalls untersuchen, welche Beträge noch nicht weitergeleitet worden sind (72). Es würde sich dabei gewiß um sehr kurzfristige und auf alle Fälle zu erfüllende Verbindlichkeiten handeln. —

Erwähnenswert wären im Rahmen dieser Untersuchungen noch die Rückstellungen. Der Gesetzgeber will durch sie ungewisse Schulden ausweisen lassen (73). Es handelt sich also um Verbindlichkeiten, die zwar am Bilanzstichtage wirtschaftlich oder auch rechtlich (vgl. hierzu Steuern usw.) bereits bestehen, sich aber in ihrer Höhe oder ihrer Fälligkeit noch nicht bestimmen lassen (74).

72) vgl. hierzu Pos. 1 b „Sichteinlagen“ des Bilanzformblattes der Sparkassen.

73) vgl. hierzu § 131 Aktien-Gesetz.

74) vgl. hierzu Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957, § 131, Anm. 157.

Die ganze Ungewißheit, welche die Rückstellungen als Bilanzposten in sich tragen, macht sie zur Bildung stiller Reserven geeignet, indem die ausgewiesenen Beträge höher als notwendig dotiert werden.

Die bei den Sparkassen in der Passivposition „Rückstellungen“ enthaltenen Beträge lassen sich praktisch in zwei große Gruppen aufteilen, nämlich

1. alsbald fällige Beträge (beispielsweise Steuerschulden) und
2. langfristige Beträge (wie Pensionsrückstellungen).

Zu 1. Die Rückstellungen z. B. für Steuern stellen bei manchen Sparkassen beträchtliche Summen dar. Da man jedoch mit ihrem Abruf durch die schleppe Bearbeitung der Finanzämter nicht vor Jahresfrist zu rechnen braucht, werden erst bei Anforderung der Steuerbeträge liquide Mittel benötigt. Trotzdem erscheint auch hier eine gewisse kaufmännische Vorsicht ratsam, und es ist im Liquiditätsinteresse durchaus empfehlenswert, derartige Rückstellungen als kurzfristig zu erwartende Erfüllungsverpflichtungen zu behandeln, falls sie ihrer Natur nach nicht ohne weiteres als längerfristige Verbindlichkeiten anzusehen sind.

Zu 2. Diese letzte Feststellung gilt beispielsweise für Pensionsrückstellungen, die viele Sparkassen in der Weise bilden, daß die zu zahlenden Jahrespensionen unter Zugrundelegung der wahrscheinlichen Lebensdauer der Pensionäre oder pensionsberechtigten Anwärter und unter Beachtung versicherungsmathematischer Grundsätze kapitalisiert und der entsprechende Betrag zurückgestellt werden.

Daraus ist zu ersehen, daß derartige Rückstellungsbeträge nur teilweise – und zwar mit dem geringsten Teil – kurzfristige Verbindlichkeiten darstellen, im übrigen aber für eine lange Zeit kaum Ansprüche an eine Liquiditätsvorsorge stellen. Ein Liquiditätsbedarf ist also infolge ihrer Entstehung aus Betriebsüberschüssen und ihres dem Eigenkapital sehr ähnlichen Charakters so gut wie nicht vorhanden.

Von liquiditätspolitischem Interesse erscheinen noch die nicht in den Bilanzen ausgewiesenen Verbindlichkeiten, die sich zwar nicht aus rechtlichen, sondern aus geschäftspolitischen Bindungen oder mehr aus moralischen Verpflichtungen ergeben. Gedacht ist hier z. B. an die Gewährung erster Hypotheken an Bausparer, die durch Vermittlung der Sparkasse Verträge mit der zuständigen öffentlichen Bausparkasse abgeschlossen haben, oder an eine Bereitstellung von Mitteln an Kreditnehmer, die jahrelang gute Kunden im Einlagengeschäft waren. Zu beachten wäre vielleicht auch noch eine mögliche Übernahme von Konsortialanteilen bei der Fälligkeit befristeter Konsortialkredite im Rahmen der Satzung. In konkreten Liquiditätsdispositionen sind diese schlecht greifbaren Inponderabilien jedoch nur schwer zu erfassen. Trotzdem soll auch auf derartige Unwägbarkeiten innerhalb eines Sparkassen-

geschäftes hingewiesen werden, denn gerade sie sind es, welche die Liquiditätsdispositionen der Institute immer wieder erschweren.

Die, wie der Praktiker sagt, „unter dem Bilanzstrich“ stehenden Verbindlichkeiten können hinsichtlich der Liquiditätsvorsorge ebenfalls Bedeutung erlangen, auch wenn eine Inanspruchnahme des Instituts aus den „Eventualverbindlichkeiten“ in der Regel nicht erfolgt. Aus den genannten Verbindlichkeiten, die u. a. aus zum Rediskont weitergegebenen Wechseln, aus Akzept- und Bürgschaftsleistung entstanden sind, haftet die Sparkasse selbst für Verbindlichkeiten ihrer Kundschaft, jedoch nur bis zu der im voraus bestimmten Höhe. Als Hauptschuldner ist der Kunde zur Zahlung verpflichtet (75). Daraus kann entnommen werden, daß die Zahlungskraft der z. B. die Bürgschaft leistenden Sparkasse erst dann in Anspruch genommen wird, wenn der Kunde mit der von ihm auszuführenden Leistung im Rückstand bleibt. Da die Bürgschaftsübernahme in all ihren Formen in der Regel ohne den Einsatz barer Mittel vor sich geht (Kreditleihgeschäft (76)), könnte eine Sparkasse – Nachfrage vorausgesetzt – rein theoretisch ihren Geschäftsumfang weit über den Rahmen der eigenen und fremden Mittel ausdehnen, wenn sie einmal nicht die Möglichkeit einer Inanspruchnahme stets in ihre Liquiditätsdispositionen einbeziehen müßte und zum anderen ihr die Vorschriften der Satzung (77) nicht insofern Beschränkungen auferlegten, als „Bürgschaften und ähnliche Verpflichtungen ... nur gegen die für die Gewährung von Krediten satzungsmäßig vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden dürfen“ (78). Diese doch sehr vorsichtig gefaßten Bestimmungen verleiten zu dem Schluß, es handele sich hier um einen Geschäftszweig mit großem Kreditrisiko und damit einem hohen Liquiditätsbedarf.

Da derartige Kreditleihgeschäfte seitens der Sparkassen meist nur mit erstklassigen Firmen und dazu noch vielfach nur gegen Leistung satzungsmäßig vorgeschriebener Sicherheiten getätigt werden, sollte eine ausreichende Liquiditätsvorsorge in der Regel relativ leicht sein. Wenn dazu eine gute Kreditstreuung angestrebt wird, dann dürften auch größere Ausfälle aus besonderen Branchenrisiken nahezu ausgeschlossen sein. Für dennoch auftretende Ausfälle können die gebildeten Pauschalrückstellungen herangezogen werden. Zusammenfassend ist festzustellen, daß durch Eventualverbindlichkeiten rein theoretisch die Möglichkeit einer sehr starken Beeinflussung der Liquiditätslage gegeben ist, sich diese jedoch aus den weiter oben genannten Gründen (Bonitätsprüfung des Kreditnehmers, Risikostreuung und vor allem Sekundärhaftung des Instituts) praktisch wenig auswirkt, ein Liquiditätsbedarf also kaum besteht.

75) Beim Akzeptkredit ist rechtlich gesehen die Sparkasse als Akzeptant Hauptschuldner.

76) Hagenmüller, K. F.: aaO, S 99 ff und S. 124.

77) § 12 Abs. 2 MuSa, aaO.

78) vgl. hierzu Kreditrichtsatz IV der Deutschen Bundesbank (Deutscher Sparkassenkalender 1961, S. 148).

II. Die Bedeutung der Aktiven für die Erhaltung der Zahlungsbereitschaft der Sparkassen

Wie bereits an anderer Stelle (79) angedeutet, ergaben sich im letzten Jahrzehnt mehrere liquiditätskritische Situationen, in denen die Auszahlungen die Einzahlungen überstiegen.

Daher erheben sich folgende grundsätzliche Fragen: Wie ist ein Ausgleich der Zahlungsströme möglich, welche Aktiva sind es, die zur Abdeckung derartiger Auszahlungsüberschüsse herangezogen werden können? So entsteht also die Frage nach dem Liquiditätsgehalt der einzelnen Arten von Aktiven und nach der Leistung, welche die bei den Sparkassen allgemein vorhandenen Aktiven zur Erhaltung der Zahlungsbereitschaft beizusteuern in der Lage sind bzw. sein können.

A. KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, BEIM POSTSCHECKAMT UND BEI KREDITINSTITUTEN

Die in diesen Aktivpositionen enthaltenen Bestände können zu einem Teil als Liquiditätsreserven im Sinne des Wortes angesehen werden, während ein anderer Teil für die Tagesdispositionen stets gebunden ist; dieser „eiserne Bestand“ müßte eigentlich aus den Betrachtungen ausscheiden. Von Interesse sind jedoch die Faktoren, die auf die Höhe des eisernen Bestandes Einfluß nehmen bzw. die von außen her auf die Barbestände der Kreditinstitute allgemein einwirken.

Vor grundsätzlicher Bedeutung ist hierzu der Umstand, daß die Kunden aller Institute Teile ihres Geldvermögens aus irgendwelchen Gründen in Bargeld halten und die Höhe dieser Bargeldbestände oft erheblichen Schwankungen unterliegt. Gleske bemerkt hierzu: „Je mehr die Geldbesitzer zur Bargeldhortung übergehen, umso stärker müssen die Geschäftsbanken neben ihrem Zentralbankgeldbedarf für Einkommenszahlungen auch einen weiteren Bedarf für Bargeldhorte befriedigen und sich in einem entsprechenden Um-

79) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 38.

fange durch Verkauf eigener Aktien an die Zentralbank oder durch Kreditaufnahme bei dieser die erforderlichen Barmittel verschaffen.“ ... „Jede Zunahme der baren Kassenhaltung in den Händen der Nichtbanken beeinträchtigt also die Liquidität der Geschäftsbanken, während jede Minderung, die gleichbedeutend mit Bareinzahlungen bei den Geschäftsbanken ist, zu einer Liquiditätszunahme führt“ (80). – Was Gleske hier für die Geschäftsbanken sagt, gilt natürlich im gleichen Umfange auch für die Sparkassen.

Als einen sehr wesentlichen Faktor für die Höhe des erwähnten „eisernen Bestandes“ sieht Gleske die Länge der Einkommensperioden an. Er sagt hierzu: „Die bloße Änderung der Einkommensperioden würde, ohne daß der Einkommensstrom sich verändert zu haben brauchte, höhere oder geringere Anforderungen im Moment der Änderung an die Geschäftsbanken stellen“ (81). – Mit solchen Änderungen ist jedoch in der Regel nicht zu rechnen. Die Zahlungsgewohnheiten sind auch auf längere Sicht als einigermaßen stabil und konstant anzusehen.

Als „Datum“ ist daher anzusehen, daß der Wirtschaft in ihren vielfältigsten Formen an jedem Einkommenstermin ein hoher Bargeldbetrag zur Verfügung gestellt werden muß, während sich der Rückfluß kontinuierlich je nach der Verausgabung über einen längeren Zeitraum erstreckt. Auf diese Weise kommt ein Kurvenbild des baren Zahlungsmittelumschs zustande, das an den Zahltagen besondere Spitzen aufweist, die in der Folgezeit wieder abgebaut werden. Je stärker jedoch die Einkommensperioden ineinandergeschachtelt sind, um so häufiger sind die Kurvenspitzen, um so geringer sind dafür aber auch die Ausschläge. Die Zentralinstitute und die Sparkassen kalkulieren diese kurzfristigen Beanspruchungen von vorneherein in ihre Liquiditätsdispositionen ein; der monatliche Trend ist bekannt, daher dürften besondere Probleme, die über das rein Zahlungstechnische irgendwie hinausgehen, kaum mit ihnen verknüpft sein.

Wichtiger sind dagegen Veränderungen des Bargeldbedarfs, die aus Beschäftigungsschwankungen oder Veränderungen der Einkommenssätze herühren, wobei allerdings die konjunkturellen Ausschläge wegen der Kürze der Einkommensperioden relativ gering sind. So würde beispielsweise eine Zunahme der jährlichen Lohnsumme um 4 Milliarden DM bei etwa 50 Zahlungsterminen im Jahr einen Bargeldbedarf von nur 80 Millionen DM nach sich ziehen, also innerhalb des gesamten Bargeldumschs nur wenig ins Gewicht fallen (82).

Eine weitere Komponente des Bargeldbedarfs (83) wird, wie bereits angedeutet, durch die Barhortungs- und -enthortungsneigungen bestimmt, die sich

80) und 81) Gleske, L., Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt, ohne Jahrgang, Seite 70/71.

82) und 83) vgl. hierzu Gleske, L.: aaO, Seite 73.

jedoch in früheren Zeiten wesentlich stärker auswirkten und auf deren Existenz sich jedes Banksystem einstellen muß. Im liquiditätsdispositionellen Sinne aber werden sie gefährlich, und das muß beachtet werden, wenn sie aufhören, ein einigermaßen stabiles Element des Geldsystems zu sein, d. h., wenn sie zu starken Veränderungen unterworfen sind.

Von großer Bedeutung für die Höhe des Bargeldumlaufs dürfte auch noch die Bargeldreserve sein, welche die einzelnen Wirtschaftssubjekte neben ihren Bankguthaben als dauernden baren Kassenbestand, gewissermaßen als Transaktionsreserve, zu halten gewohnt sind. Ihre Höhe hängt neben rein technischen Faktoren wie Banknähe, Art der Zahlungsleistungen usw. vom Einkommen bzw. Umsatz der Wirtschaftssubjekte ab. Hier fallen vor allem Bestandsänderungen, die auf Schwankungen des Beschäftigungsgrades beruhen, bedeutend stärker ins Gewicht als Veränderungen des reinen zirkulatorischen Bargeldumlaufs. —

Zu diesem kleinen volkswirtschaftlichen Exkurs (84) kann festgestellt werden, daß es für alle Kreditinstitutsleiter von Bedeutung ist, sich darüber Gedanken zu machen, auf welchen Faktoren sich eventuelle Veränderungen des Bargeldumlaufs und damit auch des genannten „eiserner Bestandes“ zurückführen lassen und welche Maßnahmen in solchen Fällen nivellierend wirken können. Daß bei solchen Überlegungen, die sich mikroökonomisch mit dem eigenen Institut und dessen Bargeldreserve beschäftigen, die Gesamtstruktur des jeweiligen Geschäftsbereichs eine gewisse Rolle spielt, ist verständlich. So wird z. B. eine Sparkasse, deren Kundenkreis sich aus überwiegend barzahlenden Bevölkerungsschichten zusammensetzt (Handwerker, Landwirte) immer relativ höhere Bargeldbestände unterhalten müssen als ein Institut mit weitgehend bargeldlos zahlendem Kundenkreis (Großhandel, Industrie). Auch wird die Höhe der Kassenbestände eines Einzelinstitutes neben seiner Größe noch von der Tatsache abhängig sein, ob sich am Platze ein Refinanzierungsinstitut (Girozentrale oder Landeszentralbank) befindet, von dem innerhalb kürzester Frist Zentralbankgeld beschafft werden kann. Weitere Möglichkeiten, die Höhe des Kassenbestandes zu beeinflussen, sind neben der Werbung für die bargeldlosen Lohnzahlungen ganz allgemein die Einwirkungen auf den Kundenstamm, Zahlungen unbar abzuwickeln.

Bei den Guthaben auf den Postscheckkonten sind die jeweiligen Bestände als echte Liquiditätsreserven anzusehen. Die Sparkasse kann auf diesen Konten die Auszahlungen selbst bestimmen.

Bei den die Postscheckkonten betreffenden Dispositionen muß allerdings beachtet werden, daß, abgesehen von Barein- und -auszahlungen, die vor Ab-

84) vgl. hierzu Gleske, L.: aaO, Seite 73.

rechnungsschluß (in der Regel 11 Uhr) durchgeführt werden, mindestens ein Tag vergeht, ehe sich diese auf dem Konto bemerkbar machen, und daß die Sparkasse nie den neuesten Stand des Kontos kennt, sondern erst mit mindestens einem Tag Verzögerung darüber unterrichtet wird.

Schwieriger dagegen dürfte die Feststellung des Liquiditätsgehaltes des Guthabens bei der Deutschen Bundesbank sein. Wie bereits weiter oben (85) erwähnt, sind die Sparkassen auf Grund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet, von den Einlagen der Nichtbankenkundschaft und einem Teil der aufgenommenen Gelder einen bestimmten Prozentsatz auf dem Girokonto bei der Deutschen Bundesbank bzw. den zuständigen Landeszentralbanken als sogenannte Mindestreserven zu halten. Primär dienen diese Mindestreserven dem Zentralbanksystem als Instrument der Währungspolitik, mit dem es möglich ist, die Kreditschöpfung der Kreditinstitute zu beeinflussen (86) und nur sekundär bedeuten die Mindestreserven für die Banken und Sparkassen Liquiditätsreserven.

Da die Mindestreserven nur eine bestimmte Höhe im Monatsdurchschnitt zu erreichen haben, sind sie auf der einen Seite geeignet, als vollwertige Liquiditätsreserve zu dienen und zum Ausgleich eines Auszahlungsüberschusses voll eingesetzt zu werden, allerdings – und hier zeigt sich die andere Seite des Problems – nur vorübergehend, denn ein längeres Unterschreiten des vorgeschriebenen Durchschnittssatzes wird mit einem fühlbaren Strafzins belegt. Daraus ergibt sich, daß die Einhaltung des Mindestreservesolls sogar selbst gewisse Anforderungen an die Liquiditätsdispositionen stellen kann (87).

Demnach dürfte es günstig sein, in Zeiten, in denen erfahrungsgemäß keine besonderen Anspannungen zu erwarten sind, höhere, das Soll überschreitende Guthaben bei der Bundesbank zu unterhalten, als nach der augenblicklichen Lage notwendig wäre, damit man in liquiditätskritischen Zeiten die Reserven voll in Anspruch nehmen kann, ohne ein Unterschreiten des Monatsdurchschnittssatzes befürchten zu müssen. Rein technisch ist eine derartige Berechnungsweise unerläßlich, da es unmöglich ist, das Mindestreserve-Ist im voraus genau auf das Soll abzustimmen; denn jede einzelne Disposition eines Kunden der Sparkasse wirkt sich auf die Mindestreservehaltung aus und zwar verschieden auf das Soll und Ist. Wenn z. B. eine Spargiroüberweisung auszuführen ist, nehmen die Sichteinlagen ab, nicht aber das Bundes- bzw. Landeszentralbankguthaben, weil die Sparkasse z. B. über die zuständige Girozentrale abrechnet. Werden Schecks über die Landeszentralbank eingereicht, vermindern sich Sichteinlagen und Landeszentralbankguthaben in gleichem Maße. Werden aber z. B. Sparguthaben oder

85) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 34 ff.

86) vgl. § 16 Gesetz über die Deutsche Bundesbank.

87) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 35.

Mindestreservesätze der Deutschen Bundesbank (gültig zum 30. April 1960)

Reserve- klasse	Kreditinstitute mit einer Summe an reservepflichti- gen Sicht- und befristete- ten Verbindlichkeiten (Monatsdurchschnitt) von	Reservesätze (in v. H.) für							
		Sichtverbindlichkeiten gegenüber		Befristete Verbindlichkeiten gegenüber		Spareinlagen von			Devisen- aus- ländern
		Deviseninländern		Devisen- aus- ländern	Devisen- in- ländern	Deviseninländern		an Bank- plätzen	
		an Bank- plätzen	an Nicht- bank- plätzen	an Bank- plätzen	an Nicht- bank- plätzen				
1.	100 Mill. DM und mehr	18,2	14,0	30	12,6	20	8,4	7,0	10
2.	50 bis unter 100 Mill. DM	16,8	12,6	30	11,2	20	8,4	7,0	10
3.	10 bis unter 50 Mill. DM	15,4	11,2	30	9,8	20	8,4	7,0	10
4.	5 bis unter 10 Mill. DM	14,0	9,8	30	8,4	20	8,4	7,0	10
5.	1 bis unter 5 Mill. DM	—	—	30	—	20	8,4	7,0	10
6.	unter 1 Mill. DM	—	—	30	—	20	8,4	7,0	10

Terminguthaben in Giroguthaben umgewandelt, steigt das Mindestreserve-Soll der Sparkasse an, ohne daß ihr irgendwelche zusätzlichen flüssigen Mittel zugeleitet wurden.

Zu diesem Abschnitt bleibt festzuhalten, daß die durchschnittliche „Liquiditätsvorsorge“ der Sparkassen auf dem Bundesbankkonto durch die gesetzlichen Mindestreservevorschriften festgelegt ist. Die danach zu haltenden Bestände sind erheblich größer, als sie zum Ausgleich der Ein- und Auszahlungsströme auf diesem Konto erforderlich wären (88). Durch die Technik der Mindestreserveberechnung ist den Sparkassen jedoch die Dispositionsfreiheit derartig eingeschränkt, daß es aus liquiditätsdispositionellen Gründen angebracht erscheint, einmal vorsichtshalber stets ein gewisses Giroguthaben noch neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserve-Sollbestand bei der Bundesbank zu unterhalten und zum anderen zu untersuchen, welche Leistung – neben den scheinbar liquidesten aller Bilanzpositionen – die anderen Aktiva für die Erhaltung der Zahlungsbereitschaft beizutragen in der Lage sind.

Die für die laufenden Dispositionen gebundenen und nicht gebundenen „Guthaben bei den Girozentralen“ unter Einschluß der Terminguthaben eignen sich u.E. am besten zum Auffangen von Auszahlungsüberschüssen im Zahlungsverkehr. In dieser Position findet die echte Liquiditätsvorsorge einer Sparkasse ihren besonderen Ausdruck. Dies liegt in der Tatsache begründet, daß es dem einzelnen Institut in der Praxis durchaus möglich ist, im Rahmen der satzungsrechtlichen Bestimmungen (89) weitgehend unbehindert – zumindest kurz- bis mittelfristig – über ihre Guthaben zu verfügen und darüberhinaus auch einmal in Zeiten einer allgemeinen Liquiditätsanspannung diese Konten zu „überziehen“, ohne mit einem so erheblichen „Strafzins“, wie er bei der bereits besprochenen Mindestreserveregelung üblich ist, belastet zu werden.

Hinsichtlich der Position „Terminguthaben“ muß jedoch im Einzelfalle geklärt sein, ob sie vielleicht Gegenanlagen von befristeten Großeinlagen beinhaltet, die die Sparkasse selbst hereingenommen hat. In einem solchen Falle wäre die Liquiditätsvorsorge nur dann ausreichend, wenn auch darüberhinaus noch anderweitig einsetzbare Guthaben unterhalten würden.

Abschließend ist festzustellen, daß die von den Sparkassen auf den Geldkonten (Kassenbestände und Guthaben bei den genannten Instituten) gehaltenen Bestände dank ihres relativ hohen Liquiditätsgehaltes besonders zum Ausgleich der üblichen Schwankungen innerhalb der Zahlungsströme geeignet sind.

88) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 261.

89) vgl. hierzu § 26, MuSa, aaO, § 16 Spark. Gesetz, aaO, § 16, Abs. 5 Bundesbankgesetz, aaO.

B. WECHSEL (90)

Unter einem Diskontkredit ist ein kurzfristiger Kredit zu verstehen, den ein Kreditinstitut durch den Ankauf von Wechseln vor deren Fälligkeit gewährt (91).

Im allgemeinen wird die Festlegung liquider Mittel in Diskontkrediten seitens der Sparkassen sehr geschätzt, da einmal der Rückfluß der angelegten Gelder genau terminiert ist, zum anderen die Wechsel durch die Möglichkeit der Rediskontierung jederzeit in liquide Mittel umgewandelt werden können. Ohne eine eigentliche Sicherstellung ist der Wechselkredit trotzdem als stark gesichert anzusehen, weil die Haftung all derer, die ihre Unterschrift leisteten, den strengen wechselrechtlichen Bestimmungen (92) unterliegt. Aus diesem Grunde spricht man von einem „kollektiven“ Personalkredit; seine Sicherheit richtet sich also nach Zahl und Güte der Unterschriften.

Diese vorteilhaften Eigenschaften besitzt vor allem der Wechsel, der seinen Ursprung in einem Schuldverhältnis aus Warenlieferungen hat (sogenannter Warenwechsel), während der lediglich zur Beschaffung von Barmitteln ausgestellte Finanzwechsel (sogenannter Kreditwechsel) häufig nur die Grundlage für einen längerfristigen Kredit darstellt (93). Wie bei allen anderen Kreditinstituten ist auch bei den Sparkassen der Wechseldiskontkredit durch seine Umschlagshäufigkeit und die rasche Realisierbarkeit eines der beliebtesten Kreditarten. Die Wechselanlage besitzt jedoch für die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen nicht die große Bedeutung wie für die der Kreditbanken. Dies liegt weniger an der inneren Beschaffenheit des anfallenden Wechselmaterials, sondern ist vielmehr rein mengenmäßig bedingt. Dieser Tatbestand kann auf die unterschiedliche Zusammensetzung des Kundenkreises zurückgeführt werden. Während die Kreditbanken über einen Kundenstamm verfügen, aus dem heraus reichlich Wechsel anfallen (Industrie, Großhandel), betreuen die Sparkassen überwiegend solche Erwerbswirtschaften, bei denen das aus der Struktur heraus nicht der Fall ist (94). Dem Wechselanfall bei den Sparkassen ist somit bereits von außen her eine Grenze gezogen.

90) = Diskontwechsel; von der Besprechung des geringeren Anteils der vielfach in dieser Position enthaltenen zum Einzug hereingegebenen Wechsel ist abgesehen worden.

91) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 119

92) §§ 433 ff. BGB, Wechselgesetz v. 21. 6. 1933, RGBl. I, S. 399, geändert durch Gesetz v. 5. 7. 1934 (RGBl. I, S. 57).

93) Finanzwechsel werden v. d. Deutschen Bundesbank nur in Ausnahmefällen rediskontiert (vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 120).

94) Anteil des kurzfristigen Kredits (einschl. Wechselkredite) in % des jeweiligen Geschäftsvolumens

	1950	1960
alle Kreditinstitute	40,0	19,6
Kreditbanken	62,1	43,1
Großbanken	64,4	(1958) 46,5
Sparkassenorganisation	30,8	9,8
Sparkassen ohne Girozentrale	26,7	11,1

Entn. Bundesbankbericht vom März 1961, Seite 28 ff.

Die Bedeutung des Wechselinstruments für die Zahlungsbereitschaft jeder Einzelsparkasse geht genau genommen auf die dieser Aktivposition von der Zentralnotenbank „verliehene“ Liquidität zurück. Indem die Zentralnotenbank für die Diskontierung (95) bzw. Lombardierung (96) von Wechseln bestimmte Qualitätsnormen vorschreibt, wird bei der Wechselanlage ganz allgemein nach diesen Richtlinien verfahren werden, um im Notfall auch auf die Zentralnotenbank zurückgreifen zu können. Für die Sparkassen gilt darüber hinaus die gesetzliche Verpflichtung, daß Kredite durch Diskontierung von Wechseln nur dann gewährt werden dürfen, ... „wenn die Wechsel im Bundesgebiet zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen“ (97).

Trotzdem wird es vorkommen, daß die Sparkassen Wechselmaterial ankaufen, das nicht den geforderten Qualitätsansprüchen genügt, sei es, daß sie es tun, um langjährigen Kunden über saisonale Tiefpunkte hinwegzuhelfen, sei es, daß sie die qualitativen Mängel der eingereichten Wechsel (z.B. Finanzwechsel) gar nicht erkennen, was in manchen Fällen durchaus verständlich ist. Hier tauchen bereits die ersten Probleme bei der Beurteilung des Liquiditätsgehaltes der Wechsel auf. — Unsere Wirtschaft leidet noch heute darunter, daß vielen Betriebswirtschaften das notwendige Eigenkapital fehlt. Eines der beliebtesten und zugleich einfachsten Finanzierungsinstrumente ist nun einmal der Wechsel. Leider wird bei der Benutzung von Wechseln nicht überall der kaufmännische Grundsatz von „Treu und Glauben“ beachtet. So kann man z. B. immer wieder Fälle von „Wechselreiterei“ feststellen. Als „Wechselreiterei“ bezeichnet man den Austausch von Akzepten, bei denen Trassant und Trassat wechselseitig als Bezogene fungieren, ohne daß ein Handelsgeschäft die Grundlage hierfür bildet (98). Man beschafft sich also für die Krediteinräumung ein Instrument, das im Prinzip, wie schon angedeutet, als eine den Sparkassen willkommene Kreditunterlage gilt. Da den „Wechselreitern“ stets an größeren Kreditsummen gelegen ist, mit der Höhe der Wechselbeträge aber auch die Vorsicht der Sparkassen zunimmt, hat ein aus zwei Personen sich zusammensetzendes Konsortium von Wechselreitern relativ geringe Chancen. Daher werden häufig größere Ringe gebildet, um über eine Vielzahl der Beteiligten durch eine Vielzahl von Wechseln über nicht allzu hohe Summen im Einzelfall solide Grundlagen vorzutauschen. Daraus läßt sich bereits ersehen, daß es den Sparkassen oft sehr schwierig ist, diese Transaktionen zu durchschauen.

95) § 19 Abs. 1 Bundesbankgesetz aaO.

96) § 19 Abs. 3 Bundesbankgesetz aaO.

97) § 16 Abs 2 MuSa aaO.

98) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 120.

Eine gewisse „Verwandtschaft“ mit den Reitwechseln besitzen die bereits erwähnten Finanzwechsel, die den Instituten vielfach gerade von finanzschwachen Kunden zum Ankauf angeboten werden. Sie werden meist zwischen zwei Partnern ausgetauscht und dienen ebenfalls nur der Geldbeschaffung. Auch hier liegt keine produktive Leistung zugrunde, die mit Hilfe des Wechsels mobilisiert werden soll. Nicht selten entwickelt sich aus den Finanzwechseln die Wechselreiterei, wenn z. B. die ursprünglich nur als vorübergehend angesehenen Liquiditätsschwierigkeiten anhalten, und das Kreditinstitut aus Gründen zweifelhafter Bonität des Kunden die kurzfristige Verschuldung nicht in ordentliche mittel- oder gar langfristige Kredite und Darlehen mit festen Tilgungsraten umwandelt.

Diese und viele andere Formen des Wechselmißbrauchs und die damit verbundenen durch die qualitativen Anforderungen der Zentralnotenbank an das eingereichte Wechselmaterial eingeschränkten Rediskontmöglichkeiten sind u. a. die Gründe, warum eine richtige Beurteilung des Liquiditätsgehaltes des Wechselbestandes nicht immer leicht ist. Einmal abgesehen von der quantitativen Begrenzung der Rediskontierung durch die Refinanzierungskontingente (99), sind die qualitativen Anforderungen an das Wechselmaterial aus den weiter oben genannten Gründen durchaus gerechtfertigt.

Dies ist jedoch für die Wechselkreditgewährung der Sparkassen vom Liquiditätsstandpunkt aus betrachtet von einschneidender Bedeutung. Zwar besteht die Möglichkeit, Wechselmaterial, das nicht den geforderten Ansprüchen der Zentralnotenbank entspricht, bei der zuständigen Girozentrale zum Rediskont einzureichen, jedoch was nützt es, wenn nach Ablauf der Laufzeit der Wechselprotest erhoben, der Betrag zurückbelastet, und der Wechsel dem Einreicher zur Bezahlung vorgelegt wird, der wiederum nicht zahlungsfähig zu sein braucht (100).

Die Sparkassen werden daher nicht umhin können, das vom Kunden eingereichte Wechselmaterial genauestens materieller und formeller Prüfungen zu unterziehen (101). Daß solche Prüfungen manchmal recht schwierig und zeitraubend sein können, versteht sich aus den bereits dargelegten Gründen (102).

99) Die Refinanzierungskontingente werden aufgrund der haftenden Mittel errechnet. Das bedeutet eine Benachteiligung besonders der Sparkassen, für die als Berechnungsgrundlage hier lediglich die minimale Sicherheitsrücklage herangezogen wird.

100) Zu Protest gegangene Wechsel

Jahr	Anzahl	Betrag in TDM	in % von	
			Anzahl aller angekauften	Betrag Wechsel
1952	160	55	3,0	2,2
1953	191	98	3,0	3,9
1954	208	144	3,1	5,0
1956	301	288	3,7	8,1 (?)

Entn.: Geschäftsbericht 1956 der Sparkasse in Bremen.

101) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 121 ff.

102) vgl. hierzu die Ausführungen Seite 98 ff.

Auch bei den von mehr oder weniger betrügerischen Transaktionen freien Wechselgeschäft ist der Liquiditätsgehalt nicht ohne weiteres festzustellen. Sicherlich gestatten hier systematisch durchgeführte Kundenstammanalysen (möglichst anhand Einreicher- und Bezogenenobligen), kombiniert mit den Veröffentlichungen der Industrie- und Handelskammern, der örtlichen Amtsgerichte usw. über evtl. bereits vorliegende Wechselproteste und -prozesse einige Aussagen.

Als Erläuterungen können hierzu folgenden Statistiken dienen:

Wechselkredite nach Berufsgruppen (1953) (103) laut „Einreicherobligen“

Berufsgruppe	Betrag in TDM	in %
Stahl-, Eisen-, Maschinenbau	16	0,4
Eisen-, Stahl-, Blechverarbeitung	236	6,1
Bauwirtschaft	20	0,5
Nahrungs-, Genußmittel	44	1,1
Lederverarbeitung, Schuhe	2 376	61,5
Papier, Druck	25	0,6
Holzverarbeitung	22	0,6
Handel	912	23,6
Verkehrsunternehmen	34	0,9
Öffentliche Kreditnehmer	34	0,9
Sonstige private Kreditnehmer	143	3,8
	3 862	100,0

Die vom Verfasser zum 31. Dezember 1957 bei der Kreissparkasse Kreuznach nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellte Tabelle hat folgendes Aussehen:

Wechselkredite nach Berufsgruppen (1957) laut „Einreicherobligen“

Berufsgruppe	Betrag in TDM	in %
Weinbau, Landwirtschaft	1 500	30
Einzelhandel	90	2
Großhandel	1 400	28
Industrie	400	8
Holzbe- bzw. -verarbeitung	300	6
Bauwirtschaft	200	4
Nahrungs-, Genußmittel	150	3
Textilien	140	3
Handwerk	50	1
Sonstige	770	15
	5 000	100

103) Entn. Geschäftsbericht 1953 der Kreissparkasse Pirmasens, Seite 21.

Zur richtigen Beurteilung dieser Analysen muß jedoch an die ausdrücklich oder stillschweigend zugelassenen Wechseldiskontkreditlinien erinnert werden, die de jure kurzfristig genehmigt, de facto aber – ähnlich den Kontokorrentkrediten – stark revolvingierend sind. Dieses „Beharrungsvermögen“ der Einreicherobligen macht einen schnellen Abbau des Wechselvolumens nicht immer ohne weiteres möglich. Im wesentlichen wird es daher, wie bereits erwähnt, auf die Rediskontfähigkeit und auch die Rediskontmöglichkeiten ankommen; denn nur diese beiden Faktoren bestimmen letzten Endes den Liquiditätsgehalt des Wechselvolumens.

Hinsichtlich der Rediskontmöglichkeiten ist der Vollständigkeit halber noch nachzutragen, daß den Sparkassen, deren Rediskontkontingente bei der Zentralnotenbank erschöpft sind, in beschränktem Umfange der Lombardkredit als Ausweichmöglichkeit bleibt.

Immerhin hat jedoch die Praxis der letzten Jahre gezeigt, daß der auf Wechselbasis gewährte Kredit – es soll hier nur von echten „Waren“-Wechselkrediten die Rede sein – noch am ehesten zu refinanzieren ist. Dies besagt, daß der Liquiditätsgehalt der Wechsel, denen ein echtes Handelsgeschäft zugrunde liegt, doch relativ hoch anzusetzen ist.

Eine Abart der Wechseldiskontkredite sind die Kaufkredite, auch Teilzahlungskredite genannt, eine nach der Währungsreform 1948 zur Überwindung des durch Kriegs- und Nachkriegszeit hervorgerufenen Notstandes aufgenommene Sparte des Kleindarlehengeschäftes. Die Abwicklung der Teilzahlungskreditgeschäfte erfolgt in drei verschiedenen Formen (104), von denen bei den Sparkassen jedoch nur zwei angewandt werden: Das sogenannte B-Geschäft (Berliner System) – das aus Gründen der Sachzusammengehörigkeit an dieser Stelle behandelt werden soll – und das C-Geschäft.

Das B-Geschäft wird unter Einschaltung der Verkäufer-Firma abgewickelt. Zwischen den Sparkassen und der Verkäuferfirma wird ein Rahmenkreditvertrag abgeschlossen, in dem die Sparkasse sich verpflichtet, den Kunden der Verkäuferfirma bis zur Erreichung der festgesetzten Kreditlinie Teilzahlungskredite einzuräumen. Die Käufer leisten angemessene Baranzahlungen und beantragen für die Restbeträge über die Verkäuferfirma Teilzahlungskredite. Die Verkäuferfirma reicht diese Kreditanträge der Sparkasse ein und erhält in der Regel rd. 90–100 % des Restkaufpreises sofort gutgeschrieben. Der Restbetrag (0–10 %) wird je nach Bonität des Verkäufers und des Kunden als Kautions gesperrt und nach Eingang der letzten Ratenzahlung freigegeben. Der Käufer hat die vereinbarten Rückzahlungsraten direkt an die Sparkasse zu leisten.

104) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 137 ff.

Das C-Geschäft unterscheidet sich vom B-Geschäft lediglich insofern, als die Kredite auf Wechselbasis gegeben werden; d. h. über die einzelnen Zahlungsraten werden Wechsel ausgestellt. In der Regel wird die Verkäuferfirma als Aussteller der Wechsel auftreten, sich die Abschnitte von der Sparkasse diskontieren und den Gegenwert gutschreiben lassen.

Die Rückzahlung dieser Kredite ist auf sechs bis zwölf Monate, höchstens aber auf 24 Monate (z. B. landwirtschaftliche Schlepperfinanzierung) festgelegt. Dadurch ist ein dauernder Rückfluß an liquiden Mitteln gewährleistet. Fünf Wochen nach Fälligkeit einer nicht eingezahlten Rate ist der Kredit „notleidend“. Der Verkäufer wird mit der Restkauftrate belastet. Sollte dieser nicht zahlen können oder wollen, kann das der Sparkasse sicherungsübereignete Wirtschaftsgut des Kaufvertrages verwertet werden, was jedoch meist mit erheblichen Verlusten verbunden sein dürfte. Scheint es der Sparkasse von Anfang an zweifelhaft, ob der Verkäufer im Ernstfalle über ausreichende Mittel verfügen wird, kann sie — wie bereits angedeutet — aus zwei bis zehn Prozent der einzelnen Restkaufbeträge einen Haftungsfonds bilden, aus dem sie sich bei Notleidendwerden eines Kredits befriedigen kann.

Beim Kaufkreditgeschäft handelt es sich im allgemeinen um die Finanzierung von Kraftfahrzeugen, Möbeln, Fahrrädern und landwirtschaftlichen Maschinen. Der Teilzahlungskredit läßt sich kaum mehr aus dem heutigen Wirtschaftsleben ausschalten. Während die den Kaufkredit in Anspruch nehmenden mittelständischen Kreise früher die Mittel vorher ansparten, ist dies heute vielen nicht mehr möglich oder auch vielleicht zu unbequem. In Anbetracht des jedoch überwiegend sozialen Einschlags dieser Teilzahlungskredite nahmen sich die Sparkassen auch diesem ihrer statutarischen Zielsetzung („den Sparsinn der Bevölkerung zu wecken und zu fördern“) etwas zuwiderlaufenden Kreditzweigs an (105).

Nach der Aufnahme dieses Kreditzweigs seitens der Sparkassenorganisation zeigte sich sehr bald, daß die Institute zu einer Art Betreuungsstellen für kleinere und mittlere Einzelhandelsbetriebe wurden, während sich die eigentlichen Teilzahlungsinstitute vor allem um die Produktions- und Großhandelsbetriebe sowie um namhafte Einzelhandels- und Versandbetriebe bemühten. — Aus der Tatsache, daß die Sparkassen vorwiegend kleinere Einzelhandelsbetriebe betreuen, darf man jedoch nicht den Schluß ziehen, das Kaufkreditgeschäft der Sparkassen sei deshalb mit besonderen Risiken behaftet und der Liquiditätsgehalt daher relativ gering anzusetzen. Dies ist allein schon deshalb nicht der Fall, weil die Sparkassen auf Grund ihrer dezentralisierten Organisation besonders gut mit den örtlichen Verhältnissen vertraut

105) Die Sparkassen nahmen diese Geschäfte erst im Oktober 1952 — Herausgabe der „Richtlinien für den Kaufkredit der Deutschen Sparkassen- und Giroorganisation“ — auf.

sind und daher die wirtschaftlichen Verhältnisse der Käufer und Verkäufer ziemlich zuverlässig beurteilen können.

Trotzdem birgt auch das Kaufkreditgeschäft der Sparkassen Gefahren in sich; denn, obgleich in der letzten Zeit die Kaufkredite nach Zahl und Betrag abnehmen, ist doch eine Erhöhung des Risikos für die Sparkassen dadurch eingetreten, daß von Händlern und Erzeugern immer geringere Anzahlungsbeträge und längere Laufzeiten als Mittel des Wettbewerbs gewährt werden. An sich ist das Bestreben der Verkäufer, die An- und Abzahlungsbedingungen so günstig wie möglich zu gestalten, durchaus verständlich. Jedoch werden dadurch, wie schon gesagt, die Risiken für Sparkasse und Verkäufer erheblich größer, schon allein aus der Tatsache heraus, daß die Abzahlungsperiode sich durch kleinere Raten verlängert. Vornehmlich in der Möbel- und Kraftfahrzeugbranche (gebrauchte Kraftfahrzeuge) sind in der letzten Zeit die Versuche, die Anzahlung zu einer bloßen „Farce“ zu degradieren, zu beobachten (106). Die Überlegung jedoch, daß es in der Regel nicht die besten Schuldner sind, die eine angemessene Anzahlung nicht leisten können oder wollen, sollte den Sparkassen Anlaß zu einer strafferen Überwachung der Grundgeschäfte sein. Daraus läßt sich ableiten, wie wichtig u. a. eine sorgfältige Begrenzung und Sicherung des Verkäuferobligos sowie die laufende Überwachung der Entwicklung der Verkäuferobligen und der Käuferdarlehen zur Vermeidung von Verlusten im Kaufkreditgeschäft ist (107).

Die Kaufkredite brauchen jedoch, eine vorsichtige Handhabung vorausgesetzt, keinen ungünstigen Einfluß auf die Zahlungsströme der Sparkasse zu nehmen, einerseits, weil der Zeitpunkt der Auszahlungen in der Regel bekannt und von der Sparkasse mitbestimmt werden kann und andererseits die Einzahlungen, wenn auch manchmal mit einiger Verzögerung, doch einigermaßen fristgerecht hereinkommen. Eine vorzeitige Liquidisierung läßt sich jedoch nur sehr schwer ermöglichen, da es sich auf der einen Seite zunächst, wie bereits angedeutet, meist um „kleine Leute“ handelt, die man infolge ihres beschränkten Einkommens nicht zur vorzeitigen Rückzahlung des Restkaufbetrages zwingen kann, und andererseits es im Teilzahlungsgeschäft auf Wechselbasis eine allgemeine Refinanzierungsmöglichkeit zumindest seitens der zuständigen Landeszentralbank (bzw. Bundesbank) seit dem 21. März 1956 nicht mehr gibt. Weiterhin muß bei der Beurteilung des Liquiditätsgehaltes noch berücksichtigt werden, daß die eingeräumten Kaufkreditkontingente ein

106) Von 98 bei der Kreissparkasse Kreuznach in der Zeit vom 15. 4. — 15. 5. 1962 abgeschlossenen Kaufkrediten hatten 26 eine Laufzeit von zwei Jahren und mehr und 16 Anzahlungen von 7 — 10 % der Kreditsumme. Die ϕ Laufzeit sämtlicher 98 Verträge betrug bei einer ϕ Anzahlung von nur 19 % 15 Monate.

107) vgl. hierzu Drießen, A., Abwicklung und Prüfung des Kaufkreditgeschäftes, aus „Vorträge für Sparkassenprüfer“, Heidelberg 1957, Seite 160 ff.

starkes Beharrungsvermögen zeigen und sich daher in Zeiten der Liquiditätsbeengungen nur sehr schwer abbauen lassen. Das bedeutet, daß diese Kreditart zwar stark revolving ist, aber nicht ohne weiteres für akute Geldanforderungen eingesetzt werden kann.

Demnach ist festzustellen, daß für die Beantwortung der Frage nach dem Liquiditätsgehalt neben der Zahlungswilligkeit und der Zahlungsfähigkeit des Verkäufers die des Darlehensnehmers von entscheidender Bedeutung ist.

Daher dürfte von Interesse sein, wie und aus welchen Branchen und Berufsgruppen sich das Kaufkreditgeschäft zusammensetzt und was von dem einzelnen Institut eigentlich finanziert wird. Hier gestatten einige Statistiken aus Geschäftsberichten verschiedener Institute Einblick in die Käuferschichten und die kreditierten Gegenstände.

Anteil der Warengruppen an den ausgegebenen Krediten in Prozenten der Gesamtsumme (108)

Warengruppen	1956		1957	
	in % der Stückzahl	in % des Wertes	in % (entsprechend)	in %
Textilien	11,7	4,8	8,5	4,1
Fahrräder, Büromaschinen	1,7	1,6	1,4	1,7
Hauswirtschaftsgüter	30,4	5,7	40,3	8,2
Möbel	45,1	73,7	41,9	75,7
Kraftfahrzeuge	1,7	8,5	0,9	3,8
Rundfunkgeräte	9,3	5,6	5,4	5,2
Sonstige	0,1	0,1	1,6	1,3

Anteil der Berufsgruppen an den ausgegebenen Krediten

Berufsgruppen	1956 in %	1957 in %
Arbeiter	66,3	69,6
Angestellte	17,8	16,3
Beamte	2,4	3,0
Freie Berufe	8,3	4,6
Sonstige	5,2	6,5

108) Entn.: Geschäftsbericht 1957 der Mittelrheinischen Kundenkreditbank, Koblenz (typisches Teilzahlungsinstitut — der Verfasser).

Zur Erläuterung kann auch die folgende, von einer Sparkasse erstellte Statistik dienen.

Gliederung der Kaufkredite nach Warengruppen (in 1956) (109)

Warengruppen	Anzahl	Betrag i. T. Frs.	Durchschnitt i. T. Frs.
Kraftfahrzeuge	38	6 222	164
Krafträder	386	17 060	44
Fahrräder	9	193	21
Möbel, Polsterwaren	230	17 917	78
Rundfunk-, Fernsehgeräte	61	2 341	38
Nähmaschinen	15	484	32
Textilien	8	473	59
Haushaltsgeräte	44	2 024	46

Gliederung der Kaufkredite nach Kreditnehmergruppen (in 1956) (109)

Berufsgruppen	Anzahl	Betrag i. T. Frs.	Durchschnitt i. T. Frs.
Lohn-, Gehalts-, Ruhegehalts- und Rentenempfänger	737	41 579	56
Landwirtschaft	6	256	42
Handwerker, Einzel-, Groß- handel, Gewerbetreibende usw.	38	3 517	92
Freie Berufe (Ärzte, Apotheker, Künstler, Rechtsanwälte, Notare usw.)	10	1 362	136
	791	46 714	59

Bei den beiden angeführten Statistiken steht die Gruppe der Arbeiter weitaus an erster Stelle. Würde man nun noch ergänzend die Berufs- bzw. Branchenzweige, denen die einzelnen Arbeiter angehören, könnte man bei eventuellen Schwierigkeiten in einer bestimmten Branche, die sich z. B. in Massenentlassungen ausdrücken würden, über eine genauere Kenntnis der Zahlungsbereitschaft der Kreditnehmer also, auch zu einer besseren Beurteilung des Liquiditätsgehaltes kommen. Könnte man dazu noch derartige Aufstellungen mit vorgekommenen Wechselprotesten bzw. -Prolongationen und Mahnungen

109) Entn.: Geschäftsbericht 1956 der Kreissparkasse Homburg/Saar, Seite 18.

– ebenfalls nach Branchen bzw. Berufszweigen geordnet– kombinieren, so würde die Aussagekraft solcher Statistiken um vieles größer.

Als Resultat der Untersuchung zum Thema Kauf- bzw. Teilzahlungskredite muß jedoch festgehalten werden, daß der Liquiditätsgehalt in diesem Kreditzweig, zumindest kurzfristig, trotz der relativ großen Umschlagsgeschwindigkeit nicht allzu hoch ist.

C. WERTPAPIERE

Als Effekten (110) werden diejenigen Wertpapiere bezeichnet, die als Objekt der Kapitalanlage Forderungs- oder Anteilrechte verbriefen, einen Anspruch auf dauernden Ertrag zusichern und sich innerhalb einer Gattung durch gegenseitige Fungibilität auszeichnen (111). Eine Besonderheit ist hierbei, daß die Wertpapiere einerseits zu den typisch langfristigen Anlagen (112) und andererseits – soweit sie an der Börse notiert werden – gleichzeitig zu den liquiden Mitteln 2. Grades rechnen.

Bei den Sparkassen ist jedoch u. E. die langfristige Anlage der Wertpapiere die Regel und dessen kurzfristige Liquidisierung die Ausnahme (113). Daraus läßt sich ableiten, daß zu einer längerfristigen Effektenanlage mit dem Zwecke der Ertragserzielung eine sehr gute Liquiditätssituation auf längere Sicht hin seitens des ankaufenden Instituts vorhanden sein muß.

Seit der Währungsreform 1948 haben die Wertpapierportefeuilles der Sparkassen wiederum ein Ausmaß erreicht, das für normale Zeiten ohne Anlage-
druck des Staates ungewöhnlich hoch ist. Was nun diese Institute und ihre Anlagepolitik betrifft, so ist u. E. der Anteil der wirklich langfristigen Wertpapieranlagen am gesamten Wertpapierbesitz wesentlich kleiner als allgemein vermutet wird. Aus einer mehr oder weniger momentanen Überliquidität heraus angeschafft, sollen die Wertpapiere zu einem Teil lediglich dazu dienen, die Rentabilitätslage des Instituts günstiger zu gestalten. Daß sie, wie bereits angedeutet, dazu noch die Sekundärliquidität günstig beeinflussen, wird als weiteres Positivum angesehen. Aber bereits hier zeigen sich die ersten Probleme. Ist der Liquiditätsgehalt der Wertpapiere (114) – von der qualitativen Zusammensetzung (steuerfreie, steuerbegünstigte Papiere, Effektiv-

110) = Wertpapiere im Zusammenhang mit Bank- und Börsengeschäften; vgl. Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 142.

111) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 142.

112) Hierbei ist an Kreditinstitute, vor allem Sparkassen gedacht.

113) vgl. hierzu §§ 14 und 21 MuSa der Sparkassen in Rheinland-Pfalz, aaO.

114) vgl. hierzu § 21 MuSa (Rheinland-Pfalz).

verzinsung usw.) der Wertpapierportefeuilles abgesehen – tatsächlich so hoch, daß sie in ihrer Gesamtheit z. B. der Liquidität 2. Grades zugerechnet werden können?

Entwicklung der Bilanzposition „Wertpapiere“ bei den Sparkassen in den Jahren 1949 bis 1959 (115) (ab 1959 einschließlich Saarland)

Position „Wertpapiere“ im Jahre	in Mill. DM	in v. H. der Bilanzsumme
1949	—	—
1950	103,8	1,3
1951	136,8	1,4
1952	259,5	2,1
1953	517,4	3,2
1954	1 019,4	4,9
1955	1 409,3	5,6
1956	1 457,7	5,1
1957	1 969,7	5,8
1958	3 991,9	9,9
1959	5 957,6	12,2

Es hat Zeiten gegeben, wo sich die Sparer vor den Schaltern stauten und z. B. um 5,- RM in langen „Schlangen“ anstanden, obwohl die Sparkassen voll von mündelsicheren, fungiblen, reichsbank-lombardfähigen Wertpapieren lagen. Damals hat man erfahren, was es heißt, in liquiditätskritischen Zeiten auch nur 250 000,- Mark Wertpapiere liquidisieren zu wollen. Das Preußische Anlegungsgesetz (Wertpapierzwangsanlage) – scheinbar aus Liquiditätsgründen erlassen – versagte, als die Not am größten war. Die Sparkassen mußten ihre Hypothekenforderungen verpfänden und so über Pseudowechsel die geringe Liquidität erhalten, die durch Wertpapiere nicht zu erreichen war (116).

Dieser Exkurs in eine ausgesprochene Krisenzeit macht deutlich, daß der effektive Liquiditätsgehalt der Wertpapiere sich praktisch nur nach den gegebenen Veräußerungsmöglichkeiten, d. h. nach der Breite des Marktes, richtet. Wie man bereits selbst bei relativ geringfügigen Realisationsversuchen erkennen kann, ist der Wertpapiermarkt heute in einem nicht genau feststellbaren Grad vom Geldmarkt unterwandert.

Auch bleibt im Einzelfall noch zu untersuchen, inwieweit die Wertpapiere durch eventuelle Absprachen mit Emittenten gebunden sind, etwa durch Sperrfristen und Koppelungsgeschäfte – z. B. indirekte Kommunalkredit- oder

115) Entn.: Die Sparkassen in Zahlen, aaO.

116) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 15/1959, Seite 273.

Hypothekengewährungen – oder durch geschäftspolitische Rücksichtnahme auf den Emittenten.

Eigentlich läßt sich nur soviel sagen, daß die Effekten so lange sicher und leicht liquidierbar – bzw. lombardierbar – sind, wie der Kapitalmarkt ausgeglichen ist, d. h. nicht unter Angebotsdruck leidet. Steht jedoch ein Teil der Kreditinstitute in Folge kontraktiver Liquiditätspolitik der Zentralnotenbank in Abgabedruck, so sind viele Schuldtitel entweder garnicht oder nur unter hohen Kursverlusten realisierbar.

Auch eine Lombardierung dürfte in derartigen Zeiten nicht ganz einfach sein; denn zunächst ist die Zentralnotenbank nicht verpflichtet, zum Lombardverkehr zugelassene Wertpapiere auch wirklich zu lombardieren und zum anderen wird zu einer kontraktiven Richtung in der allgemeinen Liquiditätspolitik der Zentralnotenbank meist eine „Verkaufs-Offenmarktpolitik“ betrieben werden. Selbst wenn sich die Zentralnotenbank zu einer Lombardierung bereit erklärte, so wäre diese in der Regelung nur dazu bestimmt, einen kurzfristigen Geldbedarf zu decken.

Festzustellen bleibt also, daß der Liquiditätsgehalt der Wertpapiere der Sparkassen nur bei völlig ausgeglichenem Kapitalmarkt gut ist, jedoch in Zeiten eines allgemeinen Abgabedrucks in der Regel nicht mehr groß, bei manchen Rentenpapieren nahezu überhaupt nicht mehr vorhanden sein kann. Eine vorsichtige Beurteilung dieser Position hinsichtlich ihres Liquiditätsgehaltes ist demnach vor allem bei den Sparkassen mit quantitativ überdurchschnittlichen und qualitativ unterdurchschnittlichen Beständen heute durchaus am Platze.

D. AUSLEIHUNGEN

Wilhelm Röpke (117) sagt in seinem Buche ‚Die Lehre von der Wirtschaft‘ über die Rolle des Bank- und Kreditwesens in unserer modernen Kreditwirtschaft u. a.: „Die Bank ist eine Institution, die regelmäßig weniger zu halten braucht, als sie verspricht, und daher davon lebt, daß die regelmäßig mehr verspricht, als sie im Ernstfalle halten kann.“ Hätte er sein Werk unter dem Eindruck der Entwicklung in der Zeit nach der Währungsreform 1948 in der Bundesrepublik geschrieben, hätte er wahrscheinlich umgekehrt formuliert, nämlich daß das Kreditinstitut im Regelfalle mehr halten muß, als es tatsächlich versprochen hat, und daß der Kreditnehmer regelmäßig mehr verspricht, als er im Ernstfalle halten kann.

Grundsätzliches zum Thema „Kredite“ im Hinblick auf den Liquiditätsgehalt.

„Kredit“ ist die Überlassung von Kaufkraft, von Verfügungsgewalt in der Form von Geldkapitalien im Vertrauen darauf, daß der hingeebene Betrag

117) Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft, 7. Auflage, 1954, Zürich-Stuttgart, Seite 130.

zurückgezahlt und der für die Überlassung vereinbarte Zins regelmäßig entrichtet werde (118). „Kredit“ setzt demnach immer Vertrauen voraus, und zwar Vertrauen darin, daß der Kreditnehmer nicht nur seinen Verpflichtungen nachkommt, sondern daß er sie vor allem auch pünktlich erfüllt.

Wenn unter „Kredit“ die Hergabe einer Leistung verstanden wird, während die entsprechende Gegenleistung für einen späteren Zeitpunkt vereinbart ist (119), so sieht man, daß jede Kreditgewährung die Verfügung über eigene flüssige Mittel und damit die Liquidität im negativen Sinne beeinflusst. Bei der folgenden Untersuchung soll daher so vorgegangen werden, daß zunächst auf die allgemeinen, schon bei der Kreditgewährung anfallenden Unsicherheitsfaktoren hingewiesen wird, die meist später den Liquiditätsgrad der einzelnen Ausleiher in seiner Höhe bestimmen, bevor dann versucht werden soll, die bereits gegebenen Kredite in ihren vielfältigsten Arten hinsichtlich ihres Liquiditätsgehaltes zu beurteilen. –

Gemeinhin rechnet der gesamte Block der Ausleihungen nicht zu den liquiden Mitteln (120). Trotzdem behauptete ein Praktiker der Sparkassenorganisation in einer Diskussion dem Verfasser gegenüber, daß er „in den Krediten im Endresultat immer noch eine der liquidesten Positionen der Sparkassenbilanzen sehe!“ Die erste Ansicht deutet auf die Problematik hin, die jeder Kreditgewährung anhaftet. Ist der Kredit jedoch wirtschaftlich vertretbar, d. h., sind u. a. die persönlichen und materiellen Voraussetzungen auch hinsichtlich des Verwendungszwecks und der Sicherung gegeben, so besteht u. E. die zweite Äußerung zu Recht.

Daraus ist zu ersehen, welche große Bedeutung schon der Bearbeitung eines jeden Kreditantrages zukommt. Hier liegt für jede Sparkasse durchaus die Möglichkeit, auf das Aussehen ihres Liquiditätsstatus auf längere Zeit hin Einfluß zu nehmen. Jede Bearbeitung eines Kreditantrages sollte daher eine sorgfältige Kreditwürdigkeitsprüfung einschließen.

„Kreditwürdigkeit“ liegt nach Kalveram vor, „wenn die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit besteht, die vereinbarten Zins- und Rückzahlungstermine ohne Angriffe auf die Lebenskraft des Unternehmens einzuhalten und diese Verpflichtungen aus dem natürlichen Leistungsprozeß der Unternehmung ohne Schädigung anderer Interessen zu erfüllen (121). Demnach müßte jede Bearbeitung eines Kreditantrages zu einer Prüfung

- a) der Person des Kreditnehmers,
- b) der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse,
- c) des Kreditzwecks,
- d) der Angemessenheit der Kredithöhe und Befristung und
- e) der Kreditsicherheit

führen.

118) Kalveram, W.: aaO, Seite 24.

119) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 99.

120) Ausgenommen Wechseldiskontkredite.

121) Kalveram, W.: aaO, Seite 56; vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 275 ff.

Zu a): Der Kreditsachbearbeiter sollte bei allen seinen Verhandlungen versuchen, die ganze Persönlichkeit des Kreditnehmers zu erfassen. Kalveram (122) sagt hierzu: „Der Kreditgeber muß den Bruchstellen in der Persönlichkeitsstruktur des Kreditanwärters nachspüren und sich nicht durch äußere Politur, insbesondere durch ungezügeltten Aufwand, der Kreditwürdigkeit vorspiegeln soli und oft Ursache von Kreditverlusten war, täuschen lassen.“ Es wäre jedoch verfehlt, eine Kreditwürdigkeitsprüfung auf die persönlichen Qualitäten zu beschränken oder gar rein gefühlsmäßig zu entscheiden. Eine eingehende Prüfung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse muß die Persönlichkeitskontrolle ergänzen.

Zu b): Auf eine solche materielle Prüfung kann nicht verzichtet werden. Jeder Kredit ist ein Vertrauensbeweis. Vertrauen verpflichtet wiederum zu Vertrauen, zu einer Offenbarung der geschäftlichen Verhältnisse, zumal der Kreditgeber, die Sparkasse, als Treuhänder des volkswirtschaftlichen Kapitals eine starke Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit trägt. So sollte schon bei der Bearbeitung des Kreditantrages u. a. auf die Vorlage von Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Umsatzstatistiken, evtl. sogar auf Betriebsbesichtigungen nicht verzichtet werden. Auf Grund der eingereichten Jahresabschlußunterlagen sollte besonders die Ertragslage untersucht werden, denn der beste Betrieb und damit auch die auf ihm begründeten besten Sicherheiten sind wertlos oder wie Schmalenbach sagt, „eine Gerechtsame auf dem Mond“, wenn die Ertragskraft einer Unternehmung gebrochen ist und auch durch einen gewährten Kredit nicht wieder hergestellt werden kann. Die Prüfung der rechtlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sollte sich vor allem auf den Namen, die Firma, den Wohnsitz und die Geschäftsfähigkeit des oder der Antragsteller, sowie das Ausmaß ihrer Haftung erstrecken. Unter allen Umständen muß klar ermittelt werden, wer zur Erfüllung des Kreditvertrages verpflichtet ist (123).

Zu c): Gerade der Verwendungszweck eines Kredits ist für den späteren Liquiditätsgehalt von entscheidender Bedeutung. Eine unbedingte Voraussetzung jeder Herausgabe von Krediten müßte deren produktive Verwendung innerhalb der kreditnehmenden Unternehmung sein. Sie ermöglicht erst eine glatte Abdeckung des Kredits einschließlich der Zinsen und darüberhinaus noch einen Gewinn für die kreditnehmende Betriebswirtschaft. Bei Konsumtiv-Krediten ist dies nicht der Fall. Hier erfolgt die Anlage in Konsumgütern, die sehr schnell verbraucht werden, also untergehen, so daß schließlich nur die Schuld übrigbleibt. — Daraus läßt sich bereits ableiten, wie wichtig neben der Beachtung des Kreditzwecks vor der Kredithergabe auch seine spätere Überwachung nach der erfolgten Ausleihung ist.

122) Kalveram, W.: aaO, Seite 56.

123) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 276.

Zu d): Was die Höhe eines Einzelkredits anbelangt, so könnte man auf die Beachtung der Satzung (124) und der Vorschriften des Kreditwesensgesetzes (125) hinweisen. Viel wichtiger aber als die gesetzlichen Regeln und Bestimmungen ist auf diesem Gebiete die wirtschaftliche Einsicht und die daraus abzuleitende Anwendung aller Vorschriften. Es sollte den Sparkassen darauf ankommen, hier zwischen den Extremen den richtigen Mittelweg zu finden, mit anderen Worten, die richtige Mischung anzustreben, dabei ausgesprochene Großkredite zu vermeiden und dem gesunden mittleren Kredit den Vorzug zu geben (126). Diejenige Sparkasse, die diesen Grundsatz nicht genügend beachtet, verkennt in der Regel ihre Aufgabenstellung und gefährdet dann infolge ihrer mangelnden Liquidität leicht ihr weiteres Fortbe-

Größenklassengliederung der Personalkredite der Sparkassen Ende 1958 (127)

Größenklasse DM	Anzahl		Betrag	
	1000 St.	v. H.	Mill. DM	v. H.
bis unter 1 000	1 246,1	64,37	427,2	6,82
1 000 bis unter 5 000	472,0	24,38	1 042,0	16,63
5 000 bis unter 10 000	101,9	5,26	698,4	11,15
10 000 bis unter 20 000	60,8	3,14	833,8	13,31
20 000 bis unter 50 000	38,4	1,98	1 150,9	18,37
50 000 bis unter 100 000	11,0	0,57	740,7	11,82
100 000 bis unter 200 000	4,1	0,21	543,1	8,67
200 000 bis unter 500 000	1,4	0,07	396,4	6,33
500 000 und mehr	0,4	0,02	433,7	6,92
Insgesamt	1 936,0	100,00	6 266,1	100,00

Durchschnittsbetrag je Personalkredit^{a)} (1950 – 1958) (127)

1950	=	2 671,- DM	1955	=	2 599,- DM
1951	=	2 727,- DM	1956	=	2 810,- DM
1952	=	2 850,- DM	1957	=	3 046,- DM
1953	=	2 641,- DM	1958	=	3 237,- DM
1954	=	2 612,- DM	1959 ^{b)}	=	3 061,- DM

a) Kurz- und mittelfristige Kredite an Wirtschaft und Private –

b) Ab 1959 einschließlich Saarland

124) z. B. § 18 Abs. 1 MuSa, aaO.

125) z. B. § 13 KWG, aaO.

126) vgl. hierzu Größenklassengliederung der Personalkredite der Sparkassen Ende 1958,

127) Entn.: „Die Sparkassen in Zahlen“, 3. Auflage, Stuttgart 1959.

stehen. — Allgemein ist daher zu sagen, daß sowohl eine zu hohe wie eine zu geringe Bemessung des Kredits den Liquiditätsgehalt irgendwie ungünstig zu beeinflussen vermag. —

Von ganz entscheidendem Einfluß auf den Liquiditätsgrad der einzelnen Ausleihung ist neben der Fristigkeit, mit der der Kredit zur Verfügung gestellt wird, der mit dem Kunden vereinbarte Rückzahlungsmodus. — Bezüglich der Fristigkeit ist zu unterscheiden zwischen

- 1) langfristigen (Laufzeit über 4 Jahre),
- 2) kurzfristigen (Laufzeit bis zu 6 Monaten bzw. 1 Jahr) und
- 3) unbefristeten Krediten.

Als Übergangsform zwischen den lang- und kurzfristigen Krediten wird oft auch noch der mittelfristige Kredit (Laufzeit 1 bis 4 Jahre) genannt (128). —

Zu 1): Vom Standpunkte der kreditgebenden Sparkasse aus betrachtet, treten vor allem die Gefahren, die aus der Hinauslegung eines langfristigen Kredits an Betriebswirtschaften erwachsen, deutlich zutage; denn in Unternehmungen, die mit geringem oder gar ungünstigem Ergebnis arbeiten, verstärkt dieses langfristige Fremdkapital das Bild nach der negativen Seite hin. Die Rendite wird durch die Kreditkosten geschmälert, umsomehr, als sich die Kreditbedingungen bei einer solchen Geschäftslage oft verschärfen. — Eine derartige langfristige Kreditierung sollte daher in der Regel nur stattfinden, wenn dadurch eine Steigerung der Rendite zu erwarten ist. Nur dann wirkt eine derartige Kreditinanspruchnahme in der Betriebswirtschaft trotz der laufenden Zinsbelastungen und der oft auf dem Wege der Amortisation erfolgenden Abtragungen liquiditäts- und rentabilitätserhöhend. — Von Seiten der Sparkasse sollte eine solche Kreditgewährung sehr gut überlegt und in all ihrem möglichen Auswirkungen durchdacht werden, da hier flüssige Mittel auf relativ lange Zeit für die Gestaltung der eigenen Liquidität ausfallen. — Aus den vorstehenden Erörterungen kann gefolgert werden, daß aus Liquiditätsgründen einer kreditsuchenden Unternehmung

(zu 2): ein kurzfristiger Kredit auf keinen Fall zur Festlegung im Anlagevermögen gegeben werden darf. Überhaupt sollte bei der Frage der Fristigkeit die Antwort von der Umsatzdauer beeinflußt sein. Unternehmungen mit einem komplizierten und langwierigen Fabrikationsprozeß benötigen im allgemeinen länger befristete Betriebskredite als solche mit einem nur kurze Zeit beanspruchenden Umsatzprozeß. In Betriebswirtschaften der letzteren Art werden die Umsätze viel rascher erfolgen und

128) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 99.

aufgenommene Betriebskredite nach entsprechend kürzerer Zeit zurückgezahlt werden können als bei den Unternehmungen der ersteren Art. Als grundsätzliche Regel sollte man festhalten: Ein benötigter Kredit müßte in seiner Laufzeit so bemessen sein, daß er erst in dem Zeitpunkt fällig wird, in dem die mit Hilfe des Kredits hergestellten Güter bereits wieder in Geld zurückgewandelt sind, womit dann die Abdeckung ermöglicht würde.

Wo es hinführt, wenn diese fundamentale Regel nicht eingehalten oder von der kreditgebenden Sparkasse nicht in gehöriger Weise beachtet, auch der Verwendungszweck des kurzfristigen Kredits nicht genauestens überprüft wird, sieht man heute bei der Durchsicht der Debitoren eines Kreditinstituts. Eingefrorene oder umsatzlose Kredite, eine typische Konjunkturerrscheinung, sind Zeichen dieser Fehlleitungen. Häufig sind sie Ergebnis einer zum Teil falschen Kreditpolitik. Zur Zeit der Hochkonjunktur von dem Institut kurzfristig hingegeben, immer wieder bei Fälligkeit gern prolongiert (in den Betriebswirtschaften inzwischen an die Stelle des fehlenden Eigenkapitals getreten), erweisen sich diese Ausleihungen zu einem großen Teil uneinbringlich. Zentner sagt hierzu: „Die langfristige Investierung kurzfristiger Kredite bringt regelmäßig die so disponierenden Unternehmungen in finanzielle Schwierigkeiten, denen schließlich viele erliegen. Derartige Unternehmungen handeln in völlig falscher Beurteilung ihrer Liquiditätsverhältnisse“ (129).

Zu 3): Die jederzeitige Kündbarkeit macht den unbefristeten Kredit für die Liquiditätsdispositionen beider Teile überaus gefährlich. Derartige Kredite verleiten die schuldende Unternehmung in der Regel zur Investierung von Produktionsanlagen zum Zwecke der Umsatzausweitung. Sollte nun die Sparkasse den Kredit kündigen, so wird es meistens in einem für den Kreditnehmer ungünstigen Augenblick geschehen, etwa bei einer Rückentwicklung des Unternehmens oder bei plötzlich auftretenden Verlusten und ähnlichen, die Liquidität stark anspannenden Vorfällen. Als Grundregel darf für den Schuldner gelten: Die Sparkasse wird beim unbefristeten Kredit erst dann zu einer Kündigung schreiten, wenn sie für ihr Geld fürchten muß. Daraus ist zu folgern, daß es zu diesem Zeitpunkte der schuldenden Betriebswirtschaft durch die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten nur sehr schwer möglich sein wird, eine Rückerstattung des Kredits zu bewerkstelligen. — Um unerwartenden Liquiditätsschwierigkeiten bei dieser Kreditart aus dem Wege gehen zu können, ist den Sparkassen zu empfehlen, den unbefristeten Kredit in ihren Liquiditätsdispositionen als mittel- oder gar langfristig zu betrachten, da er de jure wohl kurzfristig zurückgezogen werden kann, de facto jedoch als längerfristig zu werten ist. —

129) Zentner, G., Das Liquiditätsproblem in der industriellen Unternehmung, Berlin-Wien 1932, Seite 121.

Zu e): Dieser abschließende Problemkreis um die Besicherung von Krediten hat eigentlich nicht mehr direkt mit der Beurteilung einer Ausleihung hinsichtlich ihres Liquiditätsgehaltes zu tun. Kommen nämlich erst die Sicherheiten zur Verwertung, dann ist der Liquiditätsgehalt des hinausgelegten Kredites selbst schon gleich Null. Es wäre somit zwangsläufig nur der Liquiditätsgehalt der bei der Kredithegabe gegebenen Sicherheiten in seinen Auswirkungen auf die Liquiditätsdispositionen beider Teile zu prüfen. Vor allem sollte sich die Sparkasse im Interesse ihrer Liquidität von der falschen Vorstellung lösen, „optimale“ Sicherung sei gleich „maximaler“ Besicherung. Ein Streben nach maximalen Sicherheiten hemmt den Geschäftsablauf des Kreditnehmers, beeinträchtigt damit seine Zahlungsbereitschaft und kann somit durch die Wechselwirkung Geldgeber und -nehmer auch die Liquiditätsdispositionen des kreditgebenden Instituts negativ beeinflussen. Leider vertritt heute noch eine ganze Reihe von Sparkassendirektoren einen dem Liquidationsdenken entlehnten Standpunkt. Sie fragen: „Was kann aus den Pfändern erlöst werden, wenn das Unternehmen zusammenbricht?“ Kalveram sagt hierzu: „Man orientiert sich an der zerschlagenen, nicht an der lebenden Unternehmung“ (130). – Diese Gedanken sollten nicht mißverstanden werden. Eine Sicherheitsleistung ist bei den Sparkassen aus statutarischen und sonstigen Gründen in den meisten Fällen unumgänglich. Trotzdem sollte das Ziel einer Sicherheitspolitik (131) u. a. durchaus sein – selbst auf die Gefahr eines größeren Risikos hin – ihrem an sich schon „sicherheitsarmen“ mittelständischen Kundenkreis zu helfen und letzteren nicht durch überhöhte Sicherheitsleistungen noch in seinem Geschäftsgebaren zu behindern ! –

Abschließend sei noch auf ein Problem hingewiesen, das wohl bei allen kreditgebenden Instituten mehr oder weniger deutlich in Erscheinung tritt: Die Zeit nach der Beschlußfassung, der formellen Bearbeitung und Zurverfügungstellung der vereinbarten Sicherheiten, kurz gesagt, die Zeit nach der Inanspruchnahme des Kredits durch den Kreditnehmer. Von diesem Zeitpunkt an wird die Bindung zwischen beiden Teilen im allgemeinen lockerer. Der Kreditnehmer fühlt keine Verpflichtung mehr, den Kreditgeber zu unterrichten. Die bereitgestellte Kreditlinie, z. B. im Kontokorrentkreditgeschäft, ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Das Gefühl der Notwendigkeit der laufenden Unterrichtung schwindet also einerseits mit der Dauer der Kreditinanspruchnahme, während andererseits beim Kreditgeber zwangsläufig das Interesse wachsen muß, weiterhin darüber orientiert zu werden,

- a) ob die Voraussetzungen der erstmaligen Bearbeitung noch gegeben sind, d. h. ob der Kreditnehmer seiner Person nach weiterhin Vertrauen verdient,

130) Kalveram, W.: aaO, Seite 58.

131) An dieser Stelle den ganzen Katalog der möglichen (und unmöglichen) Kreditsicherungsmöglichkeiten aufzuführen, wäre wohl interessant, jedoch im Rahmen dieser Untersuchung fehlt am Platze.

- b) ob die wirtschaftlichen Verhältnisse sich erwartungsgemäß entwickelt haben,
- c) ob die Kredithöhe Beachtung findet und die Kontoführung den allgemeinen Gepflogenheiten entspricht.
- d) ob die Kreditsicherheit in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht noch den Erwartungen der Sparkassen entspricht und schließlich
- e) ob der Kreditvertrag eingehalten und der Kredit zweckentsprechend verwandt wird.

Sollten die in diesem Abschnitt angeschnittenen Probleme bei der Kreditgewährung auch tatsächlich beachtet werden, was in der Praxis oft der Fall ist, so kann der einleitende zitierte Ausspruch des Praktikers, 'die Kredite sind im Endresultat immer noch eine der liquidesten Positionen unserer Bilanzen', durchaus seine Berechtigung haben.

1. Debitoren (132)

Allgemein ist bekannt, daß gerade die in zumindest theoretisch beliebigem Umfange auf den Kontokorrentkonten getätigten Umsätze die Liquiditätsdispositionen der Sparkassen sehr erschweren können. Im Kontokorrentkredit hat der Kunde ein Instrument in der Hand, das ihm innerhalb der bewilligten Grenzen eine geschmeidige Anpassung an seine Geldbedürfnisse möglich macht. Das wirft für das kontoführende Institut besondere Probleme auf. Sicherlich ist es richtig, daß sich im Kontokorrentkreditgeschäft wie in keinem anderen Kreditzweig die Liquidität der einzelnen Kreditnehmer sofort erkennen läßt. Auch hat man festgestellt, daß von den einzelnen Produktionsprozessen ein gewisser Rhythmus ausgeht, der im finanziellen Sektor der Betriebswirtschaft während der Produktion und in der Zeit des Verkaufs Geldbedarf auslöst, nach dem Verkauf Geldfülle mit sich bringt. Diese saisonbedingten Schwankungen sind sehr gut auf den einzelnen Konten nachzuzeichnen.

Das Kontokorrentkreditgeschäft wird jedoch daneben noch von so vielen meist gar nicht erkennbaren und feststellbaren Imponderabilien beeinflusst, daß eine Beurteilung des Liquiditätsgehaltes der Kontokorrentkredite in ihrer Gesamtheit nur sehr schwer ist.

Einige Erkenntnisse in dieser Richtung könnte nur die genaue Analyse des Kundenstamms und seiner allgemeinen und wirtschaftlichen Eigenarten zulassen.

Zuvor aber soll an einem Kontokorrentkonto zu zeigen versucht werden, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt, um an das Hauptproblem der Messung einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge heranzukommen.

132) Nach den Bilanzierungsrichtlinien beinhaltet diese Position u. a. Kontokorrentkredite und kurz- und mittelfristige Darlehen.

Jedes Kontoblatt ist bis zu einem gewissen Grade Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage des Kreditnehmers. Anhand der Höchst- und Niedrigstsalden kann man im Ergebnis in etwa die Liquiditätssituation des Kreditnehmers beurteilen. Wird ein Kredit schwankend in Anspruch genommen – aus diesem Grunde ist es wichtig, sich neben den Höchst- auch die Niedrigstsalden anzusehen – so dürfte der Liquiditätsgehalt in der Regel als besser angesehen werden, als wenn das Konto mehr oder weniger umsatzlos, also mit geringen Schwankungen, sich um einen gewissen Punkt bewegt. Weiterhin können die Ultimobeanspruchungen vieles aussagen, wenn hier z.B. die vereinbarten Kreditbeträge überschritten werden. Selbst die Art der bargeldlosen Verfügungen läßt Schlüsse über die Liquidität des Kreditnehmers zu. Verfügt er z.B. im allgemeinen durch Giro-Überweisungen, dürfte seine Liquiditätslage durchaus als gesund anzusprechen sein. Benutzt er jedoch ausschließlich oder überwiegend Schecks, bedient er sich gar solcher auf eigene Konten bei anderen Kreditinstituten, liegt die Vermutung nahe, daß er Zeit gewinnen will oder seine wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschleiern sucht. Häufen sich aber die Einlösungen von Akzepten oder stehen sogar die Akzepte in einem ungünstigen Verhältnis zu den vorerwähnten Verfügungen, so sind dies Anzeichen für gewisse Liquiditätsanspannungen. Aufschlußreich ist auch festzustellen, ob Scheckrückgaben erforderlich waren und ob Wechseleinlösungen am ersten Tag, am darauffolgenden Tag, oder erst bei Protestaufnahme erfolgen. Sind darüberhinaus Wechselproteste bekannt geworden oder werden Wechselprolongationen beobachtet?

Ein weiterer Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang sind Auskunftsanfragen, die andere Kreditinstitute an die eigene Sparkasse richten. Aus ihnen können interessante Schlüsse auf Geschäftsumfang und Geschäftsgepflogenheiten eines Kreditnehmers und seine Akzeptverpflichtungen gezogen werden. Diese vielen einzelnen Erkenntnismöglichkeiten, die in der Regel noch durch jahrelange Beobachtung des Kunden ergänzt werden können, ergeben schon ein relativ genaues Bild über die Liquidität des Kunden und damit den Liquiditätsgehalt des einzelnen Kredites.

Weit schwieriger dürfte es sein, in diesem Zusammenhang für das gesamte Kontokorrentkreditgeschäft zu allgemein gültigen Schlüssen zu kommen.

Wie bereits weiter oben angedeutet, kann hier eine Analyse des Kundenstamms Erkenntnisse vermitteln. So besitzt einmal eine Aufgliederung der Kreditnehmer nach ihren Branchen bzw. nach Berufen und zum anderen nach Kreditgrößen eine gewisse Aussagekraft. Derartige Statistiken können natürlich, durch die Verschiedenartigkeit der Struktur der Geschäftsbereiche bedingt, nur für die jeweiligen Sparkassen dieses Regionalbezirks von Nutzen sein.

Dies bestätigen die folgenden Tabellen aus zwei strukturell gänzlich verschieden gearteten Sparkassen: Kreissparkasse Pirmasens und Kreissparkasse Kreuznach.

Kreissparkasse Pirmasens (133)

Berufsgruppe	Stück	Betrag in TDM	in v. H.
Wohnungsbau	8	9,1	0,14
Stahl-, Eisen-, Maschinenbau	3	4,4	0,07
Chemie- und pharmazeutische Industrie	1	18,2	0,27
Elektrotechnik, Optik	19	82,2	1,23
Eisen-, Stahlverarbeitung	40	371,1	5,56
Bauwirtschaft	64	218,0	3,26
Nahrungs-, Futtermittel	76	417,2	6,25
Lederverarbeitung, Schuhe	191	2 356,9	35,28
Textil, Bekleidung	8	5,3	0,08
Papier, Druck	8	121,2	1,82
Holzverarbeitung	31	76,6	1,15
Sonstige	19	112,6	1,68
Landwirtschaft	17	50,2	0,75
Handel	185	1 883,7	28,20
Fremdenverkehr	35	145,5	2,18
Verkehrsunternehmen	34	191,9	2,87
Öffentliche Kreditnehmer	6	40,9	0,61
Sonstige private Kreditnehmer	466	574,7	8,60
Insgesamt	1 211	6 679,7	100,00

Diese Gliederung der Kreditnehmer nach Berufs- bzw. Branchengruppen läßt deutlich die Struktur des Geschäftsbezirks der Kreissparkasse Pirmasens erkennen. Hier stehen die Kreditnehmer der Lederverarbeitung (Schuhfabrikation) mit 35,28 % an erster Stelle, gefolgt von der Gruppe „Handel“ mit 28,20 %, meist Schuhgroßhandel. Auch muß hier noch berücksichtigt werden, daß andere Berufsgruppen unmittelbar oder mittelbar mit der Schuhfabrikation zusammenhängen. Das trifft z.B. sowohl für die Holzverarbeitung (Herstellung von Schuhleisten) als auch für die Gruppe „Eisen-, Stahlverarbeitende Industrie“ zu, da gerade bei letzterer die Herstellung von Schuhfabrikationsmaschinen einen entsprechenden Raum einnimmt.

Die Auswertung einer solchen Statistik vermag einem Institut, das nebenbei noch die konjunkturelle, strukturelle und saisonale Entwicklung ihrer Kreditnehmer (in Prozenten ausgedrückt haben rd. 70 % aller Kreditnehmer mit der Schuh- bzw. Lederverarbeitung als Haupt- oder Zulieferbetriebe usw. zu tun) beobachtet, wertvolle Hinweise für die eigenen Liquiditätspositionen

zu geben. Zweifellos birgt jedoch eine solche, Liquiditätsmessungen vereinfachende Ausrichtung nach einer Branche (hier der Leder- bzw. Schuhbranche) auch ihre Gefahren in sich. Die erwähnten rhythmischen, saisonalen Schwankungen können zwar leicht zu Liquiditätsanspannungen bei den Kunden und damit auch bei der Sparkasse führen; sie sind jedoch in der Regel in ihrem Umfange und ihrer Dauer genau bekannt und werden dadurch ohne größere Schwierigkeiten in die Liquiditätsdispositionen einbezogen werden können.

Wie wird es aber, wenn konjunkturelle oder gar strukturelle Verschiebungen in dieser einen, die Gesamtstruktur des Instituts bestimmenden Branche auftreten?

Untersucht man dagegen die nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellte Statistik der Kreissparkasse Kreuznach (siehe weiter unten), so fällt sofort die breite Branchen- und damit Risikostreuung auf, die auch in Krisenzeiten durch die ausgewogenere Struktur des Geschäftsbezirks doch wesentlich leichter eine ausreichende Liquiditätsvorsorge gestattet.

Kontokorrentkredit der Kreissparkasse Kreuznach (Gesamt-Institut) (134)

Berufsgruppe	Betrag in TDM	%
1. Landwirtschaft	202,0	3,4
2. Weinbau	663,0	11,3
3. Einzelhandel	465,0	7,9
4. Großhandel	1 187,0	20,2
5. Fremdenverkehr	229,0	3,9
6. Industrie	250,0	4,0
7. Lederver- u. -bearbeitung	142,0	2,3
8. Textilien, Bekleidung	167,0	2,8
9. Holzver- u. -bearbeitung	292,0	5,1
10. Druck- und Papier	58,0	0,9
11. Nahrungs-, Genußmittel	71,0	1,2
12. Bauwirtschaft	472,0	7,9
13. Sonstige	135,0	2,3
14. Handwerk	227,0	3,9
15. Beamte	38,0	0,7
16. Angestellte	4,0	0,1
17. Arbeiter	2,0	0,1
18. Sonstige Private	122,0	2,0
19. Kommunen	778,0	13,3
20. Transportunternehmen	123,0	2,0
21. Körperschaften	262,0	4,7
Insgesamt	5 889,0	100,0

134) Vom Verfasser zum 31. Dezember 1957 aufgestellt.

Durch diese relativ breite Streuung der Kontokorrentkredite innerhalb des Kundenkreises dieser Sparkasse schieben sich die o.a. Rhythmen immer mehr ineinander und verlieren somit viel von ihrer Gefährlichkeit. Aus dieser Tatsache läßt sich ableiten: Je breiter die Streuung, desto größer ist der Ausgleich in den entsprechenden Zahlungsströmen. Infolgedessen vermindern sich auch die notwendigen Liquiditätsdispositionen, da sich bereits allein durch die breite Risikoverteilung der Liquiditätsgehalt der Kontokorrentkredite in ihrer Gesamtheit hebt.

In diesem Zusammenhang dürften auch die Strukturanalysen einzelner Hauptzweigstellen von Interesse sein, die der Verfasser aus dem Zweigstellennetz des zuletzt genannten Instituts als typisch ansieht und daher untersucht hat.

Kreissparkasse Kreuznach: Hauptzweigstelle Sobernheim (31.12.1957)

Berufs- bzw. Branchengruppen	in % der an die Kunden der Zweigstelle ausgeliehenen Kredite
Großhandel	24,8
Bauwirtschaft	16,5
Kommunen	12,8
Sonstige	45,9
Insgesamt:	100,0

Es handelt sich hierbei um die Zweigstelle in einem kleinen Landstädtchen mit einem relativ hohen Prozentsatz an Großhandelsfirmen und Unternehmungen der Bauwirtschaft.

Kreissparkasse Kreuznach: Hauptzweigstelle Kirn (31.12.1957)

Berufs- bzw. Branchengruppen	in % der an die Kunden der Zweigstelle ausgeliehenen Kredite
Großhandel	15,6
Lederbe- bzw. -verarbeitung	14,4
Kommunen	32,6

Diese Zweigstelle befindet sich in einem Ort, dessen Bedeutung, wie die Gliederung zeigt, auf dem Gebiete der Lederbe- bzw. -verarbeitung und den damit verbundenen Großhandelsbetrieben liegt.

Ein gänzlich anderes Bild zeigen die nächsten beiden Hauptzweigstellen Bingerbrück und Langenlonsheim.

Kreissparkasse Kreuznach: Hauptzweigstelle Bingerbrück (31. 12. 1957)

Berufs- bzw. Branchengruppen	in % der an die Kunden der Zweigstelle ausgeliehenen Kredite
Weinbau	21,0
Großhandel	17,1
Handwerk	12,1

Kreissparkasse Kreuznach: Hauptzweigstelle Langenlonsheim (31. 12. 1957)

Berufs- bzw. Branchengruppen	in % der an die Kunden der Zweigstelle ausgeliehenen Kredite
Weinbau	37,9
Großhandel	20,3
Handwerk	11,5

Hier dominieren der Weinbau und damit eng verbunden die entsprechenden Vertriebsfirmen.

Wiederum anders geartet ist die Struktur innerhalb der Kontokorrentkreditnehmer bei der Hauptzweigstelle in Stromberg, einem kleinen Städtchen im holzreichen Soonwald.

Kreissparkasse Kreuznach: Hauptzweigstelle Stromberg (31. 12. 1957)

Berufs- bzw. Branchengruppen	in % der an die Kunden der Zweigstelle ausgeliehenen Kredite
Holzbe- bzw. -verarbeitung	20,0
Bauwirtschaft	24,1
Handwerk	14,3

Kleinere Sägewerke, Möbelschreinereien und sonstige Unternehmungen der Baubranche geben hier den Ausschlag.

Als letzte Filiale des obengenannten Kreditinstituts untersuchte der Verfasser die Zweigstelle in Bad Münster am Stein, einem typischen, im Weinanbaugebiet liegenden, Fremdenverkehrsort. Die Kredite an Hotels, Pensionen und Gaststätten sowie an Weinhandelsfirmen bestimmen hier das Bild.

Kreissparkasse Kreuznach: Hauptzweigstelle Bad Münster a. St. (31. 12. 1957)

Berufs- bzw. Branchengruppen	in % der an die Kunden der Zweigstelle ausgeliehenen Kredite
Fremdenverkehr	20,0
Großhandel	18,0
Kommunen	32,4

Jeder einzelnen der analysierten Zweigstellen dürfte, durch die Eigenarten der ihre Struktur bestimmenden Branchengruppen, eine ausreichende Liquiditätsvorsorge nicht leicht fallen. Dem disponierenden Zentralinstitut in Bad Kreuznach ist dagegen ein Liquiditätsausgleich erheblich leichter möglich.

Die folgende Gliederung der Kontokorrentkredite soll noch einmal abschließend deutlich machen, daß derartige Statistiken immer nur für den Regionalbezirk Gültigkeit und Aussagewert besitzen, für den sie erstellt wurden.

Kontokorrentkredite nach Kreditnehmergruppen Sparkasse in Bremen (135)

Kreditnehmer- gruppe	31. 12. 1954		31. 12. 1956	
	Betrag TDM	i. v. H.*	Betrag TDM	i. v. H.*
Wohnungsbau einschl. Zwischen-Kred. Landesbauspar- kasse	13 083,0	38,1	19 659,0	47,9
Handel	5 845,0	17,0	5 496,0	13,4
Sonst. private Kreditnehmer	4 534,0	13,2	8 129,0	19,9
Verkehrsunter- nehmen, Nach- richtenwesen	4 242,0	12,4	583,0	1,4
Handwerk	2 722,0	7,9	2 443,0	6,0
Industrie und Gewerbe	1 806,0	5,3	3 900,0	9,5
Kunden-Kredit- gesellschaft und Sonstige	1 750,0	5,2	506,0	1,2
Land- und Forst- wirtschaft	221,0	0,6	217,0	0,5
Fremdenverkehr	101,0	0,3	93,0	0,2
Sonstige öffentliche Kreditnehmer	5,0	—	5,0	—
Insgesamt rd.	34,309,0	100,0	40 996,0	100,0

*) Anteil am Gesamtbetrag der Kontokorrentkredite

Bei dieser Sparkasse liegt der branchenmäßige Schwerpunkt auf dem Wohnungsbau (einschließlich der Zwischenkredite der Landesbausparkasse), was sich aus dem Wiederaufbau der zerstörten Stadt erklären läßt.

135) Entn. den Geschäftsberichten 1954/1956 der „Sparkasse in Bremen“.

Auch hier ist das betreffende Institut, sich die Erkenntnis dieser Statistik zunutze machend, zu einer anderen Liquiditätspolitik gezwungen als z. B. die Kreissparkasse Pirmasens. Während dort die Schuhfabrikation mit all ihren verwandten Unternehmen das Bild beherrscht, im Sommer und im Winter der Liquiditätsgehalt der Debitoren also sinkt, wird dies bei der Sparkasse in Bremen durch die Bauwirtschaft z. B. zu Beginn der Bautätigkeit im Frühjahr eintreten. Haben diese typischen Branchenerscheinungen jedoch in den Liquiditätsdispositionen irgendwie ihren Niederschlag gefunden, so wird es schwerlich zu einer ernsthaften Liquiditätskrise der Institute kommen.

Einen erheblichen Einfluß auf den Liquiditätsgehalt üben auch die zugesagten, aber noch nicht voll in Anspruch genommenen Kontokorrentkredite aus. Welche Bedeutung dieser Tatsache beizumessen ist, geht aus einem Geschäftsbericht der Stadtparkasse Duisburg aus dem Jahre 1955 hervor, in dem es heißt: „Die bilanzmäßig ausgewiesenen Kreditinanspruchnahmen stellen 60 % der eingeräumten Kontokorrentkredite dar.“ Damit wird ausgesagt, daß die Kreditnehmerschaft sich selbst innerhalb der Kreditgewährung gewisse Spannen gelassen hat, die als Liquiditätspolster angesehen werden können, die aber gleichzeitig die Liquiditätslage der Sparkasse immer gleich einem Damokles-Schwert bedrohen. Daß es sich hier nicht nur um ein Zufallsergebnis handelt, beweisen die internen Untersuchungen der Revisionsstelle des niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hannover, und die des Verfassers bei einigen vergleichbaren Sparkassen im Verbandsgebiet des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz, die ergeben haben, daß der Ausnutzungsgrad der Kreditgrenzen tatsächlich zwischen 60 % und 70 % schwankt. Diese an sich relativ niedrigen Prozentsätze sind zum Teil daraus zu erklären, daß in diesen Statistiken auch solche Kontokorrentkredite, die formell bereits erledigt sein müßten, d. h. vom Kunden schon längere Zeit nicht mehr in Anspruch genommen wurden, erfaßt worden sind. Diese Kredite beeinflussen erheblich die obigen Ergebnisse. Für die Resultate ist weiterhin der Zeitpunkt, zu dem derartige Untersuchungen durchgeführt werden, von ausschlaggebender Bedeutung; denn wie z. B. bei Steuerterminen allgemein die Ausnutzungsquote wächst, so werden in der Regel die größeren Schwankungen des Ausnutzungsgrades – schon allein durch die strukturbedingte Verschiedenartigkeit der jeweiligen Geschäftsbereiche bedingt – durch den saisonalen Ablauf der örtlichen Marktverhältnisse bestimmt. Eine Prüfung der Ausnutzungsquote an mehreren Stichtagen erscheint daher im Hinblick auf die Liquiditätsanfordernisse angebracht (136).

Zur Frage der Kreditüberschreitungen und Kontoüberziehungen (137), die sich auf die Dauer zu einer ersten Gefahr für die Liquiditätslage einer Sparkasse entwickeln können, ist zu sagen: Ein Stück des Geheimnisses, weshalb

136) und 137) vgl. hierzu die Ausführungen im 3. Hauptteil, Kapitel II. C. „Ermittlung der nicht ausgenutzten Kreditlinien insbesondere im Kontokorrentverkehr“.

diese Kreditüberschreitungen und Kontoüberziehungen den Instituten täglich soviel Sorge bereiten, liegt vor allem in den Mängeln, die bereits bei den Erörterungen über die Kreditverwendung erwähnt wurden. Eine gewisse Verwöhnung der Kundschaft kann aber auch die Schuld haben. Wenn die Sparkassen beide Momente einmal bei der Betrachtung des Einzelfalles berücksichtigen und die Konsequenzen daraus – wenn auch vorsichtig – ziehen, läßt sich die Zahl der täglich vorkommenden Kreditüberschreitungen und Kontoüberziehungen wahrscheinlich erheblich eindämmen. Sicherlich, Kreditüberschreitungen und Kontoüberziehungen können nicht immer abgewehrt werden; aber dadurch, daß sie noch zu einer Erhöhung der Dispositionsspitzen beitragen, sind sie in der Lage, erhebliche Unordnung in die Liquiditätsdispositionen der Institute zu bringen.

Irgendwelche Berechnungen über den voraussichtlichen Rückfluß in diesem Kreditzweig sind schwierig, denn in der Regel stellen die Kontokorrentkredite Dauerkredite dar. Zu gewissen Schlüssen könnte man lediglich gelangen, wenn man die Bewilligungen mit der Bestandsentwicklung unter Berücksichtigung des Umstandes der jeweils nur teilweisen Ausnutzung der Kreditlinie vergleicht. Auch hier hat die Revisionsstelle des niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hannover, Berechnungen angestellt, die jedoch, wie sie selbst sagt, 'nur mit Vorbehalten' wiederzugeben sind. Hiernach beträgt die Rückflußquote pro Jahr 10 bis 15 %. Wo sie höher liegt, verwischen wahrscheinlich Prolongationsbewilligungen das Bild. Der Prozentsatz dürfte jedoch durch Umschuldungen noch günstig beeinflußt sein, so daß der echte Rückfluß nicht höher als mit 10 %, eher noch niedriger, zu veranschlagen sein dürfte. Das Ergebnis kann eigentlich nicht überraschen; denn bei den meisten Sparkassen laufen die Kontokorrentkredite nur dann aus, wenn der Kreditnehmer freiwillig Rückzahlung leistet.

Zu den „Kontokorrentkrediten“ kann also nur festgestellt werden, daß es schwer ist, Genaueres, Allgemeingültiges hinsichtlich des Liquiditätsgehaltes auszusagen. Im Ergebnis werden jedoch die Sparkassen einen erheblichen Teil ihrer Kontokorrentkredite nicht sehr kurzfristig zurückrufen können, wollen sie ihre Kreditnehmer nicht in ernste Gefahren bringen (138).

Hinsichtlich der anderen in dieser Aktivposition enthaltenen kurz- und mittelfristigen Darlehen soll auf die Ausführungen Seite 97 ff. und 104 ff. hingewiesen werden.

An dieser Stelle sei lediglich vermerkt, daß es sich hierbei um Darlehenskredite mit Laufzeiten bis zu vier Jahren handelt, bei denen – ähnlich den bereits besprochenen Ausleihungen – die persönlichen Momente des Kreditnehmers im Vordergrund stehen sollten. Reale und irgendwelche personellen Sicherheiten können die Kreditwürdigkeit verstärken. Sie tragen jedoch im allgemeinen nur zusätzlichen Charakter.

138) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 111.

2. Langfristige Ausleihungen

Diese Position beinhaltet im wesentlichen Realkredite und Ausleihungen gegen Kommunaldeckung. Unter „Realkredit“ versteht man gemeinhin den durch Sachwerte gesicherten Kredit (139). Solche Sachwerte können beweglich (Waren, Wertpapiere usw.) oder unbeweglich (Grundstücke) sein.

Nach der Sparkassenmustersatzung (140) ist ein „Realkredit“ der durch Bestellung einer Hypothek, Grund- oder Rentenschuld gesicherte langfristige Kredit in Darlehensform. Die Sicherung solcher Darlehen durch Rentenschulden ist in der Praxis selten.

Dieser Kreditzweig stellt in der heutigen Zeit im Zuge der Maßnahmen zur Finanzierung des Wohnungsbaues, insbesondere des sozialen Wohnungsbaues, die wichtigste Anlageart der Sparkassen überhaupt dar (141).

Bei der Untersuchung der Auswirkungen des Realkreditgeschäftes auf die Liquiditätslage einer Sparkasse zeigt sich, daß dabei mit großen, gefährlichen Schwankungen meist nicht zu rechnen ist; denn der Auszahlungszeitpunkt des Hypothekendarlehens wird in der Regel durch das Institut selbst bestimmt. – Bei einer Wohnungsbaufinanzierung z.B. liegen durch den Vertragsschluß die Termine der Inanspruchnahme des Kredits weitestgehend fest. In der Regel wird es jedoch so sein, daß vor der ersten Auszahlung ein Vollfinanzierungsplan vorliegen muß, damit der Kredit nicht einfriert, wenn der Bau steckenbleiben sollte. Die Gelder werden meist in zwei bis drei Raten, entsprechend den Bauabschnitten, angefordert. Wenig beliebt ist die Auszahlung der Hypothekarkredite in kleinen Beträgen, da dies einmal zuviel Arbeit verursacht und zum anderen die Überwachung sehr erschwert.

Schwierigkeiten liquiditätsdispositioneller Art können in diesem Kreditzweig lediglich durch die bei den meisten Sparkassen recht umfangreichen Darlehenszusagen entstehen, die zum Teil oft Monate, ja sogar Jahre z.B. durch eine Verzögerung des Baubeginns usw. die Liquiditätslage bedrohen können. Es wäre vielleicht ratsam, diese Zusagen befristet auszusprechen (142).

Hinsichtlich der Tilgung der Hypothekendarlehen schreibt die Muster-Satzung der Sparkassen (143) vor, daß „die Darlehen in der Regel planmäßig getilgt werden sollen“, „es sei denn, daß besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen“ (144). Die Darlehen können als Tilgungsdarlehen (mit gleichblei-

139) Henze-Schmidt, H.; Grundriß für die Sparkassenarbeit, 3. Auflage, Stuttgart, Teil 6, Seite 37.

140) § 15 MuSa (Rheinland-Pfalz) aaO.

141) Diese Ausleihungen betrugen zum 30. 6. 1958 rd. 39 % der Spareinlagen sämtlicher Sparkassen im Bundesgebiet. Entn. Deutscher Sparkassenkalender 1959, Seite 110.

142) vgl. hierzu die Ausführungen im 3. Hauptteil, Kapitel II. D. „Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen Darlehen und Krediten“.

143) § 15 Abs. 6 MuSa, aaO.

144) vgl. hierzu § 6 der Beleihungsgrundsätze für Sparkassen (Beleihung von Grundstücken) vom 29. Oktober 1957.

bender Annuität) oder als Abzahlungsdarlehen (mit gleichbleibendem Abzahlungsbetrag) gewährt werden. Die Tilgungsraten werden meist in viertel- oder halbjährlichen Zeitabständen geleistet. Die auftretenden, relativ geringen Tilgungsrückstände werden gerade bei dieser Kreditart in der Regel durch außerplanmäßige Tilgungen kompensiert.

Obwohl sich die feststehenden und meist auch termingerechtere eingehenden Tilgungsraten leicht in die Liquiditätsdispositionen der Sparkassen einsetzen lassen, ist dennoch der Liquiditätsgehalt dieser Kredite, was nennenswerte außerplanmäßige, vorzeitige Tilgungen anbelangt, sehr gering. Diese Ausleihungen sind, da sie zum überwiegenden Teil an die wenig finanzstarke mittelständische Kundschaft gegeben wurden, vorzeitig nur schwer zu mobilisieren und wenn, dann nur mit erheblichen Verlusten. Daraus kann abgeleitet werden, daß die hinausgelegten Gelder während der vereinbarten Laufzeit für die Gestaltung der eigenen Liquidität, d. h. der Zahlungsbereitschaft der kreditgebenden Sparkassen, so gut wie ganz ausfallen.

Umso größere Bedeutung kommt für die längerfristigen Dispositionen der Institute den Kreditrückflüssen zu. Sie sind vielfach entscheidend für die Finanzierung neuer Kredite und Darlehen. Daraus ist zu ersehen, welche große Bedeutung einmal der in ihrer Höhe richtigen Bemessung dieser Ausleihungen zukommt und wie wichtig zum anderen die Festsetzung der von den Kunden auch realisierbaren Tilgungsbeträge für das zukünftige Aussehen des eigenen Liquiditätsstatus ist.

Ähnlich gelagerte Probleme ergeben sich bei den „langfristigen Ausleihungen gegen Kommunaldeckung“, auf die im Rahmen dieser Untersuchung ein besonderes Augenmerk gerichtet werden soll.

Die Situation des Kapitalmarktes in den letzten Jahren brachte es mit sich, daß die Sparkassen wieder in sehr großem Umfange als Kreditgeber von den Kommunen herangezogen wurden (145). Die den Kommunalkrediten anhaftende Gefährlichkeit ist erst vor drei Jahrzehnten offenbar geworden, als sich der Gesetzgeber zu der einschneidenden Maßnahme des Kommunalkreditverbots (146) entschließen mußte.

Wie war es zu der damaligen Zeit?

Auch in den Jahren vor 1931 waren die Girozentralen und die Sparkassen die Haupt-Kreditgeber der Kommunen geworden. Die Gemeinden, die damals – wie heute – über zum Teil sehr sichere, aber längst nicht ausreichende

145) Der Kommunalkredit der Sparkassenorganisation betrug am 31. 12. 1960 rd. 7196 Mill. DM. Das sind rd. 70 % der Kommunalkredite aller Kreditinstitute; vgl. Jahresbericht 1960 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn, Seite 47.

146) vgl. § 3 der „Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute“ vom 5. August 1931 (BGBl. I, Seite 429).

eigene Einnahmen verfügten und zur Gesamterfüllung ihrer Verpflichtungen auf den innerstaatlichen Finanzausgleich angewiesen waren, standen um das Jahr 1931 vor der Schwierigkeit, trotz stark nachlassender Steuereingänge, rückläufiger Finanzanweisungen und Dotationen ihren Verpflichtungen nachzukommen. So war es während der Zeit nach 1931 eigentlich unvermeidlich, daß im Schuldendienst der Gemeinden die Rückstände an Zinsen und Tilgungsquoten immer größer wurden. Die Leidtragenden waren hier vor allem die Sparkassen (147). Bayern hatte als erstes Land die Gefahren erkannt, die aus der Entwicklung für die Liquidität der Sparkassen erwachsen mußten und bereits seit 1929 die Aufnahme von Krediten durch die Gemeinden staatsaufsichtlich sehr erschwert. Schließlich entschloß sich auch die Reichsregierung zu jenen durchgreifenden Maßnahmen, die eine neue Entwicklung vor allem in dem Rechtsverhältnis von Kommunen und Sparkassen einleiten sollten. In Konsequenz der damaligen Lage kam es zu dem bereits erwähnten, radikalen Verbot für die öffentlichen Sparkassen, Anleihen, Darlehen oder Kassenkredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten unmittelbar oder mittelbar zu gewähren.

Für die kreditgebenden Sparkassen erscheint ein Vergleich der heutigen Situation mit den Vorgängen nach dem Jahre 1931 aufschlußreich.

Sicherlich waren die Aufgaben der Städte und Gemeinden noch nie so umfangreich wie gerade in den letzten fünfzehn Jahren und gewiß haben die Städte und Gemeinden bisher Erhebliches geleistet, aber nicht allein deshalb, weil sie mit laufenden Einnahmen, besonders aus Steuern, hinreichend ausgestattet gewesen wären, sondern zu einem großen Teil deswegen, weil ihnen die Möglichkeit der Verschuldung zur Verfügung stand. Davon haben sie auch in starkem Maße Gebrauch gemacht. So nahmen sie im Rechnungsjahr 1949 206,2 Mill. DM neu auf, im Jahre 1952 schon 1 612 Mill. DM und am 31. März 1960 belief sich ihre Verschuldung bereits auf 9.15 Mrd. DM (148). Die Aufnahme von fremden Mitteln führte durch die vermehrten Zinsen und Tilgungen zu einer ständig steigenden Belastung. Wie Schwering sagt, leisteten die Gemeinden für den Schuldendienst der Kämmereiverwaltungen im Jahre 1950 33,3 Mill. DM, im Jahre 1955 waren es schon 489,1 Mill. DM (149). In den Jahren bis 1960 haben sich diese Zahlen zweifellos weiter erhöht und bewegen sich inzwischen in Größenordnungen von 700 bis 750 Mill. DM. Schwering sagt hierzu: „Es ist der Zeitpunkt abzusehen, in dem die Gemeinden diese zunehmende Schuldenlast aus ihren laufenden Einnahmen nicht

147) vgl. Mellerowicz, K., Die öffentlichen Banken, in „Die Deutsche Bankwirtschaft“, Berlin 1934, Seite 43.

148) vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Mai 1960, Seite 16.

149) und 150) Schwering, E., Bis zum Halse verschuldet, aus F. A. Z., Nummer 28 vom 1./2. Februar 1958.

mehr aufbringen können. Dann sind sie in der Tat am Ende ihrer Kraft angekommen in dem Sinne, daß die großen und notwendigen Sachaufwendungen für Schulen, Krankenhäuser usw. unterbleiben müssen" (150).

Welche Bedeutung haben diese Tatsachen nun für die Sparkassen und hier speziell für die Beurteilung des Liquiditätsgehaltes dieser Aktivposition? Während die Sparkassensatzung die Ausleihungen gegen Kommunaldeckung in ihrer Gesamtheit begrenzt (151), ist die Entscheidung, ob dem einzelnen Kreditnehmer Kredit gewährt werden soll, dem Ermessen der Sparkasse überlassen. Dabei können die Grundsätze, die gegenüber privaten Kreditnehmern im allgemeinen zu beachten sind, für öffentlich-rechtliche Körperschaften nur zu einem geringen Teil Anwendung finden. Wenn geprüft werden soll, ob und in welchem Umfange den antragstellenden Körperschaften noch Kredite eingeräumt werden können, müssen die Haushaltspläne als Unterlage mit herangezogen werden, weil es den öffentlich-rechtlichen Körperschaften nur gestattet ist, im Rahmen der genehmigten Haushaltspläne Kredite aufzunehmen.

Der Verfasser hat in diesem Zusammenhang den Versuch gemacht, auf Grund der Haushaltspläne zweier Amtsbürgermeisterbezirke im Kreis Kreuznach/Nahe die durchschnittliche Verschuldung der einzelnen Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung festzustellen. Diese Untersuchung (152) ergab, daß nur noch wenige Gemeinden dieser Bezirke nicht nennenswert verschuldet waren. In zahlreichen Fällen beliefen sich die Verschuldungssätze auf 150,- DM bis 225,- DM pro Kopf der Bevölkerung. Insgesamt waren von 28 Gemeinden nur noch 7 schuldenfrei, die anderen 21 wiesen eine durchschnittliche Verschuldung von rd. 100,- DM pro Kopf der Bevölkerung auf. Wenn man dabei überlegt, daß die Kennziffer: „pro Kopf der Bevölkerung“ keinerlei Aussagekraft hinsichtlich der tatsächlich zahlenden, gerade in diesen Landgemeinden verschwindend geringen Schicht der Steuerzahler besitzt, so kann man sich leicht ausrechnen, wie lange und wie viele Generationen noch, „normale“ Zeiten und Steuereinnahmen der Gemeinden vorausgesetzt, an diesen Schulden abzahlen müssen. —

Eine Beurteilung des Liquiditätsgehaltes der Kommunalkredite aus dieser Sicht heraus führt zu dem Schluß: Die Leistung der meist auf 4 Jahre und länger ausgereichten Mittel für die Erhaltung der Zahlungsbereitschaft wird in der Regel kaum über die festgesetzten Tilgungsraten hinausgehen. Ob ein Teil dieser Gelder für die Gestaltung der eigenen Liquidität in der weiteren Zukunft ausfallen wird, kann heute noch nicht überschaut werden. Jedoch sollte bei der Beurteilung dieser Frage u. E. berücksichtigt werden, daß sich der Finanzstatus bei den Kommunen nur für die Dauer eines Jahres fest-

151) vgl. hierzu § 20 Abs. 2 MuSa, aaO. und Ausführungen Seite 42.

152) Diese Untersuchung wurde zum 31. Dezember 1957 durchgeführt.

legen läßt, somit also die darüber hinausgehenden, vertraglich vereinbarten Tilgungsleistung der Gemeinden, die ja ebenfalls zu einem großen Teil von der Entwicklung der ortsansässigen Wirtschaftsbetriebe abhängig sind, nicht genau zu den vereinbarten Terminen hereinzukommen brauchen. Dabei soll von dem ungünstigsten Falle des „Einfrierens“ durch allzu starkes Nachlassen des Steuergelderflusses abgesehen werden.

Man kann also demnach feststellen, daß sich die unmittelbaren Kreditgewährungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände rein quantitativ im Rahmen des für die Sparkasse möglichen halten sollten. Auch aus der Zielsetzung gerade der Sparkassen, vor allem ‚dem Mittelstand zu dienen und zu helfen‘, wäre es wünschenswert, den Prozentsatz der Kommunaldarlehen am Gesamtausleihvolumen nicht über ein bestimmtes Maß auszudehnen – 25 % und noch mehr der Gesamteinlagen sind durchaus nicht selten – denn diese Mittel fallen nicht nur, von den Zins- und Tilgungsleistungen abgesehen, relativ lange Zeit für die eigenen Liquiditätsdispositionen aus, sondern sie gehen auch dem durch die Satzung bevorzugten Kundenkreis für weitere Kreditierungen verloren. Besonders kleinere Sparkassen sollten daher nur sehr vorsichtig an die Gewährung von Ausleihungen gegen Kommunaldeckung herangehen.

Als Ergebnis dieser Untersuchung ist festzuhalten: Der Liquiditätsgehalt der Kredite ist, kurzfristig betrachtet, als nur sehr gering anzusetzen. Lediglich die bis heute noch regelmäßig einfließenden Zins- und Tilgungsleistungen sind in die Liquiditätsdispositionen einzubeziehen und können als weitere Kreditierungsgrundlage herangezogen werden.

Abschließend sind noch kurz die „sonstigen langfristigen Ausleihungen“ oder besser die „langfristigen Ausleihungen gegen sonstige Sicherheiten“ (Bürgschaften, Verpfändungen usw.) zu besprechen. Der größte Teil dieser Ausleihungen (meist 80 %) ist vier Jahre und länger terminiert.

Natürlich ist auch bei diesen Kreditgewährungen aus den schon weiter oben genannten Gründen eine gewisse Vorsicht durchaus am Platze, obwohl entgegen den bereits besprochenen Ausleihungen gegen Kommunaldeckung hier schon eher wieder die Grundsätze, die gegenüber privaten Kreditnehmern im allgemeinen zu beachten sind, Anwendung finden können. Dazu kommt noch, daß z. B. die Kredite an Kirchengemeinden und die damit zusammenhängenden Vereine und Verbände (Kreditnehmer, die durch ihre anders geartete Sicherheitsleistung häufig unter dieser Position zu finden sind), vom risikopolitischen Standpunkte aus betrachtet, meist besser einzuschätzen sind als die Kommunkredite.

Der Liquiditätsgehalt dieser „sonstigen“ langfristigen Kredite ist zumindest längerfristig relativ hoch, während sie kurzfristig vielleicht ebensowenig wie

die Kommunalkredite für die Gestaltung der eigenen Liquidität herangezogen werden können. Die Zins- und Tilgungsleistungen fließen jedoch termingerecht in ihrer vertraglich vereinbarten Höhe ein und sind somit leicht in die Liquiditätsdispositionen einzuordnen.

E. SONSTIGE AKTIVA

Von den sonstigen Aktivpositionen sind lediglich die „Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ hinsichtlich ihres Liquiditätsgehaltes problematisch.

Sie entstanden nach der Währungsreform von 1948. Als bei den Sparkassen nach den Währungsgesetzen einerseits neue Kundenguthaben entstanden waren, andererseits infolge der Verluste umfangreicher Aktiven und wesentlicher Minderung anderer Anlagen in der Regel die Passiven die Aktiven überstiegen, wurde ein Ausgleich der Bilanzen erforderlich. Dieser Ausgleich erfolgte durch die Gewährung von Ausgleichsforderungen, die mit einer Verzinsung von 3% pro anno ausgestattet wurden.

Die Last der Ausgleichsforderungen wurde besonders drückend von den Sparkassen empfunden, denn unmittelbar nach der Währungsreform 1948 standen z. B. den Spareinlagen fast 90% Ausgleichsforderungen gegenüber. Mit dem Anwachsen der Spareinlagen in den folgenden Jahren hat sich die Deckung durch Ausgleichsforderungen verringert, jedoch war das langfristige Geschäft der Sparkassen noch bis zum Jahre 1956 durch die Ausgleichsforderungen stark belastet und infolge der Unterverzinsung der Ausgleichsforderungen unrentabel. Der Ertragsausgleich erfolgte in der Zeit nach der Währungsreform lange durch das kurzfristige Geschäft, so daß sich die Giroeinlagen nicht nur als Liquiditäts-, sondern auch als Rentabilitätsstütze für das Sparkassengeschäft erwiesen.

Vom 1. Januar 1956 an werden nun die verzinslichen Ausgleichsforderungen mit 0,5% des gewährten Betrages zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen, unverzinsliche Ausgleichsforderungen dagegen halbjährlich mit 2% des gewährten Betrages getilgt (153).

Die Ausgleichsforderungen gehören demnach zu den langfristigen Anlagen, haben aber den Vorzug der Lombardfähigkeit. Jedoch ist eine Lombardierung nur bei der Deutschen Bundesbank und darüberhinaus nur sehr kurzfristig möglich. Eine Ausnahme gestattet das Zentralbanksystem nur dann, wenn durch unerwartete Einlagenabzüge die Zahlungsfähigkeit des Instituts leidet.

153) vgl. hierzu Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. Juni 1956 (BGBl. Nr. 28, S. 507).

In einem solchen Falle ist die Zentralbank bereit, Ausgleichsforderungen anzukaufen (154). Voraussetzung ist jedoch, daß das Institut keine andere Möglichkeit hat, den Auszahlungsüberschuß durch Mobilisierung anderer Werte zu finanzieren. Sind die Liquiditätsschwierigkeiten behoben, ist die betreffende Sparkasse zum Rückkauf der Ausgleichsforderungen verpflichtet.

Diese Aktiven können demnach in der Regel nur bei den monatlichen Schwankungen liquiditätspolitischer Art eingesetzt werden.

Die Ausgleichsforderungen werden sich nur dann besser verwerten lassen, wenn zum ersten die Verzinsung angehoben, zum zweiten sie mit Stücken ausgestattet sind und eine Realisierung nicht nur bei der Zentralnotenbank, sondern zwischen den einzelnen Kreditinstituten zugelassen wird. Bis zur Verwirklichung dieser Postulate kann der Liquiditätsgehalt der Ausgleichsforderungen als nur sehr klein bezeichnet werden. —

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den sogenannten „Deckungsforderungen“ (155); denn es ist — von der Verzinsung und den seit dem 31.12.1958 eingehenden relativ geringen Tilgungsleistungen abgesehen — weder eine alsbaldige vollständige Realisierung noch eine Lombardmöglichkeit dieser Forderungen zu erwarten. Demzufolge ist auch hier ein Liquiditätsgehalt praktisch nicht vorhanden.

Die übrigen Aktivpositionen, wie „Beteiligungen“, „Grundstücke und Gebäude“, „Betriebs- und Geschäftsausstattung“ usw. sind liquiditätspolitisch gesehen fast ohne Bedeutung. Gerade bei den beiden letzteren liegt es in der Regel im Ermessen der Sparkassenleitung, irgendwelche Summen vom Betriebsüberschuß abzuweigen und in Investitionen aller Art festzulegen. Es wird vor jeder größeren Neu-Anlage zweckmäßig sein, zunächst einmal die finanzielle Lage im Hinblick auf die Liquidität zu überprüfen. Es ist nicht empfehlenswert, in Zeiten einer angespannten Liquiditätssituation noch Gelder für größere Investitionen bereitzustellen, ohne zuvor den eigenen Liquiditätsstatus verbessert zu haben. Die Leitung einer Sparkasse sollte sich nämlich stets vor Augen halten, daß mit dem Entschluß, Mittel in Investitionen aller Art festzulegen, diese Gelder im allgemeinen für die Lebensdauer der Anlagen weitgehend für die Gestaltung der eigenen Liquidität ausfallen. Daraus läßt sich unschwer ableiten, daß der Liquiditätsgehalt dieser Aktiven, wenn überhaupt vorhanden, doch nur äußerst gering sein kann.

154) § 14 Abs. 1 Bundesbankgesetz, aaO.

155) Als Folge des am 1. Juli 1953 in Kraft getretenen Gesetzes „zur Minderung von Härten der Währungsreform“ (Altspargergesetz) erhielten die Sparkassen in Höhe der den Sparern erteilten Entschädigungsgutschriften sogenannte Deckungsforderungen gegen den Ausgleichsfonds (Lastenausgleich).

III. Zusammenfassung

Im zweiten Teil dieser Untersuchung wurde versucht, von den verschiedenen Marktgegebenheiten im Leistungsprozeß ausgehend, einmal die einzelnen Arten von Verbindlichkeiten der Sparkassen auf ihre Vorsorgebedürftigkeit hin zu durchleuchten und zum anderen diesem Liquiditätsbedarf die potentielle Leistung der verschiedenen Aktiven der Sparkassen für die Erhaltung einer ausreichenden Zahlungsbereitschaft gegenüberzustellen.

Untersuchungen dieser Art haben sich als sehr problematisch erwiesen, da sich hinter den Zahlen der Bilanzpositionen eine Unzahl von nur schwer faßbaren Imponderabilien verbirgt. Allgemein gesehen lassen sich daher auch keine Faustregeln aufstellen. Ja, selbst wenn das möglich wäre, so ließen diese sich höchstens auf ein Institut und nie ohne weiteres auf ein anderes anwenden, schon allein bedingt durch die strukturell verschiedenen Geschäftsbereiche und andersgearteten Marktverbindungen. An folgende bestimmende Marktgegebenheiten sie hier erinnert: Einlagenentwicklung bei Sparkassen mit überwiegend ländlichem Kundenkreis und im Vergleich hierzu bei Großsparkassen eines Industriegebietes mit Tausenden gehalts- und lohnempfangenden Kunden; oder aber, um im gleichen Bild zu bleiben, Kontokorrentkredite an Landwirte bzw. weinbautreibende Firmen mit relativ geringer Umschlagshäufigkeit und die gleichen Ausleihungen an ausgesprochen umsatzbetonte Unternehmen wie Kaufhäuser, Groß- und Einzelhandelsfirmen usw. im Industriegebiet.

Gewiß gibt es allgemeine Regeln, die für jedes Institut mehr oder weniger Gültigkeit und damit Aussagekraft besitzen, und es wurde versucht, einige dieser Bestimmungsgrößen in den vorausgegangenen Untersuchungen hervorzuheben. Um jedoch näher an das Problem der ausreichenden Liquiditätsvorsorge heranzukommen, bedarf es neben der Ausführung einiger bisher nur angedeuteter noch anderer Maßnahmen, die im folgenden Teil der Arbeit unter dem Thema 'Möglichkeiten und Grenzen einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge bei den Sparkassen' erörtert werden sollen.

Zweckmäßigerweise sind die nun folgenden Untersuchungen immer mehr auf eine bestimmte Sparkasse beschränkt, ohne daß dabei vergessen wird, auf allgemeingültige, für die Gesamtheit der Sparkassen zutreffende Regeln hinzuweisen.

3. HAUPTTEIL:

MÖGLICHKEITEN
UND GRENZEN
EINER AUSREICHENDEN
LIQUIDITÄTSVORSORGE
BEI DEN SPARKASSEN

In den vorausgegangenen Abschnitten wurden die Fragen untersucht, welche Anforderungen an die Liquidität der Sparkassen gestellt werden können, in welchem Umfange sich die einzelnen Arten von Verbindlichkeiten der Sparkassen als vorsorgebedürftig erweisen und welchen Anteil die einzelnen Arten von Aktiva zur Erhaltung der Zahlungsbereitschaft der Sparkassen in liquiditätskritischen Zeiten beitragen können.

Aber erst die Auswertung und Zusammenfassung der dabei gewonnenen allgemeinen Erkenntnisse ermöglicht es, Aussagen über das Ausmaß der für das Einzelinstitut erforderlichen Liquiditätsvorsorge zu machen.

Bereits einleitend (1) wurde gesagt, es sei zweckmäßig, in den folgenden Erörterungen immer mehr von einer Sparkasse auszugehen, weil es praktisch nur möglich ist, z. B. Liquiditätsmessungen an etwas Konkretem, wirklich Bestehendem vorzunehmen.

Zum allgemeinen Verständnis kurz noch etwas über das untersuchte Institut: Die Kreissparkasse Kreuznach ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz. Ihre Bilanzsumme betrug Mitte des Jahres 1958 rund 60 Millionen Deutsche Mark; hierunter sind an Einlagen enthalten:

Spareinlagen:	rd. 28 Millionen DM
Sichteinlagen:	rd. 9 Millionen DM
Befristete Einlagen:	rd. 3 Millionen DM
	= 40 Millionen DM

Das Institut verfügt über sieben Hauptzweigstellen und vier Nebenzweigstellen.

Zu der Struktur des Geschäftsbezirks der Sparkasse ist folgendes zu sagen: Weinbau und Weinhandel geben dem sehr stark gegliederten Wirtschaftsleben des Gewährsverbandes das Gepräge (der Landkreis Kreuznach ist der größte weinbautreibende Kreis der Bundesrepublik). Ackerbau und Viehhaltung sind in den nördlichen Gebieten, die an den Soonwald und Hunsrück grenzen, vorherrschend und bilden hier die Haupterwerbsquellen. Forstwirtschaft ergibt sich aus den ausgedehnten Waldungen des Soons, der die Grundstoffe für die Holzindustrie mit all ihren Zweigen liefert. Industriebetriebe aller Art sind vorhanden, Leder- und Lederwarenfabrikation, optische und chemische Werke, Maschinenfabriken und Apparatebau, Kalk- und Steinindustrie sowie Textilfabriken in kleinerem Umfange. Für die Kellereiwirtschaft der Weinbaubetriebe werden die meisten technischen Geräte in heimischen Fabriken hergestellt.

Handel und Gewerbe aller Branchen stehen in gesunder Mischung nebeneinander und geben dem Wirtschaftsleben eine ausgewogene Struktur. Ein weiterer wichtiger Zweig des Wirtschaftsgefüges sind die mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden Betriebe.

1) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 10.

Die Zahl der Einwohner des Kreisgebietes betrug Ende des Jahres 1957 rd. 125.000.

Diese kurze Strukturanalyse zeigt, daß es der Leitung des erwähnten Instituts relativ leicht fällt, eine breite Streuung branchen- und eventuell auch betragsmäßiger Art z. B. im Ausleihgeschäft zu erreichen; eine Tatsache, die sich im Hinblick auf den Liquiditätsgehalt des Kreditgeschäftes als Ganzes nur günstig auswirken wird. Wie bereits an früherer Stelle (2) angedeutet, haben hier die verschiedenen Branchenzweige eine ausgleichende Wirkung und erleichtern somit die notwendigen Liquiditätsdispositionen ganz erheblich.

Jedoch erschwert andererseits diese Vielschichtigkeit der Wirtschaft des Kreisgebietes mit den vielen Imponderabilien eine genauere Beurteilung des Liquiditätsgehaltes der Kredite.

2) vgl. hierzu Ausführungen auf Seite 115.

I. Messung

von Liquiditätsanspannungen

A. IM ABLAUF EINES GANZEN JAHRES

Die Behandlung dieses Problems soll aus Gründen der Übersichtlichkeit lediglich an den wichtigsten Einlage- (Spareinlagen, Sichteinlagen) und Kreditarten (Kontokorrent-Debitoren und langfristige Ausleihungen gegen Grundpfandrechte) vorgenommen werden.

Den Erörterungen über die Spareinlagen wird eine Kundenstamm-analyse der Sparer bei der Kreissparkasse Kreuznach vorausgestellt. Sie soll zum Verständnis der im Tabellenanhang (3) aufgeführten „Bewegungsstatistik“ beitragen und durch die Aufgliederung in Berufs- bzw. Branchengruppen einen Einblick in die Dispositionsmöglichkeiten der Kunden gestatten.

Da es dem Verfasser unmöglich war, sämtliche Sparkonten des Instituts (rd. 40.000 Stück) einzeln zu erfassen, war er gezwungen, sich mit einer Repräsentativ-Erhebung (4) zufriedenzugeben. Die Untersuchung von rd. 2.000 Konten Mitte des Jahres 1958 ergab folgendes Bild:

Berufsgruppen	Anzahl in v. H.
Unselbständige:	
1. Arbeiter	14,41
2. Angestellte	18,11
3. Beamte	10,62
4. Hausfrauen	18,18
5. Kinder / Schüler	3,62
Selbständige:	
6. Freie Berufe	4,07
7. Handwerker	5,94
8. Groß- und Einzelhandel	4,97
9. Landwirte / Winzer	12,85
10. Industrie	1,35
11. Sonstige	2,00
Ohne Berufsangabe:	3,88
Gesamtanzahl der Konten	100,00

3) vgl. hierzu Tabellenanhang.

4) Der Verfasser entnahm anteilmäßig zur Gesamtanzahl der Konten an den einzelnen Spareinlagearten aus den Gruppen:

a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist rd. 70 % und

b) mit bes. vereinb. Kündigungsfrist rd. 30 %.

Die Haushalte der Arbeitnehmer nach Einkommensgruppen im Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West) (5)

Behelfsmäßig hochgerechnete Ergebnisse der 1 vH-Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik 1956/57

Monatliches Nettoeinkommen des Haushaltes in DM	Angestellte und Beamte		Arbeiter		Arbeitnehmer zusammen	
	vH		1 000		1 000	
	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH
unter 200	39,7	1,4	154,6	3,0	194,3	2,4
200 bis unter 300	118,8	4,2	473,9	9,3	592,7	7,5
300 bis unter 400	370,4	12,9	1 325,5	26,1	1 695,9	21,4
400 bis unter 500	490,2	17,1	1 124,1	22,2	1 614,3	20,3
500 bis unter 600	487,6	17,0	778,5	15,3	1 266,1	15,9
600 bis unter 700	405,7	14,2	505,2	10,0	910,9	11,5
700 bis unter 800	295,2	10,3	293,3	5,8	588,5	7,4
800 bis unter 1 000	349,5	12,2	267,0	5,3	616,5	7,8
1 000 bis unter 1 500	263,8	9,2	137,8	2,7	401,7	5,1
1 500 und mehr	44,0	1,5	13,5	0,3	57,5	0,7
zusammen	2 864,9	100	5 073,4	100	7 938,3	100
Ohne ausreichende Einkommens- angaben	518,0	15,3	492,3	8,8	1 010,3	11,3
Haushalte zusammen *)	3 382,9	100	5 565,7	100	8 948,6	100

*) Nur erfaßte Haushalte mit Angaben über die Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes.

5) Vgl. „Wirtschaft und Statistik“ Heft 8/1959.

Nach dieser statistisch-repräsentativen Erhebung entfallen von den rd. 40.000 Sparkassenbüchern rd. 30.000 Stück auf wirtschaftlich Unselbständige (Gruppen 1. bis 5.). Mit je 18 % der gesamten Sparkassenbücher liegen dabei die Hausfrauen (6) und Angestellten vor den Arbeitern mit 14 % und den Beamten mit 11 % an der Spitze dieser Gruppe. Die Gliederung hätte noch mehr Erkenntniswert, wenn dieser Aufstellung die absoluten, angesparten Beträge in Deutsche Mark, ebenfalls aufgeteilt nach Branchen- und Berufsgruppen, beigelegt wären. Um hier zumindest zu Annäherungswerten zu gelangen, könnte man vielleicht von den Untersuchungen der Sparkassenorganisation zum 31. Oktober 1959 ausgehen und deduktiv auf die Ergebnisse bei der Kreissparkasse schließen. Unter der Prämisse, daß die Gruppen „Hausfrauen“ und „Kinder/Schüler“ den Berufen des Ehemanns bzw. des Erziehungsberechtigten zugeordnet werden, entfallen dann auf „Arbeiter“ rd. 16 % des gesamten Spareinlagenbestandes von Privatpersonen bei Sparkassen. Die Angestellten sind mit 19 % am Spareinlagenbestand beteiligt, und der Anteil der Beamten an den privaten Spareinlagen der Sparkassen beläuft sich auf 9 %. Demgegenüber machen die Spareinlagen von Selbständigen insgesamt rd. 34 % des Gesamtbestandes bei den Sparkassen aus.

In diesem Zusammenhang ist die Einkommensstruktur der Arbeitnehmerhaushalte von Interesse (7), die im Hinblick auf liquiditätsdispositionelle Maßnahmen wichtige Einblicke in die Gliederung der Netto-Haushaltseinkommen der wirtschaftlich Unselbständigen gestattet. In der Tabelle (7) wird die Schichtung aller Haushalte von Arbeitnehmergruppen – auch in der Aufteilung nach Angestellten und Beamten einerseits und Arbeitern andererseits – nachgewiesen. Für die Gesamtmasse der hier dargestellten Haushaltungen liegt das Schwergewicht eindeutig bei der Einkommensgruppe von 300 bis 400 DM Haushaltseinkommen, auf die 21,4 % der Gesamtzahl entfallen, und bei der nächsthöheren Einkommensgruppe von 400 bis 500 DM, auf die ein Anteil von 20,3 % entfällt. Von der Gesamtzahl der hier betrachteten Haushalte verfügen demnach rund 41,7 % über Haushaltseinkommen zwischen 300 bis 500 DM. Berücksichtigt man auch die nächste Einkommensgruppe von 500 bis 600 DM, so erhöht sich die Zahl der Haushalte um weitere 15,9 %. Über die Hälfte der Arbeitnehmer-Haushalte verfügte also 1956/1957 über ein Einkommen zwischen 300 und 600 DM. Der Rest verteilt sich mit etwa einem knappen Drittel auf Haushalte mit mehr als 600 DM und einem Zehntel auf solche mit weniger als 300 DM.

Es sei daran erinnert, daß es sich um Nettoeinkommen nach Abzug der Steuern usw. im Frühjahr 1957 handelt. Seitdem haben sich die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer beträchtlich erhöht.

6) Hierunter befinden sich zum großen Teil Konten, die richtiger vor allem unter „Arbeiter“, aber auch unter „Angestellte“ und „Beamte“ einzugruppieren wären.

7) vgl. hierzu Tabelle auf Seite 134.

Betrachtet man die Gruppe der Angestellten und Beamten für sich allein, so sinkt der Anteil der Haushalte mit weniger als 300 DM auf rd. 6 %. Die Gruppen zwischen 300 und 800 DM sind mit jeweils mehr als 10 % besetzt. Der Schwerpunkt liegt bei den Einkommen zwischen 400 und 700 DM, denn in diese Gruppe fällt nahezu die Hälfte aller Haushalte von Angestellten und Beamten.

Bei den Arbeiterhaushalten blieben 1957 12,3 % unter der Grenze von 300 DM. Hier liegt der Schwerpunkt bei den Nettoeinkommen zwischen 300 und 500 DM, da nahezu die Hälfte aller Arbeiterhaushalte zu dieser Gruppe gehört. Die 600 DM-Grenze wurde immerhin noch von nahezu einem Viertel aller Arbeiterhaushalte überschritten.

Jedenfalls ist es für die Sparkasse schon von großem Nutzen, zu wissen, wie ihr Kundenstamm im Spareinlagengeschäft und dessen potentielle Sparfähigkeit aussieht, und sie kann, wenn sie dazu die folgende Größenklassengliederung der Spareinlagen des Instituts heranzieht, die verschiedenen ange deuteten Gesichtspunkte einer Beurteilungsmöglichkeit miteinander kombinieren, in liquiditätspolitischer Sicht zu interessanten Schlüssen kommen.

Gliederung der Spareinlagen nach der Größe (8)

Größenklassen in DM				zum 31. 12. 1957	
				Konten	Betrag
	000	bis	100	22.326	892
über	100	bis	300	4.776	801
über	300	bis	1.000	4.765	2.608
über	1.000	bis	3.000	4.142	6.794
über	3.000	bis	5.000	1.142	4.385
über	5.000	bis	10.000	747	5.094
über	10.000	bis	30.000	268	3.772
über	30.000	bis	50.000	13	489
über	50.000			17	1.937
				38.196 *)	26.772 *)

*) Darunter 9 Sammelkonten mit 3.491 Einzelansprüchen unter DM 5.—.

Nach dieser Größenklassengliederung weisen rd. 97 % der Sparkonten Bestände bis 5.000 DM aus, während nur 3 % (im Betrag ausgedrückt, jedoch 42 % aller Spareinlagen) auf die sogenannten Großeinleger entfallen.

Eine Untersuchung vor allem dieser Großguthaben nach den Gesichtspunkten der Mittelherkunft und Mittelverwendung wäre demnach durchaus ratsam. Wie jede Sparkasse ist auch das Institut in Kreuznach verpflichtet, die Spareinlagen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften genauestens hinsichtlich

8) Entn. dem Geschäftsbericht 1957 der Kreissparkasse Kreuznach.

ihrer Größe und Fälligkeit aufzuzeichnen. Dies ergab bei der Kreissparkasse Kreuznach folgendes Bild:

Durchschnittsguthaben der öffentlich-rechtlichen Körperschaften zum 30. 6. 1958

1. mit satzungsmäßiger Kündigung	=	3.360,— DM
2. mit halbjährlicher Kündigung	=	22.430,— DM
3. mit jährlicher Kündigung	=	5.810,— DM

Gerade bei den Spareinlagen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften befinden sich zahlreiche Großguthaben von 50.000,— bis 100.000,— DM, die einer genauen Liquiditätspflege bedürfen.

Die Sparkasse sollte daher versuchen, neben den offiziell vereinbarten Kündigungsfristen auch den Verwendungszweck gerade dieser Gelder kennenzulernen, was hier nicht schwer fallen sollte. Man könnte sich dadurch viele unnötige Liquiditätserwägungen ersparen; denn die Praxis hat gezeigt, daß viele der ordnungsgemäß gekündigten Guthaben zu den geplanten Stichtagen nicht in bar abgehoben, sondern vielfach nur auf Sparkonten mit satzungsmäßiger, also täglicher Kündigung, übertragen werden.

Auch wäre zu empfehlen, eine Liste der ausgesprochenen Kündigungen zu führen, aus der man, wie das im folgenden gezeigt wird, die Brennpunkte hinsichtlich dieses Geschäftszweiges schon im voraus erkennen und sie in die Liquiditätspositionen einplanen könnte.

**Liste der erfolgten Kündigungen hinsichtlich der Fälligkeiten der Gelder
zum 30. 6. 1958**

1958	TDM	1959	TDM
Januar	212	Januar	108
Februar	209	Februar	129
März	268	März	123
April	236	April	145
Mai	228	Mai	138
Juni	254	Juni	106
Juli	256	Juli	132
August	219	August	43
September	211	September	11
Oktober	111		
November	275		
Dezember	120		

Diese Aufstellung ergäbe zumindest bis zum September 1958 für die zu treffenden Liquiditätsdispositionen ein falsches Bild, wenn man nicht wüßte, daß sich unter den ordnungsgemäß gekündigten Spareinlagen größere Beträge befinden, die laufend um einen Monat verlängert werden; denn effektiv zur Auszahlung kommt neben einigen kleineren Beträgen erst im September ein Guthaben von 100 000 DM und im November eines in Höhe von

175 000 DM. Vorausgesetzt, man weiß nun auch noch um den genauen Tag der Abhebung, so erleichtert dies die Liquiditätsdispositionen des Instituts ganz erheblich.

Soviel zu den sogenannten Großeinlagen, die sich vielfach in der Gruppe der Spareinlagen mit vereinbarten Kündigungsfristen befinden.

Lassen sich nun bei den übrigen 97 % kleinen und mittleren Sparguthaben Gesetzmäßigkeiten (9) der Entwicklung erkennen?

Zu dieser Frage wurden von seiten des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes für die Jahre bis einschließlich 1957 interne Untersuchungen angestellt, die ergaben, daß das Wachstum der Spareinlagen bei vielen Sparkassen des dortigen Verbandsgebietes bereits gegen Mitte des laufenden Jahres beendet, die Einlagen dann einige Monate stagnieren und erst zu Ende des Jahres wieder etwas steigen. Dieses Ergebnis fand der Verfasser weder bei der Kreissparkasse Kreuznach noch bei anderen untersuchten Sparkassen im Verbandsgebiet des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz generell bestätigt. Daher ist anzunehmen, daß obige Erscheinungen strukturell bedingt sind.

Von einer saisonbedingten Verlangsamungstendenz um die Mitte des Jahres abgesehen, war bei der Kreissparkasse Kreuznach das Wachstum der Spareinlagen in den Jahren bis 1958 stetig (10).

Während fast alle anderen Schwankungen mehr oder weniger saison- bzw. monatsbedingt waren, konnte ein effektiv jahreszeitlicher Trend an sich nur auf den Spareinlagenkonten der Landwirte und Weinbautreibenden festgestellt werden. Derartige Schwankungen, die sich im Frühjahr und im Sommer in großen Einlagenabzügen, z. B. für Düngemittel, kleinere Investitionen, usw. ausdrücken, beruhen zum Großteil auf dem naturbedingten Produktionsrhythmus von Landwirtschaft und Weinbau. Im Spätsommer und im Herbst, zur Zeit der Ernten und der darauffolgenden Verkäufe, füllen sich diese Konten in der Regel wieder auf.

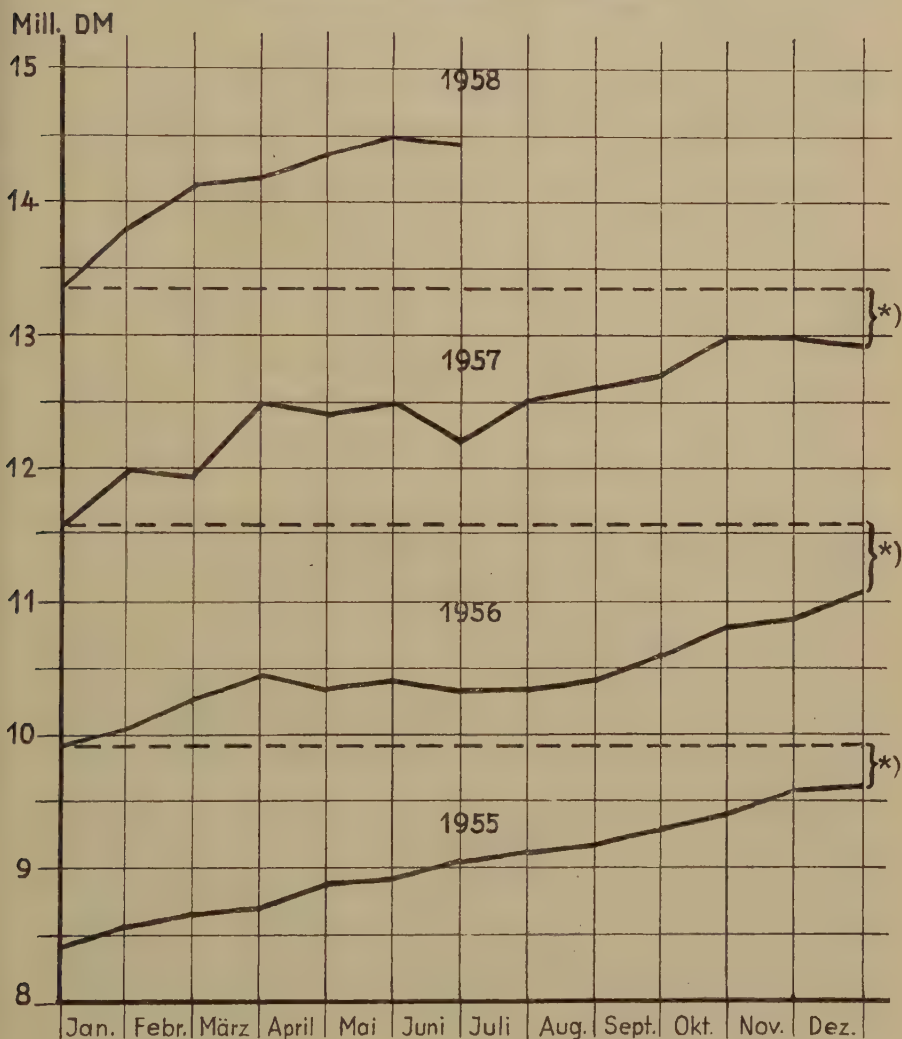
Die erstgenannte Erscheinung hat der Verfasser zu veranschaulichen versucht, indem er vier Monate täglich u. a. die Ein- und Auszahlungen der Landwirte und Weinbauern registrierte:

1958	Einzahlungen	Auszahlungen
	DM	DM
Februar	30 200,—	63 600,—
März	17 300,—	76 500,—
April	7 900,—	58 000,—
Mai	11 700,—	52 600,—
Das sind in vier		
Monaten insgesamt:	67 100,—	250 700,—

9) Nicht im naturwissenschaftlichen Sinne als Gesetz aufzufassen.

10) vgl. hierzu die graphische Darstellung auf Seite 139.

Entwicklung der Spareinlagen in den Jahren 1955, 1956, 1957 und 1958.
 Kreissparkasse Kreuznach – Hauptstelle –



*) Jährliche Zinsgutschriften

11) vgl. hierzu: „Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen, Kreissparkasse Kreuznach - Hauptstelle - im Tabellenanhang dieser Arbeit.

Anzunehmen ist, daß es bei den Sparkassen, zu deren Kundenkreis hauptsächlich diese Branchengruppen gehören, in diesem Zeitraum zu starken Auszahlungsüberschüssen kommt, die sie in ihre Liquiditätsdispositionen einplanen müssen.

Durch den im übrigen gut gegliederten Kundenstamm des untersuchten Instituts wirkt sich jedoch solch ein Überwiegen der Auszahlungen nicht gefährlich aus, da hier den gezeigten „negativen“ Schwankungen „positive“ gegenüberstehen, die meist irgendeinen Ausgleich zustande bringen.

Ähnlich liegen die Dinge bei den **Sichteinlagen** und entsprechend auch bei den **Kontokorrentkrediten**; denn geldliche Anspannungen wirken sich fast immer auf beiden Seiten des Kontokorrentgeschäftes aus, d. h., mit der Abnahme der Sichteinlagen verbindet sich zugleich ein Ansteigen der Debitoren (12), eine Erscheinung, die immer wieder zu beobachten ist und deren Kenntnis einer besseren Liquiditätsvorsorge dienen kann.

Auch hier sind es wieder die Landwirtschaftsbeiräte und die Weinbaubetriebenden Firmen, vielleicht noch in einem gewissen Umfange die Bauunternehmungen (obwohl letztere mehr saisonalen Bedingungen unterworfen sein dürften), bei denen man einen gewissen Trend, der sich auf den Verlauf des ganzen Jahres erstreckt, feststellen kann.

Anders dagegen müssen die **langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte**, bei den Sparkassen vornehmlich Hypothekarkredite zur Wohnungsbaufinanzierung, beurteilt werden. Diese Darlehen kommen meist mit ihrer ersten Rate zu Baubeginn im Frühjahr zur Auszahlung und können zu diesem Zeitpunkt – je nach Umfang – die Liquiditätslage des Instituts erheblich belasten. Da jedoch ein Großteil dieser Kredite bereits im Laufe des vorangegangenen Winters beantragt, beurteilt und schließlich bindend zugesagt wurden (13), so dürfte eigentlich der alljährlich sich wiederholende Auszahlungsstoß in den ersten Monaten des neuen Jahres die Sparkasse nicht überraschen.

Im Umfange des Kreditrückflusses sind relativ große Unterschiede festzustellen. Nach den vom Verfasser bei der Kreissparkasse Kreuznach und bei anderen Sparkassen im Verbandsgebiet des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz durchgeführten Untersuchungen schwankt der Rückfluß bei den Hypothekarkrediten zwischen vier und acht % pro anno des Bestandes (14), je nachdem, ob die Ausleihungen mit 1 % Tilgung zuzüglich ersparter Zinsen erfolgt sind oder höhere Tilgungssätze zugrunde gelegt wurden.

12) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 111.

13) vgl. hierzu 3. Hauptteil, II. D.: „Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen „Darlehen“.

14) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 161.

Diese Tilgungsraten, deren erste in der Regel ein Jahr nach der Auszahlung der letzten Hypothekarkreditrate fällig ist, sind, da sie vertragsmäßig festliegen und vereinbarungsgemäß zum größten Teil auch eingehen, verhältnismäßig leicht in die Liquiditätsdispositionen einzubeziehen.

Genaueres Zahlenmaterial über vorzeitige Tilgungen und vorhandene Tilgungsrückstände konnte der Verfasser nicht erhalten. Die Behauptung, daß vorzeitige Tilgungen unberücksichtigt bleiben können, da sie in der Regel durch die vorhandenen Tilgungsrückstände ausgeglichen werden, wird lediglich durch die Schätzung befragter Sachbearbeiter und die Erfahrungen des Verfassers selbst gestützt.

I. Messung von Liquiditätsanspannungen

B. IM VERLAUF EINER SAISON

Während bei den vorausgegangenen Erörterungen über die Liquiditätsanspannungen jahreszeitlicher Art von dem Zeitraum eines Kalenderjahres ausgegangen wurde, so soll im folgenden am Ablauf der einzelnen Jahreszeiten (= Saison) versucht werden, die möglichen Liquiditätsschwankungen zu untersuchen und zu messen.

Bei den **Spareinlagen** dürfte eine eingehende Behandlung der Großeinlagen entbehrlich sein, da deren Abhebung meist längere Kündigungsfristen vorausgehen und diese wiederum kaum saisonbedingt sind, es sei denn, die abverfügten Mittel würden z.B. für Neubauten verwandt. Eine gewisse Ausnahme stellen vielleicht bis Ende des Jahres 1961 die größeren steuerbegünstigten und ab 1964 die prämienbegünstigten Sparguthaben dar, die aus Gründen des Vertragsschlusses meist um das Jahresende (15) auch zu dieser Zeit wieder nach ihrer Freigabe abgehoben wurden bzw. werden.

Wie verhält es sich nun mit den übrigen 97 % der Spareinlagen? Können hierbei im Laufe des Jahres gewisse sich immer wiederholende typische Erscheinungen festgestellt werden?

Die im Tabellenanhang aufgeführte „Bewegungsstatistik“ zeigt, daß es in den ersten beiden Monaten eines jeden Jahres bei der Kreissparkasse Kreuznach in der Regel kurz vor Wochenschluß (freitags und sonnabends) zu Auszahlungsüberschüssen kommt, die gerade bei den Instituten im Rheinland durch die Fastnacht-Saison erklärt werden können. Zu Beginn der ein-

15) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 70 ff.

zelen Wochen überwiegen dabei die Einzahlungen der Gastwirte usw., kurz der Leute, die in der Fastnachtszeit das „Geschäft machen“.

Welche Bedeutung gerade für die Spareinlagen die drei „tollen Tage“, die eigentlichen Fastnachtstage, haben, erläutert am aufschlußreichsten nachfolgender statistischer Auszug der Aufstellung im Anhang zu dieser Arbeit.

Das Zahlenmaterial, das der Verfasser bei der Kreissparkasse Kreuznach zusammengetragen hat, zeigt die „Auswirkungen“ der Fastnachtstage auf das Spargeschäft während der letzten vier Jahre (16).

	Auszahlungs- in ‰ vom Monatsanfangsbestand	überschuß	Einzahlungs- in ‰
1955 Februar (19. – 25. 2.)			
Fastnacht-Samstag	2,9		
„ Montag	0,6		
„ Dienstag	0,1		
Aschermittwoch	0,8		
Donnerstag			0,3
Freitag			4,4
1956 Februar (11. – 17. 2.)			
Fastnacht-Samstag	0,1		
„ Montag	0,3		
„ Dienstag	0,1		
Aschermittwoch	1,4		
Donnerstag			0,6
Freitag			1,3
1957 März (2. 3. – 8. 3.)			
Fastnacht-Samstag			3,0 *)
„ Montag	0,5		
„ Dienstag	0,1		
Aschermittwoch	0,1		
Donnerstag			0,9
Freitag			5,2
1958 Februar (15. – 20. 2.)			
Fastnacht-Samstag	0,3		
„ Montag	1,5		
„ Dienstag	0,1		
Aschermittwoch	0,2		
Donnerstag			1,2
Freitag			0,2

*) Dieser Einzahlungsüberschuß dürfte mit den am 1. März erfolgten Gehalts- und Lohnzahlungen zusammenhängen.

16) Im Vergleich dazu der Verlauf „normaler“ Wochen siehe Tabellenanhang.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, welche Bedeutung derartigen Festen im Hinblick auf die Zahlungsströme und damit die Liquidität zukommt.

Nach Beendigung der Fastnachtszeit folgt in der Regel ein umschlagsschwacher Monat, der März. Dadurch daß man auf das Osterfest, das Pfingstfest und die Reisezeit hinspart, kommt es dann meist zu größeren Einzahlungsüberschüssen.

Diese Entwicklung kann jedoch, wie bereits weiter oben (17) angedeutet, bei Sparkassen mit überwiegend land- und weinbauwirtschaftlichem Kundenkreis durch die im Frühjahr auftretenden Auszahlungsüberschüssen überlagert werden.

Bei der Kreissparkasse Kreuznach und mit ihr bei vielen anderen Instituten zeigen sich zu Ende des Monats März und zu Beginn des Aprils bzw. im Mai in Verbindung mit dem Osterfest und dem Pfingstfest allenthalben Auszahlungsüberschüsse, die jedoch wiederum zu einem Teil durch die Einzahlungen der Groß- und Einzelhandelsbetriebe überlagert werden.

Auf diese Erscheinung macht die bereits erwähnte Statistik im Anhang der Arbeit deutlich, die hier auszugsweise wiedergegeben werden soll:

Jeweils die letzte Woche vor dem Oster- bzw. Pfingstfest (1955–1958) (18)

	in ‰ vom Monatsanfangsbestand	
	Auszahlungs-	Einzahlungs-
		überschuß
1955 Ostern (Anfang April)		
Montag		3,2 *)
Dienstag	0,5	
Mittwoch	0,1	
Donnerstag	3,0	
Pfingsten (Ende Mai)		
Montag		0,5
Dienstag	0,4	
Mittwoch	0,2	
Donnerstag		0,3
Freitag	0,6	
1956 Ostern (Anfang April)		
Montag		0,5
Dienstag	0,5	
Mittwoch		2,5 *)
Donnerstag	0,4	

17) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 140.

18) Im Vergleich hierzu der Verlauf normaler Wochen siehe Tabellenanhang.

	in ‰ vom Monatsanfangsbestand	
	Auszahlungs-	Einzahlungs-
	überschuß	
Pfingsten (Mitte Mai)		
Montag		0,3
Dienstag	0,3	
Mittwoch	0,3	
Donnerstag	1,8	
Freitag	0,6	
1957 Ostern (Mitte April)		
Montag	2,4	
Dienstag	1,6	
Mittwoch	0,4	
Donnerstag	0,7	
Pfingsten (Anfang Juni)		
Montag	3,9 **)	
Dienstag	1,8	
Mittwoch	0,6	
Donnerstag	0,1	
Freitag	0,1	
1958 Ostern (Anfang April)		
Montag		1,2
Dienstag	1,0	
Mittwoch	0,2	
Donnerstag	0,9	
Pfingsten (Ende Mai)		
Montag		2,7
Dienstag	2,8	
Mittwoch	0,1	
Donnerstag	0,6	
Freitag	1,5	

*) Diese Einzahlungsüberschüsse lassen sich zu einem Teil auf Lohn- und Gehaltszahlungstermine zurückführen.

**) Hier wird die Entwicklung bereits durch die beginnende Reisezeit überlagert.

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, daß es also im Ablauf eines Geschäftsjahres sich ständig wiederholende „Regelmäßigkeiten“ gibt, die in den Liquiditätsdispositionen durchaus berücksichtigt werden können.

Daß eine derartige Entwicklung durch die Schwankungen innerhalb der Sichteinlagen verstärkt oder die der Debitoren ausgeglichen werden kann, beeinträchtigt den Wert solcher Aufstellungen nicht.

Als Teilergebnis kann somit zunächst festgehalten werden: Die Verbrauchsgüter produzierenden und umsetzenden Betriebswirtschaften richten sich meist nach den Festtagen aus; daher wird die jeweilige Umsatzbelegung vor den Festen in der Regel Hand in Hand mit einer angespannten Liquiditätslage der Institute gehen, während sich danach das Bild durch eventuelle Einzahlungsüberschüsse in das Gegenteil verkehren kann (19).

Wie die Untersuchungen weiterhin ergaben, macht sich in den Monaten Juni, Juli und August in liquiditätspolitischer Hinsicht die Reisezeit stark bemerkbar, immer wieder tendenziell verstärkt durch die besonderen Bedürfnisse der land- und weinbauwirtschaftlichen Betriebe.

Vom Monat August einmal abgesehen, der wegen der Schulferien als der eigentliche Reisemonat bezeichnet werden kann, hängt vieles während der übrigen genannten Monate von der Wetterlage ab.

Jedoch schon allein das Wissen um diese jährlich sich wiederholende Tatsache genügt, um Liquiditätsbeengungen aus dem Wege gehen zu können, zumal sich ja die Reisezeit über drei bis vier Monate hinzieht, also mit einem liquiditätsanspannenden „Stoß“ nicht gerechnet werden braucht.

Auf den Monat August folgt der saisonstille September, was auch die folgenden Umschlagshäufigkeitsziffern – Sollumsätze des Monats zum durchschnittlichen Gesamtbestand der Spareinlagen – beweisen:

September 1955	=	4,0 ‰
September 1956	=	4,0 ‰
September 1957	=	4,3 ‰

Vielmehr weist der September, ebenso wie die darauffolgenden Monate Oktober und November Einzahlungsüberschüsse auf, die, wie der Dezember dann zeigt, darauf zurückzuführen sind, daß man auf das Weihnachtsfest hin spart.

Der letzte Monat des Jahres zeichnet sich bis zum Weihnachtsfest durch mehr oder weniger permanente Auszahlungsüberschüsse aus, so daß nur die am Jahresende von der Sparkasse zu zahlenden Zinsgutschriften das Bild etwas günstiger gestalten. Abstrahiert man dagegen von diesen Zinsgutschriften, so weist nach den Untersuchungen des Verfassers der Monat Dezember in den Jahren 1955 bis 1957 bei der Kreissparkasse Kreuznach folgende Ein- bzw. Auszahlungsüberschüsse aus:

Dezember 1955	=	+ 230 000,- DM
Dezember 1956	=	+ 147 000,- DM
Dezember 1957	=	- 177 000,- DM

19) vgl. hierzu auch die Ausführungen auf Seite 143.

Wenn man dabei noch in Betracht zieht, daß gerade der letzte Monat des Jahres 1957 bei den meisten Instituten starke Neuabschlüsse und die damit verbundenen Barzugänge im Steuerbegünstigten Sparen brachte, so wird das Bild bei den sonstigen Spareinlagen noch ungünstiger.

Gerade vor dem Weihnachtsfest wirken sich auch die verkaufsoffenen Sonntage stark aus, die jedoch, vom Liquiditätspolitischen Standpunkt aus gesehen, durchaus zu begrüßen sind, da sie die unabänderlich auftretenden Auszahlungsüberschüsse etwas über den ganzen letzten Monat verteilen und somit die Liquiditätsdispositionen der Institute erleichtern.

Nach dem Weihnachtsfest kommt es seitens des Groß- und Einzelhandels zu größeren Einzahlungen, die noch in etwa verstärkt werden durch die nicht ganz „ausgegebene“ und nun gesparte Weihnachtsgratifikation und den am Jahresende anfallenden Gehalts- und Lohnzahlungstermin.

Bei den **Sichteinlagen** verlaufen die saisonbedingten Liquiditätsanspannungen fast in dem gleichen Rhythmus wie bei den soeben untersuchten Spareinlagen, so daß auf eine nähere Erläuterung verzichtet werden kann.

Anders ist es bei den **Kontokorrent-Debitoren**, bei denen man jedoch unterscheiden muß zwischen Kreditnehmern, die sich mehr oder weniger nach den Festtagen oder nach der Reisezeit (z. B. Fremdenverkehrsgewerbe) richten und anderen, deren Produktionsprozeß sich mehr oder weniger über ein ganzes Jahr erstreckt wie etwa der des Baugewerbes, der Landwirtschaft und der Weinbaubetriebe.

Während die ersteren die Liquiditätsanspannungen, wie sie weiter oben behandelt wurden, noch verstärken und in der darauffolgenden Zeit auch wieder verflüssigend wirken, d. h. ihre debitorischen Konten abbauen können, richten sich die letzteren nach anderen, für sie entscheidenden Gegebenheiten aus und wirken somit einmal tendenziell verstärkend und zum anderen wieder ausgleichend auf die Liquiditätsanspannungen. Diese zweite Gruppe ist in diesem Zusammenhang liquiditätspolitisch interessant.

Um zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen, müßte es im Interesse einer jeden Sparkasse liegen, die ihr durch die Kundenstammanalysen bekannten und für sie wichtigen Branchen herauszunehmen und einzeln zu untersuchen. Der Verfasser hat die debitorischen Konten der weinbautreibenden Kunden der Kreissparkasse Kreuznach geprüft, um an diesem Beispiel die Bedeutung einer genauen Branchenkenntnis für die Liquiditätspolitik aufzuzeigen.

An Kontokorrentkrediten waren im Jahre 1957 im Durchschnitt rd. 620 000 DM an weinbautreibende Firmen hinausgelegt worden.

Die Untersuchungen des Verfassers haben ergeben, daß sich die genehmigten Kontoüberziehungen und Kreditüberschreitungen (20) im Jahre 1957 wie folgt entwickelt haben:

Branche: Weinbau		Kontoüberziehungen und Kreditüberschreitungen
1957		
Januar	146 100,-	DM
Februar	98 300,-	DM
März	48 700,-	DM
April	21 800,-	DM
Mai	52 100,-	DM
Juni	61 400,-	DM
Juli	74 100,-	DM
August	100 800,-	DM
September	148 900,-	DM
Oktober	383 700,-	DM
November	263 600,-	DM
Dezember	147 100,-	DM

Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß dieser Wirtschaftszweig drei ausgesprochen schlechte Weinertragsjahre zu verzeichnen hatte, vielen Winzern sogar die Frühjahrserfröste zur Zeit der Weinblüte die Ertragsaussichten gänzlich zunichte machten. Dazu kamen Ende des Jahres 1957 noch die Mitteilungen über „Weinfälscher-Prozesse“, die ebenfalls nicht dazu angetan waren, den Verbrauch der noch darüberhinaus stark verteuerten Weine zu heben.

Im Hinblick auf die doch relativ hohen Kontoüberziehungen und Kreditüberschreitungen läßt sich daher sagen, daß es der Leitung des untersuchten Instituts nicht möglich war, die Masse der Kredite wenigstens für einen Teil des Jahres unter die genehmigten Kreditlinien zu bringen, was sonst gerade im Frühjahr durch den Verkauf der Weinvorräte durchaus im Bereich des Möglichen liegt.

Was sich jedoch in der obigen Aufstellung klar ausdrückt und was auch damit gezeigt werden sollte, ist der saisonbedingte, sich jedoch fast über das gesamte Jahr erstreckende Rhythmus in dieser Branche.

Er beginnt im Frühjahr – Ende April – zur Zeit der Weinbergsbestellung mit steigender Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite und gelegentlichen Überziehungen. Die in den folgenden Monaten nur noch geringfügigen Weinverkäufe genügen meist nicht, um die, wie der Praktiker sagt, „saure Gurkenzeit“ bis zur Ernte im Oktober zu überbrücken. Mit der Ernte hat somit auch die Inanspruchnahme der Kredite und Überziehungen ihren Höhepunkt erreicht und nimmt nun durch den erhöhten Weinkonsum im Spätherbst, an

20) Den Überziehungslisten des Instituts entnommen.

Weihnachten und der darauffolgenden Fastnachtszeit relativ rasch ab. Im März und Anfang April sind dann durch die Großverkäufe mindestens die Kreditlinien erreicht, in guten Weinjahren sogar erheblich unterschritten, so daß die zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden Weinfinanzierungs-Solawechsel fristgerecht eingelöst werden können.

Welche Bedeutung diese Weinfinanzierungs-Solawechsel gerade für die Weinwirtschaft haben, geht daraus hervor, daß allein bei der Hauptstelle der Kreissparkasse Kreuznach im Jahre 1957 dreißig derartige Wechsel mit einem Durchschnittsbetrag von rd. 20 000 DM abgerechnet wurden.

Da die Fälligkeiten dieser Finanzierungsinstrumente der Sparkasse bekannt sind, dürften sie verhältnismäßig leicht in die Liquiditätsdispositionen einzuordnen sein, vorausgesetzt, daß dem Institut auch tatsächlich zusätzliche Mittel zuströmen und es nicht, was ebenfalls vorkommt, die Wechsel zu Lasten neuer Überziehungen bzw. Überschreitungen auf den Kontokorrentkreditkonten einlöst.

Zu der Messung der Liquiditätsanspannungen saisonaler Art bei **langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte** ist lediglich zu bemerken, daß sie in enger Beziehung z. B. zu den Spareinlagen stehen; d. h. ein vermindertes Angebot an längerfristig terminierten Einlagen wird meist infolge der dadurch notwendigen Einschränkung der Neubewilligungen auch einen zumindest relativen Rückgang der langfristigen Ausleihungen bewirken. Dies jedoch zu berücksichtigen, liegt, von den bereits zugesagten Hypothekarkrediten abgesehen, in der Hand des Instituts selbst.

Bezüglich der in der Regel halb- und jährlich vereinbarten Tilgungsleistungen ist noch zu bemerken, daß die zur Reisezeit (Juli und August) und um das Weihnachtsfest fälligen Amortisationsraten erfahrungsgemäß zögernder eingehen als Beträge zu anderen Zeiten des Jahres.

Genaueres Zahlenmaterial ließ sich jedoch in diesem Zusammenhang vom Verfasser nicht zusammentragen.

I. Messung

von Liquiditätsanspannungen

C. IM ABLAUF EINES MONATS

Bei den **Spareinlagen** sind die Schwankungen innerhalb eines Monats, seien sie liquiditätsan- oder liquiditätsentspannender Art, recht schwach. Sicherlich kann man behaupten, daß gerade am Monatsbeginn durch die Lohn- und Gehaltszahlungstermine die Einzahlungen die Auszahlungen übersteigen, während sich das Bild zum Monatsende meist in das Gegenteil verkehrt.

Diese Erscheinungen sind jedoch so unbedeutend und dazu leicht erfaßbar, daß sie unschwer in die Liquiditätsdispositionen eingeordnet werden können, zumal die meisten Bewegungen gerade am Monatsanfang einfache Übertragungen mittels Daueraufträgen von Girokonten (z.B. Gehaltskonten) auf Sparkonten darstellen.

Verschärft aber werden die Anspannungen vor allem gegen Ende des Monats, immer wenn der normale Geldbedarf des Kunden durch Festtage (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) erhöht wird. Hier überlagern sich die saisonbedingten und monatlichen Liquiditätsanspannungen.

Weit mehr müssen dagegen die monatlichen Schwankungen bei den **Sichteinlagen** beachtet werden.

Der Verfasser hat, um Genaueres über die möglichen Liquiditätsanspannungen aussagen zu können, bei der Kreissparkasse Kreuznach eine Kundenstamm-analyse der Girokonten (Sichteinlagen) gefertigt.

Hierbei handelt es sich um eine Statistik auf repräsentativer Grundlage zum 30. Juni 1958. Erfaßt wurden von über 5 000 Girokonten rd. 1 200 Stück; diese jedoch noch nach besonderen Gesichtspunkten.

Die angeführte Aufstellung der Girokonten (Sichteinlagen) nach Berufs- bzw. Branchengruppen (30.6.1958) ergab folgendes Bild bei der Kreissparkasse Kreuznach:

**Gliederung der kreditorischen Kontokorrentkonten nach Berufen bzw. Branchen
zum 30. Juni 1958.**

Branchen	Anzahl	in Prozenten *)
Landwirtschaft	153	10,0
Weinbau	85	5,2
Fremdenverkehrsgewerbe	81	7,2
Einzelhandel	355	24,0
Großhandel, Handwerk	150	11,0
Industrie	161	10,0
Nahrungs-Genußmittel	53	2,6
Holzbe- bzw. -verarbeitung	18	1,1
Papier (Druck)	26	1,8
Bauwirtschaft	13	0,7
Transportunternehmen	35	2,0
Kommunen	44	2,6
Körperschaften (Vereine)	4	0,2
Kirchen	26	1,4
Freie Berufe	120	6,0
Sonstige	220	14,2
Insgesamt:	1544	100,0

*) in Prozenten der Gesamtgruppe „Gewerbetreibende und sonstige Selbständige“.

Berufe	Anzahl	in Prozenten **)
Beamte	1122	31,6
Angestellte	1739	49,0
Arbeiter	246	6,9
Sonstige Private (Rentner, Pensionäre)	443	12,5
Insgesamt:	3550	100,0

**) in Prozenten der Gesamtgruppe „Unselbständige“.

Da diese Gliederung der Girokonten der Anzahl nach nur sehr wenig über die tatsächlichen Zahlungsströme aussagt, wurde versucht, auch hier wieder auf repräsentativer Grundlage die einzelnen Branchen- bzw. Berufsgruppen nach durchschnittlichem Einlagenbestand bzw. nach angenommenem durchschnittlichem Netto-Einkommen zu staffeln.

Beginnend mit den Branchengruppen, wurden bei dieser Untersuchung die Girokonten nach folgendem Schema gegliedert:

z. B. Landwirtschaft

Durchschnittlicher Einlagenbestand:

1. Gruppe bis 1 000,— DM
2. Gruppe von 1 000 bis 5 000,— DM
3. Gruppe über 5 000,— DM

Für diese drei Gruppen wurden dann, um auf den betragsmäßigen Anteil einer jeden Branche zu kommen, durchschnittliche Einlagenbestände angenommen

- (zu 1. 500,— DM
zu 2. 3 000,— DM
zu 3. 6 000,— DM)

und diese mit der Anzahl der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Konten multipliziert.

Die Aufstellung der Girokonten nach Branchen hatte zum 30. Juni 1958 folgendes Aussehen:

Branche	Gruppe	Anzahl	Betrag in DM
Landwirtschaft	zu 1.	—	—
	zu 2.	63	189 000,—
	zu 3.	90	540 000,—
Weinbau	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	27	81 000,—
	zu 3.	54	324 000,—
Fremdenverkehrsgewerbe	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	36	108 000,—
	zu 3.	41	246 000,—

Branche	Gruppe	Anzahl	Betrag in DM
Einzelhandel	zu 1.	27	14 000,—
	zu 2.	108	324 000,—
	zu 3.	220	1 320 000,—
Großhandel	zu 1.	41	20 000,—
	zu 2.	59	171 000,—
	zu 3.	50	300 000,—
Handwerk	zu 1.	22	11 000,—
	zu 2.	27	81 000,—
	zu 3.	112	672 000,—
Industrie	zu 1.	22	11 000,—
	zu 2.	22	66 000,—
	zu 3.	9	64 000,—
Nahrungs-Genußmittel	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	9	27 000,—
	zu 3.	5	30 000,—
Holzbe- bzw. -verarbeitung	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	9	27 000,—
	zu 3.	13	78 000,—
Papier (Druck)	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	5	15 000,—
	zu 3.	4	24 000,—
Bauwirtschaft	zu 1.	—	—
	zu 2.	13	39 000,—
	zu 3.	22	132 000,—
Transportunternehmen	zu 1.	—	—
	zu 2.	9	27 000,—
	zu 3.	35	210 000,—
Kommunen	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	—	—
	zu 3.	—	—
Körperschaften, Vereine	zu 1.	4	2 000,—
	zu 2.	4	12 000,—
	zu 3.	18	108 000,—
Kirchen	zu 1.	18	9 000,—
	zu 2.	36	108 000,—
	zu 3.	66	400 000,—
Sonstige	zu 1.	184	92 000,—
	zu 2.	4	12 000,—
	zu 3.	32	192 000,—
Insgesamt:		1 544	6 581 000,—

Setzt man einmal voraus, daß die Sichteinlagen zumindest in der nächsten Zeit nicht mehr allzu stark steigen werden, und nimmt man zum anderen an, daß, wie die Praxis zeigt, die Konten der Geschäftsleute sich meist um einen Punkt (21) bewegen, so läßt sich daraus ableiten, daß es sich bei dem obigen Gesamt-Betrag von rd. 6,1 Mill. DM um eine Art „Bodensatz“ handelt, mit dem das Institut, abgesehen von den zum Teil bereits besprochenen saison- und monatsüblichen Schwankungen, in der Regel rechnen kann.

Die wirklichen monatlichen Schwankungen und Liquiditätsanspannungen bringen jedoch die noch zu untersuchenden Lohn- und Gehaltskonten in die Sichteinlagen herein.

Wie die vom Verfasser erstellte Gliederung ergab, sind bei der Kreissparkasse Kreuznach unter den rd. 5 000 Girokonten zum 30. Juni 1958 rd. 3 500 Konten von Lohn- und Gehaltsempfängern, also wirtschaftlich Unselbständigen. Dies ist ein relativ hoher Prozentsatz, der sich – wie noch zu zeigen sein wird – recht günstig auf die Liquiditätsdispositionen des Instituts auswirkt und in eine Liquiditätsplanung verhältnismäßig leicht einzubeziehen ist, da man die ein- und ausgehenden Zahlungsströme ziemlich genau berechnen kann.

Zu diesem Zweck ist wieder eine genaue Analyse der Sichteinlagen einmal nach Gehalts- bzw. Lohnempfängern und Sonstigen und zum anderen nach Nettoeinkommensklassen erforderlich.

Der Verfasser hat diese Untersuchung wiederum auf repräsentativer Grundlage bei der Kreissparkasse Kreuznach gefertigt und ist bei der Gliederung der Festbesoldeten nach geschätzten Nettoverdiensten wie folgt vorgegangen:

Gültig für Beamte, Angestellte, Arbeiter und sonstige Private (Rentner, Pensionäre)

-
- | | |
|-------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Gruppe: kleine Beamte usw. | bis 500,— DM |
| 2. Gruppe: mittlere Beamte usw. von | 500,— bis 800,— DM |
| 3. Gruppe: höhere Beamte usw. über | 800,— DM monatlicher Nettoverdienst. |
-

Die nach diesen Voraussetzungen erstellte Aufgliederung (22) sah am 30. Juni 1958 wie folgt aus:

-
- 21) Zweck der obigen Repräsentativ-Erhebung war es, diesen problematischen Punkt zu finden.
 22) Auch hier wurde bei der Berechnung des monatlich eingehenden Betrages von Durchschnittswerten ausgegangen:
- | | | |
|-------------|---------------|---------------------------|
| Gruppe 1 | bis 500,— DM | = durchschnittl. 400,— DM |
| Gruppe 2 v. | bis 800,— DM | = durchschnittl. 650,— DM |
| Gruppe 3 | über 800,— DM | = durchschnittl. 950,— DM |

Berufsgruppe	Gruppe	Anzahl	monatlich eingehende Beträge (DM)
1. Beamte	zu 1.	290	116 000,-
	zu 2.	640	416 000,-
	zu 3.	192	182 400,-
2. Angestellte	zu 1.	117	46 800,-
	zu 2.	1 100	715 000,-
	zu 3.	522	495 900,-
3. Arbeiter	zu 1.	4	1 600,-
	zu 2.	64	41 600,-
	zu 3.	178	169 100,-
4. Sonstige Private, Rentner, Pensionäre	zu 1.	4	1 600,-
	zu 2.	70	45 500,-
	zu 3.	369	350 550,-
Insgesamt		3 550	2 582 050,-

Diese Statistik gibt ziemlich genau den in der Regel kurz vor dem Monatsanfang einfließenden Betrag an Gehältern, Löhnen, Renten und Pensionen auf den kreditorischen Kontokorrentkonten an. Diese rd. 2,6 Millionen Deutsche Mark verflüssigen demnach den Liquiditätsstatus des Instituts gegen Monatsbeginn, werden jedoch dann zu einem Großteil bis spätestens zum 10. des jeweiligen Monats abgehoben. Über die genaue Höhe des „Bodensatzes“ sind leider noch keine allgemein gültigen Untersuchungen gemacht worden. Nach der bereits weiter oben (23) erwähnten, vom Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband vorgenommenen Erhebung sinkt der „Bodensatz“ nur auf 60 % des jeweiligen Höchstbestandes ab. Das Ergebnis mag überraschend sein, es erklärt sich aber einmal aus den früher beschriebenen Umständen (24) und zum anderen hängt es zweifellos von der Höhe des Prozentsatzes der innerhalb der Sichteinlagen bestehenden Gehaltskonten höherer Beamter und Angestellter ab.

Diese Erkenntnis aus einer möglichst genauen und umfassenden Analyse des Kundenstamms im Sichteinlagengeschäft der Kreissparkasse Kreuznach ermöglichen folgenden Schluß: Die Liquiditätsanspannungen bei den Giroeinlagen dieses Instituts und wahrscheinlich sämtlicher Sparkassen liegen in der Regel nicht am Monatsultimo, sondern vielmehr kurz davor, so daß z. B. die Bankenstatistik vielfach ein zu günstiges Bild über die Liquiditätslage vermittelt. Zum Monatsende sind die Gehalts- und Lohnbeträge bereits eingegangen, über die aber teilweise erst zu Beginn oder im Laufe des folgenden Monats verfügt wird.

23) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 80.

24) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 80.

Dabei wurde festgestellt, daß sich ein hoher Prozentsatz von Gehalts- und Lohnkonten innerhalb dieses Geschäftszweiges durch die ziemlich genaue Einplanbarkeit der Ein- und Auszahlungen beruhigend und stabilisierend auf die Liquiditätslage auswirkt und daß von ihnen auch die Höhe des „Bodensatzes“ stark abhängig ist. Liquiditätspolitisch gesehen, ist demnach eine genaue Beobachtung der Rhythmen in den Bewegungen der Sichteinlagen recht wertvoll.

Wie schon weiter oben betont wurde (25), verbindet sich in der Regel mit der Abnahme der Sichteinlagen zugleich ein Ansteigen der **Debitoren**, da sich logischerweise irgendwelche Geldanspannungen, sei es durch Steuertermine, Gehalts- und Lohnzahlungen usw. immer auf beiden Seiten des Kontokorrentgeschäftes auswirken. Untersuchungen des Verfassers in dieser Richtung haben bei der Kreissparkasse Kreuznach ergeben, daß sich durch terminbedingte stärkere Verfügungen monatliche Bestandsschwankungen von mindestens 0,6 Millionen D-Mark und im Extrem 1,8 Millionen D-Mark zeigten. —

Als Grundlage der Untersuchungen konnte der Verfasser nur die Zahlen vom Monatsanfang und von einem Stichtag zwischen dem 15. und 20. jedes Monats benutzen, da zwischenzeitliche Ergebnisse, für das Gesamtinstitut nicht ermittelt worden waren. Die Messungen wären natürlich um vieles erkenntnisreicher gewesen, wenn sie sich auf 4–5 Stichtagsergebnisse pro Monat hätten stützen können. —

Zwischen den Beständen zur Monatsmitte im Vergleich zum Monatsanfang bestanden folgende Unterschiede:

	März 1956	Juni 1956	Sept. 1956	Dez. 1956	Jan. 1957	Febr. 1957	März 1957
in Millionen D-Mark							
Kreditoren	– 0,6	– 1,0	– 0,8	– 1,2	– 0,2	– 0,5	– 0,5
Debitoren	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6
Abweichung *)	1,0	1,4	1,1	1,4	0,7	0,7	1,1
	Juni 1957	Sept. 1957	Okt. 1957	Nov. 1957	Dez. 1957	Jan. 1958	Febr. 1958
in Millionen D-Mark							
Kreditoren	– 0,9	– 1,3	– 0,6	– 0,5	– 1,6	– 0,5	– 0,5
Debitoren	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3
Abweichung *)	1,6	1,7	0,9	0,7	1,8	1,2	0,8

*) Die Beanspruchung aus Kreditoren und Debitoren war zur Monatsmitte höher um:

25) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 140.

	März 1958	April 1958	Mai 1958	Juni 1958
	in Millionen D-Mark			
Kreditoren	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,6
Debitoren	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Abweichung *)	0,6	0,7	0,7	1,0

*) Die Beanspruchung aus Kreditoren und Debitoren war zur Monatsmitte höher um:

In den Jahren 1956 und 1957 lag die Spitzenbeanspruchung im letzten Monat eines Vierteljahres meist mehr als 0,4 Millionen D-Mark über der der anderen beiden Monate. Diese Tendenz macht sich erst wieder im zweiten Vierteljahr des Jahres 1958 bemerkbar. Solche vierteljährlichen Liquiditätsanspannungen werden in der Regel von den großen Steuerterminen ausgelöst.

Besonders auffallend war hier die relative Unbeweglichkeit des Blocks der Debitoren, der nur verhältnismäßig geringe Ausschläge zeigte. Vielleicht ist diese Erscheinung auf den gerade bei den Hauptzweigstellen des Instituts überwiegend ländlichen Kundenstamm zurückzuführen. Man kann natürlich sagen, daß zu einer solchen Behauptung eine genauere Umschlagsanalyse erforderlich sei. Dem Verfasser standen jedoch, wie bereits oben erwähnt (26), nur zwei Stichtagsergebnisse zur Auswertung zur Verfügung, so daß die Umsatzstätigkeit in der Zwischenzeit bei fast gleichbleibendem Bestand durchaus gut gewesen sein könnte.

Hinsichtlich der **langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte** sind monatliche Schwankungen und Liquiditätsanspannungen nicht festzustellen und können daher bei der Untersuchung außer Betracht bleiben.

26) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 154.

D. ZUSAMMENFASSUNG

Die vorausgegangenen Untersuchungen haben einmal gezeigt, daß es nicht ganz leicht ist, die rein jahreszeitlichen von den wirklich saisonbedingten und diese wiederum von den monatlichen Liquiditätsanspannungen zu scheiden, und zum anderen deutlich gemacht, welche Problematik in dem ganzen Komplex der Messung von Liquiditätsanspannungen liegt. Sicherlich kann die einzelne Sparkasse über die genaue Kenntnis ihres Kundenstamms, dessen Arteigenheiten im jahreszeitlichen, saisonbedingten und monatlichen Ablauf zu für die Liquiditätsdispositionen durchaus brauchbaren Ergebnissen gelangen. Es sei an dieser Stelle nur an die Beobachtung der Kontenführung weinbautreibender Unternehmen im Verlaufe eines Jahres, der von Groß- und Einzelhandelsfirmen um die Festtage (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) und der der gehalts- und lohnempfangenden Kunden innerhalb eines Monats erinnert. Wichtig ist, daß das Einzelinstitut möglichst genau um den jeweilig entscheidenden Trend innerhalb der einen oder anderen, vor allem der ihre Geschäftsstruktur bestimmenden Kundengruppe weiß, dadurch liquiditätskritische Punkte rechtzeitig erkennt und seine Liquiditätsdispositionen dementsprechend darauf einrichtet. Absolut genaue Zahlen sind jedoch, vielleicht als Folge der Eigenart des Sparkassengeschäfts in seiner Gesamtheit, wohl kaum zu erreichen.

Daher muß versucht werden, darüberhinaus durch liquiditätsdispositive Maßnahmen, die in den folgenden Abschnitten erläutert werden sollen, dem Problem einer stets ausreichenden Liquiditätsvorsorge näherzukommen. Nur die Beleuchtung der Eigenarten des Sparkassengeschäfts als Ganzes und das Kombinieren der verschiedensten Gesichtspunkte und Ergebnisse wird letzten Endes genauere und allgemein brauchbare Liquiditätsdispositionen ermöglichen. Ziel derartiger Dispositionen kann jedoch immer nur eine Zahlungsbereitschaft sein, die den Anforderungen eines normalen, von krisenhaften Symptomen weitgehend freien Geschäftsablaufs gerecht wird.

II. Sonstige liquiditätsdispositionelle Maßnahmen

A. AUFSTELLUNG EINES DISPOSITIONSPLANES

Ein Dispositions- oder Finanzierungsplan, den man für die Dauer eines Jahres nach den verschiedensten Gesichtspunkten aufstellen sollte, könnte in seiner „bilanzartige“ Anordnung etwa folgendes Aussehen haben:

A. Einnahmenseite:

1. Vorsichtig zu schätzender Einlagenzuwachs, getrennt nach Spareinlagen, Sichteinlagen und befristeten Einlagen;
2. Rückflüsse aus dem Darlehens- und Kreditgeschäft (nach den Erfahrungssätzen der Vorjahre zu schätzen);
3. Steigerung der eigenen Mittel einschließlich Pensionsrückstellungen und Sammelwertberichtigungen.

B. Ausgabenseite:

1. Noch nicht erfüllte Hypothekarkredit- und sonstige Kreditzusagen;
2. Zu erwartende Abrufe von Großeinlagen (Spareinlagen und befristete Einlagen);
3. Mittel für notwendige eigene Investitionen;
4. Beträge für erforderliche Liquiditätsreserven.

Mit Hilfe eines solchen Dispositionsplanes (I) soll erreicht werden, daß ein Institut stets in etwa weiß, wie weit es in seinen Kredit- und Darlehensbewilligungen gehen kann; denn nur der bei Gegenüberstellungen der beiden Seiten des Planes verbleibende Restbetrag, also der Saldo, ist für die Ausleihungen verfügbar.

Zu A 1.: Vorsichtig zu schätzender Einlagenzuwachs, getrennt nach Spareinlagen, Sichteinlagen und befristeten Einlagen.

Um bei der Schätzung zu einigermaßen richtigen und nicht zu optimistischen Ergebnissen zu kommen, ist es ratsam, das Wachstum der Einlagen in den vorangegangenen Jahren zu untersuchen und daraus die mögliche Zuwachsrate in der weiteren Zukunft, d. h. hier des nächsten Jahres, abzuleiten.

1) Der Dispositions- oder Finanzierungsplan wird an Hand des vom Verfasser bei der Kreissparkasse Kreuznach zusammengetragenen Zahlenmaterials aus den Jahren 1954 bis 1958 erstellt.

Von besonderem Interesse ist bei der Entwicklung der **Spareinlagen** als Gesamtheit das spezielle Wachstum der Spareinlagen mit vereinbarten Kündigungsfristen und darunter im Jahre 1958 das steuerbegünstigte Sparen; wichtig deshalb, weil bei den genannten Zweigen des Spargeschäfts einmal die Zinsentwicklung und zum anderen die jeweiligen Steuergesetze eine entscheidende Rolle spielen.

Die folgende Aufstellung ist daher um diese beiden Unterteilungen ergänzt.

a) Entwicklung der Spareinlagen in den Jahren 1954 bis 1958 bei der Kreissparkasse Kreuznach

in TDM	Steigerungsbeträge *)	1	2	3
31. 12. 1953	10 732			
	5 805			
	= 54%			
31. 12. 1954	16 537	11 566	4 971	1 051
	3 291			
	= 20%			
31. 12. 1955	19 828	13 791	6 037	1 359
	3 141			
	= 16%			
31. 12. 1956	22 969	15 333	7 636	1 770
	3 803			
	= 16%			
31. 12. 1957	26 772	17 136	9 636	2 426
	2 128			
	= 16%			
30. 6. 1958	28 900			

zu 1 Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigung

zu 2 Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist, darunter

zu 3 steuerbegünstigte Spareinlagen

*) Die absoluten und relativen Steigerungsbeträge sind auf die jeweiligen Jahresanfangsbestände bezogen.

Der Spareinlagenzuwachs war bei der Kreissparkasse Kreuznach in den beobachteten Jahren stetig, wenn auch bis zum 31.12.1957 mit prozentual sinkender Tendenz. Das laufende Jahr 1958 bringt jedoch, wie bereits aus der Aufstellung abzusehen ist, auch prozentual eine Steigerung, die bis zum

30.6.1958 schon 16 % pro anno beträgt. Man ist daher bei vorsichtiger Schätzung durchaus in der Lage, in den genannten Dispositionsplan einen Steigerungsbetrag für die Spareinlagen für das Jahr 1958 von 4 500 000,— DM einzusetzen.

Durch das im Jahre 1958 sinkende Zinsniveau einerseits und das Auslaufen der großen Steuerbegünstigungen für das Sparen andererseits, wird sich in dieser Summe der Anteil der mit vereinbarten Kündigungsfristen angelegten Mittel verringern. Schon allein daraus läßt sich ableiten, wie wichtig die Beobachtung der allgemeinen, die Einlagenbildung beeinflussenden wirtschafts- und steuerpolitischen Faktoren für die richtige Schätzung des zukünftigen Einlagenzuwachses ist.

b) Entwicklung der Sichteinlagen in den vergangenen Jahren (1954 bis 1958) bei der Kreissparkasse Kreuznach

	in TDM	Veränderungsbeträge *)
31. 12. 1953	4 170	+ 710 = 17%
31. 12. 1954	4 880	— 51 = 0,1%
31. 12. 1955	4 829	+ 1 555 = 32%
31. 12. 1956	6 384	+ 749 = 12%
31. 12. 1957	7 133	+ 173 = 2,4%
30. 6. 1958	7 306	

*) Die absoluten und relativen Steigerungsbeträge sind auf die jeweiligen Jahresanfangsbestände bezogen.

Diese Aufstellung zeigt, daß in der Entwicklung der Sichteinlagen in den letzten eineinhalb Jahren des Betrachtungszeitraumes eine merkliche Verlangsamung zu beobachten ist, die den Schluß zuläßt, daß in der Zukunft mit größeren Zuwachsraten kaum mehr zu rechnen ist (2). Daher wird bei

2) Diese Behauptung unterstellt, daß im Jahre 1958

1. das Sozialprodukt nicht nennenswert größer wird;
2. die Liquiditätsslage der Unternehmer sich nicht wesentlich verändert und
3. keine weitere Geldentwertung eintritt.

vorsichtiger Schätzung der Steigerung der Sichteinlagen nur eine Erhöhung von rd. 6 % = 430 000,— DM für das Jahr 1958 anzunehmen sein.

c) Entwicklung der befristeten Einlagen in den vergangenen Jahren (1954 bis 1958) bei der Kreissparkasse Kreuznach

	in TDM	Veränderungsbeträge *)
31. 12. 1953	2 376	— 210 = 9%
31. 12. 1954	2 166	— 608 = 27%
31. 12. 1955	1 558	+ 448 = 29%
31. 12. 1956	2 006	+ 220 = 11%
31. 12. 1957	2 226	+ 1 024 = 45%
30. 6. 1958	3 250	

*) Die absoluten und relativen Steigerungsbeträge bzw. Veränderungsbeträge sind auf die jeweiligen Jahresanfangsbestände bezogen.

Unter der Prämisse der im Jahre 1958 laufenden Zinsniveausenkungen dürfte eine derartige Steigerung der befristeten Einlagen in der zweiten Hälfte des Jahres kaum mehr zu erwarten sein. Vielmehr wird es aus dem genannten Grund zu größeren Abzügen kommen, und es erscheint ratsam, die vereinbarten Fristen genauestens zu beobachten und die fälligwerdenden Beträge in die Liquiditätsdispositionen einzubauen.

Der effektive Zuwachs bei den befristeten Einlagen dürfte sich nach vorsichtiger Schätzung um 15 % p. a. = 330 000,— DM bewegen.

d) Zusammenfassung der geschätzten Einlagensteigerungsbeträge für das Jahr 1958

Voraussichtlicher Einlagenzuwachs (1958):	
Spareinlagen	4 500 000,— DM
Sichteinlagen	430 000,— DM
Befristete Einlagen	330 000,— DM
Einlagenzuwachs 1958 insgesamt:	5 260 000,— DM

Zu A 2.: Schätzung der Rückflüsse aus dem Darlehens- und Kreditgeschäft. Bevor versucht wird, die Rückflüsse aus dem Darlehens- und Kreditgeschäft nach den Erfahrungssätzen des Vorjahres zu schätzen, muß auf eine kleine

Besonderheit bei der Kreissparkasse Kreuznach hingewiesen werden, welche die relativ hohen Tilgungsrückflüsse im Hypothekarkreditgeschäft erklärt: Während die Tilgungssätze bei vielen Instituten im Jahre 1957 noch 1 % pro anno zuzüglich ersparter Zinsen betrugen, hat die Kreissparkasse Kreuznach bereits allgemeine Tilgungssätze von 2 % bzw. sogar 2½ % pro anno zuzüglich ersparter Zinsen mit einem Teil ihrer Kunden vereinbart. Die Untersuchungen des Verfassers haben ergeben, daß, prozentual ausgedrückt, für Hypothekarkredite ein Tilgungssatz von

- 1 % usw.*) mit rd. 40 % der Darlehensnehmer
- 2 % usw. mit rd. 55 % der Darlehensnehmer
- 2½ % usw. mit rd. 5 % der Darlehensnehmer

vereinbart war. Die Sparkasse richtete sich bei der Vereinbarung der Tilgungssätze nach der Art der Gesamtfinanzierung des Wohnungsbaues und auch nach dem Verwendungszweck der Gelder. So wurden

- 1 % Tilgung usw.*) bei frei finanziertem Wohnungsbau,
- 2 % Tilgung usw. bei Neubauten mit „sozialen“ Landesmitteln und
- 2½ % Tilgung usw. in der Regel bei Um- und Anbauten

vertraglich bestimmt.

Bei den sonstigen mittel- und kurzfristigen Darlehen wie Zessions-, Bürgschafts-, Teilzahlungs- und anderen Darlehen lassen sich in der Regel solche festen, allgemein gültigen Tilgungssätze nicht nennen. Hier richten sich die Tilgungsvereinbarungen vielfach nur nach der Person des Kreditnehmers oder besser gesagt, dessen Zahlungskraft.

An Hand der Rückflüsse aus dem Darlehensgeschäft der Kreissparkasse Kreuznach vom 1. Januar 1957 bis 30. Juni 1958 lassen sich genauere Schätzungen für das gesamte Jahr 1958 vornehmen.

Die Rückflüsse beliefen sich auf:

aus	in 1957	in 1958
	in Prozenten des Jahresdurchschnitts- bestandes	bis zum 30. Juni in Prozenten des Halbjahresdurch- schnittbestandes
Hypothekarkrediten	5,4 %	5,6 %
Kommunal-Darlehen	10,3 %	9,8 %
Zessions-Darlehen	22,0 %	29,2 %
Bürgschafts-Darlehen	35,0 %	35,6 %
Teilzahlungs-Darlehen	40,0 %	40,8 %
Faustpfand-Darlehen	26,0 %	22,4 %
Ungedeckten Darlehen	34,0 %	39,8 %
Durchschnittliche Tilgung insgesamt:	24,7 %	25,2 %

*) usw. = Tilgung zuzüglich ersparter Zinsen.

In D-Mark ausgedrückt, bedeutet dies, daß die Rückflüsse im Jahre 1957 DM 4 861 088,— und in 1958 bis zum 30. Juni 1958 DM 2 790 600,— betrugen. Da im Jahre 1958 mit einem um 0,5 % stärkeren Rückfluß der ausgeliehenen Mittel gerechnet werden kann, dürfte eine Schätzung der 1958 zu erwartenden Rückflüsse mit rd. 5 000 000,— nicht zu hoch sein.

Gerade diese letzte Aufstellung beweist, daß der Kreditumschlag im mittelfristigen Darlehensgeschäft sehr lebhaft und daher der Liquiditätsgehalt der ausgereichten Gelder bei dem untersuchten Institut doch recht hoch ist.

Im Hypothekarkreditgeschäft hat die Sparkasse, wie bereits erwähnt, den Rückfluß durch eine Erhöhung der allgemeinen Tilgungssätze von 1 % auf überwiegend 2 % bzw. 2½ % pro anno zuzüglich ersparter Zinsen verstärkt. Derartige Tilgungssätze sind schon allein mit Rücksicht auf die Liquiditätsvorsorge für die Spareinlagen, denen nur bedingt ein langfristiger Charakter unterstellt werden kann, durchaus mit Recht heraufgesetzt worden.

Zu A 3.: Steigerung der eigenen Mittel einschließlich Pensionsrückstellung und Sammelwertberichtigungen.

Neben genauen Ertragsvorausrechnungen an Hand der Effektivverzinsung der einzelnen Aktiva und Passiva kann hier die Rentabilitäts- und damit die Eigenkapitalentwicklung des Instituts der vorausgegangenen Jahre zu einer Schätzung der Ertragsaussichten für das Jahr 1958 verhelfen:

Gewinn- und Eigenkapitalentwicklung (§ 11 KWG) der Kreissparkasse Kreuznach

	1953	1954	1955	1956	1957
	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
Eigenkapital					
(§ 11 KWG):	440	600	950	1 400	1 850
Gewinne:	170	340	450	460	440 (540) *)

*) Außer dem ausgewiesenen Reingewinn von 440 TDM sind 100 TDM (außerordentliche Zuführungen zur Pensionsrückstellung) als Gewinnteile zu betrachten.

Bei sehr vorsichtiger Schätzung kann also durchaus mit einem Jahresgewinn für 1958 in Höhe von rd. 450 000,— DM gerechnet werden.

Zur Steigerung der Pensionsrückstellungen mußte das Institut bisher pro Jahr im Durchschnitt rd. 100 000,— DM aufwenden. Bei der Beurteilung dieses Betrages sollte jedoch berücksichtigt werden, daß die Pensionsrückstellungen vieler Sparkassen (auch der Kreissparkasse Kreuznach) nur de jure Rückstellungen für Verpflichtungen darstellen, „die am Bilanzstichtag dem Grunde nach bestehen, deren Höhe oder Fälligkeit aber noch nicht genau bekannt ist“ (3). De facto haben jedoch die Pensionsrückstellungen bei diesen Spar-

3) vgl. hierzu: Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Auflage, Stuttgart 1957, Anmerkung 157.

kassen nicht viel mit „Rückstellungen“ zu tun. Während nämlich beim Eintritt des Pensionsfalles eine Pensions- oder Ruhegehaltsskasse, an die das Institut laufend Beiträge zahlt, nun die Pensionsbezüge an den Pensionär leistet, wird die für diesen Pensionär im Laufe der Zeit nach versicherungsmathematischen Gutachten angesammelte Pensionsrückstellung entsprechend aufgelöst und über eine außerordentliche Ertragsvermehrung zu Eigenkapital.

Die Pensionsrückstellungen vieler Sparkassen können demnach durchaus zum, wenn auch noch gebundenen Eigenkapital gerechnet werden.

Ähnlich sind die Sammelwertberichtigungen zu beurteilen. Die Zurechnung dieser hier gebundenen Beträge zu den eigenen, im Ausleihgeschäft verwendbaren Mitteln kann damit begründet werden, „daß infolge der Tatsache, daß die Sparkassen auf alle in irgendeiner Weise gefährdeten Forderungen in reichlichem Maße Einzelwertberichtigungen vornehmen, die Ausfälle auf die sammelwertberichtigten Vermögensteile verschwindend gering sind, so daß die durch die Sammelwertberichtigungen zurückgehaltenen Mittel – von geringen Schwankungen abgesehen – den Sparkassen langfristig und ohne Zahlungsverpflichtungen gegenüber einem Gläubiger zur Verfügung stehen“ (4). Das Institut führte dieser Position in den vergangenen Jahren jeweils rd. 30 000,— DM zu (5).

Dieser bis hierher erörterten einen Seite des Dispositions- oder Finanzierungsplanes stehen auf der anderen Seite zunächst gegenüber

Zu B 1.: Die noch nicht erfüllten Hypothekarkredit- (6) und sonstigen Kreditzusagen.

Bei diesen Kreditzusagen handelt es sich um vom Vorstand bzw. Kreditausschuß des Instituts bereits bewilligte, jedoch noch nicht zur Auszahlung gekommene Hypotheken- (z. B. Wohnungsbauhypotheken) und sonstige Darlehen. Bei den noch nicht beanspruchten Hypothekarkrediten interessiert für den mutmaßlichen Zeitpunkt der Auszahlung – neben der absoluten Höhe der Beträge – vor allem der Zeitpunkt der Zusage; denn meist werden die im Spätjahr bewilligten Hypothekarkredite (Wohnungsbau) erst zu Beginn der Bautätigkeit im Frühjahr ausgezahlt, woraus sich folgern läßt, daß die im Frühjahr zugesagten Darlehen meist noch im gleichen Jahre in Anspruch genommen werden.

4) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 57.

5) Die wichtigsten Sammelwertberichtigungssätze sind: Für Diskontwechsel 0,75 %, für Avale 0,75 %, für kurz- und mittelfristige – bis vier Jahre Laufzeit – 1,5 %.

6) vgl. hierzu die Aufstellung auf Seite 164.

Aufstellung der noch nicht erfüllten Hypothekarkreditzusagen
(Kreissparkasse Kreuznach)

	31. 12. 1955 in TDM	31. 12. 1956 in TDM	30. 6. 1957 in TDM	31. 12. 1957 in TDM	31. 3. 1958 in TDM	30. 6. 1958 in TDM
Hypothekarkreditzusagen:						
a) Aus dem Vorjahre unerledigt ins Berichtsjahr übernommene:	747	1 381	962	1 037	925	1 070
b) In der laufenden Periode erteilt:	2 533	1 696	701	1 569	683	1 134
	+ 3 280	3 077	1 663	2 606	1 608	2 204

Hypothekarkreditauszahlungen:

a) Beruhend auf Zusagen aus den Vorperioden:	747	1 381	429	592	394	406
b) Beruhend auf den in der lfd. Periode gegebenen Zusagen:	1 152	734	197	1 089	144	316
	./- 1 899	2 115	626	1 681	538	722

**Noch auszahlende Hypothekar-
kredite:**

	1 381	962	1 037	925	1 070	1 482
--	-------	-----	-------	-----	-------	-------

Die Untersuchungen des Verfassers hinsichtlich der sonstigen Kredit- und Darlehenszusagen (zum 31.3.1958) ergaben, daß rd. 900 000,— DM an Krediten und Darlehen vom Vorstand bzw. Kreditausschuß der Sparkasse verbindlich zugesagt, von den Kunden jedoch noch nicht in Anspruch genommen waren (7).

Zu B 2.: Zu erwartende Abrufe von Großeinlagen.

Die Untersuchungen über die zu erwartenden Abzüge von mittleren und größeren Einlagen im Jahre 1958 bei der Kreissparkasse Kreuznach lassen folgendes erkennen.

Gekündigte und 1958 effektiv fällig werdende

Spareinlagen	
a) mit 6 bzw. 12 mtl. Kündigung:	600 000,— DM
b) steuerbegünstigte:	500 000,— DM
Termineinlagen	
a) befristete Festgeld- und Kündigungsgelddepositen:	350 000,— DM
Insgesamt:	1 450 000,— DM (8)

Mit der Abhebung der unter „Spareinlagen“ aufgeführten Beträge ist im Jahre 1958 bestimmt zu rechnen. Durch das sinkende Zinsniveau und den Fortfall der wesentlichen Steuerbegünstigungen wird es auch kaum mehr zu Neuabschlüssen von langfristigen Sparverträgen kommen, sondern voraussichtlich zu Gesamtabhebungen der angesammelten Beträge, die höher verzinslichen Anlagen zugeführt werden dürften. Ein vollständiger Abzug der fällig werdenden Termineinlagen ist wohl möglich und auch dem ständig fallenden Zinsniveau des Jahres 1958 entsprechend durchaus wahrscheinlich, jedoch nicht mit endgültiger Genauigkeit in seiner Größenordnung zu bestimmen. Mit dem Einsetzen der obigen 350 000,— DM soll daher vorsichtshalber dem potentiellen Abzug sämtlicher gekündigten Termineinlagen begegnet werden.

Zu B 3.: Mittel für notwendige eigene Investitionen.

Wie die Untersuchung ergeben hat, mußte die Sparkasse in den vorausgegangenen Jahren durchschnittlich jährlich etwa DM 50 000,— bis DM 70 000,— für eigene Investitionen (Rationalisierung, Innen- und Außenorganisation usw.) bereitstellen. —

7) vgl. hierzu die Ausführungen im 3. Hauptteil, II. D.: „Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen Darlehen“.

8) Diese Abflüsse sind nicht in der auf Seite 160 aufgeführten Schätzung des Einlagenzuwachses enthalten.

Zu B 4.: Beträge für die erforderliche Liquiditätsverbesserung.

Hand in Hand mit der vorsichtig geschätzten Einlagenentwicklung geht demzufolge auch eine Steigerung der erforderlichen Liquiditätsreserven auf dem Konto der zuständigen Landeszentralbank. —

Eine Aufstellung der am 30. Juni 1958 für die Kreissparkasse Kreuznach gültigen Reservesätze ergibt folgende Prozentsätze:

Reserveklasse 3: Kreditinstitute mit einer Summe an reservepflichtigen Sicht- und befristeten Verbindlichkeiten (Monatsdurchschnitt) von 10 bis unter 50 Millionen D-Mark.

1. Sichtverbindlichkeiten gegenüber

- a) Deviseninländern
 - an Bankplätzen: 12 %
 - an Nichtbankplätzen: 10 %
- b) Devisenausländern: 30 %

2. Befristete Verbindlichkeiten gegenüber

- a) Deviseninländern: 8 %
- b) Devisenausländern: 20 %

3. Spareinlagen von

- a) Deviseninländern: 6 %
- b) Devisenausländern: 10 %

Diese Sätze auf die geschätzte Entwicklung der reservepflichtigen Sicht- und befristeten Verbind-Einlagen und Spareinlagen angewandt, ergeben:

Spareinlagensteigerung in 1958

$$\begin{array}{rcl} & 4\,500\,000,- \text{ DM} & \\ \text{Mindestreserversteigerung (6 \%)} & = & \text{rd. } 270\,000,- \text{ DM} \end{array}$$

Sichteinlagensteigerung 1958

$$\begin{array}{rcl} \text{a) an Bankplätzen} & 300\,000,- \text{ DM} & \\ \text{Mindestreserversteigerung (12 \%)} & = & \text{rd. } 40\,000,- \text{ DM} \\ \text{b) an Nebenplätzen} & 130\,000,- \text{ DM} & \\ \text{Mindestreserversteigerung (10 \%)} & = & \text{rd. } 14\,000,- \text{ DM} \end{array}$$

Steigerung der befristeten Einlagen

$$\begin{array}{rcl} & 330\,000,- \text{ DM} & \\ \text{Mindestreserversteigerung (8 \%)} & = & \text{rd. } 26\,000,- \text{ DM} \end{array}$$

$$\text{Mindestreserversteigerung insgesamt} \quad \quad \quad = \quad \text{rd. } 350\,000,- \text{ DM}$$

Bei dieser Berechnung wird jedoch unterstellt, daß die zum 30. Juni 1958 gültigen Mindestreservesätze auch noch am Jahresende maßgeblich sind. Etwaige Änderungen müßten jeweils in dem Dispositionsplan Berücksichtigung finden.

In diesem Zusammenhang ist auch durch die im Jahre 1958 zu erwartende Geschäftsausweitung ein erhöhter Stückgeldbedarf seitens der Kundschaft zu erwarten, dem mit einer Steigerung der Kassenbestände bei der Hauptstelle und den einzelnen Zweigstellen mit rd. 50 000,- DM Rechnung getragen wird.

Zusammenfassung der Einzelergebnisse in dem erwähnten Dispositionsplan

Der Wert des Dispositions- oder Finanzierungsplanes in der nachstehenden Form (9) liegt darin, daß eine derartige Aufstellung durchaus die notwendigen Anhaltspunkte für die Beschlußfassung im Kredit- und Darlehensgeschäft, insbesondere bei beengter Liquiditätslage, geben kann.

Etwas verfälscht wird das Bild dadurch, daß bei der Berechnung der Position A 2. (siehe Dispositionsplan) auch der Kreditrückfluß der gesamten kurz- und mittelfristigen Ausleiharten wie Teilzahlungs- und sonstige Kleindarlehen mit berücksichtigt wurde. Diese Kredite sind, wie bereits weiter oben erwähnt (10), mit einer Laufzeit von zwölf bis höchstens achtzehn Monaten vereinbart, was zwangsläufig eine hohe Umschlagshäufigkeit und damit verbunden auch einen kontinuierlichen erneuten Kapitaleinsatz bedingt. Abstrahiert man von diesen sich nahezu selbst durch ihre Rückflüsse tragenden Kreditarten, so verringert sich der Saldo des Gesamt-Dispositionsplanes erheblich. Daher soll weiter unten (11) versucht werden, eine Art „Bilanz“ des rein langfristigen Geschäfts aufzustellen, deren Auswertung u. a. auch den allzu krassen Verstoß gegen die Grundsätze der „Goldenen Bankregel“ verhindern soll.

Als allgemeiner Planungsgrundsatz vor allem für Kreditinstitute bleibt jedoch festzuhalten: Je kürzer der Zeitraum ist, für den ein derartiger Dispositionsplan aufgestellt wird, und je eher die Möglichkeit besteht, sich auf Zahlen und Daten der Vergangenheit zu stützen, desto exakter werden die Planzahlen sein. Ein lediglich ein Vierteljahr umfassender Dispositionsplan würde sich von dem bisher besprochenen Jahresplan wesentlich dadurch unterscheiden, daß für seine Aufstellung von den Zahlenergebnissen des letzten bzw. einer Reihe von abgelaufenen Vierteljahren ausgegangen werden kann. Man hat hier auf der einen Seite ganz festen Boden unter den Füßen und kann auf der anderen Seite den Planabschnitt gut überblicken und daher fast sicher abschätzen.

Wenn beispielsweise im kommenden Vierteljahr mit neuen Mindestreservesätzen gerechnet werden muß, wird zweifellos die Planzahl „Mindestreserve“ entsprechend verändert werden.

9) vgl. hierzu die Aufstellung auf Seite 168.

10) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 97 ff.

11) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 171 ff.

Die Zusammenstellung der gewonnenen Einzelergebnisse des für die Dauer des Jahres 1958 vorgesehenen Dispositionsplanes der Kreissparkasse Kreuznach ergibt folgendes Bild:

Dispositionsplan (1958) für die Kreissparkasse Kreuznach			
A 1. Voraussichtlicher Einlagenzuwachs:			
a) Spareinlagen	DM 4 500 000,—		DM 900 000,—
b) Sichteinlagen	DM 430 000,—		DM 900 000,—
c) Befristete Einlagen	DM 330 000,—		
A 2. Rückflüsse aus dem Ausleih-			
geschäft insgesamt:			
	DM 5 000 000,—		DM 600 000,—
A 3. Steigerungsbetrag der eigenen Mittel:			
a) Eigenkapital (Rücklagen)	DM 450 000,—		DM 500 000,—
b) Pensionsrückstellungen	DM 100 000,—		DM 350 000,—
c) Sammelwertberichtigungen	DM 30 000,—		DM 60 000,—
B 1. Noch nicht erfüllte Zusagen:			
a) Hypotheken			
b) Sonstige Kredite			
B 2. Zu erwartende Abrufe von Einlagen:			
a) Spareinlagen mit 6 bzw. 12 mtl. Kündigung			
b) fällige steuerbegünstigte Spareinlagen			
c) befristete Einlagen			
B 3. Mittel für notwendige eigene Investitionen:			
B 4. Beträge für erforderliche Liquiditätsreserven:			
a) Mindestreserveverhöhung			DM 350 000,—
b) Kassenreserveverhöhung			DM 50 000,—
	<u>DM 10 840 000,—</u>		<u>DM 3710 000,—</u>
Ausleihfähige Mittel (1958)			DM 7 130 000,—
			<u>DM 10 840 000,—</u>

Ein derartiger kurzfristiger Dispositionsplan könnte folgendes Aussehen haben:

Dispositionsplan für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 1958
(Kreissparkasse Kreuznach)

	Soll in TDM		Ist in TDM	
1	2		3	
A. Einnahmeseite:				
1. Voraussichtlicher Einlagenzuwachs:				
a) Spareinlagen	1400		1300	
b) Sichteinlagen	90		100	
c) Befristete Einlagen	160		170	
2. Rückflüsse aus dem Darlehens- geschäft (12):	1250		1150	
3. Steigerungsbetrag der eigenen Mitteln:				
a) Eigenkapital (Rücklagen) (13)	110		110	
b) Pensionsrückstellungen	25		25	
c) Sammelwertberichtigungen	7	3042	7	2862
B. Ausgabenseite:				
1. Noch nicht erfüllte Zusagen:				
a) Hypotheken	200		220	
b) Sonstige Kredite	150		180	
2. Zu erwartende Abrufe von Einlagen:				
a) Spareinlagen mit 6 bzw. 12 mtl. Kündigung	150		130	
b) fällige steuerbegünstigte Spar- einlagen	—		—	
c) Befristete Einlagen	50		60	
3. Mittel für notwendige eigene Investitionen:	15		16	
4. Beträge für erforderliche Liquiditäts- reserven:				
a) Mindestreserveerhöhung	140		130	
b) Kassenreserveerhöhung	12	717	11	747
Im 1. Vierteljahr 1958 ausleihfähige Mittel:	2325		2115	

12) Gegebenenfalls in die einzelnen Ausleiharten aufgliedern.

13) Diese Zahl kann mittels der kurzfristigen Erfolgsrechnung ermittelt werden.

Dispositionsplan für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. 1958
(Kreissparkasse Kreuznach)

	Soll in TDM		Ist in TDM	
1	2		3	
Aus der Vorperiode:				
a) Rest der ausleihfähigen Mittel (+)		+ 500		
b) Bereits zuviel ausgeliehene Mittel (-)		—		
A. Einnahmeseite:				
1. Voraussichtlicher Einlagenzuwachs:				
a) Spareinlagen	1100			
b) Sichteinlagen	110			
c) Befristete Einlagen	120			
2. Rückflüsse aus dem Darlehensgeschäft:	1250			
3. Steigerungsbetrag der eigenen Mitteln:				
a) Eigenkapital (Rücklagen)	110			
b) Pensionsrückstellungen	25			
c) Sammelwertberichtigungen	7	2722		
B. Ausgabenseite:		3222		
1. Noch nicht erfüllte Zusagen:				
a) Hypotheken	400			
b) Sonstige Kredite	250			
2. Zu erwartende Abrufe von Einlagen:				
a) Spareinlagen mit 6 bzw. 12 mtl. Kündigung	150			
b) fällige steuerbegünstigte Spareinlagen	250			
c) Befristete Einlagen	100			
3. Mittel für notwendige eigene Investitionen:	15			
4. Beträge für erforderliche Liquiditätsreserven:				
a) Mindestreserveerhöhung	77			
b) Kassenreserveerhöhung	12	1254		
Im 2. Vierteljahr 1958 ausleihfähige Mittel:		1968		

Bei den in Spalte 3 der tabellarischen Übersicht aufgeführten Zahlen handelt es sich um die mit Ablauf der Periode feststehenden Ist-Werte.

Auf den gegebenenfalls im 1. Vierteljahr nicht bzw. zu viel ausgeliehenen Mitteln kann nun anhand der gefundenen Planzahlen das für die nächste Periode geltende Ausleihvolumen ermittelt werden (14).

B. GEGENÜBERSTELLUNG DER LANGFRISTIGEN EINLAGEN MIT DEN LANGFRISTIGEN ANLAGEN (15)

Eine solche Aufgliederung des langfristigen Geschäfts und ihre Auswertung sollen dazu dienen, einen möglichen Überhang an langfristigen Anlagen gegenüber den Spareinlagen und den sonstigen längerfristigen Mitteln zu verhindern (16).

Die Übersicht über die Liquiditätsdisposition des langfristigen Geschäfts der Kreissparkasse Kreuznach läßt erkennen, daß das Institut die nominell langfristigen Mittel in großem Umfange in das langfristige Darlehensgeschäft hat fließen lassen, wenn man die wohl kurzfristig kündbaren, nach der vereinbarten Tilgungszeit eher mindestens teilweise als langfristig anzusprechenden Schuldscheindarlehen mit einer Laufzeit von vier Jahren und länger den langfristigen Anlagen zurechnet. Damit sind die letzten Jahre hindurch sämtliche verfügbaren Kapitalmarktmittel weitestgehend ausgeschöpft worden.

Bei den Betrachtungen wurde davon ausgegangen, daß die Spareinlagen als langfristige Anlagemittel zu werten sind.

Man darf aber nicht übersehen, daß die einzelne Spareinlage nur selten langfristig ist. Ihren langfristigen Charakter erhalten die Spareinlagen insgesamt vorzugsweise durch die Transformationsfunktion der Spartätigkeit.

Wie bereits an früherer Stelle betont, widersprechen die Anlagevorschriften der Satzung aus Liquiditätsgründen einer 100 %-igen Anlage der Spareinlagen im langfristigen Kreditgeschäft; und zwar ist für die Hypothekarkredite nur ein Kontingent von 50 % der Spareinlagen und für die langfristigen Ausleihungen an Kommunen ein Kontingent von 12,5 % der gesamten Spareinlagen vorgesehen (17).

So ist also die Lage der Kreissparkasse Kreuznach im langfristigen Geschäft als durchaus günstig anzusehen; die Geschäftspolitik bedarf demnach hinsichtlich der langfristigen Einlagen und deren Anlage keinerlei Berichtigungen. Kombiniert die Institutsleitung nun dieses Ergebnis mit denen der weiter oben

14) Für die folgenden Perioden gilt das Gesagte entsprechend.

15) vgl. hierzu die Aufstellung auf Seite 172.

16) Die Durchleitungskredite können außer Ansatz bleiben.

17) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 24.

GEGENÜBERSTELLUNG DER LANGFRISTIGEN EINLAGEN MIT DEN LANGFRISTIGEN ANLAGEN

	Stand am:				30. 6. 58 Mio. DM
	31. 12. 53 Mio. DM	31. 12. 54 Mio. DM	31. 12. 55 Mio. DM	31. 12. 56 Mio. DM	
Spareinlagen:	10,7	16,5	19,8	23,0	28,9
abzögl.: Deckungsforderungen für Altsparenentschädigung	—	1,5	1,7	1,7	1,7
mindestreservepflichtig	10,7	15,0	18,1	21,3	27,2
abzögl.: Mindestreserve	0,4	0,6	0,9	1,0	1,6
Ausgleichsforderungen	5,1	5,1	5,1	5,0	4,9
anlagefähig:	5,2	9,3	12,1	15,3	20,7
Eigenkapital abzögl. Anlagevermögen:	0,6	0,6	0,9	1,1	1,0
langfristig aufgenommene Darlehen außer Durchleitungsmittel	5,8	9,9	13,0	16,4	21,7
nominell langfristige Mittel:	—	—	—	—	—
langfristige Hypotheken und Körperschafts-Darlehen	5,8	9,9	13,0	16,4	21,7
Schuldschein-Darlehen	5,7	5,8	7,8	11,5	16,6
Überschuß:	0,1	4,1	3,2	4,9	5,1
Zusagen an langfristige Darlehen *)	0,8	1,4	1,3	0,9	0,9
Fehlbetrag:	0,7				
Überhang nom. langfristiger Einlagen:		2,7	1,9	4,0	4,2

*) Von den zugesagten Hypotheken-, Körperschafts- und Schuldscheindarlehen sind am 30. Juni 1958 fast 0,3 Millionen D-Mark im Kontokorrentkreditgeschäft bereits vorfinanziert.

angeführten kürzere und längere Zeiträume umfassenden Dispositionsplänen, so wird deutlich, daß es durchaus möglich ist, gerade im langfristigen Geschäft schon für den Zeitraum eines Jahres im voraus zu richtungsweisendem Zahlenmaterial zu kommen, mit dessen Hilfe jede Sparkasse in der Lage ist, eine gesunde Liquiditäts- und damit auch Kreditpolitik zu treiben.

C. ERMITTLUNG DER NICHT AUSGENUTZTEN KREDITLINIEN INSBESONDERE IM KONTOKORRENTVERKEHR

Schon einmal wurde auf die Erscheinung hingewiesen, daß sich manche Kunden durch eine lediglich teilweise Ausnutzung ihrer Kredite innerhalb der bewilligten Linien eine Liquiditätsreserve vorbehalten. Solche potentiellen Kreditmöglichkeiten der Kundschaft können jedoch die Liquiditätsdispositionen eines Instituts leicht in Unordnung geraten lassen, wenn sie nicht in einem angemessenen Umfange einkalkuliert werden.

Hier ist vor allem an nicht ausgenutzte Kreditlinien im Kontokorrentverkehr, im Wechseldiskontkreditgeschäft und in gewissem Umfang auch an Kreditüberschreitungen bzw. Kontoüberziehungen gedacht (18). Hinsichtlich nicht ausgenutzter Kreditlinien fehlen bisher fundierte Erfahrungssätze, die verläßlich den Beanspruchungskoeffizienten wiedergeben.

Im Jahre 1958 hat man zwar an Hand der Angaben in Geschäftsberichten von 36 Sparkassen im Kontokorrentkreditverkehr einen durchschnittlichen Ausnutzungsgrad von rd. 62,4 % festgestellt (19). Hierbei lag nur bei vier Instituten der Satz unter 52 %, und nur bei fünf Sparkassen über 72 %. Bei den übrigen 27 Instituten schwankte der Ausnutzungsgrad nicht mehr als zehn Punkte über oder unter dem gewogenen Durchschnitt. — Die einzige vergleichbare Zahl aus der Vorkriegszeit ist nur aus dem Werk von Möller (20) bekannt, der am Beispiel einer sächsischen Girokasse einen Kreditausnutzungs-koeffizienten im Kontokorrentgeschäft von 79,6 % ermittelt hat. Wenn dieser Satz den für die 36 Sparkassen zum Ende des Jahres 1958 ermittelten Durchschnitt erheblich übersteigt, dürften hierfür verschiedene Gründe maßgebend sein. Zunächst kann die 1938 ermittelte Zahl bei einer Girokasse kaum als repräsentativ für eine Mehrzahl von Instituten angesehen werden. Auch dürfte die heutige Technik und Geschäftspolitik im Kontokorrentgeschäft mit derjenigen von vor gut 20 Jahren nicht ohne weiteres vergleichbar sein. — Die relativ geringe durchschnittliche Inanspruchnahme Ende des Jahres 1958 überrascht im Zeitpunkt allgemeiner Geldflüssigkeit kaum; hinzu kommen noch die Auswirkungen des Weihnachtsgeschäfts.

18) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F., „Die Bedeutung von Kreditanweisungen und Kontoüberziehungen für Geldschöpfung und Gelddisposition, in „Z. f. H. F.“, Neue Folge, 8. Jahrgang 1956, Heft 10, Seite 509 ff.

19) vgl. hierzu Sparkasse, Heft 13/1960, Seite 206.

20) vgl. hierzu Möller, J., Kontenanalyse einer Girokasse, Berlin 1938, Seite 34.

Diese den Beanspruchungskoeffizienten betreffenden Erhebungen sind jedoch für die einzelne Sparkasse nur bedingt von Nutzen, da örtliche und strukturelle Abweichungen in den Schnitzzahlen untergehen. Daher wird es notwendig sein, daß jedes einzelne Institut in bestimmten Abständen, vielleicht vierteljährlich, selbst Erhebungen durchführt, um speziell geltende Erfahrungssätze zu ermitteln. Damit auch saisonbedingte Einflüsse ihren Niederschlag finden, sollten die Erhebungen in gleichen Zeitabständen angestellt werden. So müßte man bei der Auswahl der Stichtage z. B. auch die Steuertermine sinnvoll berücksichtigen.

Leider wurden bei der Kreissparkasse Kreuznach bisher solche Erhebungen noch nicht durchgeführt, so daß der Verfasser gezwungen war, auf Grund eigener Erfahrungen Aufschlüsse über den Beanspruchungskoeffizienten zu erhalten.

Unterstellt man die Richtigkeit der vom Verfasser gemachten Erfahrungen, so werden die Kreditlinien im Kontokorrentverkehr im allgemeinen zwischen 60 bis 75 % ausgenutzt. Bei einer Berechnung sind von dem tatsächlichen Debitorenbestand rd. 10 % für Überziehungen (21) abzusetzen, es sei denn, man will hier etwas genauer verfahren. Dazu müßte man sich jedoch auf vollständige Überziehungslisten stützen können, die aber bei dem untersuchten Institut nur teilweise geführt werden.

Bei der Kreissparkasse Kreuznach würde eine globale Berechnung der nicht ausgenutzten Kreditlinien im Kontokorrentverkehr wie folgt aussehen:

Debitorenbestand zum 31. 12. 1957	=	4,50 Mill. DM
-/- 10 % für Kreditüberschreitungen		
bzw. Kontoüberziehungen	=	0,45 Mill. DM
	=	<u>4,05 Mill. DM</u>

Diese 4,05 Mill. DM wären laut der Berechnung gleich 67,5 %, dem arithmetischen Mittel des oben genannten Erfahrungssatzes. Schließt man nun von diesen 67,5 % auf 100 % so müßten 6,00 Mill. DM der Gesamtbetrag der eingeräumten Kontokorrentkredite sein. In der Tat ist es so: Die Kreissparkasse Kreuznach hatte bis zum 31. Dezember 1957 an Kontokorrentkrediten ihrer Kundschaft 5 889 000,- DM eingeräumt. Die nicht ausgenutzten Kreditlinien machten also in vorliegendem Beispiel knapp 2,0 Mill. DM aus.

Mit solchen mehr oder weniger globalen Feststellungen nicht beanspruchter Kreditlinien, so erkenntnisreich sie sind, kann man jedoch auf die Dauer nicht auskommen, vor allem in Zeiten allgemeiner Liquiditätsbeengungen der Institute.

In jeder Sparkasse sollten daher wenigstens Aufzeichnungen einfachster Art durchgeführt werden, welche die freien – nicht beanspruchten – Kredit-

21) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 175 ff.

grenzen im Kontokorrentgeschäft erkennen lassen. Auch eine Fortschreibung der laufend vom Vorstand bzw. Kreditausschuß bewilligten Kredite in Staffelform müßte z. B. vorhanden sein, die jeweils um die erloschenen und veränderten Kreditlinien berichtigt werden müßte. Schwierigkeiten ergeben sich dort, wo der eingeräumte Kredit monatlich um einen bestimmten Betrag zu reduzieren ist; denn erfahrungsgemäß wird in diesen Fällen kaum eine laufende Abschreibung auf der Kreditlinien-Staffel erfolgen. Derartige Ungenauigkeiten fallen jedoch nicht ins Gewicht, da in der Regel die Abtragung dann vollzogen wird, wenn der Gesamtkredit ausläuft.

Die noch zu erwartenden Kreditbeanspruchungen ergeben sich also aus der Differenz zwischen dem Debitorenbestand – vermindert um die Kreditüberschreitungen und Kontoüberziehungen an dem betreffenden Stichtag – und der Staffel der eingeräumten Kredite.

Ähnlich wie bei den Kontokorrentkrediten ist auch bei den Wechseldiskontkrediten zwischen der Krediteinweisung und der Kreditinanspruchnahme zu unterscheiden. Sehr oft wird auch hier zwischen beiden eine Spanne bestehen, die für den Kreditnehmer einen potentiellen Liquiditätsspielraum und für die Sparkasse zugleich eine Verpflichtung darstellt. Ein Unterschied zwischen der Kontokorrentkredit- und Wechseldiskontkreditüberweisung ist allerdings nicht zu übersehen. Während bei den Kontokorrentkrediten die nicht oder nur teilweise in Anspruch genommene Kreditzusage eine unbedingte, übertragbare, als Zahlungsmittel dienende Forderung des Kunden gegen die Sparkasse darstellt, ist dies bei der noch nicht oder nur teilweise ausgenutzten Wechseldiskontkreditzusage nicht der Fall (22). Hier ist der Anspruch des Kunden von der Erfüllung einer Bedingung abhängig, nämlich vom Einreichen bestimmter, den qualitativen Anforderungen entsprechender Papiere (23). In der Praxis ist es jedoch dem Kunden der Sparkasse häufig möglich, dem Institut im Rahmen der Wechseldiskontkreditlinie genügend qualitativ einwandfreies Wechselmaterial vorzulegen. In gewissen Grenzen läßt sich notfalls durch Vereinbarungen mit Geschäftsfreunden der Anfall derartiger Wechsel steigern. Insofern ist die Verpflichtung der Sparkasse aus nicht oder nur teilweise in Anspruch genommenen Wechseldiskontkreditzusagen effektiv kaum weniger unbedingt als die aus Kontokorrentkreditzusagen. Man könnte von einem bedingten Geldcharakter dieser Forderungen der Kunden gegen die Sparkasse sprechen (24).

Ein weiteres Phänomen, mit dem im Hinblick auf eine ausreichende Liquiditätsvorsorge gerechnet werden muß, sind die bereits weiter oben erwähnten Kreditüberschreitungen bzw. Kontoüberziehungen.

22) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 514.

23) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 514.

24) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 514.

Der Kunde rechnet in den Fällen, wo er der Sparkasse Schecks und Wechsel zur Einlösung vorlegt, für die keine Deckung besteht, darauf, daß das Institut die Papiere trotzdem honoriert. Sehr oft kann sich die Sparkasse aus den verschiedensten Gründen (25) tatsächlich nicht dieser Zahlungsleistung entziehen. Dies bedeutet, liquiditätspolitisch betrachtet, eine weitere wirtschaftlich zwingende Verpflichtung, in bestimmten Fällen Zahlung zu leisten. Sicherlich mögen einzelne geringfügige Kreditüberschreitungen bzw. Kontoüberziehungen unbedenklich erscheinen. Jedoch muß man immer damit rechnen, daß derartige Verfügungen ein größeres Ausmaß annehmen, wenn sich die Sparkasse nicht entschieden gegen sie wehrt. Dann kann eine Situation entstehen, in der die Liquidität, damit aber auch der Goodwill eines Institutes gefährdet wird (26).

Um in diesem Zusammenhang zu noch genaueren Liquiditätsdispositionen zu kommen, wäre neben der Kenntnis der Höhe der noch nicht ausgenutzten Kreditlinien im Kontokorrentverkehr und im Wechseldiskontgeschäft das Wissen um Berufe bzw. Branchen einmal derjenigen Kunden, die sich solche Liquiditätsreserven halten und zum anderen der Geschäftspartner, die ihre Konten vorübergehend bzw. ständig überziehen, nützlich. Einige Anhaltspunkte geben hierzu die an früherer Stelle (27) untersuchten Sichteinlagen, Debitoren und Wechselkredite als Ganzes. Man kann nämlich festhalten, daß mit einem Sinken der Sichteinlagen ein Steigen der Debitoren und Wechseldiskontkredite und regelmäßig auch ein höherer Beanspruchungskoeffizient verbunden sein wird. Daher sind viele Erkenntnisse bezüglich des Sichteinlagen-, des Kontokorrent- und Wechseldiskontkreditgeschäfts sinngemäß auf die Erörterungen über die nicht ausgenutzten Kreditlinien und die Kreditüberschreitungen bzw. Kontoüberziehungen anwendbar.

D. BEFRISTUNG DER ZUSAGEN VON MITTEL- UND LANGFRISTIGEN DARLEHEN

Mit einer Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen Darlehen soll verhindert werden, daß ein Bewilligungsüberhang entsteht, der die Sparkasse in einer liquiditätspolitisch ungünstigen Situation besonders empfindlich belasten würde.

Wie wichtig eine Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen Darlehen für den Abruf ist, soll die folgende Aufstellung der bis zum 31. März 1958 zugesagten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Darlehen zeigen.

25) z. B. Bonität des Kunden, bereits längere Zeit bestehende gute Geschäftsverbindung oder aber verhältnismäßig hohes Kreditengagement der Sparkasse bei dem kreditnehmenden Unternehmen, dessen Zusammenbruch sie deshalb zu verhindern sucht.

26) Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 519.

27) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 78 ff, 93 ff und 111 ff.

Der Verfasser hat diese Statistik nach Berufs- bzw. Branchengruppen gegliedert, um dadurch größere Aussagemöglichkeiten hinsichtlich des Abhebungszeitpunktes zu erhalten.

Zugesagte, jedoch noch nicht in Anspruch genommene lang- und mittelfristige Darlehen zum 31. März 1958 (28) bei der Kreissparkasse Kreuznach

Berufsgruppe	Gesamtbetrag	Anzahl	Ø Betrag
Beamte	69 000,- DM	9	7 700,- DM
Angestellte	163 000,- DM	20	8 200,- DM
Arbeiter	80 000,- DM	18	4 400,- DM
Körperschaften, Vereine	430 000,- DM	5	86 000,- DM
Sonstige	24 000,- DM	4	6 000,- DM
Fremdenverkehrsgewerbe	60 000,- DM	3	20 000,- DM
Kommunen	383 000,- DM	12	31 900,- DM
Weinbau	81 000,- DM	2	40 500,- DM
Landwirtschaft	65 000,- DM	9	7 200,- DM
Einzelhandel	97 000,- DM	9	10 800,- DM
Großhandel	180 000,- DM	2	90 000,- DM
Handwerk	129 000,- DM	19	6 800,- DM
Holzverarbeitung	73 000,- DM	3	24 300,- DM
Bauwirtschaft	19 000,- DM	2	9 500,- DM
Insgesamt:	1 854 000,- DM	117	15 800,- DM

Die Gesamtsumme in Höhe von fast 2,0 Mill. DM beleuchtet deutlich die Wichtigkeit der hier angestrebten Maßnahme.

Da sich die Institute dazu noch heute weit stärkeren Marktpartnern gegenübersehen und daneben der Konkurrenzkampf um den guten Kunden stets größer wird, gehen auch die Sparkassen vielfach aus Wettbewerbsgründen von der bislang ausnahmslos in den Kreditverträgen vereinbarten Zinsanpassungsklausel ab; d. h. sie überlassen den Kunden längerfristige Mittel zu ganz bestimmten, möglichst günstigen (vom Kunden aus betrachtet) und nicht mehr der jeweiligen Marktlage anpassungsfähigen Zinssätzen. Unterstellt man, das Zinsniveau verändere sich stark zu Ungunsten der Sparkasse, so ist durchaus denkbar, daß über große Teile der noch zinsgünstig bewilligten und jederzeit abdisponierbaren Darlehen nacheinander an wenigen Tagen verfügt wird. Kritisch könnte die Situation werden, wenn diese bewußten Tage in eine Zeit der Liquiditätsbeengungen fielen.

Daher erscheint es aus Gründen der Risikoverminderung ratsam, sämtliche mittel- und langfristigen Darlehen und Kredite, deren Zusagen schon ein halbes Jahr und länger zurückliegen, zurückzuziehen und diese mögliche halbjährliche Inanspruchnahmefrist den Kunden in einem Passus in dem von ihnen zu unterschreibenden Kreditvertrag zur Kenntnis zu bringen.

28) Die letzte Kreditausschuß-Sitzung war am 4. 3. 1958.

Daß es sich dabei immer noch um Zahlen in Größenordnungen handelt, die durchaus den Liquiditätsdispositionen in Unordnung bringen können, beweist die nachfolgende Aufstellung der mittel- und langfristigen Darlehen, deren Zusagen bereits ein halbes Jahr und länger zurückliegen und deren Inanspruchnahme zum Zeitpunkt der Untersuchung noch recht ungewiß war. Auch diese Statistik wurde auf Berufs- und Branchengruppen abgestellt, damit die Problematik deutlicher ersichtlich wird.

Bereits vor einem halben Jahr und länger bewilligte, jedoch noch nicht in Anspruch genommene mittel- und langfristige Darlehen (Kreissparkasse Kreuznach) zum Stichtag 31. März 1958

Berufs- bzw. Branchengruppe	Anzahl	Betrag (DM)
1. Beamte	4	30 000,—
2. Angestellte	3	27 000,—
3. Arbeiter	8	48 000,—
4. Körperschaften, Vereine	3	330 000,—
5. Sonstige	3	24 000,—
6. Fremdenverkehrsgewerbe	—	—
7. Kommunen	4	117 000,—
8. Weinbau	—	—
9. Landwirtschaft	3	6 000,—
10. Einzelhandel	3	8 000,—
11. Großhandel	1	10 000,—
12. Handwerk	6	40 000,—
13. Holzbe- bzw. -verarbeitung	2	23 000,—
14. Bauwirtschaft	1	7 000,—
Insgesamt:	41	670 000,—

Irrig wäre der Gedanke, es werde über Kredite und Darlehen nicht mehr verfügt, die schon vor ein bis zwei Jahren den Kreditnehmern zugesagt, von diesen aber nicht in Anspruch genommen wurden.

Die in der obigen Statistik ausgewiesenen 670 000 DM können also nicht einfach außeracht gelassen werden. Das zeigt auch das folgende Beispiel: Die Leitung des untersuchten Instituts bewilligte am 4. Mai 1956 ein langfristiges Darlehen an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Höhe von DM 250 000,— (siehe Position 4: „Körperschaften, Vereine“ der auf der Vorseite aufgeführten Statistik).

Das dem Kreditnehmer zugesagte Darlehen ruhte zwei Jahre und niemand dachte noch an eine Inanspruchnahme. Erst Ende August 1958, also fast 2½ Jahre später, trat der Kreditnehmer an die Sparkasse heran und hob das längst zugesagte Darlehen in voller Höhe ab.

Dies aber war nur ein Fall, den das Institut liquiditätspolitisch gut ausgleichen konnte.

Wie wird es in Zeiten der allgemeinen Liquiditätsanspannungen sein? Theoretisch könnte es zu einem Abzug der gesamten längst bewilligten Darlehen und Kredite innerhalb kürzester Frist kommen.

Schon allein aus Gründen der Liquiditätspolitik erscheint es zweckmäßig, eine Befristung der zugesagten Darlehen und Kredite hinsichtlich der potentiellen Auszahlungszeit auf ein halbes Jahr bereits bei Bewilligung auszusprechen.

E. ÜBERPRÜFUNG DER TILGUNGSSÄTZE IM LANGFRISTIGEN KREDITGESCHÄFT

Im Hinblick auf die Tilgungssätze im langfristigen Kreditgeschäft wurde bereits weiter oben (29) ausgeführt, daß in der Regel bei den langfristigen Ausleihungen 1 % bis 2 1/2 % Tilgung zuzüglich ersparter Zinsen mit den Kreditnehmern vereinbart werden. Die Höhe des vertraglich festgesetzten Tilgungssatzes richtet sich gerade beim Wohnungsbau meist nach der Art der Finanzierung: Frei finanzierte Wohnungen 1 % usw. (30). Wohnungsbau mit Landesmitteln 2 % bis 2 1/2 % usw. und Um- bzw. Anbauten in der Regel 2 1/2 % usw. und höher.

Hier wäre nun zu prüfen, ob man, gerade in Zeiten chronischer Liquiditätsanspannungen, die Tilgungssätze bei finanzstarken Unternehmungen, Kommunen und anderen öffentlich-rechtlichen Kreditnehmern um 1 % zuzüglich ersparter Zinsen mit dem Ziel heraufsetzen kann, die Umschlagsgeschwindigkeit dieser Ausleihungen zu erhöhen.

Bei dem mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Hypothekendarlehen privater Kunden könnte man eventuell auf eine verstärkte Rückzahlung hinwirken, sobald die gerade in diesem Kreditnehmerkreis meist in Anspruch genommenen Darlehen der Bausparkassen getilgt sind.

Hinsichtlich der Zahlungsweise ist es ratsam, den Kunden des langfristigen Kreditgeschäfts Tilgung und Zinsen in einem Betrag an den vereinbarten Terminen abzuverlangen. Damit würde verhindert, daß wohl die Zinsen, jedoch die Tilgung längere Zeit nicht an die Sparkasse gezahlt wird.

Auch sind Annuitätszahlungen für den Sparkassenschuldner in der Regel als günstiger anzusehen als eine einmalige Tilgung am Ende der Gesamtlaufzeit. Überhaupt hat sich herausgestellt, und das gilt wohl für das Ausleihgeschäft fast aller Kreditinstitute, daß viele kleinere Summen leichter zurückfließen als wenige größere. Diese Erscheinung erklärt sich bei den Sparkassen aus ihrem arteigenen Kundenstamm, dem gewerblichen und damit auch „finanziellen“ Mittelstand.

Jede Sparkassenleitung sollte sich über diese Probleme Gedanken machen, d.h. sie müßte Sorge dafür tragen, in wirtschaftlich guten Zeiten einen

29) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 161.

30) usw. = Tilgung zuzüglich ersparter Zinsen.

gesunden Kreditrückfluß zu vereinbaren und auch zu erhalten (31), damit sie nicht zu Beginn einer schlechteren Wirtschaftslage gezwungen ist, z. B. durch einen rigorosen Einzug der hinausgelegten Gelder dann erst die Liquidität ihrer Sparkasse zu verbessern.

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren geben hier einige Anhaltspunkte: Der Kreditrückfluß schwankt (Kontokorrentkredite einbezogen) zwischen 5 % bis 24 % der Ausleihbestände – ohne Wechselkredite –. An dem Einlagenzuwachs gemessen, liegt der Kreditrückfluß in der Spitze im allgemeinen volumenmäßig etwa ebenso hoch wie der Einlagenzuwachs im gleichen Jahr. Sollten jedoch Sparkassen nur etwa ein Viertel des Einlagenzuwachses an Kapitalrückflüssen erwarten können, so wäre es, vom Standpunkte einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge aus gesehen, an der Zeit, einmal die Tilgungssätze nach den oben genannten Gesichtspunkten zu überprüfen.

Rückzahlungshäufigkeit im kurz-, mittel- und langfristigen Darlehensgeschäft der Kreissparkasse zu Daun/Eifel (32)

	Im Jahre 1956			Im Jahre 1957		
	Ausleihungen TDM	Rückzahlungen TDM	in % d. Ausleihungen	Ausleihungen TDM	Rückzahlungen TDM	in % d. Ausleihungen
1. Kurz- und mittelfristige Darlehen	1 057	1 411	133,5	1 144	1 318	115,2
2. Kurz- u. mittelfristige Darlehen geg. Kommunaldeck.	367	235	64,1	309	343	111,0
3. Langfristige Darlehen						
a) geg. Grundpfandrechte	530	404	76,2	693	389	56,1
b) geg. Kommunaldeckung	764	196	25,7	387	248	64,1
c) sonstige	695	386	55,6	589	382	64,9
Aus eigenen Mitteln gegeb. Darl. insgesamt:	3 413	2 632	77,1	3 122	2 680	85,8
Aus zweckgebundenen Mitteln gegeb. Darlehen insgesamt:	327	294	89,9	982	229	23,3
Gegebene Darlehen insgesamt:	3 740	2 926	78,2	4 104	2 909	70,9

31) vgl. hierzu die Untersuchungen der Kreissparkasse zu Daun/Eifel bzgl. der Rückzahlungshäufigkeit im kurz-, mittel- und langfristigen Darlehensgeschäft (1956 bis 1959). Diese Sparkasse beobachtet seit Jahren die Darlehensrückflüsse und setzt sie in Beziehung zu den entsprechenden Ausleihungen des jeweiligen Jahres.

32) Den Geschäftsberichten der Kreissparkasse zu Daun (1956, 1957, 1958 und 1959) entnommen.

	Im Jahre 1958			Im Jahre 1959		
	Auslei- hungen TDM	Rückzah- lungen TDM	in % d. Auslei- hungen	Auslei- hungen TDM	Rückzah- lungen TDM	in % d. Auslei- hungen
1. Kurz- u. mittel- fristige Darlehen	1 539	1 625	105,6	2 316	1 629	70,3
2. Kurz- u. mittel- fristige Darlehen geg. Kommunaldeck.	88	337	371,6	46	87	189,1
3. Langfristige Darlehen						
a) geg. Grundpfand- rechte	1 056	462	43,8	1 767	716	40,5
b) geg. Kommunal deckung	339	282	83,2	807	316	39,2
c) sonstige	670	384	57,3	634	513	80,9
Aus eigenen Mitteln gegeb. Darl. insgesamt:	3 692	3 080	83,4	5 570	3 261	58,5
Aus zweckgebundenen Mitteln gegeb. Darlehen insgesamt:	560	289	51,6	1 306	307	23,5
Gegebene Darlehen insgesamt:	4 252	3 369	79,2	6 876	3 568	51,9

F. AUSNUTZUNG DER SICH BIETENDEN REFINANZIERUNGSQUELLEN – INSBESONDERE LANGFRISTIGER ART –

Der Begriff „Refinanzierung“ wird in der Kreditwirtschaft für alle diejenigen Kredittransaktionen verwendet, deren sich ein Kreditinstitut, hier eine Sparkasse, bedient, um sich Mittel für sein eigenes Kreditgeschäft durch Kreditaufnahme bei anderen Kreditinstituten zu verschaffen. Diese Mittelaufnahme erfolgt durch Verkauf oder Verpfändung von Wechseln, Verpfändung von Wertpapieren und Ausgleichsforderungen sowie sonstigen Wertrechten wie z. B. unverzinsliche Schatzanweisungen (33).

Die Institute sind durch die Refinanzierung in der Lage, die kurzfristigen Spitzenbelastungen z. B. an den Steuerterminen durch Rückgriff auf ihre Bestände an liquiden Geldmarktpapieren zu decken. Gedacht ist hierbei an Wechsel-Rediskont und Wertpapierlombard usw. bei der Deutschen Bundesbank, der für sämtliche Kreditinstitute entscheidenden Refinanzierungsquelle (34). Der Gebrauch derartiger kurzfristiger Refinanzierungsinstrumente hat

33) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 86.

34) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 85.

jedoch den Nachteil, daß er der genauen Kontrolle der Zentralnotenbank unterworfen ist. Da die Sparkassen sich erfahrungsgemäß nur sehr ungern in die Abhängigkeit der Zentralnotenbank begeben, deuten an dieser Stelle steigende Refinanzierungsverbindlichkeiten größere Liquiditätsanspannungen der betreffenden Institute an. Wesentlich angenehmer ist den Sparkassen eine kurzfristige Refinanzierung bei ihrer Zentralbank, der zuständigen Girozentrale. Hier bestehen offiziell keine Rediskontkontingente für die einzelnen Institute und die qualitativen Anforderungen an das eingereichte Wechselmaterial sind ebenfalls nicht so streng wie bei der Zentralnotenbank. Hinzu kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt, der zwar unmittelbar nichts mit der vorliegenden Untersuchung zu tun hat. Bei der Girozentrale bleibt der Ertrag voll in der Sparkassenorganisation, was ja auch nicht zu unterschätzen ist.

Selbst unter dem Gesichtspunkt der Ertragsschmälerung sollten die Sparkassen in Zeiten der Liquiditätsbeengung die sich bietenden Refinanzierungsquellen, insbesondere langfristiger Art, ausschöpfen. Die Unbequemlichkeiten, die mit der Bearbeitung und Verwaltung solcher Mittel verbunden sind, sollten im Interesse der Kreditversorgung der heimischen Wirtschaft und aus Gründen des Gemeinnützigkeitsprinzips der Sparkassen von ihnen in Kauf genommen werden.

In diesem Zusammenhang gibt es hinsichtlich des Verwendungszweckes und der Herkunft die verschiedensten Institutionen, die solche Mittel den Instituten zur Verfügung stellen.

Als Beispiel sollen einige dieser Refinanzierungsquellen langfristiger Art genannt werden:

- Darlehen aus dem Landesstock für Arbeitslosenunterstützung,
- ECA-Mittel für den sozialen Wohnungsbau,
- ECA-Mittel für die Landwirtschaft,
- Investitionskredite aus ERP-Mitteln der Vertriebenen-Bank,
- StEG-Mittel für das Handwerk,
- Investitionskredite für das Beherbergungsgewerbe,
- Kredite für Ost-Zonen Flüchtlinge,
- Kreditaktion zur Beschaffung von Lehrlingsplätzen,
- Handwerkerkredite,
- usw.

Für die genannten Verwendungszwecke können diese Gelder u. a. von folgenden Stellen gegeben werden:

- Gelder des Bundes aus dem „Grünen Plan“,
- Gelder der zuständigen und benachbarten Girozentrale,
- Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau,
- Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank,
- usw.

Aus diesen Aufstellungen ist zu ersehen, daß es sich größtenteils um langfristige Darlehen aus zentralen Kreditaktionen handelt, die an Handel, Hand-

werk, Weinbau, Landwirtschaft und andere Berufs- und Erwerbszweige weitergeleitet werden sollen.

Bei diesen Geldern ist meist mit einer Laufzeit von über vier Jahren eine Zinsverbilligung und zugleich auch eine genaue Bestimmung des Verwendungszweckes verbunden.

Der auf die Sparkasse entfallende Teil des Kreditrisikos, des Obligos also, ist sehr verschieden. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß das Institut bei den aus aufgenommenen Mitteln stammenden Geldern das gesamte Kreditrisiko trägt, während es die „durchlaufenden Kredite“ nur treuhänderisch verwaltet.

Die vom Verfasser untersuchte Sparkasse des Kreises Kreuznach hat sich sehr umfangreich mit diesen Kreditierungen aus zentralen Kreditaktionen usw. beschäftigt, was eine Aufstellung des Institutes aus dem Jahre 1956 beweist. Nach diesen Angaben wurden am Jahresende 1956 bei der Kreissparkasse Kreuznach (35) verwaltet:

Darlehen für Landwirtschaft und Weinbau	3 086 TDM
Darlehen für Handwerk, Handel und Gewerbe	270 TDM
Darlehen für Wohnungsbau	1 055 TDM
Darlehen für Vertriebene	163 TDM
Darlehen für die öffentliche Hand	399 TDM
Sonstige Darlehen	913 TDM
	<u>5 886 TDM</u>
Hinzu kamen bis Ende 1956 die Darlehen aus dem Lastenausgleich:	
Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau	796 TDM
Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe	969 TDM
Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft	96 TDM
Arbeitsplatzdarlehen	60 TDM
Mithin aus Treuhandgeschäften:	<u>1 921 TDM</u>
Insgesamt:	<u>7 807 TDM</u>

Derartige Ausleihungen fremder Mittel belasten kaum den eigenen Liquiditätsstatus. Obwohl diese Mittel aus Instituts-fremden Quellen kommen, wirken sie werbend auf die eigene Kundschaft, da sich ja die jeweilige Sparkasse in ihrer Funktion als Hausbank bei der Weiterleitung von Darlehen der verschiedensten Art eingeschaltet hat.

Daraus läßt sich ableiten, daß es in Zeiten der Liquiditätsbeengung durchaus ratsam ist, solche sich bietenden langfristigen Refinanzierungsquellen nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der Kunden auszuschöpfen.

35) Entn. dem Geschäftsbericht 1956 der Kreissparkasse Kreuznach, Seite 9.

G. BESCHLEUNIGUNG DES KREDITUMSCHLAGS

Sowohl bei den bereits ausgeliehenen Krediten und Darlehen als auch bei etwaigen Neubewilligungen ist der, gerade in Zeiten allgemeiner Liquiditätsanspannungen, wohl wichtigsten Forderung nach Beschleunigung des Kreditumschlages zu entsprechen.

Bei den neu zu bewilligenden Krediten und Darlehen kann in diesem Zusammenhang auf die voranstehenden Erörterungen (36) verwiesen werden, da man allgemein der Meinung sein kann, daß eine Kredit- oder Darlehensgewährung streng nach den dort aufgezeigten Gesichtspunkten eine nachträgliche Maßnahme zur Beschleunigung des Kreditumschlages weitestgehend überflüssig macht.

Anders sieht es jedoch bei den ausgereichten Krediten und Darlehen aus, bei deren Hinauslegung nicht so streng die allgemein bindenden Richtlinien beachtet werden konnten oder auch nicht beachtet werden sollten, was ebenso vorkommt.

Hier kann man bei den an sich schon recht umschlagshäufigen Ausleihungen wie Teilzahlungs-, Schuldschein-, Bürgschafts- und ungedeckten Darlehen usw. (37) den Kreditumschlag wohl nur sehr wenig beschleunigen. Sicherlich liegt eine kleine Anhebung der vereinbarten Tilgungssätze durchaus im Bereich des Möglichen. Dennoch muß man sich stets vor Augen halten, wer die kreditnehmenden Kreise sind und wem eine erhöhte Rückzahlungsquote überhaupt zugemutet werden kann. Diese Überlegungen kommen jedoch bei derartigen Darlehensarten durch die ohnedies relativ große Umschlagsgeschwindigkeit – Laufzeit in der Regel 12 bis 15, höchstens 18 Monate – gar nicht recht zum Tragen.

Viel wichtiger ist vielmehr eine Untersuchung der de jure kurzfristigen Kontokorrentkredite, die jedoch heute, wie weiter bereits erwähnt (38), vielfach zu langfristigen Ausleihungen geworden sind.

Den Sparkassen empfiehlt sich daher eine systematische Überprüfung aller Kontokorrentkredite. Dabei werden sie feststellen, daß ein Teil dieser Ausleihungen zweckentfremdet für Investitionen langfristiger Art verwendet wurden und nun vielfach fast umsatzlos geführt werden. Wenn man einmal von der Möglichkeit absieht, einen Teil dieser Kredite in die Wechselform zu transformieren, wobei die eigenen Ziehungen der Kunden eine Rolle spielen können, kommt man zu dem Schluß, daß hier für die Sparkassen meist nur noch die Möglichkeit der Umwandlung in Abzahlungsdarlehen besteht. Eine solche Umwandlung wird geradezu eine Notwendigkeit, wenn der de jure kurzfristige Kontokorrentkredit in einer Betriebswirtschaft durch seine lang-

36) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 104 ff.

37) vgl. hierzu die Tabelle auf Seite 161.

38) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 109.

fristige Verwendung unentbehrlich geworden ist und infolgedessen eine Kündigung die Unternehmung in ihrem Bestand gefährdet (39). Hier muß in eine längerfristige Kreditart mit fest vereinbarten Tilgungs- und Zinsleistungen umgeschuldet werden.

Problematisch ist hier lediglich die Festsetzung der richtigen Tilgungssätze. Als Grundsatz muß gelten, daß die Tilgung dem jeweiligen Kreditbedarf und der Zahlungsfähigkeit des Kreditnehmers Rechnung trägt. Bei diesen Umschuldungsaktionen zur Beschleunigung des Kreditumschlags hat es wenig Sinn, Tilgungsraten zu vereinbaren, von denen man im voraus weiß, daß der Kreditnehmer sie nicht aufbringen kann, weil sie einfach über sein finanzielles Leistungsvermögen hinausgehen. Ebenso hat es keinen Zweck, die Tilgung über einen zu langen Zeitraum auszudehnen, weil das wiederum einer falschen Kreditlenkung gleichkäme.

Zum rein Technischen wäre hier noch zu sagen, daß allzu häufige Tilgungstermine wegen der damit verbundenen stärkeren Überwachung vom Sparkassenstandpunkt aus gesehen, nicht sonderlich erwünscht sind.

Psychologisch betrachtet sollten jedoch trotzdem, wie schon erwähnt, Tilgungs- und Zinsleistungsraten in kleineren Beträgen vereinbart werden, da es erfahrungsgemäß gerade dem Kundenkreis der Sparkassen leichter fällt, mehr kleinere als wenig größere Summen zu zahlen.

Eine weitere, wenn auch nur geringe Möglichkeit besteht darin, den Kunden zu veranlassen, seine sonstigen Bankverbindungen aufzulösen und die Gesamtumsätze lediglich auf einem Kontokorrentkonto zu tätigen. Diese Möglichkeit besteht leider meist nur rein theoretisch, da mit einer Auflösung anderer Bankverbindungen in der Regel auch Verbindlichkeiten des Kunden abzulösen sind, so daß schon allein dadurch ein Großteil des erhofften Erfolges – einer Umsatzbelebung – nicht eintritt.

Daher bleibt, wie man sieht, nur das Tilgungsdarlehen, die Ausleihung mit den fest vereinbarten Rückzahlungsquoten, von der Transformationsmöglichkeit des Kontokorrentkredits in Wechselform usw. abgesehen. Durch solch ein Darlehen wird auch die rechtliche Stellung der kreditgebenden Sparkasse gegenüber dem Kreditnehmer wesentlich stärker. Hier hat das Institut schon nach zwei bis drei nicht geleisteten Tilgungsraten die Möglichkeit, die zwangsweise Beitreibung des gesamten Betrages einzuleiten, eine Maßnahme, die durch die novierende Wirkung des Saldos beim Kontokorrentkredit nur schlecht möglich ist.

Auch bei den Hypothekarkrediten und den sonstigen langfristigen Ausleihungen sind nennenswerte Kapitalrückflüsse erreichbar, sofern nicht aus besonderen Gründen an der Tilgungsquote von 1 % zuzüglich ersparter Zinsen auch in den Fällen festgehalten wird, in denen die Vereinbarung eines höheren Tilgungssatzes möglich und durchaus durchführbar erscheint.

39) vgl. hierzu Hagenmüller, K. F.: aaO, Seite 111.

Hier sollten vor allem aus Gründen der Sicherheit (40) die Tilgungssätze der langfristigen Ausleihungen gegen Kommunaldeckung noch mehr angehoben werden, als das bis heute noch vielfach der Fall ist. Das gleiche dürfte bei den langfristigen Ausleihungen an Kirchen und karitative Verbände usw. gelten. Diese Institutionen sind zu einer höheren Tilgungsleistung durchaus fähig, und der Verfasser hat es in der Praxis des öfteren erlebt, daß gerade diese Kreditnehmergruppen bei einer festgesetzten Tilgung von 1 % bis höchstens 2 % zuzüglich ersparter Zinsen vorzeitig oder zumindest höher als vereinbart zurückzahlten, was sich naturgemäß verflüssigend auf die Liquiditätslage des Instituts auswirkt.

Festzuhalten bleibt, daß sich eine Beschleunigung des Kreditumschlags vor allem in Zeiten allgemeiner Liquiditätsanspannungen nachträglich, d. h. bei bereits ausgeliehenen Krediten und Darlehen, nur sehr schwer bewerkstelligen läßt. Daher sollte schon bei der Kreditgewährung auf den richtigen Kreditumschlag und die Tilgungsraten Gewicht gelegt und somit eine spätere Korrektur überflüssig gemacht werden.

III. Zusammenfassung

In diesem abschließenden Hauptteil 3 dieser Arbeit wurde versucht, einige der wichtigsten Möglichkeiten zur Verbesserung und zur Erhaltung einer jederzeit ausreichenden Liquidität bei einem Sparkasseninstitut darzustellen. Welche dieser untersuchten, mehr oder weniger speziellen Maßnahmen jeweils im Vordergrund stehen muß, richtet sich ganz nach den individuellen Verhältnissen bei dem jeweiligen Sparinstitut, d. h. nach der Geschäftsstruktur sowie den Besonderheiten im Passiv- und Aktivgeschäft und vor allem nach dem Grad der vorhandenen Liquidität (41).

So kommt es z. B. bei der Untersuchung des Liquiditätsbedarfs der verschiedenen Arten von Verbindlichkeiten entscheidend auf die Zusammensetzung und den Charakter der Einlagen sowohl im Sparverkehr als auch bei den sonstigen Einlagen an. Hier sei nur daran erinnert, welche Bedeutung öffentliche Gelder oder vielleicht Großeinlagen von privaten Einlegern haben können.

Ebenso kann der Liquiditätsgehalt der Aktiven, mit Ausnahme der liquiditätspolitisch unproblematischen Positionen, nur allein auf der Grundlage qualitativer, also individueller Berechnungen festgestellt werden.

Die Erfordernisse der künftigen Geschäftspolitik unter dem Gesichtspunkt der ausreichenden Liquiditätsvorsorge lassen sich also lediglich aus der Situation

40) vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 121 ff.

41) Nicht im Sinne von „Liquiditätsgraden“ zu verstehen.

des Einzelfalles bestimmen. Dabei geht es entscheidend um das Ausmaß der Begrenzung des Neugeschäfts, aber auch um eine Realisierung der Möglichkeiten, die für eine Auflockerung der bereits gegebenen bestehenden Forderungen gegeben sind.

Im Abschnitt I. des 3. Hauptteiles wurde der Versuch unternommen, die Liquiditätsanspannungen jahreszeitlicher, saisonaler und monatlicher Art zu messen und u. a. diese so gewonnenen Ergebnisse in einen Dispositions- oder Finanzierungsplan einfließen zu lassen. Ein derartiger Plan, der auf vorsichtigen Schätzungen beruht und in kürzeren Zeitabständen jeweils auf seine Übereinstimmung mit der tatsächlichen Entwicklung zu überprüfen wäre, scheint eine geeignete Grundlage für die Ermittlung des vertretbaren Umfangs neuer Kredit- und Darlehenszusagen nach Vorwegnahme der Liquiditätsauffüllung zu sein.

Weiterhin vermag die unter II. B. erläuterte bilanzartige Gegenüberstellung der langfristigen Anlagen mit den langfristigen Einlagen die notwendigen Aufschlüsse darüber zu vermitteln, ob nach ihrem Verhältnis zu den Spareinlagen und etwaigen sonstigen langfristigen Mitteln eine weitere Erhöhung der langfristigen Aktivpositionen überhaupt ratsam erscheint.

In den weiteren Untersuchungen des 3. Hauptteiles wurde versucht, die noch nicht ausgenutzten Kreditlinien im Kontokorrentkreditgeschäft zu ermitteln und im folgenden eine Befristung der Zusagen von mittel- und langfristigen Krediten und Darlehen angestrebt, beides unerläßliche Maßnahmen für genauere Liquiditätsdispositionen. Bei den schon bestehenden Forderungen wurde eine genaue Überprüfung der Tilgungssätze mit dem Ziel einer Verstärkung der Kapitalrückflüsse angeregt, welche nach den vorliegenden Untersuchungen meist so gesteigert werden können, daß eine gewisse Kreditbereitschaft der Sparkasse zu jeder Zeit gegeben ist, also auch bei einer Stagnation der Einlagenentwicklung. In diesem Zusammenhang wurde in den dafür geeigneten Fällen auf die Umschuldung von rechtlich jederzeit kündbaren Kontokorrentkrediten in sogenannte Tilgungsdarlehen hingewiesen, das sind Ausleihungen mit fest vereinbarten Rückflüssen. Auch wurde betont, daß gerade im Neugeschäft von Anfang an darauf geachtet werden sollte, daß die richtige Abgrenzung zwischen dem Kredit in laufender Rechnung und dem Tilgungsdarlehen erfolgt; denn diese Forderung liegt nicht nur im Interesse der Kreditnehmer, sondern ist vor allem ein wichtiges Gebot der Liquiditätspolitik.

Alle die untersuchten Möglichkeiten und Maßnahmen haben, wie die Thema-stellung des 3. Hauptteiles betonte, die Aufgabe, Wege aufzuzeigen, die den Institutsleitungen eine ausreichende Liquiditätsvorsorge erleichtern und sie in die Lage versetzen sollen, über eine jederzeitige Zahlungsbereitschaft zu einer gesunden Kreditpolitik zu kommen.

Schlußbetrachtung:

ABSCHLIESSENDE ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK AUF DIE ZUKUNFT

Wie sich im Verlaufe der Untersuchungen herausgestellt hat, umfaßt die Liquiditätspolitik alle Dispositionen, die im Interesse einer jederzeitigen und ausreichenden Zahlungsbereitschaft getroffen werden können.

Schon allein die Tatsache, daß die Kreditinstitute, damit also auch die Sparkassen, zum größten Teil mit Fremdkapitalien arbeiten, beweist die Notwendigkeit vorausschauender Maßnahmen liquiditätsdispositioneller Art; denn wäre eine Sparkasse plötzlich nicht mehr in der Lage, allen Zahlungsanforderungen ihrer Kunden fristgemäß gerechtzuwerden, so würde ein großer Teil der Einleger erfahrungsgemäß auch schon bei harmlosen Liquiditätsbeeinträchtigungen die dem Institut anvertrauten Gelder zurückziehen. Solche Einlagenabzüge sind aber, besonders wenn sie in größerem Umfange geschehen, äußerst gefährlich und können mitunter die Existenz einer Sparkasse bedrohen.

Das Vertrauen der Kundschaft zu „ihrem“ Institut und das damit verbundene Ansehen der Sparkasse ist also von größter Wichtigkeit. Vertrauen und Ansehen hängen jedoch weitgehend davon ab, inwieweit das Institut stets liquide ist. Gesunde Liquiditätsverhältnisse sind nun eben das „A und O“; ohne sie kann keine Sparkasse auf die Dauer bestehen. Sie nicht nur planmäßig herbeizuführen, sondern auch dauernd zu erhalten, ist daher eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben jeder Institutsleitung.

Unterstellt man als Ziel des Instituts eine gute Rentabilität, so soll diese allerdings niemals auf Kosten der Liquidität erreicht werden, wie umgekehrt auch eine gesunde Liquidität nicht um den Preis der Unrentabilität erkaufte werden darf. Ganz allgemein kann jedoch behauptet werden, daß wohl alle Maßnahmen, die eine dauernde Rentabilität gewährleisten, auch geeignet sind, die Liquidität zu fördern. Daraus ist zu folgern, daß die erfolgreiche Geschäftspolitik einer Sparkasse immer weitsichtig sein muß, soll sie nicht zu einem Mißerfolg führen. Bei allen Dispositionen muß sich die Institutsleitung immer darüber im klaren sein, daß diese sich meist erst allmählich auswirken und das gesamte Geschäftsgebahren noch lange Zeit vor- oder nachteilig zu beeinflussen vermögen.

Die vorliegende Untersuchung hatte zum Ziel, die arteigenen Besonderheiten des Liquiditätsproblems der Sparkassen darzulegen und nach Möglichkeiten zu forschen, die geeignet sein könnten, gültige und genaue Liquiditätsdis-

positionen zu treffen. Daß es dem Verfasser nicht gelang, bei der Untersuchung des kurzfristigen Geschäfts über allgemein gültige Aussagen hinaus zu einer konstruktiven Planung zu kommen, lag wohl an den mannigfachen Imponderabilien, die nun einmal diesem Zweig des Sparkassengeschäfts zu eigen sind, kurz gesagt, also an der zu erfassenden Materie. An ihr wird es u. E. immer liegen, daß sich z. B. die Liquiditätsanspannungen monatlicher, saisonaler und jahreszeitlicher Art im voraus wohl niemals in ihren letzten Feinheiten berechnen lassen.

Durch einige Möglichkeiten, die der Verfasser für genauere Liquiditätsdispositionen innerhalb des übrigen Geschäftsablaufs aufzeigte, glaubt er bewiesen zu haben, daß man heute ein Kreditinstitut kaum mehr auf Grund bloßer Vermutungen und Meinungen, dem sogenannten Fingerspitzengefühl, richtig leiten kann. Gewiß, diese Fähigkeit resultiert meist aus langjährigen Erfahrungen und ist unentbehrlich, wenn es gilt, in alle Liquiditätsdispositionen das nur schwer berechenbare „gewisse Etwas“ einzukalkulieren.

Darüberhinaus ist aber gerade heute – in Zeiten zum Teil stürmischen Wachstums der Sparkassen und ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und Aufgaben – die Führung des Instituts auf wissenschaftlicher Grundlage wichtiger denn je.

Nur die enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis vermag in der Zukunft diejenigen Grundlagen zu schaffen, die ein erfolgreiches Arbeiten der Sparkassen auf lange Sicht ermöglichen.

TABELLENANHANG

LITERATURVERZEICHNIS

LEBENS LAUF

Tabellenanhang:

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen

– 1955, 1956, 1957, 1958 –

1955

Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

Monats- tag	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+
1.	—			1,9		0,4		0,2		—		0,2
2.	—			1,5		0,3		1,0		0,2		2,0
3.		3,1		0,4		0,4		—		0,4		0,7
4.		2,1		1,8		1,3		3,2		0,7		2,7
5.		0,6		4,4		3,3		0,5		0,3		—
6.		1,6		—		—		0,1		2,8		0,3
7.		0,9		3,0		0,7		3,0		0,5		1,1
8.		0,8		1,3		1,2		—		—		0,1
9.		—		0,4		0,5		—		0,3		—
10.		1,0		0,6		1,4		—		0,8		0,5
11.		0,9		0,1		0,5		—		0,3		0,3
12.		0,6		0,3		1,0		0,1		1,1		—
13.		1,2		—		—		0,8		1,9		1,8
14.		0,2		0,7		0,1		1,2		0,5		0,1
15.		0,5		1,2		1,0		0,3		—		0,5
16.		—		0,3		0,9		0,4		1,0		0,2
17.		0,8		0,2		0,1		—		0,1		—
18.		1,2		0,1		1,2		0,5		0,6		0,4
19.		0,4		2,9		2,0		4,1		—		—
20.		1,1		—		—		0,6		0,6		0,6
21.		1,0		0,6		0,3		0,1		0,6		0,1
22.		1,3		0,1		2,1		3,2		—		3,2
23.		—		0,8		0,2		0,1		0,5		0,1
24.		0,8		0,3		0,5		—		0,4		0,3
25.		0,3		4,4		0,6		0,4		0,2		3,1
26.		3,9		0,1		0,3		0,5		0,3		—
27.		5,0		—		—		1,1		0,6		2,0
28.		1,4		0,2		0,2		1,4		—		0,2
29.		0,1		—		1,1		3,0		—		0,6
30.		—		—		1,0		0,1		—		0,1
31.		0,2		—		1,3		—		1,5		—

Erläuterung zur Statistik:

(–) = Auszahlungsüberschuß in vom Tausend des Monatsanfangsbestands.

(+) = Einzahlungsüberschuß in vom Tausend des Monatsanfangsbestands.

Basismonat ist der Januar 1955 mit einem Bestand von DM 8 500 000,—

(—) = Sonn- und Feiertage

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung

1955

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen
 Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

Monats- tag	Juli		August		Sept.		Okt.		Nov.		Dez.	
	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+
1.	0,6		0,7		1,8		4,7		—		1,1	
2.		0,4	1,9		0,2		—		0,9		0,1	
3.	—		0,6		0,6		0,1		0,7		0,4	
4.		1,2	3,2		—		0,2		0,6		—	
5.		1,1	0,8		0,7		0,8		0,4		0,2	
6.	2,2		0,2		0,6		0,4		—		0,2	
7.		0,4	—		1,2		0,2		1,6		1,5	
8.		0,2	0,3		11,3		1,4		0,1		1,2	
9.		2,0	0,6		0,7		—		0,2		0,1	
10.	—		0,5		0,6		0,1		2,0		0,3	
11.		1,2	2,0		—		0,2		0,2		—	
12.		0,6	10,4		1,0		0,1		0,6		1,3	
13.		0,7	0,1		0,1		2,0		—		1,5	
14.		0,1	—		1,2		1,1		0,9		0,7	
15.		0,1	0,8		1,0		0,6		0,9		0,8	
16.	0,7		0,3		0,7		—		0,4		0,2	
17.	—		0,3		0,1		0,6		—		2,6	
18.		0,7	0,7		—		0,5		0,7		—	
19.	0,8		0,6		0,5		0,3		0,1		0,3	
20.		2,2	11,2		0,5		1,4		—		0,3	
21.		0,2	—		0,1		1,0		0,3		0,4	
22.		1,1	1,0		1,1		1,7		1,1		1,2	
23.		1,1	0,1		0,1		—		2,2		1,2	
24.	—		0,1		0,7		1,7		0,1		1,9	
25.	0,1		2,1		—		9,2		1,0		—	
26.	0,4		1,3		0,3		6,0		0,0		—	
27.	3,2		0,2		0,9		2,9		—		0,6	
28.		2,3	—		0,1		0,8		0,6		1,7	
29.	0,5		0,1		0,7		1,4		1,3		1,2	
30.		2,5	1,4		2,3		4,5		0,1		—	
31.	—		1,0								* 11,2	

*) Jahreszinsgutschriften

Spareinlagenbestand am 31. Dezember 1955 = DM 9 960 000,—

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen
 1956 · Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

Monats- tag	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+
1.	—		1,3		4,5		—		—		0,5	
2.		3,4		0,6		1,8	—			1,8		0,9
3.		1,8		0,7		0,1		0,4		1,0		—
4.		0,8	0,1		—			2,0		0,7		0,4
5.		3,2	—			1,0		0,4		1,1		0,4
6.		0,9		2,5		1,4	0,2		—			0,1
7.		0,8		1,4		0,7		3,4		1,0		1,4
8.	—			0,2	0,4		—			0,9		0,1
9.		1,5	0,9			0,1		0,4		0,8		0,2
10.	0,4			1,0	1,2			1,3		1,0		—
11.		0,8	0,1		—			2,3	—			1,0
12.		1,2	—		0,3			1,7		1,8		0,6
13.		0,9	0,3			0,5	0,9		—			0,1
14.	—			0,1		0,5		0,3		0,3		0,9
15.	1,5		1,4			1,1	—		0,3			0,1
16.		0,1		9,6		0,1	0,4		0,3			0,5
17.		1,2		1,3	0,5			0,0	1,8		—	
18.	0,3		5,2		—			1,6	0,6			0,1
19.		0,9	—		0,4		0,2		—			0,6
20.		0,1	0,3			5,3	1,0		—			0,9
21.	—			0,2	0,9		0,3		—			2,4
22.	0,4			0,1		1,6	—		0,1			3,2
23.	2,8		0,1		1,1			1,2	1,5			0,8
24.		2,5		1,3		0,1	0,2		0,0		—	
25.	1,1			1,3	—		0,3		0,1			0,2
26.		0,7	—			0,5	1,0			1,3		1,7
27.		1,1		0,6	0,8			0,3	—			1,6
28.	—			2,4		2,5		1,4		3,8		1,7
29.	0,8			1,4	0,4		—			0,1		0,6
30.		1,5			—			1,6		1,9		1,5
31.	2,4				—					0,3		

Spareinlagenbestand am 30. Juni 1956 = DM 10 340 000,—

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung

1956

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen
 Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

Monats- tag	Juli		August		Sept.		Okt.		Nov.		Dez.	
	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+
1.	—		1,7		1,2		0,8		—		8,6	
2.	2,4		1,6		—		0,9		0,5		—	
3.	0,3		1,7		2,8		5,6		0,1		0,1	
4.	4,6		2,0		5,6		1,1		—		0,4	
5.	2,8		—		0,6		4,2		0,8		0,9	
6.	0,4		0,3		0,4		1,1		1,0		0,3	
7.	1,5		1,1		1,0		—		0,2		0,5	
8.	—		0,7		0,4		0,9		3,9		2,1	
9.	1,0		0,4		—		0,4		3,8		—	
10.	0,6		0,3		0,3		0,2		0,2		0,7	
11.	2,8		1,0		0,5		0,9		—		0,4	
12.	0,7		—		0,2		1,3		1,2		0,5	
13.	0,5		0,4		0,5		1,1		0,7		8,9	
14.	0,3		0,1		1,9		—		1,1		0,9	
15.	—		0,1		0,1		0,6		0,2		0,3	
16.	0,2		0,3		—		0,9		1,5		—	
17.	1,4		0,8		2,4		0,1		0,7		1,3	
18.	0,5		—		0,5		1,6		—		1,0	
19.	0,2		1,5		0,1		0,6		0,5		1,1	
20.	0,1		0,2		0,1		0,8		0,5		0,1	
21.	0,1		0,8		0,3		—		—		1,0	
22.	—		1,6		0,7		0,5		32,1		0,4	
23.	0,1		0,4		—		0,3		0,3		—	
24.	0,1		0,1		0,1		0,1		0,3		0,6	
25.	0,7		—		0,1		0,6		—		—	
26.	1,2		0,2		1,2		1,1		0,5		—	
27.	1,4		0,6		0,1		1,1		0,7		1,1	
28.	0,4		0,4		1,3		—		0,4		2,6	
29.	—		1,0		1,5		0,8		2,0		0,5	
30.	0,8		1,0		—		1,1		1,2		—	
31.	1,9		0,8		—		1,0		—		* 33,2	

*) Jahreszinsgutschriften

Spareinlagenbestand am 31. Dezember 1956 = DM 11 600 000,—

Fortsetzung siehe nächste Seite

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen
Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

1957

Monats- tag	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+
1.	—		0,3		1,0		1,2		—		0,0	
2.		1,5		0,7		3,0		1,3	0,1		—	
3.		1,9	0,2		—		1,2		1,1		3,9	
4.	3,4		—		0,5		0,9		1,0		1,8	
5.		0,9		0,0	0,1		0,1		—		0,6	
6.	—			1,9	0,1		1,2		0,0		0,1	
7.	4,1		0,8		0,9		—		3,5		0,0	
8.		1,7	4,4		5,2		0,9		1,1		—	
9.		3,5	0,4		0,2		0,3		—		—	
10.	0,3		—		—		0,8		1,4		—	
11.	3,1		0,8		0,9		5,0		4,0		0,9	
12.		0,2		0,2	0,5		0,2		—		0,5	
13.	—		0,2		0,5		1,4		5,1		0,2	
14.		1,5		0,2	2,6		—		0,4		0,9	
15.		1,1	4,3		0,2		2,4		0,6		0,5	
16.	3,9			1,2	0,5		1,6		0,9		—	
17.	0,3		—		—		0,4		0,8		—	
18.		2,8		1,1	0,0		0,7		0,1		0,4	
19.		1,2		0,2	0,3		—		—		0,9	
20.	—			0,3	0,4		—		1,9		—	
21.	0,1			0,8	0,0		—		0,2		3,3	
22.		0,4	1,8		17,9		—		0,2		1,8	
23.		1,2		0,7	3,9		0,6		0,0		—	
24.		35,0	—		—		0,8		0,7		4,9	
25.	0,9			0,7	1,6		0,3		2,8		5,0	
26.	8,5		0,8		3,2		0,0		—		3,2	
27.	—			2,5	2,2		0,2		4,6		0,3	
28.		1,1		0,5	7,1		—		0,8		0,5	
29.		0,5			1,1		1,4		1,5		1,9	
30.		4,9			1,0		0,4		—		—	
31.		1,0			—				2,0			

Spareinlagenbestand am 30. Juni 1957 = DM 12 200 000,—

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung

1957

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen
 Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

Monats- tag	Juli		August		Sept.		Okt.		Nov.		Dez.	
	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+
1.		0,2	0,0		—		2,7		—		—	
2.	0,2		0,2		0,2		0,9		1,3		0,7	
3.		0,6	0,2		1,3		1,0		—		0,0	
4.	0,0		—		1,3		0,0		0,5		1,6	
5.	1,1		3,6		1,3		8,2		0,0		0,7	
6.		2,3	0,3		0,7		—		1,4		0,7	
7.	—		0,5		0,3		0,5		0,3		1,1	
8.	2,2		0,9		—		1,1		0,4		—	
9.		0,3	2,4		0,0		1,0		2,8		0,0	
10.		0,4	1,0		0,8		1,1		—		2,4	
11.	0,3		—		0,8		0,9		0,9		1,1	
12.	0,0		0,7		2,2		0,0		2,1		0,4	
13.	0,3		0,1		0,5		—		1,2		2,8	
14.	—		0,6		0,7		0,6		0,1		0,1	
15.		1,3	0,9		—		1,1		0,4		—	
16.	0,7		0,8		1,2		0,7		0,7		2,8	
17.	1,1		0,6		1,3		0,9		—		3,0	
18.	0,2		—		1,9		0,1		1,3		1,0	
19.	0,2		0,3		4,1		0,1		0,5		0,2	
20.		0,3	0,9		0,1		—		—		0,6	
21.	—		0,3		0,9		4,8		1,1		1,0	
22.	0,8		0,4		—		0,0		3,3		—	
23.		0,6	1,4		0,1		0,9		0,4		0,2	
24.		1,0	1,9		0,2		2,8		—		0,4	
25.		1,9	—		0,1		1,5		1,1		—	
26.		0,3	0,6		0,0		0,2		0,5		—	
27.		0,0	0,2		0,4		—		1,2		2,3	
28.	—		0,3		0,0		2,2		3,6		0,0	
29.		0,8	3,4		—		2,2		1,2		—	
30.		0,1	3,5		0,8		3,6		0,5		1,4	
31.		2,0	1,0				8,6				* 37,3	

*) Jahreszinsgutschriften

Spareinlagenbestand am 31. Dezember 1957 = 13 400 000,—

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung

„Bewegungsstatistik“ der Spareinlagen
 Kreissparkasse Kreuznach (Hauptstelle)

1958

Monats- tag	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+	—	+
1.	—		0,9		1,6		1,0		—		—	
2.		5,1	—		—		0,2		1,1		0,1	
3.		2,1	1,1		0,9		0,9		1,0		0,1	
4.	0,2		1,9		0,8		—		—		0,7	
5.	—		2,0		1,4		—		0,9		—	
6.		1,8	1,6		0,1		—		0,1		2,5	
7.		2,8	1,0		1,7		—		0,6		0,3	
8.		1,8	1,8		0,2		2,4		0,5		—	
9.		0,5	—		—		0,1		1,0		1,4	
10.		0,9	0,3		1,2		2,5		0,1		0,6	
11.	0,5		0,2		1,0		1,6		—		0,1	
12.	—		0,6		0,3		0,2		0,6		0,3	
13.	0,4		0,6		0,2		—		0,1		0,3	
14.		0,7	1,6		0,3		0,1		0,3		0,1	
15.		0,7	0,3		0,1		0,7		—		—	
16.		2,8	—		—		0,2		1,4		0,7	
17.		0,9	1,5		0,4		0,3		1,0		—	
18.	0,7		0,1		1,2		1,0		—		0,2	
19.	—		0,2		0,8		0,5		2,7		0,1	
20.		2,2	1,2		1,0		—		2,8		0,2	
21.		0,2	0,2		0,2		1,6		0,1		5,1	
22.	0,1		1,2		0,8		3,4		0,6		—	
23.	0,5		—		—		0,7		1,5		0,9	
24.		0,5	1,1		0,4		1,4		—		1,0	
25.		0,6	0,6		0,1		0,1		—		0,8	
26.	—		2,5		0,4		0,7		—		0,6	
27.		0,7	3,4		1,0		—		0,1		1,9	
28.	0,7		1,6		3,2		5,5		1,2		0,3	
29.		3,6	0,0		0,3		0,6		2,9		—	
30.		3,7			—		0,2		1,6		0,8	
31.		0,2			1,2				0,6			

Spareinlagenbestand am 30. Juni 1958 = DM 14 600 000,—

Literaturverzeichnis

- Adler - Düring - Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Auflage, Stuttgart 1957.
- Aufermann, E.: Beitrag Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, in „Die Wirtschaftswissenschaften“, herausgegeben von Gutenberg, E., Wiesbaden 1959.
- Auler, W.: Artikel Flüssigkeit im „Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens“, Band I, Stuttgart 1940.
- Birk - Neumann - Steinsdorff: Die Bankbilanz, Band I und II, Wiesbaden 1951.
- Braun, W.: Das Liquiditätsproblem der Kreditbanken, Stuttgart 1934.
- Brune, I.: Sparkassen- und Mittelstandskredit, in „Kommunalwirtschaft“, Jahrgang 1954, Heft 13/14.
- Butschkau, F.: Sparen in der vollbeschäftigten Wirtschaft, Stuttgart 1956.
- Burchard, H.: Die Liquiditätsgesetzgebung im Deutschen Schweizerischen Bankgesetz, Frankfurt 1937.
- Cassel, G.: Theoretische Sozialökonomie, 5. Auflage, Leipzig 1932.
- Domes, R.: Die Liquidität im Sparkassenwesen in „Österreichische Sparkassenzeitung“, 42. Jahrgang, Folge 23.
- Drießen, F.: Abwicklung und Prüfung des Kaufkreditgeschäfts aus „Vorträge für Sparkassenprüfer“, Heidelberg 1957.
- Eisfeld, C.: Artikel Bankbetrieb in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958-1960.
- Falter, M.: Die Praxis des Kreditgeschäfts bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, 4. Auflage, Stuttgart 1958.
- Fettel, J.: Artikel Liquidität in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958-1960.
- Findeisen, F.: Die Unternehmensform als Rentabilitätsfaktor 1924.
- Fischer, O.: Bankbilanz-Analysen, Meisenheim/Glan 1956.
- Floss, E.: Auswirkung der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Berlin 1956.
- Gebhardt, H.: Liquidität und ihre Messung in der Bilanz einer industriellen Unternehmung, Dissertation Frankfurt 1947.
- Gerstner, O.: Bilanzanalyse, Berlin 1919.

- Gestrich, H.: Kredit und Sparen, Bad Godesberg 1947, 2. Auflage.
- Gleske, L.: Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt, ohne Jahrgang.
- Golz, D.: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Berlin 1957.
- Grunau, J.: Grundfragen des Geldwesens, Marburg 1951.
- Gunkel, W.: Liquidität und Wirtschaftsbewegung, Dissertation Frankfurt 1948.
- Gutenberg, E.: Beitrag Einführung in die Betriebswirtschaftslehre in „Die Wirtschaftswissenschaften“, herausgegeben von Gutenberg, E., Wiesbaden, 1958.
- Gutenberg, E.: Grundlage der Betriebswirtschaftslehre, 2. Band „Der Absatz“, 2. Auflage, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1956.
- Hagenmüller, K. F.: Beitrag Bankbetrieb und Bankpolitik, in „Die Wirtschaftswissenschaften“, herausgegeben von Gutenberg, E., Wiesbaden 1959.
- Hagenmüller, K. F.: Die Bedeutung von Krediteinweisungen und Kontoüberziehungen für Geldschöpfung und Gelddisposition, „Z. f. H. F.“, 10/1956.
- Hahn, A.: Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1930, 3. Auflage.
- Hahn, P.: Das Gesetz über die Deutsche Bundesbank, Kommentar, Bonn 1957.
- Hansen, N.: Das Problem der Liquidität im deutschen Kreditbankwesen, Stuttgart 1950.
- Hellmann, K.: Entwicklung und Bestimmung des Begriffes Liquidität aus „Die Unternehmung am Markt“, Festschrift für W. Rieger, Stuttgart und Köln 1953.
- Hennigs, O.: Die Praxis der Liquiditätsmessung, in „Sparkasse“, 1956/17. Heft/73. Jahrgang.
- Hercog, F.: Liquidität und Liquiditätspolitik der Kreditbanken, Petrograd 1935.
- Höglund, H.: Das Liquiditätsproblem in der Sicht von Sparkassen-Zentralbanken, in „Sparkasse“, Heft 17/1956.
- Hohlfeld, H.: Die Systematik des Kreditmarkts in „Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung“, Neue Folge, 7. Jahrgang 1955, Heft 1.
- Hübner, O.: Die Banken, Leipzig 1854.

- Isaac, A.: Der Wandel in der Finanzierung der Unternehmung 1954.
- Kalveram, W.: Bankbetriebslehre, Wiesbaden 1950.
- Kalveram, W.: Finanzierung der Unternehmung, Wiesbaden 1953.
- Kolbe, K.: Das Liquiditätsproblem der Kreditgenossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Volksbanken, Marburg 1950.
- Kokotkiewicz, G.: Akzeptkredit und Konjunktur, in „Volkswirtschaftliche Studien“, Heft 10, Berlin 1925.
- Krümmel, H. J.: Artikel Sparkassen, in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958-1960.
- Lansburgh, A.: Die Maßnahmen der Reichsbank zur Erhöhung der Liquidität der deutschen Kreditwirtschaft, Stuttgart 1914.
- Le Coutre, W.: Artikel Bilanzpolitik in „Probleme der Betriebsführung“ zum 65. Geburtstag von O. R. Schnutenhaus, herausgegeben von C. W. Meyer, Berlin 1959.
- Lehmann, M. R.: Liquidität und Liquiditätsbilanz in „Annalen der Betriebswirtschaft“, Band I, Berlin 1927.
- Lohmann, M.: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 2. Auflage, Tübingen 1955.
- Mellerowicz, K.: Liquidität in „Deutsche Bankwirtschaft“, Band 3, Berlin 1935-1938.
- Mellerowicz, K.: Liquidität der Banken in „Sparkasse“, Jahrgang 54, Heft 7.
- Mellerowicz, K.: Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 2. Auflage, Freiburg 1957.
- Mellerowicz, K.: Die öffentlichen Banken in der deutschen Bankwirtschaft, Berlin 1934.
- Möller, J.: Kontenanalyse einer Girokasse, Berlin 1938.
- Müller, O.: Erfordernisse der Liquiditätspolitik, in „Sparkasse“, Heft 17, 73. Jahrgang 1956.
- Neißer, H.: Der Tauschwert des Geldes, Jena 1928.
- Nehberg, K.: Wechselreiterei und andere Formen des Wechselmißbrauchs, in „Betriebswirtschaftliche Blätter“, 6. Jahrgang, August 1957, Heft 8.
- Nentwig, P.: Banken und Landwirtschaft, Dissertation Frankfurt 1931.
- Nicklisch, H.: Die Betriebswirtschaft, 7. Auflage, Stuttgart 1932.

- Nicklisch, H.: Die Liquidität der Kreditinstitute, in „Die Betriebswirtschaft“, 28. Jahrgang, Heft 3.
- Nordhoff, H.: Über die Liquiditätsfrage, in „Untersuchung des Bankwesens“ 1933, I, Teil, 1. Band.
- Obst, G.: Geld-Bank-Börsenwesen, 33. Auflage, Stuttgart 1951.
- Osthues, H.: Einkommensverhältnisse und private Geldkapitalbildung in Westdeutschland, Berlin 1957.
- Paulsen, A.: Liquidität und Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt 1950.
- Perdelwitz - Fabricius - Kleiner: Kommentar zum preußischen Sparkassenrecht, 2. Auflage, Berlin 1937.
- Pfleiderer, O.: Mindestreserven im Dienste der Kreditpolitik, in „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, Heft 3, 1948.
- Post, H.: Wie untersucht man die Liquidität der Betriebe?, Hann-Münden 1952.
- Pröhl, H.: Reichsgesetz für das Kreditwesen, Kommentar, Mannheim 1935.
- Reusch, H.: Das Sparen bei den Sparkassen, Berlin 1934.
- Reusch, H.: Artikel Sparkassen, in „Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften“, Jena 1924.
- Riebel, P.: Die Elastizität des Betriebes, Köln/Opladen 1954.
- Rieger, W.: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928.
- Rink: Liquidität und Risiko, Wien 1935.
- Rittershausen, H.: Bankpolitik, Frankfurt 1956.
- Röpke, W.: Die Lehre von der Wirtschaft, 7. Auflage, Zürich-Stuttgart 1954.
- Rüttler, H. G.: Wechselbeziehungen zwischen den Einlagen und Kreditgewährungen bei den allgemeinen Kreditbanken, Sparkassen und gewerblichen Kreditgenossenschaften, Dissertation Frankfurt 1939.
- Ruberg, C.: Artikel Wahl der Unternehmungsform, im „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958-1960.
- Sandig, C.: Artikel Unternehmungspolitik in „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“, 3. Auflage, Stuttgart 1958-1960.

- Schmiedecke, G.: Der Kommunkredit in der Sparkassenpraxis, Stuttgart 1956.
- Schnutenhaus, O. R.: Grenzen der Bonitätsprüfung von Bankdebitoren, in „Die Betriebswirtschaft“, Jahrgang 1952.
- Schröder, K.: Liquidität und Illiquidität, Bielefeld 1936.
- Schulze-Gaevernitz, v., G.: Die Deutsche Kreditbank in „Grundriß der Sozialökonomie“, V. Abt., II. Teil, Tübingen 1915.
- Schweizer, B.: Die Liquidität in Bank und Industrie, Bern 1949.
- Seitz, O.: Die Bar-Liquidität der Kreditbanken, Leipzig 1936.
- Somary, S.: Bankpolitik, 2. Auflage, Tübingen 1934.
- Sommer, O.: Sparkassen und Konjunktur, Berlin 1934.
- Sperk, L. - Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin 1956.
- Spiethoff, B. K.: Sparkassenkredit heute, München 1951.
- Spiethoff, A.: Die wirtschaftlichen Wechsellagen, Aufschwung, Krise, Stockung, 1955.
- Strecker, O.: Das Liquiditätsproblem, Dissertation Frankfurt 1942.
- Strobel, A.: Liquidität, Methoden ihrer Berechnung, Stuttgart 1953, 2. Auflage.
- Stucken, R.: Neue Liquiditätspolitik als Mittel der Kreditpolitik, in „Bankarchiv“, Jahrgang 34, Nummer 7.
- Stucken, R.: Liquidität der Banken, Berlin 1940.
- Stucken, R.: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957.
- Sturm, W.: Der Wandel der Auffassungen über die Liquidität der Kreditbanken, Dissertation Frankfurt 1947.
- Thoms, W.: Liquidität – Vorschau und Kontrolle nach den Methoden der funktionalen Kontorechnung, in „Taschenbuch für den Betriebswirt“, 1960.
- Trouvain, F. J.: Mindestreserven und Ausgleichsforderungen bei den Volksbanken, Dissertation Marburg 1954.
- Unverzagt, F.: Die deutschen Sparkassen seit der Währungsreform 1948, Bonn, ohne Jahrgang (um 1953).
- Veit, O.: Volkswirtschaftlichen Theorie der Liquidität, Frankfurt 1948.
- Wagner, A.: Beiträge zur Lehre der Banken, Leipzig 1857.

- Weber, A.: Depositenbanken und Spekulationsbanken, 3. Auflage, München und Leipzig 1922.
- Weber, A.: Geld, Bank, Börsen, 4. Auflage, München 1951.
- Weidner, A.: Prämiensparen, aus „Sparwesen der Welt“, Jahrgang 1956/1957.
- Wein, M.: Allgemeine Grundsätze der Geschäftspolitik der deutschen öffentlichen Sparkassen, Berlin 1943.
- Weisinger, M.: Moderne Bank auf Kundenfang, aus der amerikanischen Zeitschrift „Banking“, Jahrgang 1957.
- Winkler, H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, Berlin 1934.
- Will, H.: Die deutschen Sparkassen, Stuttgart-Berlin 1935.
- Wolfslast, W.: Der Wechseldiskontkredit, in „Die Bank“, 2. Band, Wiesbaden 1952.
- Wolter, A.: Die Anlagepolitik der Sparkassen, Wien 1934.
- Zahn, J.: Die Bankenaufsichtsgesetze der Welt, Berlin-Leipzig 1937.
- Zentner, G.: Das Liquiditätsproblem in der industriellen Unternehmung, Berlin-Wien 1932.
- Zimmer, C.: Was sind Liquiditätskosten? in „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 1956.
- Ferner:** Diverse Geschäftsberichte von Kreditinstituten aus den Jahren 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958 und 1959.
- Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.
- Zeitungen: Frankfurter Allgemeine Zeitung
Industriekurier
- Zeitschriften: Der Betriebswirt
Der Volkswirt
Die Sparkasse
Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung

LEBENS LAUF

Wolfgang Pulch, am 19. Juni 1931 in Bad Kreuznach als Sohn des Studienrats Rudolf Pulch und seiner Ehefrau Elisabeth geb. Finkenauer geboren.

Seit dem 3. April 1959 verheiratet; zwei Kinder.

Schulbildung: Volksschule von 1937 bis 1941
Gymnasium von 1941 bis 1950
Reifeprüfung am 18. Juli 1950

Berufsvorbildung: Kaufmännische Lehre bei der Städtischen Sparkasse
Bad Kreuznach von 1951 bis 1953

Kaufmannsgehilfenprüfung am 17. September 1953

Wirtschaftswissenschaftliches Studium
(vom WS 1953/54 bis SS 1958 einschl.) an den
Universitäten:

Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
(drei Semester)

u. a. bei folgenden akademischen Lehrern:

Prof. Dr. Giese, Prof. Dr. Isele, Prof. Dr. Montaner,
Prof. Dr. Most, Prof. Dr. Münstermann, Prof. Dr. Napp-
Zinn, Prof. Dr. Nöll von der Nahmer, Prof. Dr. Schwan-
tag, Prof. Dr. Welter.

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt
(sechs Semester)

u. a. bei folgenden akademischen Lehrern:

Prof. Dr. Banse, Prof. Dr. Birck, Prof. Dr. Böhm, Prof.
Dr. Erler, Prof. Dr. Hagenmüller, Prof. Dr. Hax,
Privat-Dozent Dr. Kasten, Prof. Dr. Koch, Prof. Dr.
Loitlsberger, Prof. Dr. Müller-Freienfels, Prof. Dr.
Dr. h. c. Dr. h. c. Neumark, Prof. Dr. Schlochauer,
Prof. Dr. Veit.

Kaufmännische Diplom-Prüfung am 22. 6. 1957.

Berufsausübung: Tätigkeit bei der Kreissparkasse Kreuznach
vom 10. Oktober 1957 bis 31. Mai 1958

Vom 1. Oktober 1958 bis 30. April 1962 als Ver-
bandsprüfer im Dienste des Sparkassen- und Giro-
verbandes Rheinland-Pfalz.

Verbandsprüfer-Examen am 28. Oktober 1960.

R. VOIGTLÄNDER NACHF., INH. FR. RAAB, BAD KREUZNACH